

Dr. F.J. Hinkelammert

*Kommunismusbild*

IDEOLOGIE UND WIRTSCHAFTLICHES HANDELN

Untersucht am Verhältnis von Wirtschaftsideologie, Wirtschaftstheorie und wirtschaftlicher Wirklichkeit in der sowjetischen Wirtschaftslehre.

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<b>Einleitung</b>	1
<b>I. Die Marx'schen Zielvorstellungen</b>	10
1. Die Notwendigkeit des Geldes	10
2. Optimumbegriff und Kommunismusbild	27
3. Die objektiven Gesetze der Wirtschaft und ihre Aufhebung im Kommunismus	39
<b>II. Koordinationssystem und Wirtschaftstheorie</b>	53
1. Die Definition des Koordinationssystems	53
2. Probleme der sowjetischen Wirtschaftstheorie in den 50er Jahren	64
3. Geldsystem und institutionalisierte Verhaltensnormen	88
<b>III. Die wirtschaftliche Wirklichkeit</b>	100
1. Wirtschaftliche Wirklichkeit und Koordina- tionssystem	100
2. Objektivierete Werturteile	113
<b>IV. Die Wirtschaftsideologie</b>	122
1. Ideologie als Ausdruck eines objektivierten Werturteils	122
2. Die ideologische Interpretation des Kommunismusbildes	141

### Einleitung:

Es ist am Anfang einer solchen Untersuchung, wie wir sie hier vorlegen, angebracht, wenigstens kurz zur dabei angewendeten Methode Stellung zu nehmen. Eine solche Vorausschau kann allerdings nur einige wesentliche Punkte erwähnen, deren Bedeutung sich erst im Zusammenhang der Gedankenführung ergibt. Aber es kann wenigstens kurz erklärt werden, warum wir unser Thema gerade in der hier vorgelegten Form aufgefasst haben.

Der Ideologiebegriff ist in der westlichen Nationalökonomie wenig gebräuchlich. Soweit er gemeinhin verwendet wird, betrifft er Ideologien von einzelnen wirtschaftlichen Machtgruppen und behauptet die Verfälschung von Wirklichkeitsaussagen durch Interessenten, z.B. im Fall von Monopolideologien, Ideologien der Arbeitsmarktparteien usw. Ideologien dieser Art sind durch theoretische Analyse zu entlarven. Man muss zu diesem Zweck zeigen, dass sie mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen und die Gesetzmässigkeiten dieser Wirklichkeit nicht richtig zum Ausdruck bringen.

Ein solcher Ideologiebegriff geht also von einer vorgegebenen Wirklichkeit aus, zeigt die Gesetzmässigkeiten dieser Wirklichkeit und kann dann alle Aussagen, die diesen Gesetzmässigkeiten widersprechen oder über die Darstellung solcher Gesetzmässigkeiten hinausgehen, dem Ideologieverdacht aussetzen. Ein solcher Ideologiebegriff bezieht sich auf unwissenschaftliche Aussagen insgesamt, wobei unter unwissenschaftlichen Aussagen alle Aussagen verstanden werden, die nicht Gesetze einer gegebenen Wirklichkeit zum Inhalt haben. Mannheim nennt Ideologien dieser Art Partikularideologien.

Der hierbei gemeinte Ideologiebegriff ist bei Geiger vertreten, ohne dass die besonderen Probleme der Wirtschaftswissenschaften berührt werden. Ideologie ist danach ein theoretisch verkleidetes Vitalverhältnis.<sup>3</sup> Dieses Vitalverhältnis, in dem sich ein die theoretische Aussage verdunkelndes Verhältnis des Betrachters zum Gegenstand ausdrückt, führt

zu zwei Formen der Missdeutung der Wirklichkeit:

1. Die Wirklichkeit wird in ihren Gesetzmässigkeiten nicht richtig erkannt. Es werden Gesetzmässigkeiten behauptet, die in Wirklichkeit gar nicht bestehen, wobei die Ursache in einem Vitalverhältnis zum Gegenstand liegt.

2. Die zweite Missdeutung ist für uns wichtiger. Sie besteht darin, dass gar nicht über die theoretische Wirklichkeit gesprochen wird. Unter theoretischer Erkenntniswirklichkeit ist dabei der Inbegriff aller raumzeitlich bestimmten und unmittelbar oder mittelbar gegebenen sinnlich wahrzunehmenden Erscheinungen zu verstehen. Der wichtigste Fall dieser Art Urteile sind die Werturteile. Im Werturteil wird nach Geiger das subjektive Verhältnis einer Person zum Objekt objektiviert, in etwas sachlich gegebenes umgedeutet, dem Objekt als eine seiner sachlichen Eigenschaften zugeschrieben und damit zu einer ihrer Form nach theoretischen Aussage ( $X = Y$ ) umgedeutet.<sup>4</sup>

Dieser Ideologiebegriff beruht demnach auf der Trennung theoretischer Aussagen und Werturteile, wobei lediglich die theoretische Aussage als legitim gilt, während jede andere Aussage verworfen wird. Die Wirklichkeit selbst aber ist nur vom Standpunkt des Betrachters aus gesehen, und die Grundlage der gemachten Unterscheidung ist die Isolierung des Betrachtungsgegenstandes. Geiger betont auch, dass es legitime (nicht-ideologische) Aussagen nur vom Standpunkt des Betrachters aus gibt.<sup>5</sup>

Der hierbei zugrundegelegte Begriff der Wirklichkeit ist an der naturwissenschaftlichen Wirklichkeit orientiert. Hier kann sich der Betrachter tatsächlich als unabhängig vom Betrachtungsgegenstand begründen, denn es ist widerspruchlos denkbar, dass diese Wirklichkeit ohne das Dabeisein irgend eines handelnden Menschen überhaupt abläuft. Die Schwierigkeiten eines solchen Wirklichkeitsbegriffes beginnen daher erst, wenn es sich um die Wirklichkeit der Sozialwissenschaften handelt. Ohne handelnde Menschen gibt es eine Wirklichkeit der Sozialwissenschaften nicht. Die Gesetze dieser Wirklichkeit entstehen erst im Zuge des menschlichen Handelns. Der Betrachter

kann diese Gesetze zwar theoretisch reproduzieren, er kann sich aber nie darauf beschränken, Betrachter zu sein. Eine Wirklichkeit, an deren Zustandekommen er nicht beteiligt wäre, gibt es für ihn nicht.

Eine solche Beschränkung, wie Geiger sie fordert, ist daher nicht möglich. Auch in den Sozialwissenschaften den Betrachtungsgegenstand isoliert zu betrachten, ist zumindest problematisch, denn es ist von vornherein sicher, dass nur ein Teil der Wirklichkeit erkannt werden kann. Indem man auch hier die Forderung erhebt, den Betrachtungsgegenstand zu isolieren, muss man jeden Versuch ablehnen, eine Gesamtwirklichkeit zu beschreiben. Denn sobald die Gesamtwirklichkeit betrachtet werden soll, kann man sich nicht mehr als Betrachter isolieren, sondern muss sich als Mithandelnden begreifen.

Nun sind die wichtigsten Begriffe der Nationalökonomie Begriffe, die sich auf die Gesamtwirklichkeit beziehen. Der Begriff des Optimums, des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in der geschlossenen Wirtschaft, des Wirtschaftssystems, des Lenkungssystems usw. stellen solche Begriffe dar. Hier erweist es sich als völlig unmöglich, irgendeinen Einzelgegenstand zu isolieren. Der Gedanke der Interdependenz aller wirtschaftlichen Größen spricht dies am einprägsamsten aus. Sollen die Gesetze der Wirtschaft erkannt werden, so müssen sie innerhalb einer solchen Interdependenz aller Größen erklärt werden.<sup>6</sup> Einen anderen Zugang gibt es nicht. Wo die Isolierung des Betrachtungsgegenstandes auch in den Wirtschaftswissenschaften betrieben wird, wie z.B. in der Betriebswirtschaftslehre wird immer die Durchführung der gesamtwirtschaftlichen Analyse vorausgesetzt.

Es erweist sich deshalb als unmöglich, von einem partikulären Ideologiebegriff auszugehen. Er führt nämlich in einen Widerspruch. Während von diesem Ideologiebegriff her der einzelne Beobachtungsgegenstand isoliert werden muss, können die Gesetze der wirtschaftlichen Wirklichkeit nur erkannt werden, wenn man vom Begriff der Gesamtwirklichkeit ausgeht. Jedenfalls gilt dies

für die Nationalökonomie. Es ist eben unmöglich, das einzelne wirtschaftliche Faktum zu erklären, ohne es im Zusammenhang aller wirtschaftlichen Grössen überhaupt zu erklären.

Wir wählen daher hier eine andere Auffassung der Ideologie zum Ausgangspunkt. Dies ist der Mannheimsche Begriff der Totalideologie.<sup>2</sup> Wir müssen diesen Begriff der Totalideologie aber in einen Zusammenhang mit den besonderen Problemen der Wirtschaft bringen, da Mannheim selbst auf die Nationalökonomie nicht eingeht. Der hierbei zugrundegelegte Totalbegriff bezieht sich auf die Interdependenz sämtlicher wirtschaftlich relevanter Grössen. In der Nationalökonomie wird dieser Totalbegriff im allgemeinen als Optimumbegriff definiert.

Dieser Totalbegriff als Optimumbegriff ist es, an dem das Verhältnis von Ideologie, Theorie und Wirklichkeit erfaßt werden soll. Im Optimumbegriff wird das theoretische Instrument geschaffen, von dem aus die theoretischen Elemente dieser Wirklichkeit überhaupt erst erörtert werden können. Die Wirklichkeit selbst wird beschrieben als eine Wirklichkeit, die aus dem menschlichen Handeln entsteht, das seinerseits am Optimumbegriff orientiert ist. Die Ideologie aber ist dasjenige Ideensystem, das die Stabilisierung dieser Wirklichkeit leistet, indem es ein bestimmtes System der wirtschaftlichen Koordination des Handelns durchsetzt und den einzelnen Wirtschaftssubjekten ein Selbstverständnis von diesem Handeln vermittelt. Erst innerhalb des durch die Ideologie stabilisierten Koordinationsystems können dann die theoretischen Gesetze abgeleitet werden.

Wir gehen dabei hinter den partikulären Ideologiebegriff zurück. Dieser kennt keinen Gesamtbegriff, der die Aufgaben von Theorie und Ideologie in eine Einheit bringt. Er setzt die Trennung beider Standpunkte voraus und kann sie daher nicht in ihren gegenseitig sich ergänzenden Funktionen erkennen. In dieser Auffassung haben Werturteile keinen Sinn, und die Gestalt dieser Werturteile braucht deshalb nicht zum Gegenstand der Analyse gemacht zu werden. In dem hier verwendeten Begriff der Totalideologie hingegen soll gerade nachgewiesen

werden, dass solche Werturteile typischerweise aus dem Charakter der wirtschaftlichen Wirklichkeit hervorgehen, so dass eine Änderung des Koordinationsystems, das die Entstehung der wirtschaftlichen Wirklichkeit erst ermöglicht, zu typischen Wandlungen in den gesellschaftlichen Werten führt. Die Wirklichkeit selbst enthält in objektivierter Form bestimmte Werturteile, die bei einer Beschränkung auf rein theoretische Aussagen unsichtbar bleiben.

Dies heisst nicht, dass hier Werturteile irgendwelcher Art deduziert werden sollen. Gezeigt werden soll lediglich, dass jede Wirtschaftstheorie, indem sie im Zusammenhang mit dem Koordinationsystem die Gesetze einer Wirklichkeit beschreibt, bestimmte gesellschaftliche Wertvorstellungen impliziert, auf deren Grundlage überhaupt erst theoretische Aussagen sinnvoll sind.

Man könnte hier die Frage stellen, warum wir überhaupt den Ideologiebegriff verwenden. Dieser ist so schillernd und vieldeutig, dass es vielleicht besser wäre, ihn zu vermeiden. Überdies ist der Zusammenhang, in dem hier der Ideologiebegriff benutzt wird, sehr eng mit dem Euckenschen Gedanken der Interdependenz der Ordnungen verbunden. Eucken zeigt, dass die einzelnen Gesellschaftsbereiche miteinander verbunden sind, so dass ein wirtschaftliches Lenkungssystem nicht mit beliebigen Wertvorstellungen verknüpft werden kann.<sup>83</sup>

Wenn wir den Ideologiebegriff dennoch beibehalten, so deshalb, weil eine Wirtschaftslehre untersucht werden soll, die in ihren Grundbegriffen aus der Analyse eben des Ideologiebegriffs stammt und die sich offen zu dieser Herkunft bekennt. Überdies ist die Übernahme des Ideologiebegriffs hier deshalb gerechtfertigt, als diese Wirtschaftslehre gerade unter Verwendung der Marxschen Begriffe analysiert werden soll. Wir setzen es uns zum Ziel, die Politökonomie unter Verwendung des Marxschen Ideologiebegriffs zu kritisieren.

Die folgende Untersuchung versteht sich daher als eine immanente Kritik. Die Politökonomie soll mit ihren eigenen Grundlagen konfrontiert werden. Es ist selbstverständlich, dass dies nicht bedeutet, von der Verwendung der Erkenntnisse der heutigen westlichen Wirtschaftstheorie abzusehen. Aber es ist doch nötig, die Methoden dieser westlichen Nationalökonomie soweit umzuformen, dass sie dieser Aufgabe gehügen.

Die hier vertretene Auffassung der Ideologie als einer Totalideologie findet sich bereits bei Marx. Mannheim wendete den ursprünglichen Marxschen Ideologiebegriff auf das Marxistische Denksystem an, um so einen gereinigten Ideologiebegriff zu gewinnen.<sup>9</sup> Unser Ansatz ist ähnlich, beschränkt sich aber auf den Bereich der Nationalökonomie, ohne zum Ideologieproblem in seiner ganzen Breite Stellung nehmen zu wollen.

Die einzelnen Schritte, die unsere Untersuchung dabei geht, sollen hier noch kurz im Zusammenhang erläutert werden.

T Wir gehen ganz ähnlich wie Marx von der arbeitsteiligen Wirtschaft aus, und beschreiben das Koordinationssystem von der Notwendigkeit her, in der arbeitsteiligen Wirtschaft einen Austausch der Leistungen zu ermöglichen. Aus dem Koordinationsproblem entsteht in der wachsenden Wirtschaft die Notwendigkeit des Geldes. Da das Geldproblem für Marx und im Anschluss daran für die Politökonomie im Mittelpunkt ideologischer Argumentationen steht, gehen wir vom Begriff des Geldes aus. Es zeigt sich dann, dass tatsächlich im Geldbegriff die Möglichkeit liegt, ideologische Argumentationen sichtbar zu machen. Diese Möglichkeit wird aus der Definition des Geldes gewonnen. Geld ist nach der hier vertretenen Auffassung ein Mittel, um die Koordination wirtschaftlicher Entscheidungen auf eine optimale Koordination auszurichten. Die Notwendigkeit des Geldes hingegen ergibt sich darauf, dass die Bedingungen zur Verwirklichung einer optimalen Koordination nicht gegeben sind. Wir können dann die Bedingungen der Abschaffung des Geldes sichtbar machen. Geld ist nur dann überflüssig, wenn die Voraussetzungen optimaler Kombination wirtschaftlicher Entscheidungen gegeben sind.



Der wirtschaftlichen Wirklichkeit, die nur innerhalb eines Geldsystems entstehen kann, tritt im Optimumbegriff ihre Idee gegenüber, an der sie sich misst. Am Optimumbegriff werden die Gesetze des Geldsystems gefunden. Aber gerade die Tatsache, dass diese Idee des Geldsystems, die wir im Optimumbegriff beschreiben, nicht verwirklicht ist und nicht verwirklicht werden kann, macht das Geld als wirtschaftliches Mittel erforderlich. Verwirklichtes Optimum ist daher die Abschaffung des Geldes, die Unmöglichkeit der Verwirklichung des Optimums hingegen beweist die Notwendigkeit des Geldes.

Soweit handelt es sich um die Struktur des wirtschaftlichen Handelns. Die ideologische Bedeutung der Analyse wird sichtbar, sobald gezeigt werden kann, dass der Optimumbegriff notwendig ein Wertbegriff ist. Der Optimumbegriff ist nämlich nicht konzipierbar, ohne eine schlechthin vollkommene Gesellschaft zu beschreiben. Dieser Zustand der Vollkommenheit wird gewöhnlich - und zwar sowohl in marxistischen als auch in den westlichen Wirtschaftslehren - als Identität von Einzel- und Gemeininteresse beschrieben.

Für die Analyse der marxistischen Ideologie gewinnen wir damit eine Grundgleichung. Diese heisst: Optimaler Zustand der Wirtschaft ist ein geldloser Zustand und zugleich ein schlechthin vollkommener Zustand der Gesellschaft. Alle diese drei Beschreibungen desgleichen Zustands aber sind im Kommunismusbild enthalten, das im Mittelpunkt der marxistischen Ideologie steht.

Die marxistische Argumentation setzt an dieser Grundgleichung an, indem sie diesen optimalen Zustand der Wirtschaft und die Vollkommenheit gesellschaftlichen Zusammenlebens als verbindliches Ziel hinstellt. Damit entsteht das Kommunismusbild als Versprechen. Aber hier ist auch der Punkt, an dem der marxische Ideologiebegriff, dessen Grundlagen wir an Hand des Geldbegriffs abgeleitet haben, sich gegen die marxistische Ideologie wendet

und zu fast gegenteiligen Schlüssen zwingt. Ist nämlich das Kommunismusbild mit dem Optimumbegriff identisch, so muss es unmöglich sein, den Kommunismus zu verwirklichen. Die Unmöglichkeit, einer solchen Vorstellung totaler Interessenharmonie muss vielmehr gerade als Konstituens der Wirklichkeit betrachtet werden. Das Versprechen totaler Harmonie menschlichen Zusammenlebens muss dann gerade als ideologisch verurteilt werden. Die Idee der Wirklichkeit, die wir im Bild totaler zwischenmenschlicher Harmonie finden, wird zu einem ideologischen Bild, sobald das Versprechen gemacht wird, die Wirklichkeit gemäss dieser Idee umzuformen.

Von diesem Grundbegriff der Ideologie her werden wir dann die sowjetische Wirtschaftslehre erörtern. Am Beispiel der Debatten um das Investitionskriterium soll gezeigt werden, wie die sowjetische Wirtschaftstheorie sich selbst den Problemen des Geldes und der optimalen Koordination nähert. Ausgehend von der Wirklichkeit ist dann zu erörtern, in welcher Form diese Ideologie auf die Wirklichkeit zurückwirkt und sich in der Wirklichkeit selbst darstellt. Hierbei erweist sich eine Erweiterung dieses am Beispiel des Geldsystems gewonnenen Ideologiebegriffs notwendig. Indem die Ideologie eine Stabilisierungsfunktion für das Wirtschaftssystem bekommt, beschränkt sie sich nicht auf das Versprechen totaler Harmonie, sondern wird ganz generell zu einem Stabilisierungsurteil für das Wirtschaftssystem, wobei alle nur denkbaren Argumentationen benutzt werden. Dabei soll gezeigt werden, dass dieses Stabilisierungsurteil immer die im Koordinationssystem objektivierten Werte zu seinem Inhalt hat oder daran anschliesst. Aber auch hier bleibt das Versprechen totaler Harmonie die Grundlage, auf der die Stabilisierung des Wirtschaftssystems durchgesetzt wird und auf der alle möglichen sonstigen Argumente erst vorgebracht werden.

Die Wandlungen, die dabei die Vorstellung vollkommener Interessenharmonisierung durchmacht, sind Gegenstand des

letzten Teils der Untersuchung. Auch den sowjetischen Wirtschaftspolitikern wird die Unmöglichkeit der Verwirklichung totaler Interessenharmonie klar. Das Kommunismusbild, in dem sich das Versprechen dieser Interessenharmonie ausdrückt wird daher uminterpretiert. Es bekommt den Inhalt einer generellen Rechtfertigung wirtschaftlichen Wachstums, es wird zu einer Vorstellung gemacht, die nur Schritt für Schritt angehört und niemals voll verwirklicht werden kann. Es bekommt damit den Charakter eines Mythos wirtschaftlichen Wachstums.

## I. Die Marxschen Zielvorstellungen.

### 1. Die Notwendigkeit des Geldes.

Im ersten Teil der Untersuchung sollen die für den Marxschen Ideologiebegriff relevanten Teile der Marxschen Geldtheorie erörtert werden. Zwei Momente sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Dies ist zuerst das Verhältnis, in dem der Geldgebrauch zur Arbeitsteilung steht. Dieses Verhältnis ist bei Marx besonders betont. Arbeitsteilung ist für ihn Bedingung der Existenz des Geldes, ihre Abschaffung notwendige Voraussetzung der Abschaffung des Geldes. Diese Abschaffung des Geldes aber steht bei Marx in ganz enger Beziehung zu seiner Zielvorstellung. Dies ist dann das zweite Moment, das im folgenden dargestellt werden soll. Für Marx ist nämlich die Notwendigkeit von Geld Ausdruck einer bestimmten Mangelsituation. Geld ist nicht etwas, das schlechthin neutral wäre, sondern Symptom dafür, dass in der Wirklichkeit etwas falsch ist. Eine Wirklichkeit, in der Geld ein notwendiges Mittel ist, ist für Marx daher immer eine falsche Wirklichkeit. Die Falschheit dieser Wirklichkeit aber äußert sich in den sog. objektiven Gesetzen, die Zwangsgesetze des menschlichen Handelns darstellen und dieses Handeln nicht wirklich frei sein lassen. Im Zusammenhang damit ergibt sich dann seine Zielvorstellung, das Kommunismusbild. Im Kommunismus soll das menschliche Handeln nicht mehr durch objektive Gesetze vermittelt werden, sondern unmittelbar vor sich gehen, unmittelbare oder auch bewusste Arbeit sein.

Die Politökonomie hat wenigstens äußerlich diese Grundbegriffe übernommen. Sie behält die Marxsche Einschätzung des Geldes als Symptom einer Mangellage und auch seine Zielvorstellung, die die Überwindung des Zwangscharakters wirtschaftlicher Gesetze zum Inhalt hat, bei.

Auch die westliche Nationalökonomie kennt ähnliche Ansätze. Sie tauchen aber innerhalb so verschiedener Begriffssysteme und in so verschiedener analytischer Absicht auf,

dass es schwierig ist, diese Ähnlichkeiten sichtbar zu machen. Dies jedoch zu tun, ist notwendig, wenn die Ergebnisse der westlichen Nationalökonomie nicht einfach von aussen an die Politökonomie herangetragen werden sollen, sondern eine immanente Kritik erfolgen soll.

Wir gehen daher vom Geld- und Koordinationsproblem aus, um zu zeigen, in welcher Form hier überhaupt eine solche Zielvorstellung wie das Kommunismusbild entstehen kann.

Es ergibt sich auf ~~diese~~ Weise ein zweifacher Aspekt, unter dem der einzelne Akt der Produktion oder der Konsumtion betrachtet werden kann. Es ist immer die einzelne Arbeit, die produziert, oder der einzelne Mensch, der konsumiert, aber diese einzelnen Wirtschaftsakte können doch immer nur in Koordination mit allen anderen Wirtschaftsakten durchgeführt und erklärt werden.

Diese Besonderheit, dass das einzelne Gut immer im Zusammenhang der gesellschaftlichen Koordination zu betrachten ist, obwohl es seiner konkreten Bestimmung nach immer ein individuelles Bedürfnis befriedigt, nennt Marx den Doppelcharakter der Ware.<sup>1</sup> Dieser Begriff steht im Mittelpunkt seiner Wirtschaftslehre und er soll daher hier zum Ausgangspunkt einer Kritik der Marxschen Auffassung vom Geld und von den objektiven Gesetzen der Wirtschaft gewählt werden.

Marx nennt den Wert der Ware, wenn sie im Hinblick auf den konkret bestimmten Konsumakt betrachtet wird, den Gebrauchswert der Ware. Sobald es darum geht, die Ware im Gesamtzusammenhang der arbeitsteiligen Wirtschaft zu betrachten, spricht Marx vom Tauschwert. Gebrauchswert ist damit die Bestimmung des Gutes auf den das konkrete Bedürfnis hin - so bäckt der Bäcker Brot zur Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses - Tauschwert hingegen die Form der Einordnung der Ware in den Gesamtzusammenhang aller

sonst noch produzierten und produzierbaren Güter. "Jede Ware stellt sich dar unter dem doppelten Gesichtspunkt von Gebrauchswert und Tauschwert"<sup>2</sup>. Gebrauchswert ist damit die unmittelbare Bestimmung des Gutes auf den Konsumtionsakt hin, Tauschwert seine Einordnung in den Gesamtzusammenhang aller Güter. "Unmittelbar ist er (der Gebrauchswert) die stoffliche Basis, woran sich ein bestimmtes ökonomisches Verhältnis darstellt, der Tauschwert"<sup>3</sup>. Im Tauschwert erscheint der gesellschaftliche Charakter der Arbeit. "Ferner erscheint im Tauschwert die Arbeitszeit des einzelnen Individuums und dieser allgemeine Charakter der vereinzelter Arbeit als gesellschaftlicher Charakter derselben"<sup>4</sup>. "Als Gebrauchswert wirkt die Ware ursächlich. Weizen z.B. wirkt als Nahrungsmittel .... Diese Wirkung der Ware, wodurch sie allein Gebrauchswert, Gegenstand der Konsumtion ist, kann ihr Dienst genannt werden, der Dienst, den sie als Gebrauchswert leistet"<sup>5</sup>. "Erschien die einzelne Ware unter dem Gesichtspunkt des Gebrauchswerts ursprünglich als selbständiges Ding, so war sie dagegen als Tauschwert von vornherein in Beziehung auf alle Waren betrachtet".<sup>6</sup>

Diese Analyse des Doppelcharakters der Ware zieht sich durch die gesamte Marxsche Wirtschaftstheorie. Sie taucht schliesslich auf als Analyse des Doppelcharakters der Arbeit und des Handelns, überhaupt, wenn Marx von dem Unterschied der konkreten und abstrakten Arbeit spricht.

Aus dem Koordinationsproblem der arbeitsteiligen Wirtschaft entsteht das Geld. Dies ist der Ausgangspunkt der Marxschen Analyse. Dabei ist der Begriff der Arbeitsteilung bei Marx sehr unklar, weshalb auch seine Behauptung, dass das Geld aus der Arbeitsteilung hervorgehe, nur schwer analysierbar ist. Denn Marx behauptet keineswegs, dass jede Arbeitsteilung notwendig zur Entstehung des Geldes (in seiner Terminologie: der Warenproduktion) führe. Vielmehr

geht er davon aus, dass Arbeitsteilung und Geld grundsätzlich trennbar seien.

Die "gesellschaftliche Teilung der Arbeit... ist Existenzbedingung der Warenproduktion, obgleich Warenproduktion nicht umgekehrt die Existenzbedingung gesellschaftlicher Arbeitsteilung. In der altindischen Gemeinde ist die Arbeit gesellschaftlich geteilt, ohne dass die Produkte zu Waren werden. Oder, ein näherliegendes Beispiel, in jeder Fabrik ist die Arbeit systematisch geteilt, aber diese Teilung nicht dadurch vermittelt, dass die Arbeiter ihre individuellen Produkte austauschen. Nur Produkte selbständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber".<sup>7</sup>

Der Charakter der Arbeitsteilung muß sich daher wandeln, sobald die Warenproduktion aufgehoben wird.

In ihrer naturwüchsigen Form ruht nämlich nach Marx die Arbeitsteilung auf dem Gemeineigentum (gesellschaftliches Eigentum), so dass jeder einzelne Wirtschaftsakt unmittelbar gesellschaftlich ist und nicht erst durch das Geld nachträglich in einen gesellschaftlichen Akt verwandelt werden muss. Marx beschreibt einen Zustand, in dem Arbeitsteilung ohne Warenproduktion herrscht, in folgender Weise:

"In der ländlich-patriarchalischen Industrie dagegen, wo Spinner und Weber unter demselben Dach hausten, der weibliche Teil der Familie spann, der männliche webte, sage zum Selbstbedarf der Familie, waren Garn und Leinwand gesellschaftliche Produkte, Spinnen und Weben gesellschaftliche Arbeiten innerhalb der Grenzen der Familie. Ihr gesellschaftlicher Charakter bestand aber nicht darin, daß Garn als allgemeines Äquivalent gegen Leinwand als allgemeines Äquivalent oder beide sich gegenseitig austauschen als gleichgültige und gleichgeltende Ausdrücke derselben allgemeinen Arbeitszeit. Der Familienzusammenhang vielmehr mit seiner urwüchsigen Teilung der Arbeit drückte dem Produkt der Arbeit seinen eigentümlichen gesellschaftlichen Stempel auf".<sup>8</sup>

Anders in der entwickelten Arbeitsteilung. Hier entsteht das Privateigentum als Basis der Produktion, so dass die vielen einzelnen Wirtschaftsakte erst auf der Grundlage

von Geld koordiniert werden können. Jetzt muss sich jede einzelne Privatarbeit nachträglich und ohne vorherige Abstimmung auf dem Markt als gesellschaftlich notwendige Arbeit bestätigen.

Sieht man die Ursache des Geldes in dieser Art, so wird das Geld als ein Produkt des Austausches erklärt. Seine einzige Ursache ist dann die Tatsache, dass auf Basis autonomer Wirtschaftspartner produziert und verteilt wird.

"Die Teilung der Arbeit als Totalität aller besonderen produktiven Beschäftigungsweisen ist die Gesamtgestalt der gesellschaftlichen Arbeit nach ihrer stofflichen Seite als Gebrauchswerte produzierende Arbeit betrachtet. Als solche aber existiert sie, vom Standpunkt der Waren aus und innerhalb des Austauschprozesses, nur in ihrem Resultat, in der Besonderung der Waren selbst. Der Austausch der Waren ist der Prozess, worin der gesellschaftliche Stoffwechsel, d.h. der Austausch der besonderen Produkte der Privatindustrien, zugleich Erzeugung bestimmter gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse ist, welche die Individuen in diesem Stoffwechsel eingehen. Die prozessierenden Beziehungen der Waren aufeinander kristallisieren sich als unterschiedene Bestimmungen des allgemeinen Äquivalents und so ist der Austauschprozess zugleich Bildungsprozess des Geldes. Das Ganze dieses Prozesses, der sich als ein Verlauf verschiedener Prozesse darstellt, ist die Zirkulation".<sup>9)</sup>

Geld ist also bei Marx immer als Funktion der Austauschform aufgefasst. Ein Austausch in der arbeitsteiligen Wirtschaft führt danach nur dann zur Entstehung des Geldes und der Warenproduktion, wenn er auf Basis von Privateigentum vor sich geht. Die Austauschfunktion des Geldes ist daher für Marx auch der wichtigste Zug der Warenproduktion.

Aber eine solche Geldklärung aus der Austauschfunktion ist nur möglich, wenn die Bahnen von Produktion und Konsumtion bereits vorgegeben sind. In der rein traditionellen Wirtschaft, in der die Tradition die Produktionsmethoden und die Konsumrichtungen bestimmt, kann Geld tatsächlich nur als Produkt der Austauschform aufgefasst werden.



Prinzipiell könnte der Austausch auch natural vor sich gehen. Die notwendigen Konsumgüter und die anzuwendenden Produktionsmethoden sind ihrer sachlichen Beschaffenheit nach bekannt, und der einzelne Produzent kann unmittelbar erkennen und beurteilen, für welches Bedürfnis eine Produktion möglich ist. Tatsächlich findet bei einem solchen Ausgangspunkt die Wirtschaftsführung der traditionellen Wirtschaft eine relativ einfache Erklärung. Der Konsumfonds besteht aus einer Anzahl bekannter, ihrer sachlichen Beschaffenheit nach bestimmter Endgüter, die lediglich innerhalb eines gleichbleibenden Gesamtprodukts verschieden kombiniert werden. Die Produktionsmethoden für jedes bekannte Endgut sind vorgegeben, brauchen also nicht erst bestimmt zu werden.<sup>10</sup> Eine Ausweitung des Kreislaufs ist nur möglich bei Vergrößerung der Arbeitskräftezahl, ohne dass sich seine Bestandteile ändern. Wie hoch der Grad der Arbeitsteilung dabei ist und wie kompliziert die technischen Prozesse selbst ablaufen, spielt für die Einfachheit der Wirtschaftsrechnung unter diesen Bedingungen keine grosse Rolle. Sobald die Bahnen, in der der Prozess abläuft, traditional eingefahren sind, brauchen sie nur weitergeführt zu werden. Umstrukturierungen des Konsumfonds bedingen zwar Umstellungen der Produktion, aber nur dergestalt, dass bestimmte Produktionen in technisch gleicher Form ausgeweitet werden, wofür andere schrumpfen müssen. Es ergeben sich lediglich Anpassungsvorgänge, aber keine eigentlichen Auswahlprobleme. Die Wirtschaft ist überschaubar. Das Geld und die Geldrechnung ist hier nicht absolut zwingendes Mittel; denn die Einordnung der einzelnen Produktion in die Gesellschaft insgesamt ist durch die Tradition ja bereits besorgt. Ebenfalls sind die Bahnen des Austausches festgelegt. Dieser wird durch das Geld zwar erleichtert, wäre aber auch ohne das denkbar. Die traditionale Wirtschaft kennt daher durchaus reine Tauschwirtschaften. Diese einmal dann, wenn einzelne, übersichtbare Wirtschaftseinheiten völlig selbstgenügsam produzieren (Oekowirtschaft, aber auch der einfache Tausch der primitiven Wirtschaft), daneben gibt es durchaus reine Naturalwirtschaften, die ein ganzes Volk umspannen, wie in der Natural-

wirtschaft der Inka. Wirtschaftlich ist hier nicht mehr zu bestimmen als die Endgüterskala selbst.

Wird nun eine traditionale arbeitsteilige Wirtschaft ohne Geld geführt, so heisst dies im Marxschen Sinne, dass die Arbeit unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist. Der Einzelmensch ist unmittelbar auch Teil der Wirtschaftsgesellschaft seine Arbeit ist die "Funktion eines Gliedes des Gesellschaftsorganismus". Die Arbeitsteilung hat damit einen anderen Charakter gewonnen. Die einzelne Arbeit ist nicht Privatarbeit, nicht die Arbeit eines autonomen Wirtschafters, und ihr Produkt braucht nicht die Geldform anzunehmen, da die Produkte nicht von autonomen Individuen getauscht werden. Es entsteht kein Markt und keine Warenproduktion.

In diesem Sinne ist es das der Produktion vorausgesetzte Gemeinwesen, das den Charakter der Arbeitsteilung bestimmt. Deshalb ist es nach Marx von entscheidender Bedeutung, im Rahmen welcher Gesellschaft die Produktion überhaupt stattfindet:

"Es ist das der Produktion vorausgesetzte Gemeinwesen, das die Arbeit des einzelnen verhindert, Privatarbeit und sein Produkt Privatprodukt zu sein, die einzelne Arbeit vielmehr unmittelbar als Funktion eines Gliedes des Gesellschaftsorganismus erscheinen lässt. Die Arbeit, die sich im Tauschwert darstellt, ist vorausgesetzt als Arbeit des vereinzelt einzelnen. Gesellschaftlich wird sie dadurch, dass sie die Form ihres unmittelbaren Gegenteils, die Form der abstrakten Allgemeinheit annimmt".<sup>11</sup>

Mit der Aufhebung des Geldes soll eine bestimmte Form der Unterwerfung unter die Arbeitsteilung beseitigt werden. Es entspricht hierbei offensichtlich auch der Marxschen Auffassung, dass die Unterschiede der konkreten Arbeiten erhalten bleiben. Aber, da die Arbeit unmittelbar zur Funktion eines Gliedes des Gesamtorganismus geworden ist, kann man von einer Arbeitsteilung im vorher gemeinten Sinne des Wortes nicht mehr sprechen.

In dieser Form erwartet Marx die Aufhebung der Arbeitsteilung im Kommunismus. Er bezeichnet noch wesentliche Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen: Aufhebung des Unter-

schiedes zwischen Stadt und Land und zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, ebenfalls soll der Wechsel des Berufes beliebig möglich sein. Die Aufhebung der Arbeitsteilung, wie Marx sie sieht, ist daher nicht primär von der Aufhebung des Unterschiedes zwischen konkreten Arbeiten ausgedacht. Sie geht aus von der Schaffung einer Gesellschaft, die der Arbeitsteilung einen anderen Charakter gibt, indem sie die einzelne Arbeit als Teil des Gesellschaftsorganismus behandelt.<sup>12</sup>

In diesem Sinne ist die gesamte Marxsche Geldtheorie rein statisch. Sie geht aus von einer bestimmten Situation der Arbeitsteilung und erklärt auf der Grundlage dieser Situation den Austausch der Produkte. Sie erklärt nicht, wie diese Arbeitsteilung entsteht und nach welchen Kriterien sie weiterentwickelt werden kann. Die Kriterien für die Weiterentwicklung der Arbeitsteilung und für das Wachstum des Sozialprodukts ergeben sich nach Marx nicht aus dem Geldsystem, sondern unmittelbar aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Marx wirft dem Kapitalismus geradezu vor, diese Kriterien aus dem Geldsystem (Zinsrechnung) zu entnehmen und dadurch eine rationale Wirtschaftsrechnung zu verfehlen.

Das Geld hat im Marxschen Sinne eine rein statische Funktion, es kann losgelöst vom Problem der Wirtschaftsrechnung betrachtet werden. Zur Beurteilung des Marxschen Gedankens können wir daher auf eine Wirtschaft zurückgreifen, die kein Problem der Wirtschaftsrechnung kennt. Dies ist die traditionale Wirtschaft, wenn wir sie in der extremstmöglichen Weise auffassen als eine Wirtschaft, in der von Periode zu Periode stets die gleichen Wirtschaftsvollzüge durchgeführt werden.<sup>13</sup>

Herrscht in solch einer Wirtschaft Arbeitsteilung, so kann Geld nur dann entstehen, wenn auf Basis privaten Eigentums produziert und ausgetauscht wird. Eine gesellschaftliche Lenkung des Produktionsprozesses hingegen würde das Geld jederzeit überflüssig machen. Wir hätten dann beide Arten der Koordination der arbeitsteiligen Produktion - Markt und Plan - und beide Arten müssen als grundsätzlich möglich gel-

ten. Da das Problem der Wirtschaftsrechnung ausgeschaltet ist, hat das Geld ausschliesslich Äquivalenzfunktion, ist Hilfe beim Austausch und nichts weiter.

Dass dies eine Besonderheit der traditionellen Wirtschaftsweise ist und keineswegs ein Grundzug jeder Art zu wirtschaften überhaupt, hat Marx nicht näher untersucht. Deswegen benutzt er zur Erläuterung der Möglichkeit einer Trennung von Arbeitsteilung und Geldsystem gern Beispiele aus traditionellen Wirtschaften einer sehr frühen Zeit (altindische Gemeinde, die Wirtschaft von Peru). Warenproduktion und Arbeitsteilung sind trennbar, wenn eine traditionale Wirtschaft gegeben ist, in der sich die Produktionsmethoden und die Konsumgewohnheiten nicht ändern.

Die sowjetischen Auffassungen vom Übergang zum gesellschaftlichen Eigentum und zur Aufhebung der Arbeitsteilung schliessen sich an diese Vorstellungen von Marx an. Das gesellschaftliche Eigentum soll in Gestalt der Planwirtschaft eine geldlose Wirtschaft verwirklichen, und im Zusammenhang damit soll sich im Laufe der weiteren Entwicklung der Charakter der Arbeitsteilung verändern. Man unterscheidet daher zwischen bürgerlicher und sozialistischer Arbeitsteilung. Es wird behauptet, dass die bürgerliche Arbeitsteilung als Folge des Herrschens der Privateigentumsordnung in ausserordentlich grosse Extreme geführt worden sei, während durch die Ordnung des gesellschaftlichen Eigentums diese Extreme wieder gemildert werden

"Marx und Engels waren nicht gegen jede Arbeitsteilung, sondern gegen die alte bürgerliche Arbeitsteilung, die zur Vertiefung des Widerspruchs zwischen physischer und geistiger Arbeit, zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit führt, die den Menschen für sein ganzes Leben an einen eng begrenzten Beruf fesselt und ihn physisch und geistig verkrüppelt."<sup>44</sup>

"Der Kommunismus zerschlägt die Reste der alten Arbeitsteilung, die den Menschen zum Sklaven erniedrigt. Er negiert jedoch keineswegs die Notwendigkeit der Arbeitsteilung in der Produktion und Gesellschaft, sondern schafft vielmehr eine neue Teilung der Arbeit, bei der niemand sein Leben lang an ein und denselben Beruf gebunden ist."<sup>45</sup>

Als Ziele einer solchen Aufhebung der Arbeitsteilung werden dann die Aufhebung des Unterschieds zwischen Stadt und Land und zwischen geistiger und körperlicher Arbeit genannt, die beide schon bei Marx ausgesprochen sind.

Allerdings ist dies ein seltsamer Gebrauch von Begriffen. Dem Wort nach würde man unter Aufhebung der Arbeitsteilung immer wesentlich mehr verstehen, nämlich die Beseitigung des Unterschieds zwischen den einzelnen Arbeiten überhaupt. Eine solche Interpretation wird jedoch von den sowjetischen Ökonomen völlig abgelehnt.

Aber selbst in dieser Auffassung der Begriffe ist es schwierig, eine Tendenz zur Aufhebung der Arbeitsteilung nachzuweisen. Die Argumentationen sind deshalb auch nicht überzeugend. So wird behauptet, dass zumindest eine gewisse Verringerung der Anzahl der Berufe vor sich gehe.

"Schon jetzt ist die Tendenz zu beobachten, dass Berufsqualifikationen mit sehr eng gezogenen Grenzen verschwinden. Bei einer schon vor einigen Jahren in der Sowjetunion durchgeführten Vereinheitlichung der Berufsbilder wurde die übermässige Zersplitterung in über 2000 engere Einzelberufe beseitigt. Sie wurden zu 314 Berufen bzw. Fachgebieten zusammengefasst. Immer stärker werden umfassendere allgemeine Kenntnisse der technisch-wirtschaftlichen Grundlagen der Arbeit und Leistung von Maschinen und Maschinensystemen. Gerade eine solche Qualifizierung wird immer öfter zum Inhalt des kommunistischen Lernens der Brigaden."<sup>16</sup>

In Wirklichkeit ist solch eine Zusammenfassung der Einzelberufe in grössere Berufskategorien eine Rationalisierungs-massnahme der Statistik und hat mit der Arbeitsteilung nichts zu tun. Der andere Gesichtspunkt taucht daneben allerdings immer wieder auf. Man nimmt in der Sowjetunion an, dass die wachsende Notwendigkeit theoretischen Wissens auf seiten der Arbeitskraft ein Schritt zur Überwindung des Unterschieds von geistiger und körperlicher Arbeit sei. Daher gilt die Automatisierung als ein Schritt zur Aufhebung der Arbeitsteilung.

"Die Automatisierung der Produktion hebt die alte Arbeitsteilung auf ..."<sup>47</sup>  
Hier besteht die Tendenz, dass sich die Tätigkeit des Arbeiters der von Ingenieuren und Technikern annähert. Es entsteht der Typ des neuen Menschen, des allseitig entwickelten Werkstätigen."<sup>48</sup>

Als Beispiel für geistige Arbeit wird daher bevorzugt der Techniker und Ingenieur angeführt. Und es ist ja tatsächlich denkbar, dass eines Tages das Niveau des Ingenieurs eine durchschnittlich erhobene Anforderung an den Arbeiter ist.

"Schon heute ist in den sowjetischen Hüttenbetrieben mehr als die Hälfte der Arbeitszeit eines Hochöfners mit geistiger Tätigkeit ausgefüllt. Die Einrichtung automatischer Systeme sind überwiegend mit geistiger Arbeit befasst und nähern sich der Qualifikation von Ingenieuren und Technikern."<sup>49</sup>

Fasst man geistige Arbeit so auf, dann ist natürlich der Buchhalter bereits ein geistiger Arbeiter. Geistige und körperliche Arbeit wird dann nach einem völlig äusseren Merkmal getrennt, nämlich danach, ob ich bei der Arbeit meinen Körper anstrengen muss oder nicht. Der Unterschied von geistiger und körperlicher Arbeit verliert dann jede Ähnlichkeit mit dem Unterschied von schöpferischer und ausführender Arbeit, wovon ja Marx ausgeht. Auch im höchsten Grade mechanische Arbeiten können jetzt als geistige Arbeiten verstanden werden. Ausgangspunkt einer solchen Bestimmung der geistigen Arbeit ist nicht mehr die Tätigkeit, die zu verrichten ist, sondern die Qualifikation, die erfordert ist. Sofern noch von der Tätigkeit ausgegangen wird, ist geistige Arbeit in der sowjetischen Auffassung letztlich dadurch bestimmt, dass sie die Hände nicht schmutzig macht.

Darüber hinaus meint man, dass die Aufhebung der Arbeitsteilung zu einer allmählichen Überwindung des Spezialistentums führen werde, dass man den Beruf nach seinen Neigungen wählen und nicht für sein ganzes Leben daran gefesselt sein solle.

"Ausgehend von den Erfordernissen der Produktion, wird die Gesellschaft wahrscheinlich für alle werktätigen Menschen die Arbeitszeit und den Arbeitsplatz festlegen. Natürlich werden dabei die Fähigkeiten und Neigungen des einzelnen berücksichtigt werden, doch darf man nicht vergessen, dass im Kommunismus jeder Werktätige den gesellschaftlichen Interessen den Vorrang geben wird, auch wenn sie nicht immer mit seinen Wünschen übereinstimmen."<sup>20</sup>

Das Ziel dieser Entwicklung wird durch das Wortungeheuer *Universalspezialist* bezeichnet. Aber die Widersprüchlichkeit dieser Interpretationen wird schon durch solche Worte offenbar.

So ist also der Nachweis eines Unterschiedes von bürgerlicher und sozialistischer Arbeitsteilung nicht zu erbringen. Die ganze Argumentation in bezug auf eine Aufhebung der Arbeitsteilung löst sich damit auf. Da die Haupttendenzen, die zum Nachweis für eine eigenständige Entwicklung der sozialistischen Arbeitsteilung vorgebracht werden, sich in ganz ähnliche Weise in den westlichen, kapitalistischen Industriewirtschaften aufweisen lassen, kann überhaupt der Begriff sozialistische Arbeitsteilung nicht geklärt werden.

In Wirklichkeit handelt es sich um den Hinweis auf Entwicklungen, die der modernen Technik immanent sind, und die daher durch die wirtschaftliche Rationalität selbst gefordert werden. Arbeiter, die in der Lage sind, mehrere Berufe auszuführen, haben einen Vorteil daraus und sind von seiten jeder Wirtschaft erwünscht. Steigerung der Qualifikation dieser Arbeiter muss einfach deshalb unterstützt werden, weil sonst technische Neuerungen ja nicht einsetzbar sind. Und so ist es mit allen anderen Merkmalen auch.

Eine Aufhebung der Arbeitsteilung also, wie sie in der sowjetischen Wirtschaftslehre verstanden wird, ist schlechthin ein sinnloser Begriff. Die Arbeitsteilung wird nicht aufgehoben, sie wird lediglich den Erfordernissen neuer technischer Entwicklungen angeglichen.

Hält man dann die Behauptung aufrecht, dass Arbeitsteilung und Warenproduktion trennbar seien, so heisst dies konsequenterweise, dass sie nichts miteinander zu tun haben. Sowjetische Theoretiker sehen sich daher auch öfters gezwungen, einfach schlechthin die Erhaltung der Arbeitsteilung und die Abschaffung des Geldes als vereinbar zu erklären.

Aber eine Trennung von Arbeitsteilung und Notwendigkeit des Geldes ist ebenfalls unmöglich. Es ist von vornherein klar, dass überall dort, wie keine Arbeitsteilung besteht, auch kein Geld als Mittel der wirtschaftlichen Koordination auftauchen kann. Gibt es keine Arbeitsteilung, so gibt es kein Koordinationsproblem, folglich auch kein Geld.

Die Schwierigkeit ist jetzt klar. Einerseits ist Aufhebung der Arbeitsteilung eine hinreichende Bedingung für die Abschaffung des Geldes. Andererseits aber ist arbeitsteiliges Wirtschaften ohne Geld möglich. Die Notwendigkeit des Geldes muss folglich damit zusammenhängen, dass die Arbeitsteilung mit unterschiedlichem Charakter auftauchen kann, so dass nur eine ganz bestimmte Form der Arbeitsteilung zur Notwendigkeit des Geldes führt.

Aber dieser unterschiedliche Charakter, den die Arbeitsteilung haben kann, ist nicht der Unterschied von bürgerlicher und sozialistischer Arbeitsteilung, wie dies die sowjetische Wirtschaftslehre behauptet. Er besteht vielmehr darin, dass diese Arbeitsteilung im Rahmen einer traditionellen oder einer dynamischen Wirtschaft auftaucht. Geld ist daher nicht notwendig bei Arbeitsteilung schlechthin, wie dies Marx ganz richtig betont. Es ist notwendig bei einer Arbeitsteilung, die sich dauernd verändert, sich immer wieder und kontinuierlich mit neuen Techniken verbindet. Geld ist ein Phänomen der dynamischen Wirtschaft. Die Aufhebung der Arbeitsteilung als Voraussetzung für die Abschaffung des Geldes bekommt dadurch ein vollkommen neues Gesicht.

Dies kann ausgehend von dem Problem der Wirtschaftsrchnun in der traditionellen Wirtschaft gezeigt werden. Wir hatten unter traditionaler Wirtschaft eine Wirtschaft verstanden in der Produktionsmethoden und Endgüterverbrauch durch die Tradition vorgegeben sind.



Werden allerdings die Voraussetzungen der traditionellen Wirtschaft so extrem formuliert, dass jegliches Wachstum ausgeschlossen ist, so haben wir ~~allerdings~~ letztlich die Voraussetzungen des Wirtschaftens in einem Termiten- oder Ameisenstaat. Es widerspricht jeder menschlichen Wirtschaft, absolut in traditionellen Bahnen zu verlaufen. Sprechen wir daher von traditionaler Wirtschaft als einem Typ des Wirtschaftens vor der industriellen Revolution, so muss diese traditionale Wirtschaft immer so verstanden werden, dass ein gewisser Wandel der Produktionsmethoden vor sich geht. Von der modernen Wirtschaft unterscheidet sich diese Art des Wandels der Produktionsmethoden dadurch, dass sie zufällig, nicht kontinuierlich und nicht methodisch ist. Aber der Wandel geht natürlich vor sich, wenn auch sehr viel langsamer.

Ein echtes Problem der Wirtschaftsrechnung entsteht in dieser traditionellen Wirtschaft nicht. <sup>Ma</sup> Tauchen neue Techniken nur vereinzelt und nicht in Massen auf, so ist eine Kapitalrechnung als Teil der Wirtschaftsrechnung entbehrlich, und es genügt, sich bei der Investition einzig an ihrer Wirkung auf den Arbeitsaufwand zu orientieren. Jede Investition, die überhaupt den Arbeitsaufwand senkt, gilt daher als rentabel.

Aber schon hier bekommt das Geld eine Funktion, die dann in der modernen Wirtschaft, in der dynamischen Wirtschaft, besonders ausgeprägt wird und die bei völlig starrem traditionalem Wirtschaften wegfällt, nämlich seine Rechenfunktion. <sup>ll</sup> Es wird zu einem Werkzeug rationaler wirtschaftlicher Wahl. Jetzt hat das Geld nicht mehr nur die Aufgabe, einen Austausch zu vermitteln, sondern es muss ebenfalls als Mittel zur Bestimmung der Richtungen der Entwicklung der Produktion benutzt werden.

Bei der Bewertung des Rechenproblems ging Marx von den Verhältnissen einer traditionellen Wirtschaft aus. Hier wächst das technische Wissen so langsam an, dass das wirtschaftliche Wachstum den einzelnen Wirtschaftssubjekten kaum zu Bewusstsein kommt. Unter solchen Umständen ist generell ein Zinskri-

terium für die wirtschaftliche Auswahl überflüssig, das Bewußtsein der Rechenhaftigkeit überhaupt sehr gering und daher die Orientierung an den reinen Arbeitskosten zum Zwecke der Investitionsauswahl und zur Lösung des Rechenproblems in der Wirtschaft ausreichend. Jede Chance, die Arbeitskosten überhaupt zu senken, ist eine lohnende Investitionschance, wenn nur eine ganz geringe Zahl solcher Chancen vorhanden ist.<sup>23</sup>

Die Marxsche Vorstellung von der richtigen Wirtschaftsrechnung schließt von der traditionellen Wirtschaft aus auf die dynamische Wirtschaft. Sie nimmt an, dass hier generell eine gleiche Wirtschaftsrechnung möglich und nötig sei.<sup>24</sup>

Aber diese ruht auf einer Scheinlösung des Problems. Sobald nämlich technisches Wissen andauernd in großer Zahl zur Verfügung steht, können nicht mehr alle Techniken, die überhaupt ein Wachstum der Arbeitsproduktivität ermöglichen, eingesetzt werden. Die Entscheidung, welche Techniken anzuwenden sind, und welche Endgüterproduktionen zu vergrößern sind, enthält jetzt zum Unterschied von den Verhältnissen einer traditionellen Wirtschaft eine Wahl. Damit ist die Koordination nicht mehr in einfacher Form darstellbar. Kein einziger wirtschaftlicher Akt kann mehr isoliert betrachtet werden, über seine Möglichkeit kann auch nicht isoliert entschieden werden. Wirtschaftliche Entscheidungen müssen jetzt den Gesamtbereich der Wirtschaft ständig berücksichtigen.

Die Funktionen des Geldes sind also in der dynamischen Wirtschaft völlig anderer Art als in der traditionellen.<sup>25</sup> Man kann sie ganz unmöglich am Beispiel der traditionellen Wirtschaft erläutern. Indem Marx dies tut, entgeht ihm gerade die für die dynamische Wirtschaft typische Hauptfunktion. Da die unmittelbare Erfahrung, die aus der Vergangenheit stammt, als Basis für die künftigen Entscheidungen wegfällt, müssen sich wirtschaftliche Entscheidungen in völlig neuer Art bestimmen.

Dass Marx und Engels sich hierüber nicht im klaren waren, können folgende Aussprüche zeigen:

2 In der kommunistischen Gesellschaft wird es ein leichtes sein, sowohl die Produktion wie die Konsumtion zu kennen. Da man weiss, wieviel ein einziger im Durchschnitt braucht .... so ist es eine Kleinigkeit, die Produktion nach den Bedürfnissen zu regeln" 24 ... "Ist eine solche Statistik einmal organisiert, ... so wird sich der Durchschnitt des jährlichen Konsums nur im Verhältnis der steigenden Bevölkerung verändern" 25

Engels sieht hier völlig davon ab, dass eine kommunistische Gesellschaft nach seiner eigenen sonstigen Definition eine wachsende Wirtschaft ist. In der wachsenden Wirtschaft aber steigt der Durchschnitt des jährlichen Konsums schneller als der Anstieg der Bevölkerung. Die Aussagen von Engels über die Wirtschaftsrechnung treffen daher nur auf eine traditionale Wirtschaft zu.

Dass er dabei in einen Widerspruch mit sich selbst kommt, zeigt ein Vorwurf gegen Dühring, den er an anderer Stelle erhebt. Er weist Dühring dort darauf hin, dass er bei seiner Analyse der sozialistischen Wirtschaft die Akkumulation vergessen habe, wobei er ganz selbstverständlich voraussetzt, dass Kommunismus eine wachsende Wirtschaft bezeichnet. 26 Im Zusammenhang damit vereinfacht er das Problem noch einmal in der gleichen Weise:

"Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit ... die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt notwendig ist." 27

Hier taucht der gleiche Fehler wieder auf. Hat Engels noch wenig Seiten vorher Dühring den Vorwurf gemacht, die Akkumulation vergessen zu haben, so kann man Engels auch hier das gleiche entgegenen. Die tägliche Erfahrung zeigt nur in der traditionellen Wirtschaft an, wieviel Arbeit im Durchschnitt für ein Produkt nötig ist. In der dynamischen Wirtschaft ist es ständig fraglich, ob ein bestimmtes Produkt überhaupt noch produziert werden soll und welche Produktionsmethoden anwendbar sind. Die tägliche Erfahrung nützt dabei gar nichts, vielmehr wird das Verhältnis zur Produktionsmethode abstrakt und unüberschaubar und zu ihrer Bestimmung wird Geld unentbehrlich.

Es ist aber gerade diese Rechenfunktion des Geldes, die es zu einem unentbehrlichen Mittel des Wirtschaftens macht. Zugleich erklärt sich aber auch, warum Marx diese Funktion nicht sah. Sie ist eben am Beispiel der traditionellen Wirtschaft überhaupt nicht sichtbar, erst die dynamische Wirtschaft bringt sie hervor.

Diese Notwendigkeit des Geldes aber hat mit der Eigentumsordnung nichts zu tun. Während es bei Unterstellung traditioneller Wirtschaftsweise eine Trennung von Warenproduktion und Arbeitsteilung gibt, kann in der dynamischen Wirtschaft, für die eine dauernde Weiterentwicklung der Arbeitsteilung charakteristisch ist, beides nur zusammen auftreten.

Will man daher die Voraussetzungen formulieren, unter denen in der dynamischen Wirtschaft Geld überflüssig sein kann, so genügt es nicht mehr, sie als Änderung des Charakters der Arbeitsteilung zu beschreiben. Man müsste vielmehr Voraussetzungen nennen, die allem, was faktisch als möglich gelten kann, widersprechen.

## 2. Optimumbegriff und Kommunisbild.

Die Erklärung der Geldfunktionen aus der dynamischen Wirtschaft macht es möglich, die Zielsetzungen, die Marx für die Wirtschaft stellt und die in der Sowjetwirtschaft zum Mittelpunkt der Ideologischen Versprechungen werden, verständlich zu machen.

Sobald eine Wirtschaft entsteht, in der Produktionsmethoden systematisch verbessert werden, entsteht ein gesellschaftliches Problem, das die traditionale Wirtschaft nicht kennt. Dies ist das Problem der Koordination wirtschaftlichen Handelns, das in der traditionellen Wirtschaft so einfach und unmittelbar durchschaubar ist, dass es nicht bewusst wird. In der dynamischen Wirtschaft hingegen wird das Koordinationsproblem zu einer alle sonstige wirtschaftliche Tätigkeit überschattenden Erscheinung. Das Misslingen der wirtschaftlichen Koordination führt hier in Gestalt der Wirtschaftskrisen zu dem am heftigsten empfundenen Katastrophen. Am Koordinationsproblem setzt daher auch die Wirtschaftstheorie von Marx an.

Das Geld ist auch von Marx ~~immer~~ als Mittler der wirtschaftlichen Koordination aufgefasst worden. Er verbindet allerdings mit dem Geldsystem immer die Vorstellung, dass es die Aufgabe der Koordination notwendig nicht vollständig leisten kann, und dass eine richtige und reibungslose Koordination wirtschaftlichen Handelns die Verwendung des Geldes überflüssig machen müsse. Er stellt daher die Ebene reibungsloser Koordination einer anderen Ebene der Koordination gegenüber, in der ständige krisenhafte Entwicklungen mit innerer Notwendigkeit entstehen, und in der das Geld als Mittel der Koordination benutzt ist. Indem er die Abschaffung des Geldes fordert, will er den Übergang der Wirtschaft aus einer von dauernden Krisen geschüttelten Geldwirtschaft in eine dann reibungslos und mit hohem Rationalitätsgrad funktionierende Naturalwirtschaft begründen. Das Geld stirbt ab, weil es als mangelhaftes

Koordinationsmittel <sup>entpuppt</sup> erkannt wird, und an seine Stelle tritt das unmittelbare Handeln. Es ist Ausdruck eines Mangels und muss daher mit der Beseitigung des Mangels verschwinden.

Diese Situation hat sich nach Marx im Laufe der Geschichte dauernd verschärft. Im Kapitalismus ist sie am stärksten zugespitzt worden, so dass jetzt auch die Notwendigkeit eintritt, den Mangel zu überwinden. Auf diese Weise ergibt sich dann das Marxsche Zielbild.

Man könnte sich die Argumentation jetzt dadurch vereinfachen, dass man sich auf den Nachweis der Notwendigkeit des Geldes in jeder dynamischen Wirtschaft überhaupt beschränkt. Dabei würde es gegenüber Marx schon genügen zu beweisen, dass jede Naturalwirtschaft bei wachsender Wirtschaft relativ zur Geldwirtschaft eine geringere Rationalität haben muss.

Würde man dies tun, so bliebe die grosse Wirkung, die das Marxsche Denken gehabt hat, völlig unverstanden. Es wäre nicht erklärlich, wieso Marx überhaupt so grosse Erwartungen gehabt hat und wieso diese Erwartungen auch heute noch gehegt werden.

Wir werden daher einen anderen Weg beschreiten. Das Zielbild von Marx, das er als Kommunismus beschreibt, soll daher daraufhin untersucht werden, was es eigentlich verspricht und welche Voraussetzungen es impliziert. Nun ist dies Zielbild bei Marx sehr unklar gehalten<sup>35</sup>. Die Bedingungen, die für seine Verwirklichung genannt werden, sind nur sehr vage umschrieben. Eine Stelle aber, wo seine Aussage ganz exakt und unmissverständlich gemacht ist, ist seine Auffassung des Geldes. Kommunismus ist ein Zustand, in dem Geld überflüssig ist.

In dieser Beziehung kann es kein Missverständnis über das Marxsche Kommunismusbild geben. Gleichzeitig ist diese

Vorstellung des Kommunismus als geldloser Wirtschaft in der Tradition der kommunistischen Parteien immer aufrechterhalten worden und gilt in der Sowjetunion selbst heute noch.<sup>2631</sup>

Gleichzeitig handelt es sich bei der Erwartung des Kommunismus nicht einfach um eine Abschaffung des Geldes. Es herrscht vielmehr die Vorstellung, dass die Beibehaltung des Geldes zu einem<sup>m</sup> geringeren wirtschaftlichen Produkt führt, als es bei seinem Verschwinden möglich wäre. Der Übergang zum Kommunismus gilt daher als ein Übergang zu einer Stufe höherer wirtschaftlicher Rationalität.<sup>27</sup> Das Geld ist danach ein Hindernis für eine höhere Rationalität, und es muss beseitigt werden, weil nur ohne Verwendung von Geld eine noch höhere Entwicklung der Produktivkräfte möglich ist.

Wir wählen daher dies Geldproblem zum Ausgangspunkt für die Analyse des Kommunismusbildes. Dies bedeutet nicht, dass wir der Auffassung sind, dass im Kommunismusbild nicht auch ganz andere Ziele enthalten seien, die für Marx unmittelbar eine grosse Rolle spielten. Da er aber alle die sonstigen Ziele des Kommunismusbildes mit dem Geldproblem verknüpft hat, können wir uns durchaus auf die Untersuchung dieses Problems beschränken. Das Kommunismusbild müsste nämlich seine wesentlichen Züge verlieren, sobald sich das Verschwinden des Geldes als unmöglich herausstellt.<sup>2733</sup>

Die Darstellung der einzelnen Züge des Kommunismusbildes soll an dieser Stelle noch nicht erfolgen. Sie findet sich im letzten Abschnitt der Arbeit. Hier knüpfen wir nur am Geldproblem an, weil an diesem Punkt das Kommunismusbild am besten theoretisch fassbar wird. Wir gehen dabei davon aus, dass das Kommunismusbild als Voraussetzung seiner Möglichkeit sämtliche Bedingungen der Abschaffung des Geldes

enthält, wobei wir die Möglichkeit ausschliessen, diese Abschaffung des Geldes durch Übergang zu einer traditionellen Wirtschaft oder durch eine Hinnahme eines niedrigeren Grades der Rationalität, als er bei Geldrechnung möglich wäre, durchzusetzen.

Wir können dabei auf Untersuchungen der westlichen Nationalökonomie zurückgreifen. Es handelt sich hierbei um die Darstellung des Optimumbegriffs. Unter dem Optimum wirtschaftlicher Koordination ist ein Zustand <sup>data</sup> ~~zu verstehen~~, der in rein formaler Hinsicht nicht mehr besser gedacht werden kann. Eine beliebige Änderung des Mitteleinsatzes müsste vom Optimumpunkt aus <sup>2934</sup> ~~gesehen~~ eine Verschlechterung der Zweckerfüllung bringen. *Optimum*

Um die Mittelverteilung im Optimumpunkt erörtern zu können, muss man Annahmen machen, unter denen es in der Wirklichkeit eine beste Lösung geben kann. Die wesentlichen Annahmen sind die Annahme vollkommener Markttransparenz und die Annahme unendlicher Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren. Sie sind analytische Mittel, um Optimumbeziehungen zu konstruieren.

Als Voraussetzungen sind wie für den Nationalökonomem völlig unentbehrlich. Die vollkommene Markttransparenz hat einmal die Bedeutung, dass der Nationalökonom annimmt, alle relevanten Fakten zu kennen. Dies ist notwendig, weil sich über Einflüsse, die man nicht kennt, keine theoretischen Aussagen ergeben. Was man nicht weiss, kann man nicht erörtern. In ähnlicher Bedeutung tritt in der Modellanalyse die Annahme unendlicher Reaktionsgeschwindigkeit auf. Um zu vermeiden, jeden Prozess im einzelnen durchdiskutieren zu müssen, wobei man niemals zu Ende kommen könnte, nimmt man an, dass man sein Ergebnis sofort hat.

So aufgefasst, handelt es sich um notwendige Voraussetzungen als Mittel der Modellanalyse. Will man weiterhin eine Wirtschaft formulieren, in der die optimale



Kombination tatsächlich gefunden wird, so muss man beide Voraussetzungen für diese Wirklichkeit als gegeben unterstellen. Es wird dann angenommen, jedes Wirtschaftssubjekt habe diese völlige Markttransparenz und es herrsche eine unendliche Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren.

Nur innerhalb dieser Voraussetzungen aber lassen sich Optimummodelle schaffen. Sie stellen dann Fiktionen dar, unter denen formale Beziehungen von Zweck und Mittel abgeleitet werden. Über die Wirklichkeit selbst sagen sie natürlich nichts aus.<sup>39</sup> Die Wirklichkeit selbst kann aber mit ihrer Hilfe daraufhin interpretiert werden, wieweit sie sich einer solchen Optimallösung annähert und welche Mittel sie dabei benutzt. Das wichtigste Mittel zu einer solchen Orientierung auf das Optimum aber ist das Geld. Die Wirtschaftstheorie führt daher die Verwendung des Geldes in den Optimumbegriff ein, um zu untersuchen, unter welchen Bedingungen das Geld mit der Verwirklichung der Optimumlösung vereinbar ist. Aber das Geld ist in den Optimumbegriff nachträglich eingeführt. Die optimalen Beziehungen zwischen Zweck und Mittel können unter Optimumvoraussetzungen ohne weiteres auch ohne die Verwendung von Geld bestimmt werden, und ebenfalls ist wirtschaftliches Handeln dann ohne Verwendung des Geldes denkbar.<sup>34a</sup>

Hierbei zeigt sich schon, dass der Optimumbegriff die Voraussetzungen beschreibt, die zur Abschaffung des Geldes erfüllt sein müssen. Das Optimummodell, das die Bedingungen beschreibt, unter denen ein Koordinationssystem perfekt funktioniert, enthält immer auch die Voraussetzungen, unter denen das Geld und sämtliche Institutionen, die mit der wirtschaftlichen Koordination befasst sind, verschwinden können. Auf diese Besonderheit des Optimummodells weist bereits Jöhr hin:

<sup>4</sup>Wir schreiben ja dem Wirtschaftssubjekt solche Geistesgaben zu, dass es ihm keine Schwierigkeiten machen würde, den Wert jedes Gutes immer nur in seinem Verhältnis zu allen übrigen Gütern und nicht in seinem Verhältnis zu einem allgemeinen Tauschmittel auszudrücken.<sup>31</sup>

Die hierbei beschriebenen Fähigkeiten des Wirtschaftssubjekts sind Bedingung der Verwirklichung des Optimums, zugleich aber Voraussetzungen für die Abschaffung des Geldes.

Aber es ist damit über die Wirklichkeit des Koordinationssystems überhaupt nichts gesagt. Lediglich ein theoretischer Grenzbegriff ist aufgewiesen, der für die Theorie unentbehrlich ist. Die Wirklichkeit entspricht diesem Grenzbegriff in gar keiner Weise. Im Gegenteil. Das Modell perfekten Funktionierens, das die Wirkungsweise eines optimalen Preissystems zeigt, ist gleichzeitig ein zwingender Beweis dafür, dass ein beliebiges Preissystem, ob es nun dem System der Markt- oder Plan-koordination unterliegt, unmöglich ein optimales Preissystem sein kann. Die Theorie der Rationalität des wirtschaftlichen Handelns scheint hier in einen Widerspruch mit sich selbst zu kommen.

Indem sie die Voraussetzungen optimalen Funktionierens klarlegt, schafft sie ein Kriterium, an dem gemessen werden kann, ob eine bestimmte Wirtschaft optimal funktioniert. Ein Vergleich mit der Wirklichkeit aber zeigt ganz unmittelbar, dass das Fehlen der Optimumvoraussetzungen ganz wesentlich zu aller wirtschaftlichen Wirklichkeit gehört. Wenn im Optimummodell die Voraussetzungen zur Abschaffung des Geldes gemacht werden müssen, kann daher auch die Notwendigkeit des Geldes nicht aus dem Optimummodell abgeleitet werden. Das Optimummodell ist im Gegenteil der zwingende Beweis dafür, dass in der perfekt funktionierenden Wirtschaft das Geld überflüssig ist. Geld kann folglich nicht seine Notwendigkeit daher haben, unentbehrliches Mittel zur

Erreichung der optimalen Kombination wirtschaftlichen Handelns zu sein. Es ist, so würde es auch aus der Optimumtheorie folgen, Symptom eines Mangels.

Die Kritik der Marxschen Ausgangsposition in bezug auf die Geldtheorie ändert an dieser wichtigen Aussage von Marx also nichts. Geld kann nur negativ definiert werden. Eine perfekt funktionierende Wirtschaft unter Zuhilfenahme von Geld ist ein Widerspruch in sich. Wenn die Wirtschaft perfekt funktioniert, optimal ist, dann braucht man eben kein Geld, oder - um mit Engels zu reden - dann stirbt das Geld ab.<sup>17</sup> Geld ist keine begrifflich geforderte, theoretische Notwendigkeit.

Die Theorie des Funktionierens der wirtschaftlichen Koordination verwendet einen Begriff des optimalen Preissystems, der beweist, dass das tatsächliche Preissystem mit Notwendigkeit nicht optimal ist. Man kann dieses Problem auch nicht einfach dadurch lösen, dass man die Abweichungen vom Optimum als Fiktionen darstellt, insofern schon durch den Ausdruck betont, dass sie nicht wesentlich seien. Denn es lässt sich leicht nachweisen, dass gerade diese Fiktionen für die Wirklichkeit das Grundlegende sind. Auch dies zeigt nämlich die Optimumtheorie.

Der Optimumbegriff geht vom Koordinationssystem aus, das nur innerhalb eines Systems der Geldrechnung durchgesetzt werden kann. Er zeigt, dass ein optimales Preissystem nur unter Bedingungen möglich ist, unter denen das Geld selbst überflüssig ist. Dies wären also Bedingungen, unter denen das Koordinationssystem als Institution selbst überflüssig wird. Im Optimumbegriff widerspricht sich das Koordinationssystem selbst. Es versteht sich von einem Zustand her, bei dem es als eigene Institution überflüssig ist.

Auf einen ähnlichen Zusammenhang hat ebenfalls Hayek hingewiesen. Hayek zeigt zuerst den rein logischen Charakter des Modells vollkommenen Wettbewerbs!

"Die Gleichgewichtsanalyse in diesem Sinne würde natürlich reine Logik sein und keine Aussagen über die reale Welt enthalten" >>

"Das Problem ist daher in keiner Weise gelöst, wenn wir zeigen können, dass alle Fakten, wenn sie einen Einzelnen bekannt wären ..... die Lösung eindeutig bestimmen würden;..." >>

Um zur Wirklichkeitsanalyse zu kommen, müsse man weitergehen

"stattdessen müssen wir zeigen, wie eine Lösung durch das Zusammenwirken von Menschen hervorgebracht wird, von denen jeder nur Teilkenntnisse besitzt" >>

Hayek zeigt dann, dass im Modell vollkommener Konkurrenz von der Institution des Koordinationssystems praktisch abstrahiert ist.

"Ich will hier den Versuch machen, zu zeigen, dass das, was die Theorie des vollkommenen Wettbewerbs diskutiert, eigentlich überhaupt nicht 'Wettbewerb' genannt werden dürfte und dass ihre Schlußfolgerungen als Richtlinien für die Politik nicht von grossem Nutzen sind. Der Grund dafür scheint mir zu sein, dass diese Theorie durchwegs jenen Zustand als bereits bestehend annimmt, den, nach der richtigen Ansicht der älteren Theorie, der Prozess des Wettbewerbs erst schaffen soll, und dass, wenn der von der Theorie des vollkommenen Wettbewerbs angenommene Zustand je bestehen würde, er nicht nur alle Tätigkeiten, die das Wort 'Wettbewerb' beschreibt, die Entfaltungsmöglichkeiten nehmen, sondern sie in ihrem Wesen unmöglich machen würde" >>

"Die eigentümliche Natur der Annahmen, von denen die Theorie des Wettbewerbsgleichgewichtes ausgeht, zeigt sich deutlich, wenn wir fragen, welche Tätigkeiten, die wir gewöhnlich mit dem Wort 'Wettbewerb' bezeichnen, noch möglich wären, wenn jene Bedingungen erfüllt wären" >>. "Vollkommener' Wettbewerb bedeutet tatsächlich das Fehlen aller wettbewerblichen Tätigkeiten" >>

Was Hayek hier als Wettbewerb im gewöhnlichen Sinne des Wortes beschreibt, ist hier als Institution des Systems der Marktkoordination bezeichnet. Unter Voraussetzungen vollkommener Konkurrenz ist diese tatsächlich überflüssig. Aber darüberhinaus, worauf Hayek nicht hinweist, das gesamte Geldsystem. Wenden wir den gleichen Gedanken auf das

Plansystem an, so zeigt sich, dass auch der Plan als Institution unter Voraussetzungen vollkommener Konkurrenz überflüssig ist. Die Voraussetzungen vollkommener Konkurrenz beschreiben nämlich einen Zustand, in denen sich die wirtschaftliche Koordination überhaupt nicht mehr in objektiver Form zu vollziehen braucht. Unter Voraussetzung vollkommener Konkurrenz ist nicht nur ein optimaler Preis möglich, sondern auch ein optimaler Plan. Gleichzeitig ist aber unter diesen Voraussetzungen genau so wie das Geld auch ein Plan überflüssig. <sup>37a</sup>

Wir wollen diese Argumentation nicht weiter verfolgen, können aber feststellen, dass das Koordinationssystem überhaupt nur dadurch erklärt werden kann, dass man es negativ definiert. Das Koordinationssystem verdankt seine Existenz als Institution der Tatsache, dass die Bedingungen der Möglichkeit perfekten Funktionierens nicht gegeben sind. Darin ist einmal ausgedrückt, dass es sich von einem Zustand perfekten Funktionierens verstehen muss, wenn es überhaupt eine Theorie dieses Systems geben soll, während man dieses tatsächliche Koordinationssystem niemals als optimal bezeichnen kann. Es ist seiner Natur nach niemals optimal, es versteht sich aber vom Optimum her.

Es ergeben sich dann zwei Ebenen der Theorie des Koordinationssystems. Soweit die Prinzipien seines Funktionierens erläutert werden sollen, kann dies nur im Modell perfekten Funktionierens als Optimumtheorie geschehen. Soweit sein faktisches Funktionieren bestimmt werden soll, muss es als operatives Preissystem betrachtet werden, das keinerlei Tendenz zum Optimum hat. Die Bedeutung einer solchen Theorie des faktischen Funktionierens ist in den vergangenen Jahrzehnten im Westen dauernd gestiegen. Preis-erwartungen sind in der Theorie an die Stelle von tatsächlichem Wissen der Preise getreten, die Theorie unvollkommener Konkurrenz neben die Theorie vollkommener Konkurrenz.

Faßt man die Theorie des Koordinationssystems auf diese Weise nach zwei Ebenen getrennt auf, so ergibt sich eine Teilung der Theorie, die dem in der klassischen Nationalökonomie gebräuchlichen Unterschied von Wert- und Preistheorie analog ist. Sie ist allerdings keineswegs damit identisch. Als Werttheorie müßte dann die Theorie perfekten Funktionierens (homo-oeconomicus-Modell) gelten, als Preistheorie die Theorie faktischen Funktionierens (System operativer Preise). Beide sind getrennt dadurch, dass die Voraussetzungen perfekten Funktionierens in der Wirklichkeit nicht gegeben sind, wodurch die Herausbildung solcher Institutionen wie des Koordinationssystems erst erforderlich wird.

Sobald also über die Wirklichkeit eines Koordinationssystems gesprochen wird, können wir nicht mehr fragen, ob dieses Koordinationssystem ein Optimum verwirklicht oder nicht. Es ist von vornherein klar, dass es das nicht tut. Ebenfalls ist die Frage zu verneinen, ob es eine Tendenz zum Optimum hat. Keine Wirtschaft der Welt hat eine Tendenz zum Optimum und kann auch keine haben. Das Optimum ist ein theoretischer Grenzfall, eine theoretische und keine praktische Kategorie. Die Wirklichkeit der Marktwirtschaft hat genau so wenig eine Tendenz zum Optimum wie die sowjetische Wirtschaft eine Tendenz zum Kommunismus hat. Eine solche Verwendung der Optimumkategorie ist theoretisch unmöglich. <sup>72/46</sup>

Es zeigt sich daher, dass Marx bei der Beschreibung des Kommunismusbildes in die Nähe des Optimumbegriffes kommt. Er ist sich dessen sicher nicht bewusst, denn sonst hätte er das Kommunismusbild nicht als mögliches Ziel wirtschaftlichen Handelns hinstellen können. Aber die Verwirklichung des Optimummodells ist bei Marx im Kommunismusbild impliziert gleichzeitig damit ein Zustand perfekter wirtschaftlicher Koordination.

W. W. W. (14) 8.234

V. Staat Reformmodell

Aber auch in den Kommunismusbedingungen, die er an einzelnen Stellen nennt, sind Voraussetzungen genannt, die den Grundvoraussetzungen des Optimummodells ähnlich sind. Dies gilt vor allem für seine Vorstellung von der Arbeitsteilung, auf die wir daher noch einmal zurückkommen wollen. Wir hatten bereits gezeigt, dass die Marxsche Vorstellung von der Aufhebung der Arbeitsteilung nicht genügt, um die Bedingungen der Abschaffung des Geldes zu beschreiben. Wir hatten dabei darauf hingewiesen, dass Marx offensichtlich unter Aufhebung der Arbeitsteilung nicht das versteht, was man dem Wortsinne nach darin vermuten könnte, nämlich ihr totales Verschwinden. Aber es gibt sowohl bei Marx wie auch bei Engels Stellen, die man im Sinne eines totalen Verschwindens jeder Arbeitsteilung interpretieren kann.

So spricht Marx von absoluter Disponibilität der Arbeit in folgendem Zusammenhang:

Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als Überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörender Wirkung des Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stösst, macht die grosse Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zur Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit des Arbeiters als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen. Sie macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsverhältnis des Kapitals in Reserve gehaltenen disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitererfordernisse; das Teilindividuum, den blossen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Bestätigungen - weisen sind.

Engels ist noch eindeutiger:

"Und nun besehe sich man die kindliche Vorstellung des Herrn Dühring, als könne die Gesellschaft Besitz ergreifen von der Gesamtheit der Produktionsmittel, ohne die alte Art des Produzierens von Grund auf umzuwälzen und vor allem die alte Teilung der Arbeit abzuschaffen;

als sei alles abgemacht, sobald nur den 'Naturgegebenheiten und den persönlichen Fähigkeiten Rechnung getragen' - wonach dann nach wie vor ganze Massen von Existenzen unter die Erzeugung eines Artikels geknechtet, ganze 'Bevölkerungen von einem einzelnen Produktionszweig in Anspruch genommen werden und die Menschheit sich nach wie vor in eine Anzahl verschieden verkrüppelter 'ökonomischer Spielarten' teilt, als da sind 'Karrenschieber' und 'Architekten'. Die Gesellschaft soll Herrin der Produktionsmittel im Ganzen werden, damit jeder einzelne Sklave seines Produktionsmittels bleibt, und nur die Wahl hat, welches Produktionsmittels"?)

Fasst man die Aufhebung der Arbeitsteilung allerdings in diesem totalen Sinne, so kommt sie den Optimumbedingungen sehr nahe. Denn die Voraussetzung absoluter Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren, die innerhalb des Optimummodells gemacht wird, stellt in Wirklichkeit etwas ganz ähnliches dar wie das totale Verschwinden der Arbeitsteilung.

Etwas ähnliches gilt für die Erwartung der Durchschaubarkeit der Wirtschaft, die Marx an den Kommunismus knüpft. Obwohl ihre Bedeutung anders ist als die vollkommene Markttransparenz innerhalb des Optimummodells, enthalten beide Aussagen Ähnlichkeiten.

Das wichtigste für unsere weitere Argumentation jedoch sind nicht diese Ähnlichkeiten, die man durchaus auch bestreiten kann. <sup>69a</sup> Hier soll nur als Ergebnis festgehalten werden, dass wir den Optimumbegriff wegen der gemachten Aussagen zur Geldtheorie als den wirtschaftstheoretischen Ausdruck für das Marxsche Kommunismusbild betrachten. Das Kommunismusbild muss als identisch mit dem Optimumbegriff angesehen werden, wenn es als in sich widerspruchlos aufgefasst werden soll.



### 3. Die objektiven Gesetze der Wirtschaft und ihre Aufhebung im Kommunismus.

Erst die Interpretation des Kommunismusbildes als Optimumbegriff ermöglicht es, die besonderen Erwartungen zu erklären, die Marx an die Verwirklichung des Kommunismus knüpfte. Es ist nun noch weiter zu zeigen, wie sich unsere Auffassung auswirkt bei der Begriffsbestimmung der objektiven Gesetze und ihrer Aufhebung. Dabei ergibt sich, dass Marx tatsächlich immer dann, wenn er den Kommunismus in Andeutungen beschreibt und von der Frage der Verwirklichung absieht, Phänomene erwähnt, die im Optimumbegriff impliziert sind.

Wir gehen vom wirtschaftlichen Handeln aus.

Die Theorie, die die Wirklichkeit des Koordinationsystems zum Gegenstand hat, untersucht eine Wirklichkeit, in der rationales rechenhaftes Handeln nur möglich ist, wenn es durch ein objektives Kriterium vermittelt ist. Das Optimummodell hingegen nimmt einen Zustand an, in dem es keine Notwendigkeit zur Anwendung solcher objektiver Kriterien gibt. Geld ist, wenn man sich solch einen Zustand als wirklich vorstellt, überflüssig.

Nun ist die Definition des objektiven Gesetzes so schwierig deshalb, weil es durch die Abwesenheit der Voraussetzungen des Optimummodells notwendig wird, während die Theorie über das objektiv Notwendige nur unter diesen Voraussetzungen sprechen kann. Objektive Kriterien der Rationalität - das Geld also - bestehen nur deshalb, weil die Voraussetzungen, unter denen die Gesetze des Geldes bestimmt werden, nicht zutreffen. Sie zeigen einen Mangel an.

Diese Existenz objektiver, gegenständlicher Kriterien, denen sich der Wirtschaftler unterwerfen muss, wenn er rational handeln will, besteht in einem Plansystem genau so wie in einem Marktsystem. Dies ist eine unausweichliche Notwendigkeit auch für den Planer, denn auch er kann nicht aus unmittelbarer Faktenkenntnis entscheiden. Er muss sich auf ein Preissystem stützen, das seine eigenen Konsequenzen entwickelt, denen er sich als Planer unterwerfen muss.

Das Optimummodell hingegen nimmt an, dass der Wirtschaftler ex ante bereits weiss, was ex post durch die Wirklichkeit als richtig bestätigt werden wird. Unter dieser Voraussetzung zeigt es, wie der Preis sein müsste (optimaler Preis). Es abstrahiert damit gerade davon, dass sich die wirtschaftlichen Gesetze objektiv, gegenständlich, mit eigener, unkontrollierbarer Macht durchsetzen, abstrahiert vom Risiko.

Die Wirklichkeit des Geld- und Koordinationssystems aber ist anders. Die eindeutig richtige Entscheidung im Sinne der rationalsten Kombination ist nicht bekannt. Mit Hilfe von Geldkriterien muss man sie zu finden suchen. Geht man daher vom individuellen Interesse aus, so können die Geldkriterien im Sinne dieses individuellen Interesses eingesetzt werden. Man kann darauf verzichten, die gesamtwirtschaftlich beste Lösung zu finden, wenn man dadurch seinen eigenen Anteil am Gesamtprodukt vergrössern kann. Der Anteil, der jedem einzelnen aufgrund seiner Leistung zusteht, ist strittig, da die eindeutig beste Entscheidung nicht erkennbar ist. Auf der Basis einer solchen Wirklichkeit können sich die verschiedensten Gruppeninteressen entwickeln. Eine Gruppe kann zum Nachteil der anderen ihren Anteil erhöhen, ohne dass es ein exaktes Kriterium dafür gibt. Theoretisch ist zwar immer eine eindeutig beste Lösung denkbar, aber die Kriterien zu ihrer Erfassung fehlen. Sie müssen angenähert werden und können verfälscht werden. Man kann solche Verfälschungen generell als Monopolgewinne bezeichnen. Aber gerade die Klassifizierung eines Gewinns als Monopolgewinn ist nicht zwingend möglich.

Dies braucht keineswegs zu heissen, dass alles willkürlich entschieden werden muss. Es heisst nur, dass es aufgrund einer Bewertung konkreter Erscheinungen entschieden werden muss, die aus dem generellen Kriterium nicht deduziert werden kann. Sorgfalt der Behandlung einer Frage, Bereitschaft zum Kompromiss, Verzicht auf restlose Ausnutzung der Machtpositionen tauchen auf einmal als notwendige Ergänzungen

zur Findung der besten Lösung auf. Dies sind gerade Mittel, die im Optimummodell ausgeschlossen werden. Es nimmt ja an, dass Voraussetzungen gegeben sind, unter denen die beste Lösung des Koordinationssystems eindeutig bekannt ist.

Schon hierbei zeigt sich der Charakter der Theorie des Geld- und Koordinationssystems als eine Lehre von allgemeinen Sätzen, die nur unter bestimmten Voraussetzungen oder im Durchschnitt aller Fälle gelten, die aber die konkrete Einzelentscheidung nicht als richtig oder falsch ausweisen können.<sup>40</sup> Sie ist eine generalisierende Theorie und folglich unfähig, das konkrete Einzelne eindeutig zu bestimmen. Man kann als Beispiel schon auf die Investitionsentscheidung hinweisen. Die Theorie kann zeigen, dass eine solche Entscheidung dann als rational gelten kann, wenn sie ex post eine ganz bestimmte Rentabilität des Kapitals sichert. Ob der Unternehmer den einen oder anderen Typ<sup>s</sup> von Maschine benutzen soll, welche Preiserwartungen er in seine Kalkulation einsetzen soll, sagt sie ihm nicht und kann sie nicht sagen. Dies ist ein völlig anderes Gebiet, das der Theoretiker auch nicht zu beherrschen braucht. Der beste Theoretiker kann ein schlechter Unternehmer sein.

In der Wirtschaftspolitik gibt es ähnliche Beispiele. So kann der Theoretiker sagen, dass es für den Anteil des Lohnes am gesamten Volkseinkommen eine Obergrenze gibt. Steigt der Lohn über diese Grenze, so muss eine Inflation die Folge sein. Aber er kann niemals sagen, ob eine Lohnforderung, die heute vorgebracht wird, diese Obergrenze erreicht oder nicht. Denn er kennt diese Obergrenze nicht. Selbst ex post erfährt er nicht, ob tatsächlich die Lohnerhöhung das Moment war, das einen inflationären Prozess erzwingt. Es kann auch die Weigerung der Unternehmer, ihren Anteil am Sozialprodukt zu senken, schuld sein. Der Theoretiker ist völlig unfähig, diese Frage zu beantworten. Er kann nur zeigen, dass es eine eindeutige Grenze des Anteils gibt. Ebenfalls kann er darauf hinweisen, dass ein Missbrauch der Theorie vorliegt, wenn Interessentengruppen behaupten, eine solche Grenze eindeutig deduzieren zu können.

Das Optimummodell hingegen kennt dies Problem gar nicht. Wenn die Lösung eindeutig ist, wie dies unter Voraussetzung vollkommener Konkurrenz der Fall ist, kann ein solcher Streit nur böswillig ausbrechen. Aber es gäbe dann eindeutige Beweise, so dass man die richtige Lösung durchsetzen kann. In der Wirklichkeit aber gibt es keine eindeutigen Beweise und die erlangte Kompromisslösung befriedigt oft beide Seiten nicht. Der Grund für die Entstehung solcher Gruppendifferenzen ist daher ebenfalls darin zu suchen, dass die Voraussetzungen vollkommener Eindeutigkeit der Entscheidungen nicht bestehen. Das Optimummodell aber stellt einen solchen Zustand vor. Ein Zustand, in dem alle Seiten eine Lösung als eindeutig richtig hinnehmen und sie als für sich und die Gesamtheit beste Entscheidung erkennen. Es gibt in einer solchen Wirklichkeit keine Machtprobleme und keine Interessendifferenzen. Es ist die Wirklichkeit vollkommenen Zusammenlebens sämtlicher Wirtschaftssubjekte.

Die Theorie aber eines solchen Zustandes unterscheidet sich grundlegend von der Theorie des Geld- und Koordinationsystems. Sie ist eine Theorie, die jede einzelne Entscheidung als richtig deduzieren kann.<sup>44</sup> Sie ist keine generalisierende Theorie, sondern eine Theorie des Konkreten. Dies ist auch der Grund, dass hier das Geld als überflüssig erscheinen kann. Ist jede konkrete Entscheidung deduzierbar, so kann man ebenso gut ohne Geld, unmittelbar handeln wie unter Zuhilfenahme des Geldes. Denn das Geld ist das Rechenmittel eines Handelns, das die konkrete Einzelentscheidung nicht unmittelbar erkennen kann. Marx spricht daher von einem Zustand, in dem Wesen und Erscheinung, Notwendiges und Zufälliges identisch sind.<sup>45</sup> Eine generalisierende Theorie ist dann überflüssig, und der Kommunismus als Identität aller Gegensätze ist möglich. Die konkrete Einzelentscheidung ist nach Marx das Zufällige, das durch eine generalisierende Theorie erkannte das Notwendige, das Wesen der Sache. Wo beides identisch wird, ist das Zufällige deduzierbar und als Zufälligkeit aufgehoben. Diese Aufhebung stellte er sich vor im Plan, der natural be-

stimmt ist. (Bei Marx und bei Engels immer ausgedrückt als Forderung, den Wert unmittelbar in Arbeitszeit auszudrücken. Die Bedeutung ist die gleiche.)

Wir haben bisher gezeigt, dass sich die Theorie immer zweier Ebenen der Argumentation bedient, denen zwei Ebenen der Wirklichkeit entsprechen. Wir können dies noch einmal zusammenfassen.

#### I. Die Ebenen der Theorie

1. Die Ebene des Optimummodells. <sup>Die</sup> Theorie ist bestimmt durch Deduzierbarkeit jeder konkreten Entscheidung. Die Entscheidung nach Geldkriterien ist optimal.

2. Die Ebene der generalisierenden Theorie. Die Einzelentscheidung ist ungewiss und nicht eindeutig erkennbar. Der Preis ist ein operativer Preis, die Entscheidung wird ex post als richtig oder falsch oder doch zumindest als durchführbar oder nicht durchführbar erwiesen.

#### II. Die Ebenen der Wirklichkeit

1. Die Wirklichkeit, die durch die Annahmen des Optimummodells beschrieben wird. Sie kennt keine Machtprobleme und keine Interessenkollisionen.

2. Die "wirkliche" Wirklichkeit des Geld- und Koordinationssystems, die Wirklichkeit objektiver Gesetze. Da das Geldkriterium nicht eindeutig die Einzelentscheidung festlegt, ist sie eine Wirklichkeit von Macht- und Interessenkämpfen, die nur durch Kompromisse und durch die Bereitschaft, sich anzupassen, vorläufig gelöst werden, aber nicht endgültig zu beseitigen sind. Sie brechen daher immer neu aus.

Eine ähnliche Zweiteilung von Theorie und Wirklichkeit findet sich bei Marx. Er unterscheidet richtiges und falsches Bewusstsein in bezug auf die Theorie, richtige und falsche Wirklichkeit in bezug auf die Wirklichkeit.

Als falsche Wirklichkeit gilt ihm die Wirklichkeit des Geld- und Koordinationssystems, als falsches Bewusstsein

die generalisierende Theorie, sofern sie nicht die Wege zu einem Zustand aufzeigt, auf dem das Einzelne unmittelbar Gegenstand der Entscheidung wird. Allerdings ist seine Vorstellung von richtigem Bewusstsein und richtiger Wirklichkeit nicht das gleiche wie die fiktive Vorstellung des Optimummodells. Aber seine Beschreibung der richtigen Wirklichkeit, nämlich der Wirklichkeit des Kommunismus, impliziert als Bedingungen ihrer Möglichkeit die Annahmen des Optimummodells. Sie impliziert dabei letztlich, dass die einzelnen Entscheidungen eindeutig erkennbar werden als Folge der Schaffung eines Plans, wobei das Geld überflüssig sein soll.

Ist so das Geld als Symptom eines Mangels beschrieben, kann verständlich gemacht werden, in welcher Bedeutung eine solche Vorstellung wie die von der Überwindung objektiver wirtschaftlicher Gesetze aufkommen konnte. Soweit also mit objektiven Gesetzen einfach die funktionalen Zusammenhänge zwischen Konsumtion und Produktion, Nutzen und Kosten des Wirtschaftens gemeint sind, wie sie im Optimummodell niedergelegt sind, ist es völlig sinnlos, von der Abschaffung objektiver Gesetze zu reden. Diese Optimumbeziehungen sind ja einfach logischer Art. Es sind Beziehungen der Kombination und stellen ~~aber~~ Ziele dar, die in jedem denkbaren wirtschaftlichen Handeln impliziert sind. Man kann nicht anders als optimal handeln wollen.

Ebenso sehr stimmt es aber, wenn man sagt, dass man niemals optimal handeln kann. Gerade die Tatsache aber, dass die wirtschaftliche Wirklichkeit von solcher Art ist, dass optimales Handeln nicht möglich ist, macht Institutionen nötig, die ein operatives Funktionieren verwirklichen. Die Optimumvoraussetzungen würden ein unmittelbares, durch keine Institutionen vermitteltes Handeln gestatten. In der Wirklichkeit aber kann nur innerhalb von Institutionen gehandelt werden. Menschliches Handeln muss sich dann an objektiven Kriterien orientieren.

V. Robinsonselbst?

Wichtigstes dieser Kriterien ist das Geld. Notwendigkeit objektiver Kriterien aber schliesst immer die Verwirklichung des Optimums der Entscheidung aus. Obwohl das Optimum angezielt wird, und nur mit Hilfe solcher objektiven Kriterien angezielt werden kann, gehört es zum Konstituens eines Handelns mit objektiven Kriterien, das Optimum nicht zu erreichen. <sup>13x41ab</sup> Gesetzmässigkeiten, die unter Optimumvoraussetzungen unmittelbar beachtet werden können, erzwingen sich jetzt in Form objektiver Gesetze Geltung. Das Geld ist lediglich das Vehikel solcher objektiver Gesetze, die sich, wenn Optimumvoraussetzungen nicht gegeben sind, mit eigener gegenständlicher Gewalt Geltung erzwingen. <sup>51 K Wp/h 41aa</sup>

In diesem Sinne sind objektive Gesetze bei Marx verstanden, und nur so hat die Forderung zu ihrer Überwindung einen Sinn. <sup>42</sup> In ihnen drückt sich die Verdinglichung des menschlichen Handelns aus, sie sind Zeichen der menschlichen Selbstentfremdung. Dies sind aber die Momente, die Marx gerade überwinden will.

Die Zielvorstellung, die Marx dabei hat, wird allerdings erst völlig verständlich, wenn man darauf hinweist, dass die Voraussetzungen des Optimummodells nicht nur ein mechanisches, isoliert zu betrachtendes Funktionieren beschreiben, sondern gleichzeitig ein schlechthin vollkommenes menschliches Zusammenleben. Der Optimumbegriff ist nämlich überhaupt nicht anders zu definieren als als Wertbegriff. <sup>42a/b</sup> Man kann ihn zwar methodisch auf die rein theoretisch relevanten Aussagen beschränken, unmöglich aber inhaltlich.

Besteht nämlich eine unendliche Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren, so können sich keine Machtprobleme aus dem wirtschaftlichen Handeln ergeben. Denn jedes Wirtschaftssubjekt kann einzeln für sich ein gleich hohes Produkt erwirtschaften wie in Kooperation mit andern, sofern es auch absolute Markttransparenz hat. Als Folge davon sind Einzel- und Allgemeininteresse identisch.

Allerdings ist ebenso klar, dass ein solcher Zustand nicht verwirklicht werden kann. Denn das Wissen des einzelnen Wirtschaftssubjekts ist notwendig partikulär und auch im Planungs-

apparat existiert keine absolute, sondern nur eine partikuläre Faktenkenntnis. Die wirtschaftlichen Mittel aber sind notwendig gegenständlich, sind nicht beliebig teilbar und verschiebbar, und die Fähigkeiten des Einzelnen zur Erbringung wirtschaftlicher Leistungen sind eng begrenzt. Die Wirklichkeit ergibt sich folglich immer und notwendig als eine Wirklichkeit von Machtkonflikten, in der Einzel- und Gemeininteresse nie zusammenfallen, sondern miteinander notdürftig vermittelt werden müssen. Im Unterschied zum Optimumbegriff braucht man daher in der Wirklichkeit alle die Momente, von denen der Optimumbegriff zu recht abstrahiert: Geldsystem, Staat, Recht usw. Obwohl alle diese Momente verstanden werden müssen von einem Zustand her, in dem sie überflüssig sind, sind sie schlechtweg notwendig und unentbehrlich.

Allerdings ist eine solche Wertvorstellung eine reine Tautologie. Es kann über wirtschaftliche Tatbestände tatsächlich keine Auseinandersetzungen geben, wenn über eine Wirtschaftswirklichkeit gesprochen wird, aus der jede Ursache solcher Auseinandersetzungen weggedacht worden ist. Umgekehrt ausgedrückt: Denkt man alle Ursache für wirtschaftliche Zwistigkeiten aus der Wirklichkeit fort, so erhält man in abstrakter Form eine Wirklichkeit, in der es keine Zwistigkeiten mehr gibt. Das kann natürlicherweise gar nicht anders sein. Die Vorstellung jedoch, zu der man dabei kommt, ist mit dem Optimumbegriff identisch. Diese Verknüpfung von Wertvorstellungen und Optimumbegriff ist also nicht etwa falsch, sie ist sogar selbstverständlich.

Allerdings ist es schwer zu verstehen, wieso ein solches Substrat der Wirklichkeit für tatsächlich mögliche Wirklichkeit ausgegeben wird. Zu begreifen ist dies nur, wenn man Marx selbst als gebunden in die Vorstellungen seiner Zeit betrachtet, einer Zeit, in der man diesen Charakter des Harmonieideals nicht durchschaut hatte. Es war nicht nur Marx, der es für mögliche Wirklichkeit hielt, vielmehr befand er sich gerade darin in Übereinstimmung mit den meisten Nationalökonom<sup>en</sup> seiner Zeit. Heute, wo man das Versagen dieses Harmonieideals vor der Wirklichkeit überall erlebt



hat, wird auch sein Inhalt als einer Abstraktion der Wirklichkeit erkennbar.<sup>43</sup>

Wenn man auch sagen kann, das Marxsche Kommunismusbild sei unmöglich zu verwirklichen, da Voraussetzungen erfüllt sein müssten, die niemals als wirklich erwartet werden können, so ist es doch nicht eine reine freie Konstruktion. Marx selbst nannte sein Zielbild wissenschaftlich, im Gegensatz zu den utopischen Zukunftserwartungen seiner sozialistischen Vorgänger. Wenn auch die Möglichkeit, den Kommunismus zu verwirklichen, nicht grösser ist, so hat dennoch das Kommunismusbild einen völlig anderen Charakter als die utopischen Konstruktionen seiner Vorgänger. Es ist durch wirkliche Analyse des Wirtschaftsprozesses gewonnen und spiegelt, damit wesentliche Elemente der Wirklichkeit wider. Es stellt diese Elemente zwar in einen völlig neuen Zusammenhang, fasst aber letztlich auf ihnen. Es ist eben etwas völlig anderes, irgendwelche Änderungen der Welt zu prophezeien oder zu zeigen, dass das konsequente Durchdenken von Elementen des Wirklichen den Zustand der vollkommenen Gesellschaft zu analysieren erlaubt. Die eigentliche Überzeugungskraft des Kommunismusbildes ist daher gerade darin zu sehen, dass es die tatsächliche Wirklichkeit zur Grundlage hat.

Auch gegenüber dem liberalen Harmonieideal war sich Marx dieses Charakters des Kommunismusbildes völlig bewusst. Er nennt es daher auch nicht eine Utopie und bestreitet nicht etwa die Möglichkeit seiner Verwirklichung. Er hält es für falsch deshalb, weil es auf eine kapitalistische Wirtschaft interpretiert wurde ohne die Erkenntnis, dass es nur in der sozialistischen Wirtschaft verwirklicht werden kann. Dies ist auch der Grund, warum ein reformerischer Sozialismus für Marx überhaupt abzulehnen war. Er würde eine Erstgeburt für ein Linsengericht verschenken, da er sich mit einer Wirklichkeit zufrieden gibt, die nicht zu einer völlig richtigen Wirklichkeit gemacht worden ist.<sup>44</sup>

Erst diese Wertvorstellung, die eng mit dem Optimumbegriff verknüpft ist, kann es letztlich begründen, dass Marx die Aufhebung der objektiven Gesetze als höchste Form

zwischenmenschlichen Zusammenlebens verspricht. Denn dass Mensch und Gesellschaft identisch werden, die einzelnen und gesellschaftlichen Interessen zusammenfallen sollen, das ist das höchste Ziel, das überhaupt im zwischenmenschlichen Zusammenleben denkbar ist. Dies ist der Zustand, in dem die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Dies allerdings wird von allen Marxisten leidenschaftlich bestritten. Man ist sich auf marxistischer Seite völlig darüber im Klaren, dass die gesamte Zukunfterwartungen hinfällig sind, sobald die Selbstentfremdung als ein allgemein menschliches Phänomen gefasst werden muss. Marx selbst schon hatte seinen Standpunkt hierzu dargelegt. Er glaubte, zeigen zu können, dass die Selbstentfremdung als Resultat eines gesellschaftlichen Prozesses begreifbar sei, der in entfremdeter Form vor sich geht und in eine nicht entfremdete Form überführt werden kann. Aber seine Analyse führt in ihrer Konsequenz gegen seine eigenen Absichten. Auch wenn er als Ursache der Entfremdung die Warenproduktion nennt, kommt er doch wieder darauf hinaus, die Entfremdung als allgemeines Phänomen zu beschreiben.

Dann allerdings zeigt sich erst, wie weitgehend das Ziel von Marx gesteckt ist. Seine Argumentation aber ist ambivalent. Er diskutiert einmal auf der Ebene der Entfremdung überhaupt, ohne dies klarzustellen. Dann springt er wieder über auf Besonderheiten dieser Entfremdung in der kapitalistischen Wirtschaft seiner Zeit, ohne sie als Besonderheiten eines allgemeinmenschlichen Phänomens zu erkennen. Aber immer wieder finden sich Sätze eingestreut, bei denen man annehmen könnte, dass hier das Problem voll gesehen ist. So etwa, wenn er die formale Logik das Geld des Geistes nennt.<sup>46</sup> Man braucht diesen Satz nur umzuwenden, um zur hier vertretenen Auffassung zu kommen. Geld ist dann die Logik des menschlichen Handelns. Es zeigt sich dann auch, dass die Kommunismusvorstellung für das Handeln ganz analog ist dem Zustand unmittelbarer, intuitiver Erkenntnis in der theoretischen Vernunft.

Wir können also Marx auch in bezug auf die Beschreibung eines vollkommenen Zustands zwischenmenschlichen Zusammenlebens zustimmen. Zwischenmenschliche, unmittelbare Harmonie setzt einen Zustand voraus, in dem objektive Gesetze überflüssig sind. Ein ideal funktionierendes Geldsystem ist tatsächlich ein Widerspruch in sich. Aber diese Analyse gibt auch schon die Kritik des Marxschen Standpunktes. Werden die Optimumvoraussetzungen nämlich bewusst gemacht, so wird unmittelbar klar, dass jenes Phänomen, das Marx als Verdinglichung und Selbstentfremdung bezeichnet, ein menschliches Phänomen überhaupt ist und nicht auf eine bestimmte Gesellschaftsordnung beschränkt werden kann.<sup>47</sup>

Sobald <sup>jedes</sup> diese Vorstellung völlig harmonisierten zwischenmenschlichen Zusammenlebens als Versprechen für eine Gesellschaftsordnung auftaucht, wird sie ideologisch relevant. Das Harmonieideal wird dann als mögliche Wirklichkeit eines Wirtschaftssystems behandelt, das sich darin falsch versteht.<sup>48</sup>

Gerade dies aber geschah mit dem Kommunismusbild. Marx behauptete das Kommunismusbild als mögliche Wirklichkeit einer Wirtschaft mit Plankoordination. Dieser Schluss wurde von uns dargelegt am Geldproblem. Marx, der das Geld als eine soziale Beziehung erkannte, die sich in ihrem Begriff selbst negiert, schloss daraus, dass es auch im historischen Sinne möglich sei, das Geld zu negieren, um das Kommunismusbild zu verwirklichen. Es handelt sich aber um eine Kategorie, die niemals als historische Kategorie behandelt werden kann. Die Optimumvorstellung ist mit der gleichen Notwendigkeit nicht zu verwirklichen, mit der sie entsteht. Jedes Wirtschaftssubjekt, das die richtige Entscheidung sucht, bringt diese Vorstellung des Optimums hervor, aber keines kann sie verwirklichen. Das Koordinationssystem bringt Ziele hervor, die nicht verwirklicht werden können. Ziele sogar, die, wenn man sie unmittelbar zu verwirklichen versucht, jede wirtschaftliche Koordination unmöglich machen und die Wirtschaft in Unordnung bringen. Der Gedanke, dass die Verfolgung solch totaler Ziele doch nur zu einer Ersetzung des bestehenden Geldsystems durch ein anderes führen müsse, ist Marx niemals gekommen. Er sagt:

"Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann. Denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind." 47

Dies stimmt eben nur für materielle Ziele. Es ist richtig, dass sich Bedürfnisse immer nur dann entwickeln können, wenn ~~Zumindest~~ die Möglichkeit ihrer technischen Befriedigung gegeben ist. Zumindest hat der Begriff des Bedürfnisses nur dann einen brauchbaren Sinn.

Solche Ziele jedoch, wie die Vorstellung totaler Interessenharmonisierung, sind völlig anders. Es sind keine materiellen Ziele, sondern Ziele formaler Art. Ziele, die die Koordination bei der Entwicklung beliebiger materieller Bedürfnisse betreffen. Auch solche Ziele bestehen nicht etwa von Ewigkeit her. Sie können erst entstehen, wenn die Koordination zum Problem wird, wenn die traditionale Wirtschaft sich in eine dynamische Wirtschaft verwandelt. Vorher ist das Koordinationsproblem nicht bewusst. Das Koordinations-system ist mit bestimmten Produktionsmethoden verwachsen, das Koordinationsproblem stellt einen einmaligen Akt dar und und kann für Generationen gelöst sein. Sobald sich aber das Koordinations-system von seiner Verkörperung in bestimmten Produktionsmethoden löst, weil die Produktionsmethoden dauernd wechseln, ist die Koordination ein dauerndes, immer wieder auftauchendes Problem. Erst dann bildet sich die perfekte Koordination als Ziel heraus. Ein Ziel, für das die materiellen Bedingungen seiner Lösung nicht vorhanden und auch nicht im Prozess des Werdens begriffen sind. Ein Ziel gleichzeitig, das mit der dynamischen Wirtschaft unauflöslich verbunden ist, das immer wieder auftaucht. Das man, ganz wie Marx sagt, nur dadurch endgültig lösen kann, dass man das Versprechen verwirklicht, aber das man niemals endgültig lösen kann, weil dieses Versprechen nicht verwirklicht werden kann. Aus der Marxschen Kommunismusvorstellung wird daher in dem Moment eine Ideologie, in dem sie als Wirklichkeit oder zukünftige Wirklichkeit eines Koordinations-systems behauptet wird.

Aus dem Optimumbegriff und seiner Interpretation als einer historischen Kategorie entstehen dann Gefahren. In seiner Darstellung einer möglichen Wirklichkeit mit der endgültigen Beseitigung aller Macht- und Interessenkonflikte stellt das Optimum ja einen Wert dar, durch den man Menschen in Bewegung setzen kann. Wird nicht mehr erkannt, dass der einzige mögliche Weg zur Entscheidung in Kompromissen und dauernd erneuerten gegenseitigen Zugeständnissen besteht, so entsteht die Vorstellung, dass man die Probleme total und ein für allemal lösen kann. Die Suche nach einer solchen "prinzipiellen" Lösung aber ist Dynamit für jede Gesellschaft.

Dies zeigte sich auch in der Sowjetwirtschaft. Will man die Zeit der Herrschaft Stalins in Beziehung auf die Wirtschaftsvorstellungen der Funktionäre beschreiben, so kann man dies nur tun, indem man auf die Leugnung der Geltung von objektiven Gesetzen der Wirtschaft hinweist. Man behauptete oder glaubte, dass man jetzt zum unmittelbaren wirtschaftlichen Handeln übergehen könnte, und fand im Rückgriff auf die Marxsche Vorstellung von der Wirtschaft im Kommunismus die Möglichkeit der Rechtfertigung. Ideologische Überlegungen und Einflüsse drohten die ganze Ordnung der Wirtschaft zu zerstören.

Die Erfahrungen, die man dabei machte, mussten auf eine Neuinterpretation des Zielbildes drängen. Es wurde klar, dass die grossen Opfer und Schwierigkeiten, die in dieser Zeit auftraten, gerade auch von den Absichten der Kommunistischen Partei her betrachtet, zum guten Teil auf mangelnde Erkenntnis wirtschaftlicher Fakten zurückzuführen waren. Je klarer dies wurde, um so grösser wurde der Druck in Richtung auf eine Neuorientierung. Diese setzte noch unter Stalin im Jahre 1952 ein, als dieser in seiner letzten veröffentlichten Schrift die Anerkennung objektiver Gesetze auch im Sozialismus forderte. Die weitere Entwicklung ging allerdings über die Stalinschen Absichten hinaus.

Das Bild, das man sich jetzt vornehmlich von der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft machte, bekam Nuancen, die es in seinen Wirklichkeitsaussagen so gut wie völlig veränderten. Wir können diese Verwandlung der ideologischen Vorstellungen als Rationalisierung der Ideologie bezeichnen.

Darin löst sich das Versprechen eines Zustandes perfekten Funktionierens in einen endlosen Progress von Reformen auf, der nur noch bei Verlängerung ins Unendliche als völlige Interessenharmonisierung verstanden werden kann. In dieser Form enthält das Bild perfekten Funktionierens das Eingeständnis, dass es nicht verwirklichtbar ist, obwohl es in der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Tätigkeit dauernd angezielt wird. Die Wirklichkeit, die ständig als unvollkommen bewusst ist, soll ständig im Bewusstsein vervollkommenet werden, dass die vorgestellte absolute Vervollkommnung nicht erreicht werden kann. Das Bild dieses vollkommenen Funktionierens verschwindet dadurch nicht, es bekommt aber die Form einer Interpretation eines Prozesses.

## II. Koordinationssystem und Wirtschaftstheorie

### 1. Die Definition des Koordinationssystems

*kurz*  
Das Kommunismusbild, das sich in dieser Weise zur Ideologie eines bestimmten Koordinationssystems umformt, hat die mannigfachsten Anpassungen zu vollziehen. Die Wirklichkeit entpuppte sich als ganz anders als erwartet, und damit ergab sich die Notwendigkeit, sie theoretisch neu zu untersuchen. Bevor wir zu diesen eigentlichen Problemen der sowjetischen Wirtschaftstheorie kommen, soll der hier verwendete Begriff des Koordinationssystems, der der Zentralbegriff für unsere weitere Analyse ist, näher erörtert werden

Unter einem Koordinationssystem ist das System der Entscheidungsbefugnisse über die Richtungen der wirtschaftlichen Aktivität verstanden. Innerhalb des Koordinationssystems werden die einzelnen Elemente der wirtschaftlichen Wirklichkeit, die Bedürfnisse, die Technik, die Arbeitskraft und die Naturfaktoren, in einen Zusammenhang gebracht. Indem das Koordinationssystem die Entscheidungsbefugnisse über die Produktion verteilt, wird es zur Form, innerhalb der das wirtschaftliche Handeln überhaupt vor sich geht. Das Koordinationssystem ist selbst nichts Gegenständliches, sondern es ist das Verhältnis der einzelnen Wirklichkeitsmomente zueinander. Im Koordinationssystem ist dies Verhältnis zwischen den Wirklichkeitsmomenten institutionalisiert. Es taucht auf als Markt- oder als Plankoordination. In der Marktkoordination wird der gesamtwirtschaftliche Ausgleich zwischen den einzelwirtschaftlichen Tätigkeiten durch den Markt und im Zusammenhang damit durch den Gleichgewichtspreis erzielt. Die Plankoordination verwirklicht den gesamtwirtschaftlichen Ausgleich durch ein System von Materialbilanzen.

Bei Plankoordination ist der Wirtschaftskreislauf durch unmittelbare Produktionsauflagen bestimmt. Bei Marktkoordination kann es unmittelbare Produktionsauflagen nur in der Endgütersphäre, niemals als Konstituens des Wirtschaftskreislaufs geben. Plankoordination kann folglich nicht in Mischung mit Marktkoordination auftreten. Beide schliessen sich, wenn sie so definiert werden, gegenseitig aus. Man hat Plankoordination nur für den gesamten Wirtschaftskreislauf oder gar nicht.

Plankoordination setzt aber nicht voraus, dass alle Güter geplant werden. Das ist unmöglich. Sie schliesst auch nicht aus, dass Einzelmärkte marktmässig koordiniert werden. Zum Begriff des Koordinationssystems als solchem gehört viel mehr in unserer Auffassung die Notwendigkeit des Geldes. Entsprechend dem Unterschied der Koordinationssysteme können wir daher von unterschiedlichen Geldsystemen sprechen. Im Geldsystem ist eine Seite des Koordinationssystems ausgedrückt. Das Geldsystem, das zur Marktkoordination gehört, bestimmt das wirtschaftlichen Handeln vom Gleichgewichtspreis aus. Das Geldsystem der Planpreise hingegen behandelt den Preis als subsidiäres Element. Da es den gesamtwirtschaftlichen Ausgleich den Materialbilanzen übergibt, wird der Preis nur innerhalb des Systems der Materialbilanzen angewendet, ohne direkt die Proportionen dieser Materialbilanzen zu bestimmen. Hierauf soll erst im Zusammenhang mit den im Geldsystem institutionalisierten Verhaltensnormen weiter eingegangen werden.

Der Begriff des Wirtschaftssystems, wenn er hier gebraucht wird, bezeichnet den gleichen Zusammenhang wie der Begriff des Koordinationssystems. Er ist jedoch als Gegenbegriff zur Wirtschaftsordnung gedacht. Wirtschaftsordnung ist die jeweilige Konkretion des Wirtschaftssystems. Ein Wirtschaftssystem kann sich demnach in unendlich vielen Wirtschaftsordnungen durchsetzen. Die Wirtschaftsordnungen wandeln sich von Tag zu Tag. Mit Wirtschaftssystem ist dasjenige bezeichnet, was im beliebigen Wandel der Wirtschaftsordnung identisch bleibt. Der Ausdruck Kontinuität



oder Stabilisierung hat daher nur in bezug auf das Wirtschaftssystem einen Sinn. Die Wirtschaftsordnung bleibt als solche in der Zeit nicht mit sich selbst gleich, sondern ändert sich dauernd unter dem Einfluss wirtschafts- und sozial-politischer und sonstiger Massnahmen.

Als entscheidendes Kriterium für den Unterschied von Wirtschaftssystemen betrachten wir also das Koordinations-system. Wandlungen der Wirtschaftsordnung, die das Koordinations-system nicht berühren, ändern daher auch nicht das Wirtschaftssystem. Es kommt für uns nicht darauf an, ob sich z.B. in der Marktwirtschaft der Umfang der Staats-tätigkeit verändert. Es ist nur gefragt, ob sich das Ver-hältnis dieser Staatstätigkeit zur wirtschaftlichen Koor-dination ändert. Das Wirtschaftssystem wird nur verändert, wenn diese Staatstätigkeit zu einer Bestimmung des Wirt-schaftskreislaufs durch unmittelbare Produktionsauflagen übergeht. Jede sonstige Staatstätigkeit hingegen gilt nicht als konstitutiv für ein System der Plankoordination. Gerade solch eine Staatstätigkeit fehlt jedoch in Markt-wirtschaft vollkommen trotz der ungeheuer gestiegenen Wirt-schaftstätigkeit des Staates.

Wirtschaftsplanung, wie sie in westlichen Ländern ver-schiedentlich vorkommt, hat nie den Charakter der Plan-koordination. Sie meint, auch wenn sie sich des Wortes Planung bedient, die Steigerung der Funktionsfähigkeit der Marktkoordination.<sup>1</sup> In dieser Bedeutung hat Planung einen völlig andern Inhalt als hier gemeint ist. Sie ist dann Abschätzung der Perspektiven der Marktentwicklung und Einstellung der Staatstätigkeit entsprechend dem Ziel, die Marktwirtschaft zu einer vollen Ausnutzung der Produk-tionsfaktoren kommen zu lassen.

Der Begriff der Plankoordination, den wir hier anwen-den, wird auch in der Sowjettheorie vertreten.<sup>2</sup> Wenn sowje-tische Theoretiker von Planwirtschaft sprechen, meinen sie immer Plankoordination nach der hier gegebenen Definition. Die Notwendigkeit des Geldes schliessen sie allerdings in ihren Begriff der Plankoordination nur für die Gegen-wart ein.

Gleichzeitig sehen die sowjetischen Theoretiker das Koordinationssystem in unmittelbarer Einheit mit der Eigentumsordnung. Damit kommt ein Moment in die Diskussion, das wir bisher völlig vernachlässigt haben. Zur Definition der Marktkoordination gehört nach unserer Auffassung nicht die Existenz von Privateigentum, zur Plankoordination nicht das gesellschaftliche Eigentum. Die Eigentumsordnung ist kein Moment des Wirtschaftssystems unmittelbar. Aber es bestehen sicher enge Verbindungen zwischen Eigentumsordnung und Koordinationssystem.

Der Begriff des Eigentums ist anders als der des Koordinationssystems. Vom Standpunkt des Koordinationssystems interessiert nur, in welchem formalen Zusammenhang Entscheidungen gefällt werden. Die Eigentumsordnung aber bestimmt, wer ein einzelnes Wirtschaftssubjekt zur Entscheidung innerhalb des gegebenen Koordinationssystems autorisiert und in welcher Form das geschaffene Produkt verteilt werden soll. Die Machtpositionen, die innerhalb des Koordinationssystems entstehen, schlagen sich in Eigentumspositionen nieder. Eigentum ist von uns rein formal-juristisch verstanden.

Die Eigentumsordnung kennt die verschiedensten Mischsysteme. Während sich Markt- und Plankoordination begrifflich eindeutig trennen lassen, treten Privateigentum und staatliches Eigentum in verschiedenster Verteilung auf. Die Eigentumsordnung Jugoslawiens z.B. ist überwiegend eine Ordnung staatlichen Eigentums, während Marktkoordination herrscht. Hingegen ging die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus zur Plankoordination über, obwohl Privateigentum bestehen blieb. Dies Privateigentum äusserte sich darin, dass es weiterhin Einkommenschance blieb und die Besetzung der Stelle des Betriebsleiters Sache des Eigentümers war.

Diesem Sachverhalt passte sich die sowjetische Auffassung der Eigentumsordnung ebenfalls an. Sie geht dabei von der Marxschen Anschauungen über das Eigentum aus.

Bei Marx entsprechen sich Koordinationssystem und Verteilungssystem. Der Einsatz für ein System der Markt- oder

Plankoordination ist daher immer als ein Einsatz für ein System des Sondereigentums oder des gesellschaftlichen Eigentums verstanden. Marx streitet die Trennbarkeit beider Aspekte grundsätzlich ab.<sup>3</sup> Die Politökonomie folgt ihm darin. Es kann also bei dieser Begriffsbildung auf Basis eines privaten Eigentums keine Plankoordination geben und auf Basis gesellschaftlichen Eigentums keine Marktkoordination. In der Marxschen Auffassung vertragen sich diese Grössen nicht.

Der Marxsche Begriff des Eigentums lässt sich am leichtesten von seinem Begriff der Aneignungsweise erläutern. Nach Marx ist Eigentum Aneignungsweise, und zwar in zweierlei Hinsicht. Als System der Koordination wirtschaftlichen Handelns ist es Aneignungsweise der Natur durch den gesellschaftlichen Menschen überhaupt und als Verteilungssystem System der Aneignung des Produkts durch die Klassen, wobei der Klasse der Eigentümer der Produktionsmittel ein Mehrwert zufällt.<sup>4</sup> Die Aneignung der Natur durch den Menschen aber steht im Mittelpunkt der Analyse. Der gemeinte Sachverhalt drückt inhaltlich das gleiche aus wie der hier gebrauchte Begriff des Koordinierungssystems.

"Alle Produktion ist Aneignung der Natur von seiten des Individuums innerhalb und vermittelt einer bestimmten Gesellschaftsform. In diesem Sinne ist es Tautologie zu sagen, dass Eigentum (Aneignen) eine Bedingung der Produktion sei."<sup>5</sup>

Die Identifizierung von Koordinationssystem und Verteilungssystem bei Marx erklärt wiederum seine Konzeption des Planungssystems. Dies ist als Übergang zu einer unmittelbaren, nicht mehr durch Institutionen vermittelten Aneignung der Natur durch den Menschen gedacht, so dass Eigentum im Kommunismus nur noch eine Tautologie aussagt. Alles Eigentum, das überhaupt Institution ist, stellt daher notwendig Privateigentum dar. Das gesellschaftliche Eigentum im Kommunismus ist seiner Auffassung nach überhaupt kein institutionelles Eigentum mehr, es ist unmittelbarer Besitz aller und vergegenständlicht sich nicht im Verhältnis zum Wirtschaftssubjekt. Es ist nur ein Ausdruck dafür, dass jeder unmittelbar die Natur geniessen, als seine eigene betrachten kann, ohne sich noch als Eigentümer gegen einen anderen abzusondern.

Die Politökonomie hingegen muss eine Institution des gesellschaftlichen Eigentums rechtfertigen. Sie erklärt dieses gesellschaftliche Eigentum als unmittelbaren Besitz eines jeden, ohne es ihm zur Verfügung stellen zu können.

Das Koordinationssystem wird daher für die Politökonomie zum fast ausschliesslichen Bestimmungsgrund der Eigentumsordnung. Dabei ergibt sich allerdings die Notwendigkeit ganz bestimmter Begriffskonstruktionen.

Die Politökonomie geht dabei von der Identifizierung von Marktkoordination und Privateigentum, Plankoordination und gesellschaftlichem Eigentum aus. Um die Mischformen der Eigentumsordnung jedoch erklären zu können, unterscheidet sie Eigentumsordnungen im Vollsinn des Wortes und andere. Die Mischformen gelten daher nicht als eigene Eigentumsordnungen, sondern als Eigentumsordnungen, die sich noch nicht endgültig verwirklicht haben.

21 Die faschistische Wirtschaft ist in dieser Auffassung eine Auflösungsform des kapitalistischen Eigentums, die ebenso zugrunde gehen muss wie das kapitalistische Eigentum selbst. Wirtschaftssysteme hingegen, die das Privateigentum enteignet haben, sind auf dem Wege zum sozialistischen, zum gesellschaftlichen Eigentum, das im Vollsinn des Wortes aber erst erreicht ist, wenn auch die wirtschaftliche Koordination durch den Plan erfolgt.

In diesem Sinne beinhaltet der Begriff des gesellschaftlichen Eigentums notwendig, dass die Entscheidung über die Verwendung der Produktionsmittel letztlich von einer einzigen Stelle aus erfolgt.

In der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus schafft man daher einen neuen Eigentumsbegriff. Danach gibt es neben dem kapitalistischen Eigentum noch das Gruppeneigentum, bei dem die lokalen Interessen über die gesellschaftlichen Interessen dominieren. Zum gesellschaftlichen Eigentum aber gehört eben ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis, das in der Plankoordination seinen Ausdruck findet. Fehlt

gemeint: B. Deutsche Wirtschaft seit 1938

dies, so herrscht trotz Beseitigung des kapitalistischen Eigentums Gruppeneigentum, nicht gesellschaftliches Eigentum im eigentlichen Sinne.

"Unter der Herrschaft des Gruppeneigentums dominieren die lokalen Interessen über die der gesamten Gesellschaft. Die einzelnen Betriebe arbeiten hier blindlings, ohne dass die Bedürfnisse der gesamten Volkswirtschaft berücksichtigt würden. Ein solcher Prozess hat gewöhnlich nur ein Resultat: Obwohl das Privateigentum der Kapitalisten beseitigt ist, entsteht die Anarchie der Produktion von neuem. Wieder ergeben sich ständige Disproportionen, die der spekulative 'Markt' ausgleichen muss. Durch die Spekulation und die Spontaneität des Marktes werden unausbleiblich wieder kapitalistische Elemente hervorgebracht."

In dieser Form gibt es kein gesellschaftliches Eigentum nach Auffassung der Politökonomie.

"Aber eine solche verzerrte Darstellung der Rolle des sozialistischen Staates zeugt nur davon, dass die Revisionisten die organische Verbindung der neuen Rolle des Staates mit der Herrschaft des gesellschaftlichen Eigentums und mit dem besonderen Charakter des Wirkens der ökonomischen Gesetze des Sozialismus nicht verstehen wollen ... Nur durch die wirtschaftlich-organisatorische Tätigkeit des Staates werden alle objektiven Möglichkeiten und Vorzüge des Sozialismus Wirklichkeit."

Diese Argumente, die sich offensichtlich gegen das jugoslawische Wirtschaftssystem richten, können in analoger Form auch gegen all die Vorschläge zur Schaffung einer sozialistischen Wirtschaft vorgebracht werden, die im Westen unter dem Namen Konkurrenzsozialismus bekannt geworden sind. Nach dieser Vorstellung soll der Staat die Produktionsmittel der Gesellschaft übernehmen, um mit ihrer Hilfe einen Markt zu schaffen, der die Schwächen des auf Privateigentum basierenden Marktes nicht hat. Es schwebt dabei vor, ein bestimmtes Modell vollständiger Konkurrenz mit Hilfe des Staates in die Wirklichkeit umzusetzen. Die einzelnen Unternehmen würden völlig unabhängig die Produktionsfaktoren kombinieren, während der Staat lediglich die Funktion wahrnimmt, die Preise festzusetzen.

Im Modell des Konkurrenzsozialismus liegt also der Versuch vor, die Vorteile von Konkurrenz und gesellschaftlichem Eigentum zu vereinen. Aber, ganz abgesehen von der Möglichkeit, solche Wirtschaft zu verwirklichen, gilt sowohl für den Konkurrenzsozialismus als auch den Revisionismus, wie die Politökonomie ihn darstellt, dass durch die Enteignung des kapitalistischen Privateigentums das Koordinationssystem der einzelnen Wirtschaftsakte nicht verändert wird. Es handelt sich in beiden Fällen weiterhin um ein System der Marktkoordination.

Ob eine Eigentumsordnung bereits verwirklicht ist, wird also festgestellt an Hand des Koordinationssystems, mit dem sie verbunden ist. Damit ist die vorher abgeleugnete Trennung von Koordinationssystem und Eigentumsordnung praktisch doch durchgeführt. Die Nationalisierung als solche genügt daher zur Begründung eines gesellschaftlichen Eigentums nicht. Die Verstaatlichung von Betrieben oder ganzen Wirtschaftszweigen lässt nach sowjetischer Ansicht ihren Charakter unverändert und schafft kein gesellschaftliches (sozialistisches) Eigentum. Gesellschaftliches Eigentum liegt nur vor, wenn sich staatliches Eigentum mit Plan-  
koordination verbindet.<sup>48</sup>

Diese Auffassung der Eigentumsordnung vom Koordinationssystem her wird folgendermassen begründet:

"Die Gesellschaft, das heisst die Werktätigen selbst, erhält die Möglichkeit, den Produktionsprozess der gesamten Volkswirtschaft des Landes zu planen und zu regulieren ... Der Sozialismus ermöglicht eine planmässige Leitung des gesamten gesellschaftlichen Produktionsmechanismus."<sup>49</sup>

Diese Befugnis zur Planung wird an einer einzigen Stelle zentriert.

"Im Sozialismus ist das allgemeine Volkseigentum staatliches Eigentum, denn die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft und diese wird in diesem Stadium durch den Staat verkörpert. Im Auftrag der Gesellschaft leitet der Staat die gesamte gesellschaftliche Produktion als einheitlichen Prozess. Der Staat gibt den einzelnen Kollektiven die Produktionsmittel zur Nutzung, bleibt jedoch ihr Eigentümer. Wenn man sagt, dass die Menschen im Sozialismus ihre gesellschaftliche Entwicklung selbst lenken, so be-

deutet das, dass sie das über die Partei und den Staat tun, denn diesen obliegt die führende und organisierende Rolle in der sozialistischen Wirtschaft."<sup>12</sup>

Die Nationalisierung und Enteignung ist nur ein Schritt zum gesellschaftlichen Eigentum, nicht das gesellschaftliche Eigentum selbst.

Die Nationalisierung selbst gibt nur die Möglichkeit, eine gesellschaftliche Produktion zu schaffen.

"Die sozialistische Nationalisierung ist also eine der allgemeinen unbedingt notwendigen Aufgaben der sozialistischen Revolution, in welchem Lande sie auch immer durchgeführt wird. ... So wird das Fundament des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft, der neuen Produktionsweise geschaffen. Auf diesen Sektor gestützt, kann die Arbeiterklasse an die Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens der Gesellschaft gehen."<sup>13</sup>

Nach der Nationalisierung ist die eigentliche Aufgabe noch zu tun.

"In der ersten Zeit nach der Nationalisierung stellen die Industrie, das Verkehrswesen und die Banken noch einzelne, isolierte Unternehmen dar. Zeit und grosse Anstrengungen sind erforderlich, um sie zu einem Ganzen zu vereinigen und ihre Tätigkeit nach einem einheitlichen Plan zu organisieren. Im Verlauf der Übergangsperiode wird diese Aufgabe gelöst. Die im Landesmaßstab von einem Zentrum aus geleitete Grossproduktion besitzt Vorzüge, von denen der Kapitalismus nicht einmal träumen kann."<sup>14</sup>

Die "im Landesmaßstab von einem Zentrum aus geleitete Grossproduktion" ist diejenige Produktionsart, die durch das gesellschaftliche Eigentum hergestellt werden soll. Sie ist diejenige Weise des wirtschaftlichen Handelns innerhalb der Gesellschaft, die gemeint ist, wenn in der Ideologie des Sowjetsystems das gesellschaftliche Eigentum gefordert und gerechtfertigt wird.

Tatsächlich ist es hier nicht so wichtig, ob es sich nun um staatliches oder genossenschaftliches Eigentum handelt. Wenn auch die Genossenschaften gegenüber den Staatsbetrieben gewisse Besonderheiten haben, so doch gerade nicht in Beziehung auf die Unterstellung unter den zentralen Planungs-

apparat. Die Politökonomie spricht deshalb von Genossenschaften in 2 Bedeutungen. Einmal gibt es die Genossenschaft der kleinbürgerlichen Produzenten innerhalb der kapitalistischen Ordnung. In der sozialistischen Ordnung<sup>15</sup> hingegen bilden sich auch sozialistische Genossenschaften.

Staatliches und genossenschaftliches Eigentum gelten daher in der Politökonomie nur als Formen des einheitlichen gesellschaftlichen Eigentums. Dies ist natürlich nur möglich, wenn die Eigentumsordnung so definiert ist, dass es das Koordinationssystem als wesentlichen Teil enthält. Denn vom anarchistischen Eigentum unterscheidet sich das sozialistische Eigentum der Genossenschaften ja nur noch durch die Art der Koordination.

Die ursprüngliche Marxsche Auffassung des gesellschaftlichen Eigentums als Aufhebung der Institution des Eigentums überhaupt bleibt in der Politökonomie nur noch als Zukunftsausblick erhalten. Das gesellschaftliche Eigentum gilt auch in der Politökonomie erst als endgültig vollkommen, wenn der Unterschied von staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum verschwunden und ein einheitliches kommunistisches Eigentum geschaffen ist. Dieser etwas absurd klingende Schluss wird nur verständlich im Zusammenhang mit der Geldtheorie. Seit Stalin nämlich gilt dieser Unterschied der Eigentumsformen für die entscheidende oder doch für eine wichtige Ursache des Geldes.<sup>16</sup> Das Verschwinden des Geldes aber ist, wie wir gesehen haben, die Verwirklichung des unmittelbaren Handelns, ist Ankunft des Kommunismus und Auflösung der Institutionen. Die Aufhebung der unterschiedlichen Eigentumsformen im Sozialismus aber wird im Zusammenhang mit der Abschaffung des Geldes gesehen, so dass weiterhin die Vollentwicklung des gesellschaftlichen Eigentums als Aufhebung der Unterschiede dieser Eigentumsformen im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Kommunismusbildes gesehen wird. Aber es handelt sich hier um Konstruktionen, die nur noch ideologisch verständlich gemacht werden können. In Wirklichkeit hat die Politökonomie Koordinationssystem und Eigentumsordnung, die bei



Marx identisch waren, trennen müssen und benutzt jetzt den Eigentumsbegriff, der ursprünglich beides beinhaltet, abwechselnd für das eine oder das andere. Es ist dann aber der Sache gemässer, wenn man beide Aspekte trennt. Das Koordinationssystem, in dem die Form der Aneignung der Natur durch den Menschen überhaupt ausgedrückt wird (~~bei Marx: Produktionsweise~~) wäre dann zu unterscheiden von der Eigentumsordnung, in der das Verteilungssystem zum Ausdruck kommt (~~bei Marx: Aneignung des Produkts durch Klassen und Individuen~~), der formal-juristisch gefasst werden kann und prinzipiell unabhängig vom Koordinationssystem bestimmt wird.

Dabei soll die Annahme, dass es eine tendenzielle Parallele zwischen Koordinationssystem und Eigentumsordnung gibt, nicht einfach abgestritten werden. Wir würden diese Ansicht ebenfalls teilen, meinen aber, dass diese Parallele nicht als Identität schlechthin betrachtet werden kann. Wahrscheinlich besteht tatsächlich bei Privateigentum die Tendenz zur Marktkoordination und bei Plankoordination die Tendenz zum gesellschaftlichen Eigentum. Aber beides fällt nicht notwendig zusammen, und kann daher auch nicht begrifflich als gleich behandelt werden.

## 2. Probleme der sowjetischen Wirtschaftstheorie in den 50er Jahren

Für die Wirtschaftstheorie aber genügt es nicht, einfach das Koordinationsystem zu definieren. Ihre wichtigste Aufgabe ist vielmehr, die Gesetze dieses Koordinationsystems aufzufinden und zu formulieren.

Hatte man ursprünglich vom Plansystem erwartet, dass es mit der Überwindung der Komplizierung des gesellschaftlichen Lebens auch die Überwindung einer Wirtschaftstheorie überhaupt bringen würde - wer unmittelbar handelt, braucht eben sein Handeln nicht theoretisch zu reflektieren - so wurde die Schaffung einer Theorie der Plankoordination zu einem Gebot der Stunde.<sup>4†</sup> An die Stelle des blossen Wortes Planung musste ein Begriff von der Sache treten, und der naive Wunsch, geordnet zu handelnd, musste durch eine Reflexion der Ziele und Mittel wirtschaftlichen Handelns ersetzt werden.

Aus dieser Situation entsteht die sowjetische Wirtschaftstheorie. Die Aufgaben, vor die sie sich gestellt sah, waren ungeheuer schwierig. Es ergaben sich völlig neue Probleme, und sie fanden in ihrer Tradition nur sehr wenige Anknüpfungspunkte. Die erste theoretische Periode allerdings, die etwa von der Oktoberrevolution bis 1928 zu datieren ist, ist durch sehr lebendige Diskussionen ausgezeichnet, in der aber die zentralen Probleme der Plankoordination noch nicht erkannt werden. Die Auseinandersetzungen bleiben daher in einem recht allgemeinen Rahmen, sozialpolitische, gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Argumentationen sind noch weitgehend ungeschieden, und die Streitpunkte stellen sich einfach als Meinungsverschiedenheiten über unterschiedliche Industrialisierungswege dar. Das Zentralproblem einer Theorie innerhalb des Planwirtschaft musste die Verständigung über die Möglichkeiten, sich innerhalb einer Planwirtschaft rational und rechenhaft zu verhalten, sein und zu diesem Zentralproblem drang man nicht vor.

Mehr sogar. Da in dieser Zeit zwar an vielen Stellen geplant wurde, aber doch noch kein einheitlicher Plan für die Gesamtwirtschaft existierte, wurde man sich dieses Zentralproblems auch gar nicht bewusst. Erst als man zum Gesamtwirtschaftsplan übergang, und als nach einer längeren Anlaufzeit, als die wir die 30er Jahre betrachten können, die überall auftauchenden grossen Planfehler nicht mehr als sich selbst ausheilende Kinderkrankheiten des Wirtschaftssystems betrachtet werden konnten, wurde die Frage nach einem umfassenden theoretischen <sup>Vertauschung</sup> des sowjetischen Wirtschaftssystems akut. Als zweite Periode der Sowjettheorie können wir also die Theorie in dieser Zeit der 30er Jahre betrachten. Sie währt bis über den 2. Weltkrieg hinaus bis zum Erscheinen von Stalins letzter Schrift: Ökonomische Probleme des Sozialismus.

In der dann folgenden 3. Periode wendet sich die sowjetische Theorie der Frage nach der Rationalität des Handelns in der Planwirtschaft überhaupt zu. Die Preise und Investitionskriterien werden ganz generell untersucht, und es zeichnet sich heute bereits ein Übergang zu einer 4. Periode der theoretischen Entwicklung ab, in der die Wirtschaftstheorie ihren grundlegenden Begriff, von dem aus Einzelprobleme zu erörtern sind, in einem Modell gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts findet.

Hier ist nun nicht geplant, die Entwicklung der sowjetischen Theorie insgesamt darzustellen. Lediglich am Beispiel eines einzelnen Problems - nämlich des Investitionskriteriums soll gezeigt werden, wie die sowjetische Theorie allmählich zur Entwicklung der Gesetzmässigkeiten des in der Sowjetwirtschaft herrschenden Systems der Plankoordination vordringt und sich damit einen Bereich schafft, in dem sie sich von dem unmittelbar ideologischen Bereich abgrenzen lässt.

Die sowjetische Theorie der 50er Jahre hat noch keinen Gesamtbezug des rationalen Handelns innerhalb des Wirtschaftskreislaufs. Ihre Vorstellung von den wirtschaftlichen Entscheidungen orientieren sich an zwei sog. Gesetzen.

Dies ist <sup>und</sup> ~~einmal~~ das Gesetz der planmässigen (proportionalen) Entwicklung und das Wertgesetz. Das Gesetz der planmässigen Entwicklung steht für die sowjetischen Theoretiker im Vordergrund, das Wertgesetz hingegen hat subsidiäre Bedeutung.

Ausgangspunkt der Beschreibung der Plankoordination ist eine Aufspaltung der wirtschaftlichen Entscheidung in zwei Funktionen:

1. Die Funktion der Sicherung der Proportionalität. Alle konkreten Güter müssen in solchen Mengen produziert werden, dass sich ein geschlossener Wirtschaftskreislauf ergibt.
2. Die Bestimmung der technischen Koeffizienten der Produktion. Die Kosten der Güter sollen im Laufe der Produktion im Zusammenhang mit neuen Investitionen laufend sinken, damit die gesamte Produktion steigen kann.

Aus der Proportionalitätsfunktion ergibt sich das sogenannte Gesetz der planmässigen (proportionalen) Entwicklung.

"Worin besteht das Wesen dieses Gesetzes? Es besteht vor allem darin, dass es für ein normales Funktionieren der sozialistischen Wirtschaft bestimmter Wechselbeziehungen Proportionen zwischen ihren einzelnen Zweigen bedarf."

Insoweit beschreibt dieses Gesetz nur die Notwendigkeit, dass, wenn eine Produktion überhaupt vor sich gehen soll, bestimmte, durch die angewandte Technik vorgeschriebene Proportionen gewahrt werden müssen. Dies ist eine rein statische Funktion, die überhaupt nur erfüllt werden kann, wenn die technischen Koeffizienten bereits gegeben sind. Sind diese festgelegt, so kann man mit Hilfe von Materialbilanzen die notwendigen technisch bestimmten Proportionen bestimmen.

"Der objektive Charakter des Gesetzes der planmässigen, proportionalen Entwicklung besteht darin, dass die erwähnten Proportionen in der Volkswirtschaft nicht willkürlich, nicht nach Wunsch und Belieben hergestellt werden können, sondern dass sie bestimmten Gesetzmässigkeiten unterliegen, deren Verletzung unausbleiblich zur Desorganisation der gesellschaftlichen Produktionsprozesse führt."

Die Schwierigkeiten, die Proportionen der Produktion herzustellen, sind natürlich gross. Das Materialbilanzensystem kann bei weitem nicht alle Güter umfassen. Aber selbst wenn dies möglich wäre, ergibt schon innerhalb einer solchen statischen Proportionenrechnung ein schwieriges Rechenproblem, das bisher immer nur annähernd gelöst werden konnte.

Aber das Materialbilanzensystem ist bei weitem nicht umfassend. In vielen Einzelbereichen, die für die Gesamtwirtschaft nicht von erster Wichtigkeit sind, können nur lokale Bilanzen aufgestellt werden, z.T. muss die Produktion sich unmittelbar an den Preisen orientieren. Es liegt in diesen Schwierigkeiten begründet, dass die Herstellung der Proportionen nie einwandfrei gelingt und immer wieder erneut zu Störungen Anlass gibt.

Da durch Materialbilanzen nie alle Güter erfasst werden können, muss immer ein Wertkriterium hinzutreten, das die nicht mengenmässig geplanten Proportionen erfasst.

Darüber hinaus ist die Funktion der Materialbilanzen rein statisch. Die technischen Koeffizienten müssen gegeben sein, wenn man mit Hilfe der Materialbilanzen planen will. Wirtschaftliches Wachstum beruht aber gerade darauf, dass sich die technischen Koeffizienten ändern. Nur wenn man diese Bewegung der technischen Koeffizienten aus dem Bilanzensystem selbst bestimmen könnte, wäre eine reine Naturalrechnung möglich.

Um die Änderungen der technischen Koeffizienten zu bestimmen, greift die Sowjetwirtschaft auf die Wertrechnung zurück. Neben das Gesetz der planmässigen (proportionalen) Entwicklung tritt damit das Wertgesetz. Gleichgewichtsfunktion und Rechenfunktion des Preises werden dabei getrennt.

"Im Kapitalismus ist das Wertgesetz spontaner Regulator der Verteilung der Arbeit und der Produktionsmittel. Im Sozialismus, wo es keinen spontanen Marktaustausch und keine Konkurrenz gibt, verschwindet diese Funktion des Wertgesetzes, weil die Verteilung der Arbeit und der Produktionsmittel entsprechend dem Gesetz der planmässigen, proportionalen Entwicklung vorgenommen wird. Dafür erlangt die Funktion des Wertgesetzes als Mass des Arbeitsaufwandes, als Anreiz zur Einsparung von gesellschaftlicher Arbeit gewaltige Bedeutung."<sup>21</sup>

Während also die Analyse der Gleichgewichtsfunktion des Preises zurücktritt, wird in dieser Wertgesetzdefinition die Bedeutung des Preises als Kostenmass neben der Anreizfunktion, die in unserem Zusammenhang nicht interessiert, in den Vordergrund gestellt.

Dieser Wert als Mass der Kosten tritt in der Sowjetwirtschaft während des letzten Jahrzehnts zunehmend in den Vordergrund. Er ist für den Planer eine Vergleichsgrösse, an der er messen kann, wieweit eine neue Produktionsmethode die Arbeitskosten für die Erstellung eines bestimmten Produkts senkt. Ursprünglich glaubte man, sich hierauf beschränken zu können. Alle Investitionen, die überhaupt zu einer Senkung der Arbeitskosten pro Produkt führten, galten als rentabel. Man musste dann aber erkennen, dass dies zu Verlusten führt. Daran schloss sich eine Diskussion um die Notwendigkeit von Investitionskriterien an. Diese sogenannte Investitionsdiskussion erkannte die Notwendigkeit an, ein Kriterium einzuführen, das dem Zinskriterium sehr ähnlich ist. Glaubte man ursprünglich, der Gewinn sei in der kapitalistischen Wirtschaft ein Einkommen, das letztlich keine Funktion hatte, so erwies es sich jetzt als notwendig, die Funktionen des Gewinns auch für das gesellschaftliche Eigentum zu übernehmen.

In diesen beiden Gesetzen aber, dem Gesetz der planmässigen Entwicklung und dem Wertgesetz, ist keine theoretische Erkenntnis enthalten. Sie beschreiben nur die tatsächliche Praxis der sowjetischen Planer. Mengen- und Preisplanung ist tatsächlich in der Sowjetwirtschaft getrennt, die Bedeutung dieser Trennung aber und die notwendigen Verbindungen, die zwischen Mengen- und Preisbestimmungen

vorhanden sein müssen, sind nicht erkannt. Theoretisch aber interessiert gerade dies. Die Frage ist: Welche Verbindungen zwischen Mengen- und Preisplanung müssen berücksichtigt werden, damit das wirtschaftliche Handeln sich so weit wie möglich dem Optimum annähert?

Verzichtet man auf diese Analyse, so hat man in der Darstellung der beiden angeführten Gesetze nur die Definition der Plankoordination gegeben, nicht mehr. Diese Definition der Plankoordination, die in beiden Gesetzen enthalten ist, ist unserer vorher gegebenen Definition gleich. Die Probleme der Theorie aber fangen bei dieser Definition erst an, und können nicht einfach damit aufhören. Die sowjetische Theorie aber liess bis in die 50er Jahre hinein die Theorie mit dieser Definition der Plankoordination zu Ende sein. In sämtlichen Auflagen des offiziellen Lehrbuchs der Polit-ökonomie ist dies selbst heute noch so.

Wir würden in bezug auf die Definition des Koordinationssystems daher auch nicht von Gesetzen sprechen. Als Gesetz im Sinne der Theorie gelten uns hier nur die Zusammenhänge des Handelns, die innerhalb des Koordinationsystems beachtet werden müssen, damit das Handeln rational sein kann. Gesetze dieser Art existieren für die sowjetische Theorie bis in die 50er Jahre hinein überhaupt nicht.

Die Entwicklung der sowjetischen Theorie in den 50er Jahren setzt bei den Wertproblemen an. Wir wollen bei der Darstellung ausgehen von der Auffassung des Wertes als Mass der Kosten. Als Beispiel für die Auseinandersetzungen zwischen den sowjetischen Nationalökonomern hierüber wählen wir die Investitionsdebatte. Das Problem, das hier besteht, wird klar, wenn man bedenkt, dass in der Beschränkung des Wertes als Mass der Kosten nur Arbeitskosten gemeint sind, so dass jede Möglichkeit der Kostensenkung als Investitionschance erscheinen musste. Ein Investitionskriterium hat in einer solchen Ansicht keinen Platz.

Die sowjetische Wirtschaftstheorie stiess erst nach dem 2. Weltkrieg auf das Problem des Investitionskriteriums. Zwar hatte es bereits in den 20er Jahren eine lebhaftere Diskussion des Investitionsproblems gegeben. Als jedoch am Ende der 20er Jahre die Planungsperiode einsetzte, brach diese Diskussion schnell ab. In Theorie und Praxis der sowjetischen Wirtschaftsführung wurde fortan ein einheitliches Investitionskriterium als ein Wiederaufleben des Zinssatzes abgelehnt. An die Stelle exakter, rechenhafter Kalkulationsgrundlagen traten verschwommene, unverbindliche Hinweise auf das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus oder das Gesetz der planmässigen (proportionalen) Entwicklung.

Die sowjetische Wirtschaftstheorie vertrat im allgemeinen den Grundsatz, dass diejenigen Investitionsprojekte vorzuziehen seien, die die niedrigsten laufenden Kosten aufweisen. Den Praktikern der Planung musste allerdings bald die Fehlerhaftigkeit solcher Auswahlmethoden auffallen. Von ihrer Seite kamen daher immer wieder Vorschläge, diesen Grundsatz einzuengen. Um offensichtlich falsche Entscheidungen zu vermeiden, entwickelten die Planungsingenieure gleichzeitig einzelne Kriterien, die häufig an die Stelle des Grundsatzes der Auswahl nach den niedrigsten laufenden Kosten berücksichtigt wurden. Wichtigstes Kriterium dieser Art ist das Kriterium der relativen Effizienz (Rückflussdauer), das noch näher zu erörtern sein wird. Es gab daher schon einige, wenn auch unbedeutende Erfahrungen in der Anwendung von Investitionskriterien, als nach dem 2. Weltkrieg eine breite Diskussion dieser Fragen einsetzte. Diese waren in den Bereichen der Wirtschaft gemacht worden, die zwar hohe Plananforderungen zu erfüllen hatten, selbst aber nicht als Schwerpunktbereich der Pläne galten und folglich nicht mit reichlichen Investitionszuwendungen ausgestattet wurden. Als wesentlichen Bereich gilt dies für den Verkehr. An der einsetzenden Investitionsdebatte hatten daher auch Verkehrsfachleute einen grossen Anteil (z.B. Chačaturov). Etwas Ähnliches gilt für das Gebiet des Kraft-



werkebaues. Hierhin flossen zwar hohe Investitionssummen, die Einheitlichkeit des Endproduktes jedoch machte einen Vergleich der Investitionsaufwendungen zur Erstellung bestimmter Kapazitäten besonders leicht. Die staatliche Förderung der kapitalintensiven Wasserkraftwerke erschwerte selbst bei hohen Investitionszuwendungen die Bereitstellung der benötigten Kapazitäten.

Nachdem bereits wichtige Beiträge zum Problem der Bestimmung von Investitionskriterien in der sowjetischen Presse erschienen waren, wurde die sogenannte Investitionsdebatte 1948 durch die Redaktion der Wirtschaftszeitschrift "Voprosy Ekonomiki" offiziell eröffnet. Alle sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler wurden aufgefordert, sich an einer Diskussion über die Notwendigkeit von Investitionskriterien im Sozialismus zu beteiligen.

Die Stellungnahmen der Wirtschaftswissenschaftler brachten die widersprechendsten Ansichten zum Ausdruck. Allmählich jedoch setzte sich die Vorstellung durch, dass auch im Sozialismus die Effizienz von Investitionen nicht unmittelbar aus der Wirkung der Investitionen auf die Arbeitsproduktivität bestimmt werden könne. Auch für den Sozialismus erkannte man die Notwendigkeit besonderer Investitionskriterien an. Die Meinungen aber blieben darüber geteilt, wie dieses Investitionskriterium zu errechnen sei und wie umfassend seine Geltung sein müsse.

Die erste offizielle Stellungnahme erfolgte 1954 in den "Voprosy Ekonomiki" in Form einer Zusammenfassung der Debatte.<sup>22</sup> Folgende Hauptrichtungen dieser Entscheidung können angeführt werden:

1. Die Notwendigkeit eines Investitionskriteriums wurde bejaht. Als Form der Berechnung des Investitionskriteriums wurde die Berechnung einer Rückflussdauer (relative Kapitaleffizienz) anerkannt, die als zusätzliche Kalkulation gelten sollte.
2. Dem Investitionskriterium sollte nur die Auswahl von Investitionsvarianten unterliegen, keineswegs die Verteilung der Investitionen auf die Betriebe und die Industriezweige.

Diese erste offizielle Stellungnahme war verhältnismässig eng, genügte aber dazu, um Wege zur Sammlung systematischer Erfahrungen zu eröffnen. Dies geschah in den folgenden Jahren. Der Grundsatz der Auswahl der Investitionsprojekte mit den niedrigsten Selbstkosten wurde in der Praxis weitgehend aufgegeben und die Projektierungsbüros wendeten bestimmte Rückflusnormen an, die sie sich entweder selbst setzten oder von Sovnarchosen oder Industrie ministerien vorgeschrieben bekamen. Einheitliche Rückflussvorschriften gab es zuerst im Verkehrswesen und im Kraftwerkbau, wobei die Betonung von Wasserkraftwerken zurücktrat. Ebenfalls wurde das Programm zur Gewinnung von Elektroenergie aus Atomkraft drastisch gekürzt, da die relative Effizienz von Investitionen in diese Bereiche sehr gering war.

Während dieser ersten systematischen Versuche zur Einführung eines Investitionskriteriums in die Praxis der Investitionsplanung ging die Investitionsdebatte weiter. Die Stellungnahme von 1954 hatte die Auswirkungen der Investitionsdebatte auf die Planungspraxis ausgerichtet und begrenzt und hatte dabei wesentliche theoretische Probleme einfach beiseite geschoben. In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion wurden alle diese Fragen aufs neue aufgegriffen. Gleichzeitig wurden die Stellungnahmen der Wirtschaftswissenschaftler auch gewichtiger, da sie sich in weit grösserem Masse als vorher auf praktische Erfahrungen und Erfolge berufen konnten. Dies führte zu offiziellen Stellungnahmen der Partei. Das Juni-Plenum des ZK vom Jahre 1955 kritisierte grundsätzlich die bisherige Behandlung des Investitionsproblems und wandte sich offen an die Wirtschaftstheoretiker mit der Aufforderung, fundierte Vorschläge für die Lösung des Problems auszuarbeiten. Im Jahre 1956 erschien zum ersten Mal eine Anweisung für die Projektierungs- und Planungsbüros über die Anwendung von Investitionskriterien.<sup>23</sup> Aber solche Neuerungen setzten sich nur langsam durch. Noch im Jahre 1957 wurden in Leningrad über 40 % aller Investitionen ohne Berücksichtigung von Nutzeffektabrechnungen durchgeführt.<sup>24</sup>

Im Jahre 1958 folgte dann die Einberufung einer wissenschaftlich-technischen Konferenz über die Bestimmung des ökonomischen Nutzeffekts von Investitionen, die eine Wende innerhalb der Investitionsdiskussion bezeichnet.<sup>25</sup> 1959 erschien in der Zeitschrift "Kommunist" ein Artikel zu den Ergebnissen der Konferenz, in dem alle Kritik an der Bedeutung eines Nutzeffektkriteriums weggefallen war.<sup>26</sup> Das Juni-Plenum des ZK gab 1959 der Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Instituten von Gosplan und den Banken den Auftrag zur Ausarbeitung eines Vorschlages, der dazu dienen sollte, in der Wirtschaft allgemein die Auswahl der Investitionen an Hand einer Berechnung ihrer Effizienz verpflichtend zu sichern. Dieser Vorschlag lag im Dezember 1959 der staatlichen Planungskommission vor unter der Bezeichnung: "Grundlegende Methodik für die Bestimmung des Nutzeffekts der Investitionen und der Massnahmen zur Einführung der neuen Technik in der Volkswirtschaft der UdSSR". Die Methodik wurde von Gosplan bestätigt, so dass die Nutzeffektberechnung seitdem verpflichtende Auflage für alle Investitionsvorhaben ist.

Hierzu parallel ging der Ausbau einer Nutzeffektkontrolle durch das Bankensystem. Schon 1958 hatte die Prombank mit der Überprüfung des Nutzeffekts von Investitionsvorhaben begonnen. Nach der Bankenreform 1959 wurde dann die Nutzeffektkontrolle zu einer wesentlichen Aufgabe der sowjetischen Banken, die damit ein völlig neues Aufgabengebiet bekamen.

Die angeführte Methodik kann als Grundlage dieser Änderungen des Systems der Investitionsplanung gelten. Ihr Inhalt soll im folgenden etwas näher gekennzeichnet werden:

Als erstes fällt auf, dass das Nutzeffektkriterium als Wertkriterium nicht mehr als zusätzliche Kalkulation gilt, sondern als zentrale Kalkulation zur Bestimmung der Investitionseffizienz. Vorher nannte man es noch ein Hauptkriterium unter anderen Hauptkriterien. Die Methodik hingegen stellt es als das Hauptkriterium dar. Es rückt damit

an die erste Stelle unter den Kriterien der Investitionsauswahl. Die übrigen Kriterien, wie z.B. quantitative Kriterien (Engpassmaterialien) traten erstmals hinter diesem Wertkriterium zurück. In einem Aufsatz in "Kommunist" heisst es hierzu z.B.: "Abgesehen von der Bedeutung der Wertkriterien muss man daran festhalten, dass sie nicht immer eine erschöpfende Vorstellung über die wirkliche wirtschaftliche Effektivität der Investitionen geben."<sup>28</sup> Hier ist das Gewicht offensichtlich völlig verlagert. Investitionsentscheidungen, die gegen dieses Wertkriterium verstossen, werden nur als Ausnahme zugelassen, die besonders gerechtfertigt werden muss.

Hier wirkt sich sicher das Ergebnis der Wertdebatte aus, in der festgestellt wurde, dass der Übergang zum Kommunismus nicht durch allmählichen Abbau des Wertsystems erfolgen könne, sondern gerade durch seinen Ausbau. Während noch 1954 der Grundsatz galt, dass die Warenproduktion allmählich absterben werde, so dass die Wertkriterien nur als Kriterien zweiten Ranges aufgefasst werden konnten, konnte jetzt nach dem ideologischen Umschwung das Wertkriterium als entscheidendes Kriterium überhaupt herausgestellt werden, das allerdings dann bestimmter Korrekturen zur Berücksichtigung politischer Zielsetzungen bedarf. Allerdings bleibt auch hier noch eine gewisse Inkonsequenz bestehen, dertwegen der sowjetische Wirtschaftstheoretiker Waag die Methodik angreift.<sup>29</sup> Die Methodik erwähnt neben der Hauptkennziffer der relativen wirtschaftlichen Effizienz, die ein echtes Investitionskriterium darstellt, noch die Möglichkeit, nach den niedrigsten Selbstkosten der Produktion oder nach der geringsten Kapitalintensität auszuwählen. Die Methodik stellt dabei nicht klar, in welchem Umfang und wo solche anderen Kriterien benutzt werden können. Dies ist ein Widerspruch, der allerdings nicht sehr ins Gewicht fällt, da das Kriterium der relativen wirtschaftlichen Effizienz eindeutig als Hauptkriterium herausgestellt worden ist. In den Empfehlungen der erwähnten wissenschaftlich-technischen Konferenz vom Jahre 1958, die die Grundlage für die Ausarbeitung der Methodik waren, hatte man diese Inkonsequenz vermieden. Man kann daher aus den Formulierungen der Methodik schliessen, dass auf Seiten bestimmter Wirtschaftswissen-

schaftler immer noch Widerstände gegen die Betonung von Wertkriterien bestehen, obwohl, wie weiter unten noch zu zeigen sein wird, diese Widerstände offensichtlich geringer werden.

Die Methodik enthält aber noch eine andere bemerkenswerte Neuerung. Erstmals wird in einer offiziellen Verlautbarung die Kapitaleffizienz gesamtwirtschaftlich bestimmt. Es gibt danach 3 mögliche Formen der Darstellung der Kapitaleffizienz:<sup>10</sup>

1. Der Koeffizient der allgemeinen (absoluten) Effizienz. Er ist identisch mit dem Grenzkapitalkoeffizienten der gesamten Volkswirtschaft. Er setzt die Investitionen und das Wachstum des Sozialprodukts einer Jahresperiode in ein Verhältnis. Der erwähnte Aufsatz in "Kommunist" führt diesen Koeffizienten nur an und weist darauf hin, dass er wegen seiner Komplexität nur geringe Bedeutung für die Planung haben könne. Dies entspricht sicher auch den Tatsachen, und die Methodik erwähnt auch nicht die Aufgabe, die ein solcher Koeffizient haben kann.
2. Neben diesem gesamtwirtschaftlichen Koeffizienten des durchschnittlichen Effekts der Investitionen wird in den methodischen Hinweisen ebenfalls der Rentabilitätskoeffizient erwähnt, dessen Anwendung gestattet sei. Dieser Rentabilitätskoeffizient setzt den Gewinn einer Unternehmung (Differenz zwischen Betriebsabgabepreis und Selbstkosten, also einschliesslich der Gewinnabführung und ausschliesslich der Umsatzsteuer) in ein Verhältnis zum Kapitalstock. Die Bedeutung dieses Koeffizienten für die Investitionsplanung wird ebenfalls nicht näher umrissen.

Der Wert dieses Kriteriums ist wahrscheinlich ebenfalls nicht sehr gross. Solange die Grösse des Betriebsgewinns in Relation zu den Selbstkosten festgelegt wird, muss eine Kennziffer, die diesen Gewinn nachträglich in Relation zum Kapitalstock ausdrückt, ziemlich unbedeutend bleiben. Die Rentabilität sagt ja erst dann etwas aus,

wenn sie für die Entstehung und Grösse des Gewinns entscheidend wird. Solange dies aber nicht der Fall ist, ist die Erwähnung dieses Rentabilitätskriteriums als einer möglichen Beschreibung der Effizienz von Investitionen eher ein Hinweis darauf, dass die sowjetischen Theoretiker sich allmählich daran gewöhnen, in anderen als den bisherigen Kategorien zu denken. Sie interpretieren den Wirtschaftskreislauf zunehmend von den Wertgrössen her. Ein solches Denken führt dann dazu, dass das Problem der Investitionsentscheidungen in grösserem Masse als vorher als ein nur innerhalb des Wertsystems zu lösendes Problem erkannt wird. Die Orientierung an technischen und physischen Grössen tritt damit zurück.

3. Beide bisher genannten Kriterien haben wahrscheinlich nur geringe praktische Bedeutung. Der wichtigste Koeffizient bleibt der Koeffizient der relativen wirtschaftlichen Effizienz von Investitionen. Dieser Koeffizient der relativen wirtschaftlichen Effizienz (Koeffizient des Nutzeffekts) setzt die zusätzlichen Investitionen in ein Verhältnis zu den gesparten laufenden Kosten zweier Varianten. Die 2. Variante unterscheidet sich dabei von der 1. Variante dadurch, dass sie niedrigere Kosten und einen höheren Kapitalaufwand verlangt. Er ist also gleich<sup>31</sup>

$$\frac{L_1 - L_2}{K_2 - K_1}$$

Der reziproke Wert dieses Koeffizienten ergibt die Rückflussdauer.)

Da dieser Koeffizient nur die relative Effizienz von Varianten angibt, muss immer die eine Variante (evtl. auch die Durchschnittskosten des Industriezweiges) als Vergleichsmaßstab dienen. Um feststellen zu können, welche Variante zu wählen ist, braucht man ausserdem eine Rückflussnorm. Diese Notwendigkeit einer Rückflussnorm ergibt sich aus dem Charakter dieses Nutzeffektkriteriums. Der Nutzeffekt bestimmt ja lediglich die Differenz, die bei Ausnutzung bestimmter Produktionsmethoden in den laufenden

Aufwendungen für die Produktion von Gütern entsteht. Diese Differenz wird in ein Verhältnis gesetzt zur Differenz der Kapitalaufwendungen. Die Entscheidung darüber, ob nun die eine oder die andere Investitionsvariante zu wählen ist, ist damit noch nicht gefällt. Um sie fällen zu können, ist eine bestimmte Norm der Rücklauffrist oder ihres reziproken Wertes, des Nutzeffekts, notwendig. Ob dabei eine Rückflussfrist oder ein Nutzeffekt normiert wird, ist natürlich gleichgültig. Die sowjetischen Theoretiker benutzen allerdings am liebsten Rückflussfristen, um die äußerliche Ähnlichkeit mit dem Zinskriterium zu vermeiden. Denn das Zinskriterium ist ihnen als Form kapitalistischen Wirtschaftens suspekt.

Die Meinungen darüber, wie hoch diese Rücklaufnorm zu sein hat, sind unter den sowjetischen Theoretikern sehr geteilt. Die Methodik legt für die Zwecke der Investitionsplanung Rückflussnormen fest, die auch bei der Nutzeffektkontrolle der Banken unterstellt werden sollen. Für die Industrie soll die Rückflussfrist zwischen 3 und 7 Jahren schwanken, im Verkehr etwa 10 Jahre betragen.<sup>32</sup>

Diese Zifferen können jedoch vorerst nur eine Annäherung darstellen. An dem Grundsatz verschieden hoher Rückflussfristen für die einzelnen Wirtschaftszweige ist nämlich festgehalten worden, so dass erst spezielle Methodiken für die einzelnen Wirtschaftszweige entwickelt werden müssen. Die Nutzeffektkontrolle behält also in manchen Gebieten immer noch einen breiten Spielraum. Für bestimmte Einzelzweige, wie z. B. das Bauwesen und die Energiewirtschaft liegen allerdings schon endgültige Vorschläge vor.

Hierbei ist die Kalkulation einer Rückflussfrist allgemein auf die Auswahl von Varianten beschränkt und soll nicht über die Richtungen der Investitionen entscheiden. Sie wird also in erster Linie auf der Ebene der Betriebe und Projektierungsbüros angewendet. Aber ihre Anwendung auf dieser Ebene muss natürlich auf die höheren Ebenen zurückwirken. Denn tatsächlich hat ja die Anwendung einer bestimmten Rückflussnorm die Beschränkung der Investitionschancen zur Folge. Ist z. B. die Rückflussnorm für eine gesamte

Volkswirtschaft einheitlich auf eine bestimmte Höhe festgesetzt, so ist damit auch die maximal mögliche Höhe der Investition bestimmt. Mehr als diese Investitionssumme kann man dann nur bei einer höheren Rückflussfrist (bei einem niedrigeren Nutzeffekt) investieren.

In dieser Weise wirkt die Bestimmung einer Rückflussfrist auf die höheren Planungsinstanzen zurück. Während das Unternehmen jedoch feste Rückflussnormen hat, kann ja die höhere Planungsinstanz entsprechend ihren Plänen die Rückflussnorm selbst beeinflussen. Dies ist nach der Bedeutung der Planungsinstanz in unterschiedlichem Grade möglich. Über dem Unternehmen steht zunächst der Sovnarchos, darüber die Planungsinstanzen der Industriezweige, Republiken und der Volkswirtschaft insgesamt. Die Planung der Volkswirtschaft selbst ist natürlich in der Bestimmung der Rückflussfristen frei, gleichzeitig aber auf ihre Kenntnis angewiesen, damit der Plan über die Investitionshöhe und die Bestimmung der Rückflussfristen in Übereinstimmung gebracht werden kann. Dies bedeutet, dass in die sogenannte Planrunde ein Bericht über die Effizienz möglicher und projektierte Investitionen eingehen muss.

Allerdings behält sich die Planbehörde ebenfalls noch die Möglichkeit vor, für die Industriezweige unterschiedliche Rückflussfristen zu bestimmen. Der Hauptgrund hierfür liegt wohl darin, dass bei Festsetzung einer einheitlichen Rückflussfrist für die Gesamtwirtschaft die Zentrale die Verteilung der Investitionen zwischen Konsumtionsmittel- und Produktionsmittelproduktion nicht mehr beliebig vornehmen kann. Bei einer ständigen Bevorzugung der Produktionsmittelproduktion sinkt die mögliche Rückflussfrist in der Konsumgüterproduktion laufend, so dass der Grundsatz der Auswahl nach einheitlichen Rückflussfristen zu einer Steigerung der Investition in den Konsumgüterbereichen führen muss. Dies war für die Sowjetwirtschaft solange unerwünscht, als die Entwicklung der Produktionsmittelproduktion absolut im Mittelpunkt des Interesses stand. Heute, wo die Entwicklung der Konsumtionsmittelproduktion zunehmend gefördert wird,



könnte man auch eine Annäherung an den Grundsatz einer einheitlichen Auswahlnorm für die Gesamtwirtschaft erwarten. In der Methodik allerdings gibt es noch keine Andeutung dahingehend. Hier wird noch daran festgehalten, dass für die Wirtschaftszweige unterschiedliche Rückflussnormen festgelegt werden können. Die allgemeine Diskussion des Investitionskriteriums ist allerdings über diesen Standpunkt hinausgegangen.

Die Wirtschaftswissenschaftler gehen auf diese Frage unterschiedlicher Rücklaufnormen kaum noch ein. Im allgemeinen wird dieser Punkt nicht mehr für besonders wichtig gehalten. Statt dessen ist man sich völlig unklar darüber, ob die in der Methodik festgelegten Rücklaufnormen richtig sind. Offensichtlich liegt die durchschnittlich verwirklichte Rückflussdauer ganz erheblich unter den Rückflussnormen, die in der Methodik angegeben sind. Sowjetische Theoretiker schätzen sie auf 2 - 3 Jahre<sup>33</sup>. Gegenüber der Rückflussnorm von 3 - 7 Jahren, die die Methodik festlegt, ist ein grosser Unterschied. Es ergab sich daraus eine Auseinandersetzung zwischen den sowjetischen Theoretikern darüber, ob die Rückflussnormen der durchschnittlichen Rückflussdauer anzupassen seien oder darüber liegen sollen. So gibt es Theoretiker, die eine Festlegung der Rückflussnorm bei 2 Jahren vertreten (z.B. Zvorykin)<sup>34</sup>. Kurakov meint, dass bei einer Vergrösserung der Rückflussnormen auf 7 - 8 Jahre, wie Chačaturov sie vorschlägt, das Wachstum erheblich sinken müsse<sup>35</sup>. Chačaturov hingegen argumentiert mit der Behauptung, dass bei einer niedrigen Rückflussnorm die Technik nur wenig ausgenützt werden kann. Er erwähnt, dass die Rückflussdauer im Durchschnitt tatsächlich 1 - 3 Jahre ausmache, meint aber, dass die Norm in jedem Fall erheblich über dem Durchschnitt liegen müsse. Dieser Standpunkt ist auch wohl richtig, denn eine Bestimmung der Rückflussnorm auf die Höhe der durchschnittlichen Rückflussdauer müsste den Durchschnitt der Rückflussdauer erheblich senken, und es ist dann wirklich fraglich, ob zu solchen Rückflussnormen die beabsichtigten Investitionsquoten noch verwirklicht werden können.

Die Investitionsdiskussion wurde also durch die Veröffentlichung einer Methodik, die als Basis für die Behandlung der Investitionsauswahl dienen könnte, keineswegs abgeschlossen. Die Methodik selbst enthielt Schwächen, auf die hingewiesen wurde und die bei der Ausarbeitung von speziellen Methodiken für die einzelnen Wirtschaftszweige zu berücksichtigen waren.

Die weitere theoretische Auseinandersetzung beschränkte sich aber nicht nur auf solche Klarstellungen. Sie wandte sich jetzt vielmehr den Schwächen zu, die das Kriterium einer relativen wirtschaftlichen Effizienz, wie es heute in der Sowjetwirtschaft verwendet wird, selbst zeigt. Eine solche Kritik fragte danach, ob die Kalkulation einer Rückflussdauer, wie die Sowjetwirtschaft sie anwendet, zu einer bestmöglichen wirtschaftlichen Entscheidung führt.

Hierbei geht die Investitionsdebatte über ihre ursprünglichen engen Grenzen hinaus und wird zu einer Erörterung der Bedingungen rationaler Entscheidungen in der Planwirtschaft überhaupt. Dabei zeigen sich sofort typische Schwächen der sowjetischen Form des Investitionskriteriums. Diese Schwächen beruhen einmal auf der Art des Preissystems als eines Systems von Kostenpreisen. Sie zeigen sich aber ebenso als Schwächen der Berechnungsmethode der Rückflussdauer. Die sowjetische Berechnungsmethode drückt ja die Effizienz einer Investitionsvariante immer nur relativ zu einer anderen Variante aus. Dies kann an einem einfachen Beispiel gezeigt werden. Nehmen wir an, wir hätten zwei Varianten eines bestimmten Investitionsobjektes. Beide sollen gleiche Güter produzieren und die gleiche Kapazität haben. Die eine habe laufende Kosten (ausschliesslich Zins) von 200, die andere von 100. Die erste Variante soll einen Kapitalstock von 200, die zweite von 300 haben.

	<u>lfd.Kosten</u> (ohne Zins)	<u>Kapital</u>
1.Variante	200	200
2.Variante	100	300

Ist jetzt die Rücklaufzeit gegeben, so kann man zeigen, welche von beiden Varianten der Planer vorziehen wird. Er wird die zweite Variante immer dann wählen, wenn die Rücklaufnorm zumindest gleich 1 ist. Ist sie niedriger als 1, so kommt nur die erste Variante in Frage.

Im Falle des Zinskalküls kann die Auswahl unmittelbar ausgedrückt werden. Hier ist nur die Frage, ob der Marktpreis die laufenden Kosten einschliesslich Zins zurückerstattet oder nicht. Hier muss entsprechend neben den laufenden Kosten (ohne Zins) und dem Kapitalstock noch der Verkaufspreis gegeben sein, damit man über die Rentabilität der Investition urteilen kann. Der für uns hier entscheidende Unterschied zwischen beiden Formen der Kapitalrechnung besteht darin, dass bei der Zinsrechnung das Kapitaleinkommen Teil des Preises ist, während bei der Bestimmung des Nutzeffekts (=reziproker Wert der Rücklaufzeit) dieser lediglich kalkuliert, aber nicht als Einkommen gezahlt wird. Die Frage also, wieviel von einem Gut und ob dieses Gut überhaupt zu produzieren sei, wird in der Marktwirtschaft in einem Akt gelöst. Das Zinskriterium entscheidet, ob es überhaupt eine Investitionsvariante gibt, die ein bestimmtes Gut zu kostendeckenden Preisen auf den Markt bringen kann, während es gleichzeitig unter allen bekannten Varianten die beste auswählt. Das Kriterium der Rücklaufzeit aber beantwortet nur die eine Frage, welche unter mehreren Faktorkombinationen zu wählen ist, während die Frage, ob ein bestimmtes Gut zu produzieren sei und in welcher Menge, dem Planer überlassen bleibt.

Hier mündet die Diskussion des Investitionskriteriums in eine allgemeine Besprechung des Preissystems hinein, das den Investitionsentscheidungen in der Sowjetwirtschaft zugrunde liegt. Über diese Frage der Preisbildung wurde von den sowjetischen Theoretikern ursprünglich in der sogenannten Wertdebatte ganz losgelöst vom Problem der Bestimmung von Investitionskriterien diskutiert. Der Ausgangspunkt dieser sogenannten Wertdebatte war<sup>1926</sup>, ebenso wie im Fall der Investitionsdebatte, Forderungen, die von Planungspraktikern vertreten wurden und erst allmählich ins theoretische Bewusstsein eintraten.

Der sowjetische Preis hat sich, da er ein Kostenpreis ist, nie als fähig erwiesen, ein Gleichgewicht auf den Gütermärkten herzustellen. Da er aber auf Basis einer Gewinnrechnung ausgenutzt wird, müssen sich dabei dauernde Schwierigkeiten ergeben, sobald sich Planziele und finanzielle Erwägungen des Betriebsleiters widersprechen. Häufig bringt eine schlechte Erfüllung des Mengenplans einen höheren Betriebsgewinn ein als eine vollständige Erfüllung. Dies ist das sogenannte Problem der rentablen Güter. Jeder Betrieb wird nach Möglichkeit den Plan für die rentablen Güter besser erfüllen als die anderen Planaufgaben. Hier einen Preis zu finden, der widerspruchlos die Planaufgaben unterstützt, ist den Sowjets bisher nicht gelungen.

Ein anderer Ausgangspunkt, von dem aus sich das sowjetische Preissystem als unvollständig erweist, läßt sich bei einer Analyse der Gewinngröße zeigen. Das sowjetische Preissystem, das sich an den durchschnittlichen Arbeitskosten orientierte, enthält immer auch einen sogenannten Gewinn. Dieser Gewinn aber ist kein Kapitaleinkommen. Er ist vielmehr statt in Relation zum Kapitalstock relativ zu den gesamten Selbstkosten einer Produktion ausgedrückt. Seine Aufgabe ist, eine wirtschaftliche Rechnungsführung auf Basis von Einzelbetrieben zu ermöglichen und gleichzeitig als Stimulanz für die Betriebsangehörigen zu wirken. Soll der Gewinn diese Aufgaben erfüllen, so muß er mit der betrieblichen Leistung irgendwie verknüpft werden. Je enger dies gelingt, um so besser kann die Kontrolle über diese Leistung und die Interessiertheit an dieser Leistung sein.

Die Form, in der die Sowjetwirtschaft den Gewinn ausnützt, hatte von vornherein bestimmte Schwächen. Der Gewinn konnte, wenn er in Relation zu den Selbstkosten ausgedrückt war, nie die gesamte Leistung des Betriebes zum Ausdruck bringen. Für die Betriebsangehörigen spalteten sich daher die betrieblichen Aufgaben in solche, deren Erfüllung sich materiell lohnte und andere, deren Erfüllung ohne Schaden für den einzelnen vernachlässigt werden konnte. Der Planer mußte daher nach einer Leistungskennziffer synthetischer Art suchen, die die gesamte betriebliche Leistung annähernd zum Ausdruck bringen kann.

Hierbei bietet sich eine Gewinngröße an, die als Rentabilität des Kapitals ausgedrückt wird. In der bisherigen Festlegung des Gewinns kann der Betriebsleiter seinen Kapitalstock völlig vernachlässigen, ohne daß sich dies in der Einkommenslage des Betriebes ausdrückt. Durch eine Gewinnkennziffer, die relativ zum Kapitalstock ausgedrückt wird, könnte die hier bestehende wichtige Lücke in der wirtschaftlichen Rechnungsführung des sowjetischen Betriebes ausgefüllt werden.

Damit war von unmittelbar praktischen Gesichtspunkten aus die Richtigkeit des sowjetischen Preissystems bereits angezweifelt. Gleichzeitig trat damit der Gleichgewichtsfunktion des Preises ins Bewußtsein ein. Man mußte sich mehr und mehr darüber klar werden, daß die betriebliche Leistung nur dann adäquat erfaßt werden kann, wenn die Preise so weit wie möglich den in den Planzielen enthaltenen Knappheiten angepaßt werden. Die Wertdebatte suchte die Probleme, die hinter diesen Preisphänomenen stecken, aufzuhellen und kam dabei auf die Frage nach dem rationalsten Preissystem. Hierin berührte sie sich dann unmittelbar mit den Problemen, auf die die Investitionsdebatte ebenfalls stieß, sobald die Rückflußdauerkalkulation als sowjetische Form der Kapitalrechnung Gegenstand der theoretischen Kritik wurde.

Der Gegenstand der Wertdebatte<sup>36</sup> war dabei immer sehr viel grundlegender als der Gegenstand der Investitionsdebatte. Dies erklärt auch, warum sie bisher praktisch zu gar keinen Auswirkungen geführt hat. Während das Investitionskriterium das bestehende Preissystem zur Basis nehmen konnte, mußte die Wertdebatte in die Forderung nach einer Reform des gesamten Preissystems hineinhinweisen. Hieraus werden die Hemmungen verständlich, die einer Verwirklichung der Vorschläge entgegenstanden, die in der Wertdebatte gemacht worden war. Während man unterschiedliche Investitionskriterien bei einzelnen Projekten erproben und wieder verändern kann, ist eine Umwandlung des Preissystems nur als Ganzes möglich und muß sich über Jahre hinziehen.

Nachdem allerdings die Investitionsdebatte ihre Auswirkungen auf die sowjetische Kapitalrechnung gehabt hatte und das Investitionskriterium selbst in den Rahmen des traditionellen sowje-

tischen Preissystems eingefügt worden war, mußte sich die weitere Diskussion des Investitionskriteriums immer mehr den Problemen des Preissystems zuwenden, wie sie in der Wertdebatte schon erörtert worden waren. Es ist deshalb jetzt immer weniger möglich, Investitionsdebatte und Wertdebatte zu trennen. In einem weit höheren Maße als vorher geht es jetzt den sowjetischen Theoretikern bereits um eine Theorie der Rationalität eines Planungssystems überhaupt, eine Theorie, die das Preisproblem und das Problem des Investitionskriteriums zusammenfaßt und beide Fragen zusammen löst. Die erste umfassende Theorie dieser Art stammt von Kantorovič.<sup>37</sup> Die Fragestellung, die bei Kantorovič am Anfang steht, kennzeichnet das Neue seiner Gedankengänge. Dies ist nämlich die Frage nach dem optimalen Plan. Das Wort Optimum tauchte zwar in der sowjetischen Theorie nach dem 2. Weltkrieg öfters auf, wurde aber nie zu einem theoretisch einwandfrei faßbaren Begriff gemacht. Dies geschah in breiter Form zuerst bei Kantorovič, nach einigen wesentlichen Ansätzen bei Novožilov.<sup>38</sup> Kantorovič kritisiert von diesem Ansatz aus ganz grundsätzlich das sowjetische Preissystem und im Zusammenhang damit die Kapitalrechnung durch Bestimmung der Rücklaufzeit. Die Kostenpreise als Grundlage der Kalkulation lehnt er ab. Er nennt solche Preise apriorische Preise und zeigt, daß die Anwendung der Rücklaufzeit als Mittel der Kapitalrechnung nicht zu den besten Investitionsentscheidungen führen kann.

Um zu einer Aussage über den optimalen Plan zu kommen, setzt er im weiteren die Entscheidung über den zu produzierenden Endgüterfonds voraus. Er zeigt dann, daß ein richtiges Preissystem von den Proportionen abhängt, in denen einzelne Güter in diesem Endgüterfonds vertreten sind. Eine Änderung dieser Proportionen und damit der Zusammensetzung des Endgüterfonds muß daher immer die Preise sämtlicher Güter beeinflussen. Als Ergebnis bestimmt er das richtige Preissystem so, daß im Preis eine Verzinsung des Kapitals und Knappheitsrenten der Naturfaktoren enthalten sind. Der optimale Plan ist damit bestimmt. Er ist dort, wo dem Rentabilitätsprinzip Genüge getan wird. Für den traditionellen Standpunkt der sowjetischen Wirtschafts-

theorie ist ein solches Ergebnis revolutionierend. Es galt in der sowjetischen Theorie immer als Dogma, daß der Anwendungsbereich von Maschinen in der Planwirtschaft breiter ist als in einer Wirtschaft, die auf Marktbeziehungen ruht. Man behauptete daher als besonderen Vorteil der Planwirtschaft immer, die Technik in größerem Maße ausnutzen zu können als irgendein anderes Wirtschaftssystem. Die Kritik, die Kantorovič erfuhr, war demgemäß scharf. Aber es kamen auch andere Wirtschaftstheoretiker zu ähnlichen Ergebnissen. So vertrat auch Waag den Standpunkt, daß die Grenze der Anwendung von Maschinen im Kapitalismus und im Sozialismus gleich sei.<sup>39</sup> Er wurde stark attackiert, blieb aber bei seiner Meinung. Ebenfalls äußerte sich Nemžinov zu den Fragen einer Optimierung der Wirtschaftsrechnung in ganz ähnlichen Formen. Damit hat sich innerhalb der sowjetischen Wirtschaftstheorie eine Gruppe gebildet, die in sehr scharfem Gegensatz zur heute in der Sowjetunion herrschenden Wirtschaftstheorie steht. Diese Gruppe umfaßt einmal die mathematischen Nationalökonomien, aber auch solche Preistheoretiker wie z.B. Malyšev oder Atlas.

Diese Nationalökonomien finden ihre Stärke darin, daß sich im Planungsapparat immer mehr Friktionen bemerkbar machen, die nur mit Hilfe einer richtigen Theorie behoben werden können, und wichtige Vertreter des Planungsapparates glauben, durch die Anwendung mathematischer Methoden und durch Verbesserung des Preisystems entscheidende Hilfen bekommen zu können. Es ist aus diesem Grunde auch unwahrscheinlich, daß diese Kritik noch zurückgedrängt werden wird. Sie muß vielmehr immer breiteren Boden bekommen je mehr das wirtschaftswissenschaftliche Studium, wie dies bereits beschlossen worden ist, auf die Kenntnisse dieser theoretischen Zusammenhänge ausgerichtet wird.<sup>40</sup>

Wir können die bisherigen Ergebnisse bei der Übernahme des Optimumbegriffs hier nicht im einzelnen darstellen, sondern müssen uns auf die Zusammenfassung beschränken, soweit sie für unseren Gesichtspunkt Interesse haben.

Man wurde sich damit klar, daß eine optimale Planung nur dann beschrieben werden kann, wenn Mengen- und Preisentscheidung als simultan bestimmt angenommen werden. Beides ist untrennbar

voneinander. Preis- und Mengenplanung müssen *actu* erfüllt werden, wenn das Ergebnis optimal sein soll.

Das Modell von Kantorovič ist folglich ein reines Optimummodell. Der Schluß, daß die einzelne Entscheidung nur optimal sein kann, wenn sie simultan mit allen anderen Entscheidungen vorgenommen wird, ist dafür der Beweis. In diesem Optimumbegriff handelt es sich um ein wirkliches Gesetz der Theorie. Er beschreibt nämlich einen Zusammenhang des Handelns, der nur die Koordination der Mittel in Beziehung auf rein formal bestimmte Zwecke darstellt. Diesen Zusammenhang muß jeder, der überhaupt wirtschaftlich handelt, auch wollen, denn wirtschaftlichem Handeln ist der Wille, optimal zu handeln, immanent. Die Beachtung dieser Zusammenhänge ist zwingend. Wenn man solche im Optimumbegriff gegebene Zusammenhänge nicht berücksichtigt, so handelt man immer und notwendig gegen sein eigenes Interesse.

Theoretisch ist damit die Zweiteilung des Handelns in Mengen- und Preisorientierung überwunden. Das Gesetz der planmäßigen Entwicklung und das Wertgesetz haben eine Beziehung zueinander gefunden.

Damit besteht der Optimumbegriff als Zentralbegriff der Wirtschaftstheorie. Aber der Optimumbegriff ist nicht die Wirklichkeit. Er ist der Bezugspunkt, von dem her die Wirklichkeit verstanden werden muß und auf den hin sie orientiert ist, nicht jedoch die Wirklichkeit selbst. Wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß im Optimumbegriff immer die Voraussetzungen gestellt werden, unter denen das Koordinations- und Geldsystem selbst überflüssig ist. Wäre der Optimumbegriff die Wirklichkeit, so gäbe es keine Koordinationsprobleme und es wäre nichts zu erklären. Es genügte dann, einfach zu handeln.

Dies gilt für den Optimumbegriff bei Kantorovič genau so wie für jeden andern auch. Die sowjetische Theorie aber stellt diese im Optimumbegriff implizierten Voraussetzungen nicht klar. Dies ist verständlich, weil man den ideologischen Verwicklungen, die daraus entstehen müssen, entgehen möchte. Denn der Optimumbegriff wird leicht zu einer totalen Kritik des Kommunismusbildes. Nemčinov, der kurz darauf eingeht, daß der totale



allumfassende Optimumbegriff ein Wertbegriff ist, lehnt daher seine Verwendung ab, ohne klarzustellen, daß auch in einem Optimummodell, wie es Kantorovič vorlegt und zu dem er selbst die Einleitung geschrieben hat, die Voraussetzungen dieses totalen Optimumbegriffs impliziert sind.<sup>47</sup> Es wird hier das Bestreben deutlich, die Wirtschaftstheorie so weit wie möglich von ideologischen Argumentationen frei zu machen, um die theoretischen Aufgaben unbeeinflusst erfüllen zu können. Ein solcher Standpunkt, wie ihn Nemčinov damit annimmt, ist aber nur berechtigt, wenn man sich darauf beschränkt, den Optimumbegriff als theoretischen Orientierungspunkt zu benutzen. Für den Theoretiker ist er daher auch der einzig mögliche. Sobald aber ideologische Probleme erörtert werden - und auch Nemčinov erörtert sie -, muß man den Optimumbegriff als Wertbegriff klarstellen, um seinen Mißbrauch für ideologische Ziele kritisieren zu können.

### 3. Geldsystem und institutionalisierte Verhaltensnormen.

Daraus, daß der Optimumbegriff nicht die Wirklichkeit ist, sondern angezielt werden muß, entsteht die Notwendigkeit des Koordinationsystems. Es entsteht immer und überall als Geldsystem, dessen nähere Züge im Verhältnis zur Wirklichkeit jetzt zu erörtern sind.

Im Optimumbegriff wird dargestellt, in welchen Formen das Geldsystem wirkt, wenn optimal gewirtschaftet wird. Man kann am Optimumbegriff daher zeigen, wie das Geld eingesetzt werden muß, damit es die Wirklichkeit auf eine optimale Kombination hin bestmöglich orientiert. In der Wirklichkeit aber fällt das, was im Optimumbegriff zusammen gesehen wird, auseinander. Die Verwendung des Geldes führt hier nicht zur optimalen Kombination, es orientiert nur dahin.

In dieser Orientierung besteht die Funktion des Koordinationsystems. Es hat dabei zwei Möglichkeiten. Einmal kann es sich den Gleichgewichtspreis zum Handlungsparameter wählen. Die Verfehlung des Optimums drückt sich dann in den güterwirtschaftlichen Zusammenhängen aus. Oder es wählt die Mengeneinheiten zum Handlungsparameter, und die Verfehlung des Optimums zeigt sich, indem keine entsprechenden Gleichgewichtspreise gefunden werden.

In jedem Fall brechen die zwei Ebenen - gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht und einzelwirtschaftliche, an vorhandenen Informationen und Handlungsantrieben orientierte Entscheidungen - auseinander und zeigen dadurch, daß die Wirklichkeit mit dem Optimumbegriff nicht zusammenfällt.

Aus diesem Zwiespalt ist das Geldsystem zu verstehen. Es gibt dem Wirtschaftssubjekt die Verhaltensnormen an die Hand, um in einer so gearteten Wirklichkeit das Handeln überhaupt rational orientieren zu können.

Unter institutionalisierten Verhaltensnormen sind dabei solche mit dem Geldsystem verknüpfte Orientierungsmöglichkeiten verstanden, die vom Wirtschaftssubjekt angewendet werden müssen, wenn es überhaupt rational handeln will.

Am Beispiel der Marktwirtschaft soll im Folgenden gezeigt wer-

den, was mit solch einer institutionalisierten Verhaltensnorm gemeint ist, um dann zur Frage überzugehen, welche Verhaltensnorm im Sowjetsystem im Geldsystem ausgedrückt ist. Dazu müssen wir auf eine wesentliche Unterscheidung wirtschaftlicher Leistungen eingehen. Diese können einmal erbracht werden im Rahmen bestimmter Produktionskombinationen. Sie stellen dann abhängige Leistungen dar, die nur ausführenden Charakter haben.<sup>42</sup> So die Leistungen der ausführenden Arbeit innerhalb einer bestimmten Faktorkombination. Die Arbeit an einem bestimmten Hochofen, an einem Webstuhl usw. führt lediglich Arbeitsvollzüge aus, die vorgegeben sind. Die Notwendigkeit eigener Dispositionen ist beschränkt. Dies gilt aber ebenso für die Leistung konkreter Kapitalgüter oder Bodeneinheiten. Sie werden im Rahmen des Produktionsprozesses ausgenutzt. Den abhängigen Leistungen stehen gegenüber diejenigen Leistungen, die über die Verwendung einer bestimmten Faktorkombination selbst entscheiden. Dies ist im eigentlichen Sinne die Aufgabe des Unternehmers. Unternehmeraufgabe ist in diesem Sinne weiter gefaßt als bei Schumpeter. Schumpeter nennt als Unternehmeraufgabe nur die Durchsetzung neuer Kombinationen, während alte, bereits eingewöhnte Kombinationen nicht durch den Unternehmer, sondern den "Wirt schlechtweg"<sup>43</sup> verwaltet werden. Sobald aber das wirtschaftliche Wachstum ein andauerndes Moment des Wirtschaftslebens ist, müssen sich letztlich in jedem Unternehmen beide Funktionen vereinen. Kein Betriebsleiter kann auf die Dauer in einer kontinuierlich wachsenden Wirtschaft bestehen, wenn er nicht auch neue Kombinationen durchsetzt. Gleichzeitig wird aber damit die Erhaltung alter Kombinationen zu einer Entscheidung, die selbst ein Risiko in sich trägt. Erhaltung alter Kombinationen kann eine Fehlentscheidung sein, verlangt also selbst unternehmerisches Können. Sobald die Wirtschaft wächst, enthält beides, die Beibehaltung wie auch die Erneuerung von Faktorkombinationen, ein Risiko und erzwingt letztlich eine Wahl. Entzieht sich der Unternehmer dieser Wahl vollständig, so muß irgendwann der Punkt kommen, an dem er aus dem Markt ausscheidet.

Hieraus ergibt sich die Verhaltensnorm des marktwirtschaftlichen Geldsystems. Dies ist die Gewinnorientierung.

Der Unternehmer muß einen Gewinn machen, wenn sich die von

ihm gewählte Faktorkombination bewähren soll. Dieser Gewinn ist letzten Endes der einzige Maßstab, an dem er bemessen kann, ob seine Produktion den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprach. Aber nicht nur irgendein Gewinn ist gefordert. Je höher der Gewinn, um so besser, um so dringender erforderlich war die von ihm gewählte Kombination. In diesem Sinne unterliegt seine Wahl dem Prinzip der Gewinnorientierung. Außerhalb dieses Prinzips kann der Unternehmer seine Leistung nicht als nützlich erkennen.

Dies bedeutet nicht, daß der Gewinn das Motiv des Unternehmers ist. Seine Geltung setzt nicht voraus, daß der einzelne Unternehmer ein Egoist oder Ähnliches ist. Motive seines Handelns können sein und sind es auch in großer Zahl die Schaffensfreude, die Freude am Risiko. Der reine Egoist ist niemals der beste Unternehmer. Das Prinzip der Gewinnorientierung ist nichts weiter als Maßstab des Handelns, Basis des Selbstverständnisses der Unternehmer zur Erkenntnis seiner Leistung als nützlicher Leistung überhaupt. Es würde im Extremfall, in dem die Motive rein altruistisch wären, genau so gelten wie im Falle des Egoisten. Er kann den Profit verschenken wollen, dennoch bleibt der Maßstab des Profits die Basis. Auch wenn er nicht faktisch den Profit erzielt, sondern die Preise aus anderen als wirtschaftlichen Gründen senkt, ist der erzielbare Profit letzte Grundlage der Nützlichkeit der Leistung.

Profitorientierung heißt daher auch nicht, daß rücksichtslos der höchste Preis verlangt wird. Es heißt nur, gleich wie man den Preis schließlich festsetzt, daß man die Kombination mit dem höchsten angesichts dieses Preises möglichen Profit auswählt. Es braucht deshalb keineswegs jede Monopolchance genutzt werden, man kann bewußt auf sie verzichten und dennoch ist dem Prinzip der Gewinnorientierung im hier gemeinten Sinne Genüge getan.

Liegt das Unternehmen im freien Markt, so kann es seine Existenzberechtigung letztlich nur aus dem möglichen Gewinn herleiten. Bei Verlust scheidet es aus, bei sinkendem Gewinn weiß es, daß seine Leistungen verbessert werden müssen, wenn es bestehen will. Dadurch wird der Profit selbst zu treibenden

Kraft, eine selbständige Größe, die den Produktionsprozeß vorantreibt. Das Unternehmen ist aber auch Basis für die Beschäftigung von Produktionsfaktoren überhaupt, auch der Arbeit. Dadurch kommt der Arbeitseinsatz selbst in Abhängigkeit von der Möglichkeit der Gewinnerzielung.

Die Arbeit, hier rein als ausführende Arbeit innerhalb vorgegebener Produktionskombinationen verstanden, wechselt die Produktionskombinationen in Abhängigkeit vom Gewinnkalkül des Unternehmers und ist damit selbst zu einem Teil der vom Unternehmer geleiteten autonomen Wirtschaftseinheit geworden. Um arbeiten zu können, muß der Arbeiter einen Unternehmer finden und dieser Unternehmer selbst kann nur am Profit kalkulieren, ob er den Arbeiter beschäftigen kann. Philantropie muß bei dieser Entscheidung notwendig die Ausnahme bleiben, wenn der Unternehmer bestehen will.

Innerhalb der Marktkoordination ist also die autonome Wirtschaftseinheit, die den Maßstab ihrer Tätigkeit am Profit findet, unbedingte Voraussetzung. Wirtschaftliche Tätigkeit ist nur in dieser Form möglich. Diese bestimmte Verhaltensnorm ist also im System der Marktkoordination institutionell verankert. Nur durch den Marktmechanismus gebunden zu sein und sonst nicht, ist daher ein notwendiges Moment des Selbstverständnisses des Wirtschaftssubjekts. Gewinninteresse steht in diesem Sinne nicht unbedingt in Widerspruch zur Geltung des Prinzips der Kostendeckung. Auch das Prinzip der Kostendeckung nimmt in der wachsenden Wirtschaft nicht eine bestimmte Faktorkombination zur Basis. Die Kombination, die heute die Kosten deckt, macht morgen bereits Verluste, wenn eine dynamische Wirtschaft gegeben ist. Auch der kostendeckende Betrieb muß seine Kombination laufend verbessern. Was die Mittelverwendung betrifft, unterscheidet sich das Kalkül des kostendeckenden Betriebes vom gewinnabhängigen Betrieb überhaupt nicht. Er bleibt an der Rentabilität und damit am Gewinn orientiert, wobei der einzige Unterschied darin besteht, daß er seinen Gewinn nicht am Markt realisiert. Das Gewinnkalkül bleibt Grundlage des Handelns. Wenn Sombart das Prinzip der Kostendeckung dem Profitprinzip gegenüberstellt, so hat dies nur Sinn, wenn unter dem Prinzip der Kostendeckung ein Prinzip traditionellen

- - -

Handelns gemeint ist.<sup>44</sup> Dies aber ist eine völlig andere Sache. Ein Prinzip traditionellen Handelns gibt es in der modernen Volkswirtschaft nirgendwo. Es wäre deshalb ein Mißverständnis, das Prinzip der Kostendeckung, wie es für viele staatliche und kommunale Betriebe gilt, in Beziehung zum Sombartschen Prinzip der Kostendeckung als Beschreibung des Wirtschaftsgeistes einer traditionellen Gesellschaft zu bringen. Lediglich die Worte stimmen überein.

Gewinnorientierung hat also zwei Richtungen:

1. Orientierung an den Faktorkombinationen. Diese werden so zusammengestellt, daß, ganz gleich wie der Abgabepreis ist, ein möglichst hoher Gewinn bleibt.
2. Orientierung am Abgabepreis. Hier hat der Unternehmer die Möglichkeit, Marktstrategie zu betreiben und ist frei, den Preis so zu stellen, wie er dies unter Abwägung seiner Marktchancen für richtig hält.

In keinem Falle besteht ein Zwang, den Profit zu maximieren, obwohl dies eine naheliegende Reaktion ist. Institutionalisiert ist nicht die Gewinnmaximierung, auf die der Unternehmer faktisch auch verzichten kann, sondern nur die Gewinnorientierung, die der Unternehmer haben muß, denn er scheidet andernfalls aus dem Markt aus und ist dann kein Unternehmer mehr.

Für die Plankoordination aber ist Gewinnorientierung nicht mehr oberste Verhaltensnorm. Selbstverständlich wird auch sie danach streben, die Produktkosten zu senken, um das Gesamtprodukt vergrößern zu können. Aber der Gewinn ist hier keine Hilfe. Besteht ein Planungsapparat, in dem die Entscheidungen über die Faktorkombinationen gemacht werden, so entscheidet dieser Planungsapparat selbst auch immer über die Verteilung der Einkommen. Gewinnmaximierung als Grundsatz wäre dann dasselbe wie Minimierung der Konsumtion, ein Grundsatz, der zwar etwas über die Verteilung aussagen könnte, nicht jedoch für die Faktorauswahl.

Der Gewinn kann bei gesellschaftlichem Eigentum niemals die Form sein, in der der Planer erfährt, wieweit die von ihm gewählten Kombinationen nutzbringend sind oder nicht. Zugleich kann sich im gesellschaftlichen Eigentum aus dem Gewinn kein

Zwang zur Anpassung der Unternehmung an die Entwicklung der Gesamtwirtschaft ergeben. Der Planer hat immer die Möglichkeit, Unternehmen zu subventionieren oder Preise höher zu stellen. Würde er sich diese Möglichkeit nehmen, würde er Marktbedingungen schaffen, so daß die Voraussetzung der Plankoordination nicht mehr gegeben wäre.

Gewinnorientierung des Planers und Plankoordination widersprechen sich. Aber auch bei Plankoordination muß der Planer erfahren, ob seine Planung richtig ist und welchen Effekt sie hat. Zugleich ist, wenn die Wirtschaft wachsen soll, eine Bewegungskraft erforderlich, die dieses Wachstum erzwingt und begründet.

Allerdings bleiben dem einzelnen Betriebsleiter Funktionen, die den Unternehmerfunktionen ähnlich sind. Der Plan, den er bekommt, legt nicht alle Einzelheiten der Produktion fest. Innerhalb der Planaufgaben hat er die Möglichkeit, die Produktion zu variieren und der Gewinn ist sein Kriterium. Aber das Kriterium hat von vornherein feste Grenzen. Was die Faktorkombinationen angeht, so sind sie in großen Zügen im Plan vorgegeben, so daß der Betriebsleiter die Kosten nur soweit minimieren kann, als hier ein Freiheitsraum besteht. In noch größerem Maße ist ihm aber die Möglichkeit beschnitten, Marktstrategie zu betreiben. Die Preise sind durch den Plan festgelegt. Sie orientieren sich zwar an den voraussichtlichen Produktionskosten des Unternehmens, aber sie bleiben dann auf einer bestimmten Höhe, die der Betriebsleiter nur sehr beschränkt noch beeinflussen kann. Dies geht so weit, daß Verluste einkalkuliert werden können, die die Zentrale von sich aus ausgleicht.

Eine Gewinnorientierung des Sowjetbetriebes gibt es nur in diesen vorgegebenen Grenzen. Ein fixierter Preis und global festgelegte Faktorkombinationen sind die Grundlage, von der aus das Unternehmen seine Gewinne macht.

Die Aufgabe des Betriebsleiters in der Sowjetwirtschaft kann also nicht einfach mit der Unternehmerfunktion gleichgesetzt werden. Er ist oberste Stufe der ausführenden Arbeit, und seine dispositiven Funktionen, die den Unternehmerfunktionen

ähneln, hat er nur dadurch, daß er zugleich unterste Stufe der Planungsbehörde ist.

Für die Planungsbehörde selbst spielt die Gewinnorientierung keine Rolle. Aber auch die Leistung der Volkswirtschaft insgesamt, die mit Hilfe des Plans erzielt werden soll, muß rechenhaft gemacht werden.

An die Stelle der Gewinnorientierung in der Marktkoordination kann für den Planer nicht die Planorientierung treten. Das hiesse, das Problem überhaupt zu übersehen. Man müßte dann sagen, daß sich der Planer am Plan orientiert. Aber der Planer ist ja derjenige, der den Plan macht und gefragt werden muß, woran er die Qualität seines Plans erkennt. Diese Qualität des Plans ist ebenfalls nicht einfach daran zu messen, ob der Plan die Bedürfnisse befriedigt oder nicht. Indem nämlich der Planer über die Höhe der Investitionsquote befindet, ist ihm ja die wichtigste Ziffer, die er für eine Bedarfsorientierung braucht, nicht vorgegeben. Wie hoch der Bedarf zu sein hat, entscheidet der Planer ja selbst. Ist diese Entscheidung gefallen, so muß er tatsächlich weiterhin seine Leistung daran messen, wieweit er den Konsumfonds an die Bedürfnisse angleicht. Aber bevor er dazu kommt, muß er wissen, wie hoch er die Investitionsquote stellen soll und wie er den gesamten Leistungsvollzug innerhalb dieser Entscheidung ordnen soll.

Nun kann hier nicht abgeleitet werden, wie hoch der Planer die Investitionsquote festsetzen soll. Dies ist Gegenstand seiner wirtschaftspolitischen Entscheidung. Das Rechenproblem aber, das er vor sich hat, läßt sich im Anschluß an das wirtschaftliche Prinzip formulieren. Er muß nämlich diese Investitionsquote so einsetzen, daß die volkswirtschaftliche Wachstumsrate maximiert wird. Umgekehrt formuliert, muß er die Investitionsquote immer so stellen, daß er eine bestimmte Wachstumsrate mit einer möglichst niedrigen Investitionsquote erzeugt. Dies ist das Optimierungsproblem des Wirtschaftsplaners. Von hier aus kann er dann auch den Bedarf betrachten. Der Bedarf muß mit der gegebenen Konsumquote möglichst gut befriedigt werden, oder, wieder umgekehrt formuliert, eine bestimmte Bedarfsbefriedigung muß mit einer möglichst geringen Konsumquote ver-



- 11 -

wirklicht werden.

So findet der Planer in der Wachstumsrate seine institutionalisierte Verhaltensnorm.<sup>15</sup> Gewinnorientierung gibt es in der Plankoordination zwar auch, aber sie hat nur subsidiäre Bedeutung, und gilt nicht für den Planer selbst. In diesem Zusammenhang ist sein oberstes Kalkül immer auch ein Geldkalkül. Die Wachstumsrate nämlich ist immer und überall ein Geldausdruck. Ohne Geldrechnung läßt sich kein Maß für die Wachstumsrate finden, es sei denn, man setzt Voraussetzungen, die in der dynamischen Wirtschaft nicht gegeben sein können. ✓

Institutionalisierte Verhaltensnorm ist aber auch hier nur die Wachstumsorientierung, nicht die Wachstumsmaximierung. Es besteht kein Zwang, die Investitionsquote so hoch zu treiben, wie man nur kann. Ledigliche eine Form, unter der der Planer sein Handeln als rational ausgerichtet erkennt, ist hier gemeint.

Die institutionalisierten Verhaltensnormen, die hiermit ausgesprochen sind, sind immer als Normen des Geldsystems aufzufassen. Unter Geldsystem verstehen wir daher nur denjenigen Mittelkomplex innerhalb des Koordinationsystems, durch den die Relation von gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht und einzelwirtschaftlicher Entscheidung gesichert wird.

Danach ist also die plankoordinierte Wirtschaft notwendig wachstumsorientiert, die marktorientierte Wirtschaft notwendig profitorientiert. Beides allerdings nur unter Voraussetzung einer dynamischen Wirtschaft, für die als konstitutiv anzusehen ist, daß sie auf die Möglichkeit der Verbesserung von Faktorkombinationen ausgerichtet ist.

Diese Auerichtung auf die Verbesserung von Faktorkombinationen kann nur anhand eines Maßstabes geschehen, der eben im Fall der Plankoordination, in der die Wirtschaft insgesamt Gegenstand wirtschaftlichen Kalküls ist, nur die Wachstumsrate sein kann. Durch Änderung der Koordinationsysteme ändert sich daher der Maßstab, an dem das wirtschaftliche Kalkül sich ausrichtet. Gerade diesen Charakter der Plankoordination hat Marx nicht erkannt, aber ebensowenig seine Kritiker. Eine Planwirtschaft galt grundsätzlich als bedarfs- und nicht als

✓ *Marx' Gewährspraktik der w. Orient der Plankoordination und der Faktorkombination (S. 23) und auch in gewisser Weise in der w. Orient der Plankoordination. Marx' Kritik der Plankoordination. Marx' Kritik der Plankoordination. Marx' Kritik der Plankoordination.*

- - -

wachstumsorientierte Wirtschaft. Die Auseinandersetzung vollzog sich grundsätzlich innerhalb dieser - falschen - Prämisse. Verkannt wurde, daß Bedarfsorientierung ein Prinzip traditionellen Handelns ist. Der Unterschied darf aber nicht so gesehen werden, wie Sombart ihn sieht, der Bedarfs- und Profitorientierung gegenüberstellt. Es stehen sich in Wirklichkeit gegenüber Bedarfsorientierung (auch Kostenorientierung genannt) als Prinzip traditionellen Handelns und Orientierung an der Verbesserung von Faktorkombinationen als Prinzip dynamischen Wirtschaftens. Innerhalb dynamischer Wirtschaften nimmt die Orientierung an der Verbesserung von Faktorkombinationen wiederum die Form des Profit- oder des Wachstumsinteresses an. Die Auffassung, daß Plankoordination notwendig eine Bedarfsorientierung der Wirtschaft begründen müsse, führte zu zwei entgegengesetzten Stellungnahmen:

a) Zur Auffassung, den Übergang zum System der Plankoordination als Mittel zur Aufhebung der Entfremdung der Arbeit von ihrem Produkt benutzen zu können. Da das Profitinteresse und nicht, was ihm zugrundeliegt - die Orientierung an der Verbesserung von Faktorkombinationen - zur Ursache der kapitalistischen Umwälzung erklärt wurde, konnte man in der Überwindung des Profitinteresses den Weg zur Verbesserung der Gesellschaft sehen. Man glaubte dann, durch Überwindung des Profitinteresses die in der Phantasie besonders ausgeschmückten Idylle der traditionellen Wirtschaft wieder herstellen zu können. Diese Auffassung findet sich sowohl bei Marx wie auch bei vielen seiner konservativen Kritiker, z.B. Sombart. Ebenso wurde die beispiellose Entwicklung der Geldbeziehungen nicht als Folge der systematischen Änderung von Faktorkombinationen erkannt, sondern für eine Folge ihrer privatkapitalistischen Form gehalten.

b) Zur Auffassung, daß ein planorientiertes Handeln innerhalb einer modernen Wirtschaft im gleichen Maße unmöglich sei wie ein bedarfsorientiertes Handeln. Unmittelbare Bedarfsorientierung, im Zusammenhang damit Naturalrechnung, kann es in einer Wirtschaft, in der Faktorenkombinationen dauernd Gegenstand der Wahl sind, nicht geben. Jede solche Wahl kann

mur innerhalb einer gesamtwirtschaftlichen Interdependenz getroffen werden, wobei ein Geldsystem absolute Notwendigkeit ist. Als abschaffbar kann es nur gedacht werden unter den extremen, nie wirklichen, Voraussetzungen des homo oeconomicus-Modells. Dieser Beweis zeigt unmittelbar, daß wegen der Identität von Bedarfsorientierung und Naturalwirtschaft eine solche Wirtschaft am Problem der Wirtschaftsrechnung scheitern müßte.

Man nimmt hierbei allerdings die Prämisse an, die Marx gesetzt hat und nach der Planwirtschaft notwendig Bedarfsdeckungs- und Naturalwirtschaft ist. Man dreht jedoch den Spieß um und beweist, daß Naturalrechnung mit einer Wirtschaft unvereinbar ist, die die Faktorkombinationen dauernd zur Wahl stellt.

Wir würden diesen Beweis für richtig halten, meinen aber, daß hier keine wirkliche Antwort auf das Problem gegeben wird. Auch in dieser Auffassung wird das Geld für ein Produkt kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen gehalten und seine Notwendigkeit keineswegs auf seine eigentliche Grundlage zurückgeführt, nämlich die Vermittlung einer dauernden Verbesserung von Produktionsmethoden.

Die Versuche, eine Naturalwirtschaft in der Sowjetunion zu verwirklichen, brachen, wie erwartet, nach kurzer Zeit zusammen (am Ende des Kriegskommunismus)<sup>46</sup>. Da man sich aber auf diesen Ansatz fixieren ließ, übersah man völlig, wie sich auf Basis des Systems der Plankoordination wieder ein Geldsystem bildete, das jetzt allerdings nicht die Profitorientierung als Norm hatte, sondern die Wachstumsorientierung unmittelbar. Es zeigte sich, daß Plankoordination mit gleicher Notwendigkeit ein Geldsystem ist wie Marktkoordination.

Da man dies im Westen verkannte, mußte man die Verstärkung des Geldsystems für eine Übernahme sogenannter marktwirtschaftlicher Elemente halten.<sup>47</sup>

In Wirklichkeit findet das Plansystem, indem es die Geldbeziehungen, die es absolut notwendig braucht, entwickelt, erst seine wirkliche Gestalt. Damit zeigt sich dann, daß Geld eine Kategorie der wachsenden Wirtschaft überhaupt und nicht der Marktwirtschaft ist.

Plankoordination mit einer Orientierung an der Wachstumsrate ist daher eine Form des Geldsystems, die eine ähnliche innere Logik hat wie das System der Marktkoordination.

Die Ausbildung des Geldsystems innerhalb der Sowjetwirtschaft des letzten Jahrzehnts darf daher auch nicht als ein Bruch mit seiner eigenen Vergangenheit verstanden werden. Es sind gleiche Beziehungen, die heute lediglich besser erkannt werden und damit auch zu einer Verbesserung der Institutionen selbst führen. Dies gilt auch für die Einführung des Optimumbegriffs in die sowjetische Wirtschaftstheorie. Diese kommt damit nicht in einen Widerspruch zu ihrer eigenen Wirklichkeit, sondern gerade zu einer besseren Anpassung daran.

Wir können zum Schluß noch auf die Meinungen eingehen, die in der Politökonomie in bezug auf die in verschiedenen Koordinationssystemen institutionalisierten Verhaltensnormen vertreten werden. Man spricht in diesem Zusammenhang von den wirtschaftlichen Grundgesetzen von Kapitalismus und Sozialismus. Stalin nennt als wirtschaftliches Grundgesetz des Kapitalismus die "Notwendigkeit der Erzielung von Maximalprofiten"<sup>48</sup>. Das wirtschaftliche Grundgesetz des Sozialismus hingegen lautet: "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik".<sup>49</sup>

In dieser Form allerdings geben diese sogenannten Grundgesetze nur allgemein vermutete Tendenzen und keine notwendigen Beziehungen wieder. Es braucht aber keine großen Umformulierungen, damit sie mit dem hier benutzten Begriff der institutionalisierten Verhaltensnorm übereinstimmen. In dieser Form müssten

sie dann lauten: Im Kapitalismus ist die Form, unter der wirtschaftliches Handeln rechenhaft gemacht wird, der Profit, im Sozialismus die Wachstumsrate.

Wir können diese Maßstäbe institutionalisierte Normen nennen, weil wirtschaftliches Handeln notwendig diese Maßstäbe benutzen muß. Dem einzelnen Wirtschaftler sind diese Maßstäbe durch das Koordinationssystem vorgegeben, damit ist ihm aber auch der einzige Weg vorgeschrieben, auf dem sein Handeln rechenhaft werden kann.

Die Aussage über die Tendenz bleibt dabei unbenommen. Es ist wahrscheinlich, daß der kapitalistische Wirtschaftler den Profit maximiert und daß der Planer die Wachstumsrate möglichst hoch treibt. Aber er kann auch anders. Aber der Wirtschaftler muß, entweder den Profit oder die Wachstumsrate als Basis der Rechenhaftigkeit benutzen.

Allerdings würden wir für solche institutionalisierte Verhaltensnormen den Gesetzesbegriff nicht anwenden. Diese stellen zwar für den Wirtschaftler eine Notwendigkeit dar, der er sich innerhalb des Koordinationssystems bedienen muß, wenn er überhaupt sinnvoll handeln will. Aber wir haben den Gesetzesbegriff rein auf die Beziehungen beschränkt, die für das Handeln innerhalb dieser Verhaltensnormen gelten.

### III. Die wirtschaftliche Wirklichkeit

#### 1. Wirtschaftliche Wirklichkeit und Koordinationssystem.

An die Stelle des unmittelbaren Handelns im Kommunismus, das leicht und überschaubar geplant werden sollte, trat damit ein höchst kompliziertes Plansystem. Die Wirklichkeit, die sich dabei bildete, trägt nicht die Züge, die Marx vorausgesagt hatte.

Diese Wirklichkeit des Systems der Plankoordination soll daher gesondert erörtert werden. Dies ist notwendig, weil wir den Ideologiebegriff unmittelbar mit dem Koordinationssystem verknüpft haben, indem wir Ideologie als Rechtfertigung des Koordinationssystems bezeichneten. Ohne den Ideologiebegriff schon hier näher kennzeichnen zu wollen - dies soll erst im Schlusskapitel geschehen - soll hier nur gezeigt werden, auf welche Wirklichkeit er sich eigentlich bezieht. Denn aus dem Kommunismusbild, das als Ergebnis des Übergangs zum gesellschaftlichen Eigentum und zur Wirtschaftsplanung eine totale Harmonie verspricht, entsteht nicht die Verwirklichung des Harmonieideals, sondern eine neue wirtschaftliche Wirklichkeit, die jetzt durch dies Harmonieideal lediglich ideologisch interpretiert und gerechtfertigt wird.

Diese Wirtschaftliche Wirklichkeit aber ist nur im Zusammenhang mit dem Koordinationssystem zu fassen. Da ein Koordinationssystem in der arbeitsteiligen Wirtschaft schlechthin erforderlich ist, ist eine wirtschaftliche Wirklichkeit ausserhalb des Koordinationssystems auch nicht möglich, so dass sich Mängel und Vorzüge des Koordinationssystems immer auch in der wirtschaftlichen Wirklichkeit niederschlagen müssen.

Denn die wirtschaftliche Wirklichkeit entsteht daraus, dass Menschen innerhalb eines Koordinationssystems die Natur so bearbeiten, dass konsumierbare Produkte entstehen. Wirtschaftliche Wirklichkeit ist also ein bestimmtes Verhältnis des Menschen zur Natur. Wir können sie näher von ihren Seiten der Produktion und der Konsumtion her beschreiben. Von der Produktion her gesehen

umfasst sie die wirtschaftlich tätigen Menschen, die Technik und die natürlichen Gegebenheiten der Produktion. Von der Konsumtion her umfasst die wirtschaftliche Wirklichkeit die konsumierenden Menschen mit ihrer Bedürfnisstruktur.

Hauptmomente der wirtschaftlichen Wirklichkeit sind also Arbeitskraft, Technik, natürliche Voraussetzung und Bedürfnisse. Aber dies ist keine schlechthin gültige Beschreibung. Für sich betrachtet, ist jede dieser Grössen ein rein naturwissenschaftliches Faktum. Bedürfnisse sind Empfindungen, als solche Gegenstand der Psychologie, Technik Gegenstand der technischen Wissenschaften, natürliche Voraussetzungen der Wirtschaft sind Gegenstand der Geographie, die Ausserung der Arbeitskraft Gegenstand der Physiologie. Ein wirtschaftliches Moment tritt dabei nicht auf.

Eine wirtschaftliche Wirklichkeit entsteht erst, wenn das Verhältnis von Arbeitskraft, Bedürfnis, Technik und Natur zueinander betrachtet wird. Wirtschaftliche Tätigkeit besteht dort, wo diese Momente in ein Verhältnis gesetzt werden. Nur dieses Verhältnis kann wirtschaftliche Wirklichkeit genannt werden. Arbeitskraft, Bedürfnisse, Technik und natürliche Voraussetzungen stellen also nur soweit wirtschaftliche Wirklichkeit dar, als sie im Verhältnis zueinander betrachtet werden.

Das Verhältnis dieser Momente zueinander aber haben wir das Koordinationssystem genannt. Wir können daher die wirtschaftliche Wirklichkeit folgendermassen definieren: wirtschaftliche Wirklichkeit ist das im Koordinationssystem objektivierte Verhältnis von Arbeitskraft, Bedürfnissen, Technik und natürlichen Voraussetzungen der Wirtschaft.

Sofern also die einzelnen Wirklichkeitsmomente zu betrachten sind, müssen sie als Grössen betrachtet werden, die aus dem Handeln innerhalb des Koordinationssystems entstanden sind.

Bei einer solchen Wirklichkeitsdefinition taucht dann sofort die Frage auf, wieweit in den verschiedenen Koordinationsystemen systemtypische Differenzierungen der Wirklichkeit entstehen. Denn wenn sich in den Koordinationsystemen verschiedene Organisationsformen des Handelns ausdrücken, müssen diese auch als Ausprägungen der Wirklichkeit selbst erkennbar sein.

Wir wollen diese Frage von der Seite der Bedürfnisse, der Technik und der natürlichen Voraussetzungen her erörtern. Das Bedürfnis entsteht dadurch, dass die Technik bestimmte Produkte zur Verfügung stellt, die Bedürfnisse nach den konkreten Gütern wecken, die diese Technik zu produzieren vermag. Soweit es gelingt, diese Bedürfnisse zu wecken, kann produziert werden. In dem gleichen Sinn könnte man natürlich auch sagen, dass latente in offene Bedürfnisse umgewandelt werden. Das Wachstum geschieht dadurch, dass immer wieder neue Bedürfnisse entstehen, die entweder an die Stelle ehemaliger Bedürfnisse oder neben sie treten. So tritt das Möbelstück aus Kunststoff an die Stelle von Holzmöbeln oder der Fernsehapparat neben das Radio. Dauernd müssen neue Bedürfnisse geweckt werden und die Produktion hat sich in ihren Proportionen den entstehenden Bedürfnisintensitäten anzupassen. Obwohl hierbei der Konsum der Produktion die Grenze setzt, ist doch die Produktion der aktive Teil, denn die Produktion bestimmt ja darüber, in welchen Richtungen Bedürfnisse überhaupt neu entstehen können. Neue Bedürfnisse in hier verstandenem Sinne des Wortes aber sind mit dem Wachstum der Wirtschaft notwendig verbunden. Wachstum besteht also darin, dass entsprechend der technischen Entwicklung Bedürfnisse geweckt werden, auf die hin produziert wird. Beim Konsumenten der wachsenden Wirtschaft finden wir eine unendliche Bereitschaft und Fähigkeit, neue Bedürfnisse zu entwickeln, während sich die tatsächlichen Bedürfnisse in jedem Moment auf den Bereich der überhaupt bekannten konkreten Endgüter



beschränken. Indem daher neue Endgüter bekannt werden, entstehen auch neue Bedürfnisse.<sup>1</sup>

Der Begriff des Bedürfnisses soll sich hier also auf solche Wünsche beschränken, die bei entsprechender Kaufkraft in Bedarf umgewandelt werden können. In diesem Sinne gibt es heute z.B. kein Bedürfnis, zum Mittelpunkt der Erde zu fahren. Allerdings könnte es den Wunsch danach geben. Aber dieser Wunsch wäre solange kein Bedürfnis, als das technische Problem nicht gelöst ist.

Der mögliche Endgüterfonds bestimmt also darüber, welche Bedürfnisse überhaupt entstehen können. Nur was zur Verfügung gestellt werden kann, ist Gegenstand von Bedürfnissen. Was nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weil man es überhaupt nicht kennt, kann sich höchstens ganz amorph als Träumerei, Zukunftsroman usw. äussern.

Wieweit entscheidet nun das System der Plankoordination darüber, was zur Verfügung gestellt werden kann? Dies wäre die Frage danach, wieweit unterschiedliche Koordinationssysteme zur Entwicklung unterschiedlicher Bedürfnisstrukturen führen. Nun ist sicher, dass vom System der Plankoordination ein Einfluss auf die Richtung und Art des Konsumgüterangebots ausgeübt wird. Es standardisiert sehr, kann sich nicht in gleichem Ausmasse wie die Marktkoordination individuellen Bedürfnissen anpassen, wirkt in gewisser Weise uniformierend auf das Güterangebot, manchmal sogar primitivierend. Es werden planfähige Endgüter angeboten.

Ein anderer Einfluss liegt in den Modalitäten des Angebots. Die Konsumgüter werden in viel geringerem Masse als unter Privateigentum mit eigener Personalität ausgestattet. Geringe Produktendifferenzierung, wenig Produktgestaltung herrschen vor. Das Angebot ist unregelmässig, geht in Stössen vor sich. Dies alles sind typische Auswirkungen auf das Güterangebot. Die Bedürfnisse passen sich dem an, so dass sich eine eigene Konsumwirklichkeit entsteht. Der Bedarf kann sich nur auf eine Konsumtion richten

die bereits durch das Koordinationssystem geprägt ist. Einzig solche Wünsche aber, die überhaupt Gegenstand von Bedarf werden können, stellen Bedürfnisse dar, weil nur solche Wünsche ein zielgerichtetes Handeln auslösen können.

Aus den Bedürfnissen kann nun eine Bedrohung des Koordinationssystems entstehen. Es gibt nämlich Wünsche, die zwar unter einem System der Plankoordination kein mögliches Ziel darstellen und folglich ausgeschlossen werden müssen, die aber unter einem System der Marktkoordination verwirklicht werden können (und umgekehrt). Sobald Wünsche auf solche Ziele hin entstehen, ist die Stabilität des Wirtschaftssystems bedroht. Will es sich also stabil erhalten, so muss es die Bildung solcher Bedürfnisse verhindern und den Eindruck schaffen, dass der unter dem gegebenen Koordinationssystem mögliche Bedarf der einzig richtige, durch die Natur selbst bestimmte Bedarf ist. Es muss also eine als natürlich angesehene Konsumwirklichkeit geschaffen werden.

Damit diese eigene Konsumwirklichkeit zustande kommen kann, ist es erforderlich, dass der Prozess der Bildung der Bedürfnisse (der Verwandlung latenter in offene Bedürfnisse) innerhalb der Gesellschaft und ihrer Eigentumsordnung selbst vor sich geht. Er kann natürlich von aussen gestört werden. Sofern die eigene Versorgung als unterlegen empfunden wird, sobald die Versorgungshöhe in einer anderen Eigentumsordnung bekannt ist, geht gerade die eigene Konsumwirklichkeit verloren. Bedürfnisse, die latent bleiben konnten, werden nun offen. Ein Problem für die Stabilität des Wirtschaftssystems entsteht aus dieser Quelle allerdings nur, wenn die fremde Konsumwirklichkeit bei einer Konfrontation nicht schlechtweg als fremd, sondern als überlegen empfunden wird.

Dies ist wohl einer der Gründe für die hermetische Abschliessung der Wirklichkeit der Sowjetgesellschaft von allen äusseren Einflüssen. Solange diese Einflüsse das Gefühl der eigenen Unterlegenheit schaffen, sind sie für das Wirtschafts-

system selbst gefährlich. Solange man sie aber abhalten kann, gibt es kein Hindernis für eine eigene Ausgestaltung der Bedürfnisstruktur und des Endgüterfonds. Wenn man nicht weiß, dass eine andere Versorgung möglich ist, werden die Schwächen eines Versorgungssystems lediglich als Schwächen empfunden, die in der Natur der Sache selbst liegen. Über Schwächen aber, die in der Natur der Sache selbst liegen, kann man sich nicht empören. Auf Wünsche, die sich in solcher Richtung bilden, reagiert man ebensowenig durch ein Handeln wie auf den Wunsch, am Mittelpunkt der Erde zu sein. Die mögliche Quelle für eine Bedrohung des Wirtschaftssystems ist damit beseitigt.<sup>2)</sup>

Natürlich bleiben, vor allem gegenüber stockender oder allzu eintöniger Versorgung, Unzufriedenheiten. Aber diese sind begrenzt, weil nur die empfundenen Funktionsstörungen unzufrieden machen können und die Selbstverständlichkeit, mit der die Eigentumsordnung akzeptiert wird, im Laufe der Zeit zunimmt.

Für das technische Wissen gelten ähnliche Ausgangspunkte wie für die Bedürfnisstruktur. Auch das technische Wissen bleibt nie auf gleichem Stand. Es wird weiter entwickelt, umgewandelt, den Verhältnissen angepasst. Die Richtung kann natürlich vom Zufall abhängig sein, ist es aber in den meisten Fällen nicht. Technisches Wissen ist das Ergebnis intensiven Forschens in bestimmter Richtung. Es wird also nie an sich geforscht, sondern immer für etwas. Die tatsächliche Produktion ist der Ausgangspunkt, sie stellt die Aufgaben, die überhaupt sinnvoll in Angriff genommen werden können. Die Technik zeigt dann Ergebnisse, die nur beschränkt vorher erkennbar waren, dann ihrerseits Gegenstand der Auswahl durch die Produktion werden, wobei bestimmte Erkenntnisse ausgeschaltet werden, andere weiter entwickelt werden müssen. Hinzu kommt, dass die Technik nie fertige Ergebnisse am Reissbrett erzielt. Technisches Wissen muss immer angewandt werden, wenn es weiter entwickelt werden soll. Erfahrungen aus der Anwendung sind eine Notwendigkeit dafür, Richtungen für die weitere Forschung zu ermitteln. Technisches Wissen und Produktion sind nicht trennbar. Nur

technisches Wissen, das auch angewendet werden soll, wird überhaupt so weit entwickelt, dass es angewandt werden kann.

Hier müssen sich natürlich einige Eigentümlichkeiten des gesellschaftlichen Eigentums auch in der Technik bemerkbar machen. Das gesellschaftliche Eigentum braucht eine planfähige Technik. Es wird also der Technik immer Richtungen geben, die die Planfähigkeit nicht stören. Da Planfähigkeit der Technik unmittelbar mit hohem Grad der Standardisierung und dem Bestehen von Grossbetrieben verbunden ist, geht die technische Entwicklung unter gesellschaftlichem Eigentum grundsätzlich diese Richtung. Sie kann das natürlich nicht vorschreiben. Die Technik kann auch anders laufen. Nehmen wir ein Beispiel. In den 20-er Jahren schien es, dass die landwirtschaftlichen Maschinen, die in dieser Zeit erfunden wurden, eindeutig Grossbetriebsformen in der Landwirtschaft erzwingen. Dieser Trend wurde erst gestoppt als es gelang, rentable Maschinen zu erzeugen, die gerade die kleineren Betriebsgrössen wieder förderten. Ähnliches im Fall der Elektrizität. Vorher hatte die Dampfmaschine die Anwendung mechanischer Bewegungsenergien auf Grossbetriebe orientiert, die Erfindung des Elektromotors hingegen machte diesen Vorteil wieder zunichte. Aber gerade in diesen Beispielen lässt sich zeigen, welchen Einfluss die Gesellschaftsordnung auf die Technik hat.

Im System mit Plankoordination wäre etwa die Erfindung der landwirtschaftlichen Maschinen, die kleineren Hofgrössen angepasst sind, gar nicht forciert worden. Das Gewicht der Entwicklung wäre gerade auf die planfähige Form, nämlich die grossbetriebliche Technik spezialisiert worden, so dass am Ende überhaupt keine Wahl mehr möglich gewesen wäre. Je ausschliesslicher also eine Eigentumsordnung besteht, um so ausschliesslicher kann sie der technischen Entwicklung ihren Stempel geben.

Die Ausprägung einer des Koordinationssystems entsprechende Technik ist natürlich wieder dann am leichtesten, wenn das herrschende Koordinationssystem das einzig existierende Koordinationssystem der Welt überhaupt ist. Aber in bezug auf die Technik besteht gerade das nicht, was wir in bezug auf

die Konsumtion die Abschliessung der eigenen Konsumwirklichkeit genannt haben. Hier besteht im Gegenteil das Interesse, technisches Wissen aus allen möglichen Ländern zu übernehmen, um die Entwicklungskosten der Technik einzusparen. Vom Standpunkt des technischen Wissens aus ist die Sowjetwirtschaft gerade an Kooperation interessiert. Aber man muss auch hier berücksichtigen, dass dieses technische Wissen immer den Formen des gesellschaftlichen Eigentums angepasst werden muss. Dies geschieht dadurch, dass man entweder auswählt, als planfähige Techniken anderen vorzieht oder dieses übernommene technische Wissen selbst wieder umformt und den eigenen Bedingungen gemäss entwickelt.

Aber hier kann es sich natürlich nur um Ausprägungen ähnlicher technischer Prinzipien handeln. Sie äussern sich zumeist darin, dass gegebene Techniken in Grossbetrieben ausgenutzt werden sollen und entsprechend umgeformt werden. Dieser Drang zum Grossbetrieb ist in der Sowjetwirtschaft daher besonders gross. Aber der Grossbetrieb ist nicht etwa die Besonderheit einer bestimmten Eigentumsordnung. Der Drang zum Grossbetrieb ist keineswegs dasselbe wie der Drang zum gesellschaftlichen Eigentum. Die grossbetriebliche Ausnutzung der Technik ist aber innerhalb des Systems der Plankoordination eine wichtige Nuancierung.

Mit dem Wechsel der Techniken in der dynamischen Wirtschaft hängt die Bestimmung der natürlichen Bedingungen des Wirtschaftens zusammen.<sup>3</sup> Denn es gibt keine natürlichen Bedingungen der Wirtschaft ausserhalb der Anwendung bestimmter Techniken. Dies liegt einmal daran, dass die natürlichen Voraussetzungen immer schon durch den Menschen beeinflusst sind, der Boden bereits bearbeitet und kulturfähig gemacht, die Rohstoffvorkommen aufbereitet sind, soweit sie schon erschlossen sind. Aber auch wenn die Natur noch völlig unberührt ist, so setzt das Wissen um die natürlichen Vorzüge bereits voraus, dass sie von einem Menschen beurteilt werden, der sie zu bearbeiten plant. Die Kenntnis von Rohstoffvorkommen wie Erdöl, Kohle, Erze, kann überhaupt nur bei Menschen bestehen, die wissen,

dass man diese Rohstoffe bearbeiten kann, in Güter verwandeln kann. Ausserhalb des Menschen, der eine bestimmte Methode hat, Güter zu produzieren, hat der Ausdruck natürliche Voraussetzungen des Wirtschaftens keinen Sinn. Will man also die natürlichen Bedingungen der Wirtschaft beschreiben, so muss immer der Mensch und seine Methode des Wirtschaftens miteingefasst werden. Die natürlichen Voraussetzungen der Räume bestimmen sich von technischen Kenntnissen her. Bestimmte Vorkommen werden wirtschaftlich relevant, indem sie technisch erschlossen werden, andere sind durch die Entwicklung überholt und verlieren alle Bedeutung. Die natürlichen Voraussetzungen des Wirtschaftens ändern sich dauernd, während natürlich die geographischen Tatsachen gleich bleiben. Aber geographische Tatsachen werden erst dadurch zu natürlichen Voraussetzungen des Wirtschaftens, dass sie vom Standpunkt der Produktionsmöglichkeiten beurteilt werden.

So gehören etwa die Erdölquellen Mexikos in eine Beschreibung der Wirtschaft des Aztekenreiches überhaupt nicht herein, bilden daher auch keine natürliche Voraussetzung dieser Wirtschaft. Erst wenn Menschen da sind, die die geographischen Gegebenheiten ausnützen können, kann man sie als Teil der Wirtschaftswirklichkeit betrachten. Natürliche Voraussetzungen sind immer auch Produkt des Menschen selbst.

Ein Beispiel dafür, dass sich die natürlichen Voraussetzungen unter dem Einfluss des Koordinationssystems differenzieren, ist Kasachstan. Hier schreibt die heutige Technik ohne weiteres Grossbetriebsformen vor. Der Kleinbetrieb würde angesichts des ungeheuren Produktionsrisikos kaum existieren können. Unter der Herrschaft gesellschaftlichen Eigentums wird man gerade solch ein Gebiet entwickeln, denn gerade hier kann es sich und seine Leistungsfähigkeit bestätigt fühlen. Man hätte vielleicht auch ohne grösseren Aufwand alte Agrargebiete intensivieren können. Aber dafür sind die Vorteile der Grossproduktion gerade nicht so eindeutig spürbar. Die Eigentumsordnung prägt so den Entwicklungsrichtungen ihre Eigenarten. Eine solche Entwicklung Kasachstans wäre unter einem privaten

Eigentum kaum vorstellbar, aber es würde seine eigenen Vorteile gerade in der Intensivierung bisheriger Agrargebiete gesehen haben.

Im Extremfall sieht man dann, dass bestimmte Naturgegebenheiten wirtschaftlich überhaupt nur ausnutzbar sind, wenn eine bestimmte Eigentumsordnung vorherrecht. Aber das ist nur ein Grenzfall. In jedem Fall ändert sich jedenfalls der Aspekt, unter dem die natürlichen Voraussetzungen der Wirtschaft gesehen werden, mit der Eigentumsordnung und der ihr entsprechenden Methode rationalen Handelns.

Aber dies ist nicht alles. Wenn die Bedürfnisse und die Technik entsprechend geformt sind, werden sie ja in den Wirtschaftskreislauf hineingezogen. Hier ergeben sich wieder wesentliche Unterschiede innerhalb der Eigentumsordnungen.

Die Sowjetwirtschaft führt ihre Massnahmen grundsätzlich mit einer solchen Einseitigkeit und Vehemenz durch, dass sie eine Form bekommen, in der sie marktwirtschaftlich nicht denkbar sind. Der Rhythmus, in dem sie sich vollzieht, ist durch die Schwerpunkte des Planes angegeben, die das ganze System ständig in Ungleichgewichte führen, die durch den später liegenden Plan wieder ausgeglichen werden müssen. Während aber in Marktwirtschaften, die grundsätzlich auch einen rhythmischen Produktionsprozess haben, Ungleichgewichte ständig abgestoppt werden, um in Konjunkturreinbrüchen wieder ein neues Ausgangsgleichgewicht zu bilden, fehlt gerade der Sowjetwirtschaft ein solch automatischer Zwang zum Gleichgewicht. Die sich bildenden Ungleichgewichte können fast unbeschränkt aufrechterhalten werden, so dass sich eine Reaktion auf das sich bildende Ungleichgewicht immer erst viel später als unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen bildet. Die Ungleichgewichte werden länger durchgehalten, die Angleichung geht dann aber auch unter grösserem Zwang vor sich. Es gehört zum Charakter der Sowjetwirtschaft, dass sie in grossen Stössen geführt wird, die ihrerseits immer wieder durch neue Produktions- und Wachstumsstösse aufgefangen und weitergeführt werden.

Alle sowjetischen Wirtschaftspläne bieten Beispiele für diese Art der Schwerepunkt-Wirtschaft. Aber das wichtigste Beispiel gibt wohl der sowjetische Industrialisierungsprozess selbst ab. Dieser setzte 1928 mit den 5-Jahresplänen ein und bekam von vornherein eine eindeutige Ausrichtung auf die Förderung der Produktionsmittelproduktion. Als Grundgesetz des Wachstums galt, dass die Produktionsmittelindustrie ständig schneller zu wachsen hat als die Konsumgüterindustrien. Dieser Wachstumsstil wurde bis in die Mitte der 50-er Jahre hinein aufrechterhalten. Die Konsumgüterproduktion und ihre Steigerung beschränkte sich in diesem Zeitraum fast ausschliesslich darauf, die zunehmende Verstärkung der Bevölkerung zu ermöglichen, ohne das Konsumniveau selbst merkbar anzuheben.

In den 50-er Jahren macht sich folgende Situation bemerkbar. Die Produktionsmittelindustrien sind relativ zu 1928 stark entwickelt. Die Landwirtschaft befindet sich auf einem niedrigeren oder doch höchstens gleichen Niveau wie 1928, während die Versorgung mit industriellen Konsumgütern über das Niveau von 1928 zu steigen beginnt. Es ergeben sich Ungleichgewichte.

1. Das Ungleichgewicht zwischen Produktionsmittel- und Konsumgüterproduktion. Dieses ist zwingend, sobald sich herausstellt, dass die Arbeitsleistung insgesamt bei zunehmender Förderung der Konsumtion so weit ansteigt, dass diese Konsumförderung praktisch für die Investitionsgüterförderung keine Einschränkung bedeutet. Dies wäre die Situation, in der eine Hinwendung der Investitionen zur Konsumgüterproduktion für das Wachstum insgesamt einen grösseren Effekt hat als weitere Forcierung der Investitionen in die Investitionsmittelerzeugung. Eine solche Alternative kann aus dem Leistungsanreiz erklärt werden, den eine Konsumsteigerung bewirkt. Dieser Zustand war in den 50 Jahren sicher erreicht, vielleicht schon vorher.
2. Das Ungleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie. Die industrielle Konsumgüterproduktion stieg über das Niveau von 1928 an. Es ist aber ein Gesetz der Konsumgüterversorgung, das sich bei freier Konsumwahl immer bemerkbar



macht, dass eine Erhöhung der Konsumtion an industriellen Konsumgütern die gleichzeitige Erhöhung der Konsumtion an landwirtschaftlichen Konsumgütern bis zu ihrem Sättigungspunkt voraussetzt. Man kann Eiseschränke nur gebrauchen, wenn Nahrungsmittel vorhanden sind, die zu kühlen sich lohnen und man ist nur bereit, mehr als die notwendige Menge an Textilien usw. zu verbrauchen, wenn der Verbrauch an Nahrungsmitteln entsprechend hoch ist. Solche Ungleichgewichte sind auch für die Planwirtschaft völlig zwingend. Das Ziel, ausschliesslich für die Erhöhung der Produktionsmittelproduktion zu arbeiten, muss auch bei seiner Aufrechterhaltung zur Erhöhung der Konsumtion führen, sobald sich solche Ungleichgewichte bilden. Wesentlich ist hierfür die Erkenntnis, dass die Maximierung der Investitionen und die maximale Geschwindigkeit beim Aufbau eines wirtschaftlichen Potentials mit dem Wachstum der Konsumtion vereinbar werden, sobald Ungleichgewichte dieser Art auftreten. Wird die Investition nämlich über diese Ungleichgewichte hinaus bevorzugt, so bedeutet sie reinen Verlust.

Aber dieses Ungleichgewicht ist in einem solchen Masse durchgeführt, dass der Versuch dazu schon rein marktwirtschaftlich nicht denkbar ist. Eine marktwirtschaftliche Entwicklung würde immer dazu gezwungen haben, schon viel eher den landwirtschaftlichen Sektor und die Produktion von industriellen Konsumgütern zu fördern.

Es gibt natürlich nicht nur dieses strukturelle Ungleichgewicht, das sich als Ergebnis des Industrialisierungsprozess bildete. In kleinerem Umfang wiederholen sich solche Ungleichgewichte von Industriezweig zu Industriezweig. Solch ein Ungleichgewicht stellte sich innerhalb der Produktionsmittelindustrie im Sektor der chemischen Industrie heraus. Diese wurde lange Zeit zugunsten der Maschinenindustrie von Stahl und Kohle vernachlässigt, bis sich eine Hinwendung zur chemischen Industrie erzwang. Bei weiterer Steigerung der Konsumtion

ist ein solches Ungleichgewicht wieder bei der Produktion von Personenkraftwagen zu erwarten.

Aber diese Art der Ungleichgewichtigkeit bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis der produzierten Güter innerhalb der gesamten Güterproduktion, sondern auch auf die Produktion in der kurzen Periode. Auch hier unterliegt die Produktion ganz ausgeprägten Zeitrhythmen. Sie wächst gegen Ende des Jahres, wenn die Planerfüllung drängend wird, stark an, um dann wieder zurückzufallen, sie reagiert auf plötzliche dringende Anforderungen in einem starken Stoss, um sich wieder zu verlangsamen. Diese rhythmische Ausprägung der Produktion wirkt sich bis in den Konsumgütersektor aus. Die Geschäfte führen einmal blaue Strümpfe, einmal braune, dann wieder keine und darauf Schlafanzüge. Als Konsument muss man immer aufpassen, um zu kaufen, wenn die Ware, die man sucht, gerade auftaucht. Aber dies ist eben nicht nur für die Konsumgüterproduktion charakteristisch, sondern für die Produktion insgesamt.

Es wäre natürlich falsch, jetzt eine sich rhythmisch vollziehende Sowjetwirtschaft einer streng proportionalen und gleichgewichtigen Marktwirtschaft gegenüberstellen zu wollen. Es kann hier nur darum gehen zu zeigen, dass der Punkt, an dem sich die Beseitigung von auftauchenden Ungleichgewichten erzwingt, in verschiedenen Wirtschaftssystemen verschieden ist. Dann zeigt sich, dass die Sowjetwirtschaft erst dann auf Ungleichgewichte zu reagieren braucht, wenn die Planungsbehörde den Zustand als ungleichgewichtig erkennt, während die Marktwirtschaft reagieren muss, sobald das Preissystem die Ungleichgewichte genügend stark zum Ausdruck bringt. Beides ist ein grosser Unterschied und kann erklären, warum die Ungleichgewichte der Sowjetwirtschaft wesentlich extremer Formen annehmen können, so dass man wegen dieser Besonderheit sie eine Schwerpunktwirtschaft nennen könnte.

## 2. Objektivierete Werturteile

Versucht sich jetzt das Koordinationsystem aus der Wirklichkeit zu bestätigen, so ist es klar, dass sie sich aus einer von ihm bereits geformten Wirklichkeit selbst reflektiert. Diese Bestätigung aus der vom Koordinations-system her bereits geprägten Wirklichkeit ist, wenn man daraus die Berechtigung oder Wahrheit der Ideologie nachweisen will, ein reiner Zirkelschluss. Aber sie ist deshalb nicht minder wichtig.

Die Wirklichkeit fordert gerade die Massnahmen, die innerhalb des Koordinationsystems möglich sind, die also der Ideologie adäquat sind. Dieses Phänomen ist bei Gruppenideologien innerhalb der Marktwirtschaft bekannt. Subventionen z.B., die einmal eingeführt werden, wirken insofern ändernd auf die Wirklichkeit ein, dass diese sich den Subventionen anpasst und sie einordnet. Sind solche Subventionen einmal vorgenommen, so fordert die Wirklichkeit nach der Subventionierung viel eindeutiger weitere Subventionen als vor der Subventionierung. Die Wirklichkeit ordnet sich die Massnahmen selbst ein, setzt folglich, sind diese Massnahmen einmal durchgeführt, ihre Aufrechterhaltung voraus. Dasselbe gilt auch für die Ideologie des Wirtschaftssystems insgesamt. Indem sich die Wirklichkeit unter dem Einfluss des Koordinationsystems formt, wird sie zu einer Bestätigung des Koordinationsystems selbst. Im Falle der Ungleichgewichte der Sowjetwirtschaft ist dies ersichtlich. Indem die Ungleichgewichte solange aufrechterhalten werden, bis ihre Lösung sich dem Planungsapparat aufzwingt, sind sie so gross geworden, dass ihre Lösung nur noch innerhalb des gleichen Koordinationsystems möglich erscheint, das sie hervorgebracht hat. Die gleiche Einseitigkeit und Vehemenz, die die Wirtschaft in die grossen Ungleichgewichtigkeiten hineinführt, ist erfordert, um sie wieder herauszuführen. Aber dieses Herausführen beinhaltet keineswegs wieder einen allgemeinen Ausgleich, sondern bringt seinerseits wieder gleich

dringende, gleich stark eine Lösung erfordernde Ungleichgewichte hervor. Die Wirtschaft produziert ständig ihre eigenen Bedingungen, die Ideologie bestätigt, indem sie die Wirklichkeit prägt, ständig ihre eigene Wahrheit.

Hierauf beruht z.T. die Überzeugungskraft der Ideologie. Indem die Ideologie das Koordinationssystem bestimmt, bestätigt sie nachträglich aus der Produktion ihre Wahrheit, indem sie die Konsumwirklichkeit formt, zwingt sie den Konsumenten, die tatsächliche Versorgung an der in diesem Koordinationssystem bestenfalls möglichen Versorgung zu messen, da er die Möglichkeiten einer anderen Versorgung nicht kennen kann. Der Mensch, der innerhalb eines solchen Systems lebt, muss daher die durch die Ideologie geprägte Wirklichkeit auch für die objektive Wirklichkeit halten. Er hat keinen Maßstab, um die Möglichkeiten einer anderen Ordnung zu erkennen. Je stärker es der Ideologie gelingt, die von ihr geprägte Wirklichkeit als objektive, natürliche Wirklichkeit hinzustellen, um so besser und überzeugender kann sie die Wirklichkeit dann als Beweis für ihre eigene Wahrheit in Anspruch nehmen.

Die Ideologie setzt damit die notwendigen Bedingungen des Handelns, drückt der wirtschaftlichen Wirklichkeit ihren Stempel auf. Sofern sie dabei immer wieder Kräfte weckt, die ihre Berechtigung bezweifeln oder Opposition entsteht, die aus einer fremden Wirklichkeit den Maßstab zum Zweifel an der eigenen Wirklichkeit gewinnt, muss die Ideologie expansiv werden. Sie muss, je mehr sie damit rechnet, sich als unterlegen erweisen zu können, darauf drängen, die Wirklichkeit der ganzen Welt unter ihre Voraussetzungen zu würgen. Je stärker ihr dies gelingt, um so leichter wird es ihr fallen, überzeugend zu wirken, weil keine Maßstäbe mehr da sind, unter denen sie angezweifelt werden kann. Sie drängt dann danach, sich als Weltssystem zu begründen. Die Wirklichkeit, die dazu dienen soll, die Ideologie zu bestätigen, wird dann zu einer eigenen Kraft, die jeden Widerspruch zu beseitigen sucht.

Die Überzeugungskraft der Ideologie beruht also darauf, dass sie in der Lage ist, die Wirklichkeit ihren eigenen Bedingungen entsprechend umzuformen. Aber deshalb braucht das System noch nicht einwandfrei zu funktionieren. Funktionsstörungen tauchen dauernd auf und werden auch von den Wirtschaftssubjekten dauernd empfunden. Aber hier ist entscheidend, dass sie vom Wirtschaftssubjekt an dem innerhalb des Koordinationssystems möglichen Grad des Funktionierens gemessen werden. Gelingt dies, so sind sie keine Gefahr, man kann im Gegenteil zur Leistungsanspornung auf sie hinweisen.

Dies geschieht natürlich einerseits durch die Absonderung der eigenen Wirklichkeit von der Wirklichkeit jeder anderen Eigentumsordnung. Dem Wirtschaftssubjekt bleibt dann überhaupt kein anderes objektives Mass als die herrschende Eigentumsordnung und ihre Möglichkeiten. Je mehr dies gelingt, um so mehr werden die verbleibenden Störungen als Störungen empfunden, die in der Natur der Sache selbst liegen unabänderlich sind. Gegen unabänderliches aber kann man nicht rebellieren. Ist jede andere Wirklichkeit unbekannt, so scheint das Koordinationssystem ein Stück Natur zu sein, ihre Funktionsstörungen Naturkatastrophen, die die Eigentumsordnung selbst nicht stärker berühren können als eine Missernte oder eine Krankheit. Es gibt keinen Schuldigen und daher auch keinen Kläger. Die Ideologie hat die Funktion, hier die entsprechenden Akzente zu setzen. Sie tut dies dadurch, dass sie wirtschaftliche Erfolge als ihr Verdient erklärt, das so gross ist, dass die kleinen Funktionsstörungen daneben kaum ins Gewicht fallen. Sie müssen zwar aktiv angegangen werden, sind aber als Argument gegen die Ideologie abzulehnen. Diese Argumentation ist notwendig und natürlich. Sie ergänzt die Bestätigung der Ideologie durch die Wirklichkeit dahin, dass die tatsächlichen Funktionsstörungen eine bestimmte Bewertung bekommen. Sie gelten fortan als unbedeutend, und der Kreislauf der Rechtfertigung der Ideologie ist damit völlig geschlossen. Die Erfolge, die das wirtschaftliche

Handeln zeitigt, gelten als Bestätigung der ideologischen Ausgangspunkte, und Funktionsstörungen werden als Argument abgelehnt.

Diese Vor- und Nachteile des Koordinationssystems sind also nur relativ zu verstehen. Sie zeigen einfach an, dass die Vermittlung von Konsumtion und Produktion irgendwo stockt. Sie kommen am klarsten im Vergleich unterschiedlicher Koordinationssysteme zum Ausdruck.

Die Stelle, an der sie sich im Koordinationssystem lokalisieren lassen, finden wir, wenn wir die Mittel untersuchen, mit denen die gesamtwirtschaftliche Koordination durchgesetzt wird. In der Marktwirtschaft stossen wir dabei auf den Gleichgewichtspreis, in der Sowjetwirtschaft auf Materialbilanzen. Beide sind begrifflich mit ihren Koordinationssystemen verknüpft. Bei Koordination durch Marktpreise hängt eine weitere Produktion immer davon ab, ob das bisherige Marktgleichgewicht die Kosten der Produktion gedeckt hat. Es gibt zwar für jede mögliche Endgüterproduktion einen Absatz, wenn der Preis beliebig festgesetzt werden kann. Sobald aber der Preis die Kosten decken muss, kann nur soviel produziert werden, als zu kostendeckenden Preisen auch abgesetzt werden kann. Die Anstösse zur Produktion gehen also von der Nachfrage aus. Hier findet die Produktion ihre Grenze, hier auch findet sie ihre Rückschläge, von denen sie sich dadurch erholt, dass sie sich verkleinert und dann auf neuen Märkten wieder aufholt. Die Stellung der Nachfrage und letztlich immer der Endgüternachfrage steht daher im Mittelpunkt einer Marktkoordination. Die Produktion muss sich Märkte schaffen, ehe sie ihre Kapazität nutzen kann.

Damit ist auch die Lokalisierung der Funktionsstörungen verbunden. Werden keine Märkte gefunden, so heisst dies, dass sich die Produktion einschränkt. An den Endgütermärkten gleicht sich Angebot und Nachfrage dadurch aus, dass sich die Produktion zusammenzieht. Treten daher Funktionsstörungen auf, so handelt es sich gewöhnlich um Krisen der Pro-

duktion. Im Koordinationssystem ist daher eine bestimmte Blickrichtung auf den Wirtschaftskreislauf ~~in~~objektiviert. Die Richtung, in der in einer Marktwirtschaft dieser Kreislauf betrachtet wird, geht aus von der Konsumtion, um von daher zur Produktion zu kommen. Entsprechend ist ein Werturteil institutionalisiert. Konsumtion ist wichtiger als Produktion. Produktionskrisen sind zwar Anlass, wirtschaftspolitische Massnahmen zu ihrer Verhinderung zu treffen, keineswegs aber dazu, zu einer Plankoordination überzugehen. Die Massnahmen gegen die Krisen setzen daher auch bei der Nachfrage an.

Das System der Plankoordination hat einen anderen Ausgangspunkt. Innerhalb der Plankoordination besteht das Problem nicht darin, alle Produktionsfaktoren einzusetzen. Hier geht es darum, die ständig gesicherte Ausnutzung der Produktionsfaktoren so durchzuführen, dass die Konsumtion möglichst gut befriedigt wird. Die Blickrichtung auf den Wirtschaftskreislauf ist hier gerade umgekehrt. Zuerst wird die Produktion gesichert, während die reibungslose Befriedigung des Bedarfes nachgeordnet ist. Soweit natürlich die Ausrichtung der Produktion auf die Konsumtion unvermeidbar ist, gilt sie auch für die Sowjetwirtschaft. Auch dort kann man nur produzieren, was bei Deckung der Kosten verkauft werden kann. Aber der Wirtschaftskreislauf ist nicht einseitig. Man produziert zwar, um zu konsumieren, man konsumiert auch, um zu produzieren. Dieser zweite Gesichtspunkt, nach dem die Konsumgüter Mittel zur Anziehung von Produktionsfaktoren sind, ist für die Marktwirtschaft sekundär. Die Sowjetwirtschaft hingegen erklärt ihn für den primären Gesichtspunkt. Indem sie die Aufgabe der Produktion in den Mittelpunkt rückt, wertet sie den reinen Konsumgesichtspunkt ab. Sie produziert nicht einfach, um zu produzieren. Das wäre, auf lange Sicht jedenfalls, sinnlos. Sie produziert auch, um zu konsumieren. Aber die Sicherung der Produktion hat für sie Vorrang, die Geschwindigkeit der Konsumversorgung tritt zurück. Entsprechend sind die typischen Funktionsstörungen in der Sowjetwirtschaft nicht Produktionskrisen, sondern Versorgungskrisen.

118

Bei den Funktionsstörungen, die hierbei gemeint sind, handelt es sich um endogene Störungen des Wirtschaftsablaufs. Exogene Störungen, wie z.B. Missernten, wirken natürlich in allen denkbaren Wirtschaftssystemen als Einschränkung der Konsumtion. Wenn wir also darauf hinweisen, dass die endogenen Störungen in der Sowjetwirtschaft Störungen sind, die sich auf den Konsumgütermärkten äussern, so dürfen solche Störungen nicht mit den exogenen Störungen der traditionellen Wirtschaft gleichgesetzt werden, die sich ebenfalls in Ungleichgewichten der Konsumgütermärkte äussern. Dieser Unterschied ist äusserst wichtig. Als nämlich zuerst im Kapitalismus endogene Störungen des Wirtschaftsablaufs in Form von verheerenden Krisen auftraten, zeigte der Vergleich mit den Krisen der traditionellen Wirtschaft ihren "unnatürlichen" Charakter. Krisen der traditionellen Wirtschaft sind dem einzelnen sofort unmittelbar verständlich. Sie folgen aus Missernten, Seuchen, Kriegen. Krisen aus endogenen Ursachen sind völlig unverständlich. Ihre Ursachen sind viel zu abstrakt, als dass jeder einzelne sie erkennen könnte. Es sind "unnatürliche" Krisen, nämlich Krisen, die innerhalb des erfahrbaren Umkreises des Einzelnen nicht zu verstehen sind. Die Gesellschaft, die sie hervorbringt, scheint eine "unnatürliche" Gesellschaft zu sein. Es ergab sich daraus der Wunsch, wieder eine Wirtschaftsordnung zu verwirklichen, die Funktionsstörungen nur aus erfahrbaren und daher verständlichen Gründen entstehen lassen können. Aber gerade die Sowjetwirtschaft zeigt, dass man zwar die Produktionskrise verschwinden lassen konnte, ohne jedoch die endogenen Ursachen von Funktionsstörungen zu beseitigen. Es wird ihr Ausdruck verändert. Die Funktionsstörungen wirken sich jetzt darin aus, dass ein Versorgungsniveau eintritt, das den Wirtschaftssubjekten bei Vergleich mit einem anderen Wirtschaftssystem als eine dauernde, schleichende Unterversorgung erscheint. Dabei kann die Ursache für diese Wirtschaftssubjekte ebenso wenig unmittelbar erkennbar sein.



118

wie dies bei den Wirtschaftskrisen im Kapitalismus der Fall ist. Ihre Ursache ist genau so abstrakt und wird dann selbstverständlich auch in einer Entartung gesellschaftlicher Institutionen gesehen, die man reformieren muss. Kann sich dabei das institutionalisierte Werturteil durchsetzen, so wird ein endloser Progress dauernder Reformen innerhalb des Koordinationssystems geschaffen.

Relative Vor- und Nachteile des Koordinationssystems entstehen so in systemtypischer Weise. Sie werden, da sie nicht quantifizierbar sind, durch ein Werturteil in ein Verhältnis gesetzt. Die Vorteile werden für grösser erklärt als die Nachteile, so dass das Wirtschaftssystem selbst stabilisiert wird. In grober Weise könnte man diese systemimmanenten Werturteile wie folgt zusammenfassen: Die Marktwirtschaft hält die unmittelbare Orientierung der Produktion an der individuellen Konsumtion für wichtiger als die Ausnutzung sämtlicher Produktionsfaktoren. Als primär und als Ausgangspunkt des Wirtschaftskreislaufs gilt die Konsumtion. Die Planwirtschaft hingegen erklärt die Ausnutzung sämtlicher Produktionsfaktoren für wichtiger als eine reibungslose, den individuellen Konsumwünschen angepasste Konsumtion. Als Ausgangspunkt des Wirtschaftskreislaufs gilt ihr die Produktion, sie sieht den Wirtschaftskreislauf von der Produktion als Motor aus. Im Sinne der Produktion sieht sie ebenfalls in der Konsumtion. Sie erklärt lediglich, dass, wenn die Produktion als Motiv des Wirtschaftskreislaufs angesehen wird, der Konsum besser befriedigt wird, als wenn die Endgütersphäre, wie in Marktwirtschaft, den Wirtschaftskreislauf antreibt.<sup>5</sup>

Solche Urteile sind ihrerseits nicht quantifizierbar. Dies ergibt sich daraus, dass es sich hier als Vor- oder Nachteile nicht um solche Wünsche oder Bedürfnisse handelt, die selbst produziert werden, sondern um Wünsche, die die Form, unter der die wirtschaftliche Tätigkeit vorgehen soll, betreffen.

Diese nicht quantifizierbaren Urteile, die innerhalb des Koordinationsystems abgegeben werden, nennen wir hier objektivierte Werturteile. Sie gelten faktisch, solange das Koordinationsystem besteht und können vom Wirtschaftsobjekt nicht abgelehnt werden. Sie können nur geändert werden durch Änderung des Koordinationsystems selbst. Sie sind in dem Entschluss, ein bestimmtes Koordinationsystem zu erhalten, notwendig impliziert. Man kann sie auf die verschiedenste Weise begründen, aber man kann sie nicht vermeiden. Wirft man sie um, so schafft man ein anderes Koordinationsystem, das seinerseits wieder ein - entgegengesetztes - Werturteil enthält.

Weil ein solches Werturteil in jedem Koordinationsystem institutionalisiert und objektiviert ist, können wir es als die Basis der Ideologie des Wirtschaftssystems bezeichnen. Soll das Koordinationsystem als zweckmässig gerechtfertigt werden, so muss dieses Werturteil erfüllt werden. Eine Zweckmässigkeit unter Absehung von einem solchen Werturteil gibt es nicht. Der Ausdruck "Zweckmässigkeit des Koordinationsystems" hat ohne die Implizierung eines solchen Werturteils für die wirtschaftliche Wirklichkeit keinen Sinn.

Sobald man allerdings annimmt, dass ein Koordinationsystem perfekt funktioniert, löst sich dieses objektivierte Werturteil auf. Hat ein System eine reibungslose Koordination, können sich in keiner Beziehung Nachteile ergeben, die durch Vorteile zu kompensieren sind. Nur innerhalb einer Vorstellung perfekter Funktionierens gibt es eine Beurteilung des Koordinationsystems unter dem Gesichtspunkt reiner Zweckmässigkeit.

Der Begriff des objektivierten Werturteils entsteht also gerade daraus, dass ein Koordinationsystem nicht perfekt funktioniert. Aber unter Voraussetzung einer dynamischen Wirtschaft gibt es ein solches perfektes Funktionieren nicht und kann es notwendig nicht geben. Ein objektiviertes Werturteil ist daher eine Notwendigkeit des Koordinationsystems schlechthin. Seine Existenz allerdings kann gerade durch eine

Wirtschaftstheorie, die unter Voraussetzung perfekter Funktionierens (vollkommener Konkurrenz) argumentiert, nicht erkannt werden, da es dadurch entsteht, dass diese Voraussetzungen in der Wirklichkeit nicht vorhanden sind.

An diese objektivierten Werturteile knüpfen sich die herrschenden Überzeugungen von der Aufgabe der Wirtschaft und des Menschen in der Wirtschaft an. Die Marktwirtschaft sieht den Menschen als Konsumenten im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen, die Sowjetwirtschaft hingegen als Produzenten. In der Konsumtion aber ist der Mensch individuell betrachtet, in der Produktion aber unmittelbar in eine gesellschaftliche Organisation gebunden. Denn jeder produziert in vergesellschafteter Form. Das Bedürfnis aber ist individuell.

Mit dem objektivierten Werturteil verknüpft sich daher eine Ansicht vom wirtschaftenden Menschen. Die Vorrangigkeit der Konsumtion vor der Produktion betrachtet den Menschen als in erster Linie konsumierendes und damit individuelles Wesen, die Vorrangigkeit der Produktion vor der Konsumtion hingegen als in erster Linie arbeitendes, kollektiv gebundenes Wesen. In diesem Sinne unterscheiden sich Individualismus und Kollektivismus in ihren objektivierten Werturteilen. Die grundsätzliche Bevorzugung der Produktion vor der Konsumtion hat allerdings die Folge, dass sich das Koordinations system in grandiosen technischen Leistungen beweisen soll. Es ist nicht nur die Wachstumsrate, auf die hin man zielen muss, sondern gleichzeitig und dadurch auf imponierende Zurschaustellungen dessen, was geschaffen wurde. Da die Stärke des Systems gerade nicht in der Möglichkeit liegt, die Versorgung zu differenzieren, muss es andere sichtbare Beweise seiner Bedeutung bringen. Hier schafft es sich dann die Möglichkeit, technische Grosstaten vorzuweisen. Hierin kann auch die ausserordentliche Betonung verständlich werden, die die Partei in der Rechtfertigung ihrer Herrschaft auf solche Leistungen legt. Die ungeheure Energie, mit der man sich auf das Programm der Weltraumfahrt warf, mag ein Beispiel dafür liefern. Sie ist sicher nicht einfach aus dem Rüstungsinteresse zu erklären. Hier sah man die Möglichkeit, einen weithin sichtbaren Beweis für die Richtigkeit des eigenen Systems vorzustellen.

#### IV. Die Wirtschaftsideologie.

##### 1. Ideologie als Ausdruck eines objektivierten Werturteils.

Im Laufe der bisherigen Untersuchung haben wir das Ideologieproblem schon mehrere Male berührt, hatten aber bisher keine Gesamtdarstellung gegeben. Bevor wir dazu kommen, soll noch einmal auf die Absicht hingewiesen werden, die hinter den hier entwickelten Gedanken steht.

Hier soll nicht ein irgendwie umfassender Ideologiebegriff entwickelt werden. Wollte man das, so wären viele Gebiete zu berücksichtigen, die ganz ausserhalb unserer rein wirtschaftlichen Argumentationen liegen und die im Interesse der Einheitlichkeit der Ausführungen weggefallen sind. Lediglich ein Ideologiebegriff ist zu zeigen, der, zugeschnitten auf die besonderen Probleme der Politökonomie, ideologische, theoretische und Wirklichkeitsmomente zu unterscheiden erlaubt. Wenn dabei dauernd auch marktwirtschaftliche Besonderheiten aufgegriffen werden, so geschieht dies vor allem, um einen Vergleichsmaßstab zu haben, von dem aus Differenzen zwischen beiden Wirtschaftssystemen erkannt und beurteilt werden können. Es ist uns dabei durchaus bewusst, dass man kaum das gleiche Begriffssystem entwickeln würde, wenn marktwirtschaftliche Wirtschaftssysteme im Mittelpunkt der Untersuchung stehen würden. Im Ergebnis sind daher die Ausblicke auf die marktwirtschaftlichen Verhältnisse hier recht einseitig. Dies liegt in der Natur der Sache, aber man muss sich dessen auch ständig bewusst sein.

Bevor wir auf eine nähere Darstellung des in den vorherigen Abschnitten bereits verwendeten und dort nur kurz erklärten Ideologiebegriffs eingehen, soll der Ideologiebegriff bei Marx und in der Politökonomie zusammengefasst werden. Marx selbst kennt den Begriff der Ideologie nicht für eine sozialistische Gesellschaft. Sein Ideologiebegriff ist auf die Verhältnisse der bürgerlich-kapitalisti-

schen Gesellschaft gegründet. Hier orientiert sich seine Ideologievorstellung einmal daran, dass die Wirklichkeit selbst falsch sei. Sie ist falsch, weil sich die Menschen innerhalb der Gesellschaft nicht direkt als Personen zueinander verhalten, sondern dieses Verhältnis von Personen sich unter einer dinglichen Hülle versteckt und damit den Menschen entfremdet. Eigentliches Zeichen für diese Art der Verdinglichung ist das Geld. Das Geldsystem und was diesem entspricht, die Notwendigkeit, undurchschaubaren Mechanismus zwischen Produktion und Konsumtion treten zu lassen, ist Ausdruck der entfremdeten Wirklichkeit selbst. Entfremdete Wirklichkeit aber ist falsche Wirklichkeit.

Der falschen Wirklichkeit entspricht das falsche Bewußtsein. Die falsche Wirklichkeit bekommt ihren Niederschlag im falschen Bewußtsein, da sie die aus der Entfremdung entstehenden Objektivationen (wirtschaftlich das Geldsystem, aber auch Recht, Staat, Moral usw.) als unabhängige, notwendige, aus sich selbst verstehbare Bereiche auffasst. Indem diese Objektivationen nicht als historisch, als Institutionen, die man beseitigen kann und muss, erkannt werden, werden sie gerechtfertigt, werden sie ideologisch zementiert.

Zum Verständnis des Marxschen Ideologiebegriffes gehört beides zusammen. Die Aufhebung der Ideologie geschieht nicht im Bewußtsein, sondern dadurch, dass die den Menschen entfremdenden Objektivationen durch die revolutionäre Tat des Proletariats aufgehoben werden. Damit gibt es keine Ideologie und auch keine falsche Wirklichkeit mehr. Der Mensch versteht sich unmittelbar als Mensch (als Gattungswesen) und braucht keine Systeme der Vermittlung mehr.<sup>2</sup>

Bei der Verwirklichung dieses Ideensystems wurde klar, dass das System der Objektivationen nicht zu beseitigen war. Beschränken wir uns auf das Gebiet der Wirtschaft, so wurde hier klar, dass das Geldsystem wesentliches Moment der rationalen Tätigkeit ist und seine Abschaffung das Funktionieren der Wirtschaft selbst in Frage stellen musste.

124

Der Ideologiebegriff, den die Sowjettheorie <sup>daher</sup> benutzen kann, ist von dem Marxschen Ideologiebegriff verschieden. Sozialismus ist ja nicht mehr als Aufhebung aller Ideologie zu begreifen, denn die "ideologischen" Momente der Wirklichkeit - Geld, Staat, Rechtssystem - sind erhalten geblieben. Die Marxsche Bewertung von Geld, Staat und Rechtssystem als "falsche" Wirklichkeit hingegen kann man schlecht aufrechterhalten, wenn sie sich als notwendige Momente des rationalen Handelns erweisen. Man löst das Problem, indem man die Aufhebung dieses Überbaus in die Zukunft verlegt und Staat, Recht und Geldsystem des Sowjetssystems für "richtige" Wirklichkeit erklärt. Staat, Recht, Geld sind richtig angewandt, wenn sie innerhalb des Sowjetsystems angewandt werden und sie sind falsch angewandt, wenn sie innerhalb kapitalistischer Gesellschaften angewandt werden.<sup>3</sup>

Die Theorie des Marxismus-Leninismus, die auch als Sowjetideologie bezeichnet wird, gilt als die Theorie vom richtigen, vom sozialistischen Staats-, Rechts- und Geldsystem. Sie gilt im Gegensatz zu allen anderen Anschauungen über diese Institutionen als allein richtig, als die reine Wahrheit. Damit ist die richtige Ideologie (im Marxschen Verstande ein Widerspruch in sich) an die Stelle der Überwindung der Ideologie getreten. Die Theorie vom richtigen Geldsystem trat an die Stelle einer Theorie, die den Weg zur Überwindung jeglichen Geldsystems zeigen sollte. Die Marxsche Ideologievorstellung ist damit verwandelt worden. Allerdings bleibt auch im sowjetischen Ideologiebegriff eine Hinordnung auf die Formen der Organisation wirtschaftlichen Handelns erhalten.

Wir haben hier unter Ideologie ein Werturteil verstanden, das die Funktion erfüllt, ein bestimmtes Wirtschaftssystem zu stabilisieren. Wir hatten bereits gezeigt, dass dieses Werturteil nicht etwa von aussen an eine vorgegebene Wirklichkeit herangetragen wird. Es ist Moment der Wirklichkeit selbst und in der wirtschaftlichen Wirklichkeit in Gestalt des Koordinationssystems objektiviert.

Es geht also nicht um Werte schlechthin. Dies kann man schon darauf ersehen, dass beide Wirtschaftssysteme in ihrer Auseinandersetzung die gleichen Werte für sich in Anspruch nehmen. Dass im Mittelpunkt der Wirtschaft der Mensch stehen muss, dass der Konsum oberstes Ziel des Wirtschaftens ist, Freiheit Solidarität, soziale Gerechtigkeit, sozialer Fortschritt, wirtschaftliche Rationalität, dies alles sind Ziele, die in der Vorstellung über beide Wirtschaftssysteme auftauchen, wenn auch mit je verschiedener Betonung. In der Auseinandersetzung zwischen den Wirtschaftssystemen werden aber auch dem jeweils anderen System sämtliche dieser Werte abgestritten.

Systemtypische Differenzierungen der Werte ergeben sich daher erst, wenn man diese Werte als objektivierte Werturteile betrachtet. Jetzt erst wird klar, dass das Sowjetsystem den Menschen nur dann im Mittelpunkt des Wirtschaftsprozesses stehen sieht, wenn er als Produzent durch den Plan organisiert ist, und dass der Konsum eben sub specie dieses Plans im Mittelpunkt stehen soll usw. Erst dadurch, dass diese Werte als objektivierte Werte vertreten werden, stabilisieren sie ein Wirtschaftssystem, oder untergraben es.

Die Ideologie, wie wir sie hier verstehen, behauptet also, dass solche allgemeinen Werte, wie wir sie oben zitiert haben, nur in einer bestimmten Objektivierung tatsächliche Werte darstellen, und dass sie in einer anderen Objektivierung Unwerte sind. Das Objektivierte Werturteil wird damit zum obersten Wert überhaupt, vor dem sich jede wirtschaftliche Tätigkeit und Forderung rechtfertigen muss. Diesem objektivierten Wert zu entsprechen und mit ihm verträglich zu sein, ist der Prüfstein dafür, ob Zielsetzungen irgendwelcher Art und auf irgendwelchen Gebieten der Gesellschaft zugelassen werden können oder nicht.

Ihre schärfste Form erreicht die ideologische Argumentation daher dann, wenn sie dem Einzelnen seine subjektive Ehrlichkeit als Masstab für die Richtigkeit oder Erlaubtheit

von Forderungen abstreitet. Er kann nämlich subjektiv irgendwelchen Werten anhängen, die die Gesellschaft auch für sich als gültig erklärt, objektiv aber mit dem Gegner verbunden sein. Gerade in dieser Form hat sich der Ideologievorwurf in der Sowjetgesellschaft eingebürgert. Der einzelne, der irgendwelche aus seiner Sicht humanitäre Forderungen stellt, kann zum objektiven Klassengegner gestempelt werden, auch wenn er von seiner Absicht her sich mit dem Wirtschaftssystem und seiner Stabilisierung identifiziert.

Diese Objektivierung eines obersten Wertes, die gleichzeitig ein Koordinations- und damit ein Wirtschaftssystem überhaupt stabilisiert, erfüllt ihren Zweck nur, wenn das Wirtschaftssubjekt von der Richtigkeit dieses Wertes überzeugt werden kann. Überzeugt zu sein von der Richtigkeit dieses obersten Wertes, heißt gleichzeitig überzeugt sein von der Richtigkeit des Koordinationssystems des wirtschaftlichen Handelns.

Die Überzeugungskraft der Ideologie ruht dabei in einem großen Maße auf der Tatsache, dass das Koordinationssystem dem Wirtschaftssubjekt die einzige Möglichkeit gibt, seine wirtschaftliche Leistung als sinnvoll zu erkennen. Würde es den institutionalisierten Wert für falsch halten, so hiesse das auf eine Sinngebung der wirtschaftlichen Leistung zu verzichten. Das Wirtschaftssubjekt müßte seine Leistung für sinnlos halten, denn sie kann ihren Sinn nur innerhalb des Koordinationssystems bekommen. Ist dieses aber falsch, so muss die individuelle Leistung als sinnlos angesehen werden. Würde es z.B. im Koordinationssystem keinen Wert institutionalisiert sehen, sondern sogar einen Unwert, so hiesse dies, dass jede seiner Handlungen im Dienste dieses Unwerts geschehe. Das Wirtschaftssubjekt muß ein vitales Interesse daran haben, seine Leistung für sinnvoll halten zu können. Es muss ja wirtschaftliche Leistungen erbringen, um überhaupt leben zu können. Nur der Koordinationsmechanismus aber kann diese Leistungen für sinnvoll erklären, er ist das Mittel, sie als sinnvoll zu erkennen. Die Ideologie aber bietet die Begründung



128

hierfür an. Folglich kann sich die Überzeugungskraft der Ideologie auf ein vitales Interesse jedes einzelnen Wirtschaftssubjekts stützen. Das Wirtschaftssubjekt kann sich eben den Koordinationsmechanismus, in dem es leben möchte, nicht aussuchen. Es muss ihn letzten Endes akzeptieren, wenn es seine wirtschaftliche Leistung für sinnvoll halten will.

Dies kann man an einem Beispiel erläutern. Der Abbau von Kohle und das sinnlose Befördern von Erde irgendwohin unterscheiden sich für denjenigen, der die Arbeit macht, überhaupt nicht. Er kann ja gar nicht wissen, wohin die Produkte gehen, auch nicht, welchen Zweck sie haben. Einzig das Koordinationsystem trennt unter allen überhaupt denkbaren Handlungsvollzügen zwischen sinnvollen und sinnlosen, zwischen solchen, die gesellschaftlich notwendig und solchen, die es nicht sind. Das Wirtschaftssubjekt selbst kann einen solchen Unterschied direkt nicht finden. Darum muss es, wenn es den Sinn seiner Arbeit bejahen will, das Koordinationsystem für richtig halten und die in ihm institutionalisierten Werte anerkennen. Es verteidigt darin sein eigenes Interesse.

Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, dass die Ideologie die Loyalität der Mitglieder der Gesellschaft gegenüber dem Wirtschaftssystem auch tatsächlich erreicht. Solange nicht offensichtliche Katastrophen das System eintreten, kann die immer auftauchende Unzufriedenheit auf Einzelercheinungen des Systems abgelenkt werden, so dass eine Evolution einsetzt an Stelle einer revolutionären Umwandlung. Auf diesen Zusammenhang hatten wir bereits im Abschnitt über die wirtschaftliche Wirklichkeit hingewiesen.

Diese grundsätzliche Loyalität aller Wirtschaftssubjekte gegenüber dem Wirtschaftssystem hatte Marx nicht erwartet. Die Stabilität eines Wirtschaftssystems sieht er nur als eine Folge des Klasseninteresses der herrschenden Klasse an.

Marx hielt daher den sozialen Kampf, der um Anteile am Sozialprodukt geführt wird, für die äußere Schale eines Kampfes um die Gestalt des Wirtschaftssystems. Mit dem Interesse der Arbeiterklasse ist von seiner Sicht aus der Lohnkampf und der Kampf um eine Koordination wirtschaftlichen Handelns durch ein Plansystem identisch. Marx spricht daher nicht von Koordinationssystemen, sondern von Eigentumsordnungen. Nur die Besitzer der Produktionsmittel haben ein Interesse an der Erhaltung einer Eigentumsordnung, nicht die Nichtbesitzer.

Lenin modifizierte diese Theorie. Er stellte fest, dass die Arbeiter von sich aus keineswegs den Impuls aufbringen, den Lohnkampf zu einem Kampf um die Eigentumsordnung zu umwandeln. Deshalb ist eine Organisation von Revolutionären erforderlich - einer Avantgarde der Arbeiterklasse - die den Lohnkampf in den eigentlichen Klassenkampf umwandelt und ihn zur Revolution führt. War bei Marx noch eine Übereinstimmung von Klassenlage und Bewusstsein angenommen, so dass sich das Verhältnis der Gesellschaftsmitglieder zum Wirtschaftssystem gemäß ihrer Klassenlage ausgestalten musste, so ist dies bei Lenin nicht mehr der Fall. Lenin hält zwar daran fest, dass der Klassenlage eine bestimmte Stellungnahme zum Wirtschaftssystem (immer auch zur Eigentumsordnung) korrespondieren muss, aber er gesteht zu, dass dies keineswegs für das Bewusstsein des einzelnen Subjekts gilt. Es gibt eine objektive Klassenlage, während das subjektive Verhältnis zum Wirtschaftssystem völlig davon differieren kann. Da nicht vorausgesetzt werden kann, dass die Arbeiter ihre wahren Klasseninteressen erkennen, müssen sie eben durch die Partei - durch eine Organisation von Revolutionären - dazu gebracht werden.

Das ursprüngliche Konzept des Klassenkampfes, nach dem die Arbeiterklasse bereits ein neues Bewusstsein in der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt, so dass dies neue

Bewusstsein durch die Revolution nur offenbar gemacht zu werden brauchte, ist damit abgelöst von einer Vorstellung von der Revolution, die von einer kleinen Schicht von Revolutionären gemacht wird, der dann die systematische Änderung der Gesellschaft und das Bewusstseins der Menschen von der Gesellschaft folgen muss.

Die Beziehungen von Koordinationssystem und Ideologie wandeln sich damit. Besteht subjektiv keine notwendige Übereinstimmung zwischen der Gruppe der Produktionsmittelbesitzer und zwischen denen, die eine bestimmte Eigentumsordnung unterstützen, so ist der Kampf um die Stabilisierung oder Neubegründung eines Wirtschaftssystems nicht mehr einfach durch die Organisierung von Gesellschaftsklassen zu führen. Er muss jetzt vielmehr als ein Kampf von Ideologien angesehen werden. Man muss bestimmte Wertvorstellungen in den Menschen schaffen, um ein bestimmtes Wirtschaftssystem stabilisieren zu können. Diese Umwandlung des reinen Klassenkampfes in einen ideologischen Kampf unterscheidet den Leninismus vom Marxsehen Konzept.

Es entsteht damit eine Vorstellung von der Stabilisierung des Wirtschaftssystems, die dem hier vertretenen Ideologiebegriff als Durchsetzung eines objektivierten Werturteils entspricht.

Wir haben dabei den Ideologiebegriff auf die Durchsetzung eines obersten Wertes beschränkt, der das Wirtschaftssystem selbst konstituiert und als dessen Teile sich jede Einzelwertung innerhalb der Gesellschaft ausweisen muss. Objektivierung dieses Werts ist das Wirtschafts- und Koordinationssystem selbst. Wir haben den Ideologiebegriff darauf eingeengt, damit nicht jedes Werturteil schlechthin als ideologisch gält. Forderungen nach sozialpolitischen Massnahmen z.B. haben zwar immer eine Verbindung zur Ideologie hin, indem sie sich als systemkonform darstellen müssen, werden aber hier nicht selbst als ideologisch aufgefasst. Andernfalls verliert der Ideologie-

begriff jeden Wert. Ideologie und Theorie unterscheiden sich dann einfach wie Theorie und Werturteil. Dass aber der Theorie eine Systemideologie gegenübersteht, auf deren Basis erst Einzelwerturteile als gültig oder nicht beurteilt werden können, bleibt dabei ungesagt.

Auf dem Wege über die Ideologie des Wirtschaftssystems werden also die Einzelziele und einzelnen Wertungen in das Wirtschaftssystem verschmolzen, so dass die Kontinuität des Systems gesichert werden kann. Diese Sicherung der Kontinuität ist eine Aufgabe ganz eigener Art. Das Wirtschaftssystem ist nicht eine Sache, die man einfach nur festhalten kann. Es ist eine Abstraktion, die nur in der Wirtschaftsordnung als die <sup>den</sup> Summe aller konkreten Tatbestände sichtbar wird. Diese Wirtschaftsordnung aber ist in dauerndem Wandel begriffen und kann in der wachsenden Wirtschaft nie gleich bleiben. Man kann also nicht einfach die Tatbestände, die einmal da sind, festhalten, um die Kontinuität des Wirtschaftssystems zu sichern. Vielmehr muss man diese Wirtschaftsordnung weiterentwickeln, ohne die Kontinuität des Wirtschaftssystems zu zerbrechen.

Diese Aufgabe ist ganz eigener Art. Jede neue Massnahme muss geprüft werden, und da sie nie in allen ihren Auswirkungen überschaubar ist, ist die Verträglichkeit mit der Kontinuität des Systems immer ungewiss. Sie muss also ständig dem Verdacht ausgesetzt werden, das System zu sprengen, und im Laufe ihrer Verwirklichung geht ein dauernder Prozess der Einordnung dieser Massnahme in das Wirtschaftssystem vor sich. Diese Auseinandersetzung, die sich keineswegs in theoretischen Überlegungen erschöpft, ist die ideologische Auseinandersetzung, die jedes Wirtschaftssystem in allen seinen Äusserungen ständig begleitet.

Diese ideologische Auseinandersetzung ist ein Inhalt der Wirtschaftspolitik. In der Form ideologischer Auseinandersetzung werden die Einzelforderungen in die Gesamtheit integriert. Die Entscheidungen aber, die hier fallen, sind nicht theoretisch deduzierbar. Aber es gibt Versuche, sie

einfach in Theorie aufzulösen. Dies geschieht dann, wenn aus theoretischen Modellen bestimmte Institutionen deduziert werden, <sup>das</sup> dann blind in die Wirklichkeit eingeführt werden sollen. So, wenn man etwa das Marktkriterium für das schlechthin beste erklärt, so dass im Einzelfall nicht mehr geprüft zu werden braucht, ob hier nicht gerade eine Ausnahme angebracht ist. Gerade diese Frage aber, wo die Ausnahme möglich und nötig ist, schafft das politische Problem und den Prozess, den wir als ideologische Auseinandersetzung bezeichnet haben.

Diese Ersetzung der Politik durch ein abstraktes Modell hat eine ganze Epoche der sowjetischen Wirtschaftspolitik bezeichnet. Man glaubte, dass man nur dafür zu sorgen brauchte, dass die Mengenplanung einen möglichst grossen Umfang hat, um auch eine grosse Rationalität zu sichern. Aber die Rationalität eines Wirtschaftssystems besteht gerade nicht darin, es möglichst modellgerecht zu gestalten, sondern darin, herauszufinden, an welchen Stellen das Abgehen von theoretischen Vorstellungen den Effekt des Wirtschaftssystems erhöht und an welchen nicht.

Gerade hieraus ergibt sich die politische Entscheidung und hierin liegt auch die Quelle der Ideologie des Wirtschaftssystems. Wie die Wirtschaftsordnung zu entwickeln ist, damit das Wirtschaftssystem seine Kontinuität behält, und wie die einzelnen Ordnungsformen zu kombinieren sind, ist eben nicht deduzierbar und wird daher im Raum politischer Kämpfe entschieden, wobei sich jedes Interesse gegenüber dem das Wirtschaftssystem konstituierenden Werturteil ausweisen muss.

Hier liegt gleichzeitig auch die Quelle sog. Gruppenideologien, deren Besprechung hier zurücktritt. Das einzelne Interesse, das sich vor der Ideologie des Systems ausweist, kann die Situation zu seinen Gunsten beeinflussen und kann die Sorge um die Kontinuität des Wirtschaftssystems einfach vorschützen, um einen partikulären Gewinn zu erzielen.

Die ideologische Auseinandersetzung, deren Funktion nur von der Kontinuität des Wirtschaftssystems her begründet werden kann, geht dann in einem Gemisch von Einzelinteressen, Machtkämpfen, gegenseitigen Verdächtigungen und tatsächlichem Ernst um die Erhaltung des Wirtschaftssystems und der ihm zugrunde liegenden Werte vor sich. Eins ist von dem anderen dann nicht mehr zu unterscheiden.

Der Staat gibt in Marktwirtschaften gewöhnlich dieser ideologischen Auseinandersetzung nur die Plattform. Autonome Gruppen hingegen agieren hier und bringen so die Kontinuität des Wirtschaftssystems hervor. Charakteristikum der Sowjetwirtschaft hingegen ist, dass der Staat selbst sich zum Richter über die Entwicklung der Wirtschaftsordnung macht, die Massnahmen auf ihre Verträglichkeit mit dem Wirtschaftssystem prüft und über die Richtung des Prozesses entscheidet. Er behauptet, um dies zu rechtfertigen, die totale Interessenidentität zwischen den Einzelnen und dem Staat, so dass die tatsächlich gemachten Entscheidungen über die Entwicklung der Wirtschaftsordnung als die einzig möglichen, die wissenschaftlich als richtig bewiesenen erscheinen, denen gegenüber die Vertretung von partikulären Interessen nur aus bösem Willen resultieren kann.

Im Staat und in der Parteispitze ist damit eine Instanz gegeben, die die ideologische Auseinandersetzung bürokratisiert.

Diese Instanz steht nicht mehr unter dem unmittelbaren Druck von Interessengruppen, sondern ordnet die Gruppen danach, wie weit sie sie ins Wirtschaftssystem verschmelzen will und berücksichtigt danach ihre Interessen. Damit entsteht der besondere dogmatische Charakter der Sowjetideologie.<sup>7</sup>

Dieser dogmatische Charakter der Sowjetideologie ist im letzten Jahrzehnt kaum geringer geworden und es ist heute so wenig wie früher möglich, Gruppeninteressen in einem freien Spiel der Kräfte zu äussern und durchzusetzen. Schon an der totalen Ablehnung des Streikrechts in allen Sowjetgesellschaften ist dies ersichtlich.

Staat und Parteispitze behalten also das Recht, die ideologische Auseinandersetzung um die Entwicklung der Wirtschaftsordnung zu führen. Sie legen die Parteilinie fest, und behaupten, dies nach wissenschaftlichen Kriterien zu tun. Dabei vollziehen sich innerhalb dieser Gremien natürlich schwere Kämpfe, die aber nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Lediglich die Ergebnisse dieser Kämpfe dringen in die Öffentlichkeit, und die unterlegenen Positionen werden nur durch Verurteilung bekannt. Solche Kämpfe gab es in den 50er Jahren auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik, der Industrieorganisation, der Preispolitik. Die Waffe, die hier angewendet wird, ist der Ideologieverdacht. Antimarxistisch zu sein, revisionistisch, konterrevolutionäre usw., sind die schwersten Vorwürfe, die vorgebracht werden können. Als Ziel dieser Kämpfe gilt die Findung der richtigen Parteilinie.

Dabei bleibt für die Parteispitze immer eine besondere Aufgabe übrig, die aus der Art dieser ideologischen Auseinandersetzung folgt. Der Kampf um die Kontinuität des Wirtschaftssystems wird ja nicht in der Öffentlichkeit unter Beteiligung aller Gruppeninteressen ausgetragen, sondern nur innerhalb eines engen Kreises von Funktionären. Die Entscheidungen müssen daher dem Volk nahegebracht werden. Dies geschieht durch eine systematische Erziehungsarbeit, die in pluralistischen Gesellschaften völlig unbekannt ist, da hier das dem Wirtschaftssystem gemäße Bewusstsein in den öffentlich ausgetragenen ideologischen Auseinandersetzungen selbst gebildet wird. In der Sowjetgesellschaft aber muss die Partei eine dauernde Propaganda für sich durchführen, sie muss die Volksmassen zur Bewusstheit - wie man es nennt - erziehen. Diese Erziehung zur Bewusstheit soll jeden Einzelnen davon überzeugen, dass seine Interessen von der Partei berücksichtigt sind und dass die Partei fähig ist, jeweils das Beste zu erkennen und durchzusetzen. Die Behauptung der totalen Interessenidentität von Staat und Einzelnem ist daher die Basis, auf die der die Erziehung zur Bewusstheit vor sich geht. Der Staat muss diese Identität behaupten, um das Verbot der Organisierung von Interessengruppen legitimieren zu können, und der Einzelne muss zu solch einer Überzeugung erzogen werden, damit die oppositionellen Stimmungen zurückgedrängt werden können.

Der Einzelne aber ist dauernd in Gefahr, diese Bewusstheit zu verlieren.

Wenn er nun auch ein loyales Mitglied der Gesellschaft ist, so hat er doch die Nachteile zu verspüren, die das System für ihn bedeuten. Überall, wo Funktionsstörungen sichtbar werden, merkt er es in seiner eigenen wirtschaftlichen Betätigung. Werden falsche Konsumgüter produziert, steht er vor leeren Märkten. Er weiss daher, was eigentlich stattdessen hätte produziert werden sollen. Und als Produzent merkt er es, wenn die Versorgung nicht oder falsch geplant wird, denn er muß dann tagelang ohne Arbeit herumbringen, um dann am Monats- oder Jahresende mit Gewalt (Schturmovanie) wieder aufzuholen. Da es sich hierbei immer um Gebiete handelt, die der einzelne Wirtschaftler intimer kennt als der Planer, der diese einzelnen Dinge gar nicht wissen kann, ist seine unmittelbarste Reaktion die Behauptung, dass zuviel geplant wird. Er braucht deshalb nicht gegen das Plansystem selbst zu sein, zumindest braucht er sich dessen nicht bewußt zu werden. Das ändert nichts daran, daß er dauernd Lücken im Plansystem entdeckt.

Das Hauptgebiet, in dem er sie entdeckt, ist immer die Konsumtion. Es wurde bereits gezeigt, dass in der Sowjetwirtschaft immer ein nur in groben Umrissen den Bedürfnissen angepaßter Konsumfonds angeboten wird. Seine Größe und Struktur entwickelt sich nicht wie in der Marktwirtschaft aus der Entdeckung oder Schaffung von einzelnen Verkaufschancen, sondern aus Schätzungen des Bedarfs durch die Planungsorgane. Die daraus entstehende Eintönigkeit des Angebots und die diskontinuierliche Versorgung lassen es dazu kommen, dass der einzelne die auf Basis seines Einkommens und der geltenden Preise gemachten Konsumpläne nur unter grossen Schwierigkeiten und häufig gar nicht ausführen kann. Er bekommt dadurch jeden Tag demonstriert, dass etwas nicht stimmt oder besser sein könnte als es ist.

Die Partei hingegen schliesst darauf, dass er solche Unzufriedenheiten äußert, dass etwas an seinem Bewußtsein nicht stimmt und besser sein könnte als es ist. Damit setzt



135

ihre Erziehungstätigkeit ein, die den Glauben an den "Selbstlauf", an die Spontanität, überwinden soll. Nun hat dieser Glaube an die Spontanität, der eine der dauernden Ursachen des sogenannten Revisionismus ist, seine Grundlage in dem dauernden Erlebnis einer mangelhaften Konsumwirklichkeit. Dies führt zu dem verständlichen Schluß des Konsumenten, dass zuviel geplamt werde. Dies ist seine spontane Ansicht. Sie wird durch die "Bewußtheit" überwunden. Diese Bewußtheit muß anezogen werden, da der Mensch nie spontan nicht hat.

Diese Reaktion, dass zuviel geplant wird und die mit dem System ganz selbstverständlich verbunden ist, nennt die sowjetische Theorie den Glauben an den "Selbstlauf" (Spontanität). Sie sucht die Kritik abzufangen, indem sie die Kritik des Bürokratismus selbst dauernd durchführt. Diese Kritik besagt, dass es nicht ein zuviel an Planung ist, das die Mißstände verschuldet, sondern die Nachlässigkeit der Planer, Hier wird dann die grosse Bedeutung verständlich, die der Kultus von Personen und Autoritäten spielt. Sie dienen als Gegengewicht und zum Verweis dafür, dass man dem Urteil des einzelnen nicht nachzugeben braucht, um das richtige Wirtschaftssystem zu rechtfertigen. Der einzelne wird damit im einem ganz besonderen Sinn von seinem eigenen Handeln distanziert. Er soll es lernen, dieses Handeln nicht nach dem zu beurteilen, was er selbst aus der Kenntnis seiner ihm vertrauten Umwelt erfährt und weiß, sondern dieses Handeln im Vertrauen auf die Partei ausführen. Soll er also loyal gehalten werden, so muss er gerade daran gehindert werden, ein Handeln aufgrund unmittelbarer Faktenkenntnis zu fordern. In der Form des Dogmas setzt daher die Ideologie diesem "Selbstlauf" seine Grenzen und zur Rechtfertigung verweist sie auf die Autorität. Da dem einzelnen der Plan ständig als unzulänglich und verbesserungsbedürftig vor Augen geführt wird, gleichzeitig aber auch als eine Institution, die gemacht worden und folglich abschaffbar ist, bekommt er in der einzig richtigen Lehre, die die reine Wahrheit enthält, die Rechtfertigung dafür vorgesezt.

Gleichzeitig wird ihm der Hinweis auf solche Leistungen geboten, die ihn als Konsument nicht unmittelbar berühren und die folglich in hohem Maße planfähig sind. Technische Grossprojekte, wissenschaftliche Höchstleistungen usw. sollen ihm das Gefühl geben, dass er in einer leistungsfähigen Wirtschaft lebt. Sie sollen gleichzeitig in ihm jene Bewusstheit schaffen, die ihren kleinlichen Konsumentenstandpunkt vor solchen Zielen zurücktreten läßt.

Solange die kommunistische Partei noch in den Vorstellungen befangen war, dass im Sozialismus nur unmittelbar gehandelt zu werden braucht, hat sie die eigene Funktion, die eine Wirtschaftstheorie hat, völlig übersehen. Die Politökonomie wurde in erster Linie als eine Lehre aufgefasst, die nicht eigenständig entwickelt zu werden braucht, sondern Mittel zur Erziehung der Volksmassen zur Bewusstheit darstellt.

Besonders in der Stalinzeit hat man in der Wirtschaftstheorie selten mehr als diese Aufgabe gesehen. Die richtige Wirtschaftslehre war bei den Klassikern aufgezeichnet, die Partei hatte sie schöpferisch zu interpretieren und die sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler popularisierten sie. Auch heute gibt es in der Politökonomie noch Bereiche, die ganz in dieser Art geführt werden. Darunter fallen sämtliche Veröffentlichungen zur Kommunismusdebatte und die meisten Stellungnahmen zur Entwicklung des Kapitalismus. Sowjetische Wirtschaftswissenschaftler entwickeln auf diesen Gebieten so gut wie nie eigene Gedanken, sondern wiederholen nur in endlosen Breiten längst bekannte und immer wieder bekräftigte Thesen.

Bis in die 50er Jahre hinein sah die Partei in der Wirtschaftswissenschaft eigentlich nur diese ideologische Funktion, Parteientscheidungen als richtig darzustellen, und damit zur Agitation beizutragen.

Man beschränkte sich darauf, die sog. Klassiker des Marxismus-Leninismus zu zitieren und kommentierte sie im Sinne der Parteistandpunkte. Allerdings muss man dabei beachten, dass nicht etwa diese Zitierungen frei waren, so dass

sich unter dem Deckmantel der verschiedensten bei Marx oder Engels vertretenen Meinungen doch wieder eine Diskussion hätte ergeben können. Ein System wie das Marxsche lässt viele Interpretationen zu, so dass solche Diskussionen selbst wieder in echte theoretische Auseinandersetzungen führen können. Auch das Zitieren von Klassikern war daher nicht frei. Der vierte, damals noch lebende Klassiker hatte ja den Marxismus bereits schöpferisch interpretiert und die Zitierung der anderen Klassiker war auf solche Zitate beschränkt, die bei ihm selbst bereits verwendet oder diesen verwendeten Zitaten ähnlich waren. Es stand für die Argumentation nicht das gesamte System von Marx zur Verfügung, sondern nur die Teile, die "klassisch" geworden waren.

Diese Dogmatisierung der Theorie ging gleichzeitig auf bestimmte Züge des Plansystems zurück. Dieses kennt in einem ganz anderen Sinne eine herrschende Lehre, als dies in der Marktwirtschaft der Fall ist. Herrschende Lehre könnte man hier alle jene theoretischen Sätze nennen, die in der Führung des Wirtschaftsprozesses angewendet werden. Sobald ein theoretischer Satz Anerkennung gefunden hat, wird er in der Planung angewendet. Umgekehrt geht ein Grundsatz, der in der Planung angewendet wird, in die Theorie ein. Der Entwicklung des Dogmas entspricht die Entwicklung der in der Planung angewendeten Theorie. Neue Vorschläge werden an einzelnen Stellen ausprobiert und wenn sie sich bewähren, dem System insgesamt zugrunde gelegt. Die Entwicklung der Theorie muss entsprechend ruckweise erfolgen. Bestimmte Sätze werden zur Diskussion gestellt, gleichzeitig in ihrer Anwendung erprobt. Mit ihrer Bewährung gehen sie als Grundsätze ins Planungssystem, als theoretisches Dogma in die Theorie ein. Die Entwicklung der Theorie lässt sich daher anhand der Planungsdekrete einteilen und verfolgen.

Dabei entstehen Einflüsse auf die Theorie, die diese beschränken müssen. Grundsätze der Planung, die sich praktisch bewähren, brauchen deshalb keineswegs theoretisch allgemeingültig zu sein. Sie werden in der Planung als allgemeingültig

behandelt, während sich im Zeitverlauf durchaus zeigen kann, dass sie überflüchtig werden. Theoretisch gesprochen heisst dies, dass sie nur unter bestimmten und nicht unter allen dankbaren und möglichen Voraussetzungen gelten. Verschaffen sie sich aber allgemeine Geltung, so binden sie die Theorie.

Wir können auf zwei Beispiele hinweisen, die lediglich besonders eklatante Fälle solcher Einwirkungen darstellen. Das erste Beispiel sei die Behauptung des Grundsatzes, dass die Schwerindustrie immer vorrangig entwickelt werden müsse. Als Grundsatz der Planung in der Industrialisierungsperiode hat dies seine Berechtigung. Er beschreibt dann eine besondere Industrialisierungsmethode. Als allgemeiner theoretischer Satz aber ist dies falsch. Er wurde aber den Theoretikern aufoktroiert. Sie feierten dies als eine Notwendigkeit im Sozialismus. Erreicht wurde dadurch allerdings die Mystifizierung des Planungsgrundsatzes. Wäre er als Satz gebracht worden, der nur unter bestimmten Bedingungen gilt, so hätte die Partei sich dauernd rechtfertigen müssen dafür, dass er noch angewendet wurde. Er hätte also nicht mit der gleichen Effizienz angewendet werden können. Inzwischen hat sich die Situation gewandelt, so dass dieser theoretische Satz zur Diskussion gestellt werden konnte.<sup>9</sup>

Ein zweites Beispiel gibt die Behandlung des wirtschaftlichen Verschleißes (bei Marx: moralischer Verschleiß). In der Industrialisierungsperiode, in der es Arbeitskräfte im Überfluss gab, galt zu Recht der Grundsatz, jedes Produktionsmittel so lange zu verwenden, bis es physisch verschlissen ist. Die Anerkennung eines wirtschaftlichen Verschleißes hätte hier bedeutet, dass physisch einsetzbare Maschinen verschrottet worden wären, während noch unbeschäftigte Arbeiter vorhanden waren. Das Problem des moralischen Verschleißes tauchte daher nicht auf. Als theoretischer Satz aber hiess es, dass ein Vorteil im Sozialismus darin besteht, keinen moralischen Verschleiß zu kennen im Unterschied

zum Kapitalismus. Ein momentaner Zustand wurde damit verallgemeinert. Als hingegen diese Überschüsse an Arbeitskräften aufgesaugt waren, stellte sich ganz unabweislich das Problem des wirtschaftlichen Verschleißes. Ein Dekret erkannte daher zum Staunen vieler sowjetischer Theoretiker den moralischen Verschleiß auch für den Sozialismus an.<sup>48.</sup>

Je klarer es allerdings dann wurde, dass diese einseitige Bindung der Wirtschaftswissenschaft an die Zwecke der Agitation zu schweren Fehlern und Verlusten in der Planung selbst führten, umso drängender wurde die Forderung, die Eigenständigkeit der Wirtschaftstheorie wieder anzuerkennen. Dies erklärt, warum die sowjetische Wirtschaftstheorie im letzten Jahrzehnt wieder echte theoretische Funktionen bekam. Die Entwicklung der Wirtschaftsordnung blieb dabei völlig die Domäne der Partei, aber die theoretischen Ergebnisse wurden nicht mehr im gleichen Maße dekretiert, sondern der Diskussion überlassen. Beides ist in gewissem Umfange durchaus trennbar. Wir haben ja schon darauf hingewiesen, dass aus der theoretischen Forschung weder die Entscheidung für ein Wirtschaftssystem noch die Bestimmung einzelner Maßnahmen der Wirtschaftspolitik deduzierbar sind. Voraussetzung für die Trennbarkeit beider Aspekte ist allerdings, dass die Parteit Spitze überhaupt die Grundlage rationalen Handelns als Handeln innerhalb von objektiven Gesetzen erkennt. Geschieht dies nicht, so mindern die ideologischen Einflüsse eine geordnete Wirtschaftsführung. Das Wirtschaftssystem, das man stabilisieren wollte, zerstört sich dann selbst.

Die Anerkennung objektiver Gesetze, die Stalin 1952 aussprach, war daher die Voraussetzung dafür, dass man die Wirtschaftstheorie aus ihren Bindungen an die Agitation lösen konnte. Hinter dieser Anerkennung steht die Erkenntnis, dass die Macht der Partei gerade dadurch geschwächt wurde, dass man sie als Willkür auffasste. Die heutige Planwirtschaft, die ihre theoretischen Ausgangspunkte zu erkennen beginnt, will

142

vom Theoretiker daher die möglichen Lösungen erfahren, um zu wissen, wo ihre tatsächliche Wahlfreiheit eigentlich liegt. Denn auch für den Planer hat es keinen Sinn, eine willkürliche Wahl zu beanspruchen.

Die Bindung der Theorie bleibt grundsätzlich erhalten. Sie soll fragen, wie die wirtschaftliche Wahl im Plansystem vor sich geht und ist damit auch auf die Voraussetzungen des Plansystems festgelegt. Die Fragestellung ist immer noch vorgegeben, aber das Ergebnis nicht mehr. Während die Partei vorher z.B. nicht den Theoretiker fragte, ob ein Investitionskriterium nötig sei oder nicht, sondern einfach dekretierte, dass es überflüssig sei, ist sie heute an einer sachgerechten Antwort interessiert. Damit aber ist ein Hauptwiderstand gegen eine eigenständige Wirtschaftstheorie überwunden, während die Ideologie nicht etwa aufgehoben, sondern nur rationalisiert worden ist.<sup>41.</sup>

## 2. Die ideologische Interpretation des Kommunismusbildes

Ideologie in der bisher besprochenen Bedeutung ist eine notwendige Begleiterscheinung des Wirtschaftssystems. Die Bezeichnung als Ideologie enthält daher auch keinen moralischen Vorwurf. Man muß zu den Fragen der im Wirtschaftssystem objektivierten Werte Stellung nehmen, wenn man überhaupt die Ziele der Wirtschaftspolitik darstellen will. Man kann aber diese objektivierten Werte ihrerseits nicht als schlechthin richtige Werte deduzieren und beweisen. Sie sind mit dem System verknüpft, sie können nur geändert werden durch Änderung des Systems selbst, es erscheinen dann aber objektivierte Werte eines anderen Systems an ihrer Stelle. Reformen können immer nur auf Basis solcher objektivierter Werturteile verfochten werden.

Es gibt allerdings eine typische Argumentation, die das Wirtschaftssystem als beweisbar richtig und einzig möglich deduzieren soll. Dies ist seine Interpretation als Weg zur Verwirklichung eines Harmonieideals. Hier wird das Wirtschaftssystem nicht einfach dadurch gerechtfertigt, daß man ein Werturteil ausspricht.

Die<sup>n</sup> Stabilisierung des Wirtschaftssystems durch seine Interpretation als Weg zur Verwirklichung des Harmonieideals spielt in der Sowjetideologie eine beherrschende Rolle. Die Sowjetideologie setzt dabei an der institutionalisierten Verhaltensnorm an. Diese besteht - wie oben gezeigt - in einer Orientierung an der Wachstumsrate als Basis rechenhaften Handelns des Planers. Die Sowjetideologie erklärt mithin die Wachstumsrate für den Weg zur verwirklichten Harmonie, zum Kommunismus. Da dies ein schlechthin gutes Ziel ist, wird das Handeln im Dienst der Wachstumsrate zu einem Merkmal höchster Moralität. Es bekommt sein gutes Gewissen, denn es geschieht fraglos und immer für eine gute Sache. Die Wachstumsrate wird damit zum subjektiven Lebenszweck erklärt, zum höchsten Motiv des Handelns.

Aus der Verhaltensnorm der Wachstumsorientierung wird jetzt der Grundsatz der Wachstumsmaximierung. Nicht nur Maßstab der Rechenhaftigkeit soll die Wachstumsrate sein, also nicht nur eine

412

Form, in die sich die verschiedensten Motivationen und Interessen einfügen können, sondern Inhalt und oberster Zweck des Handelns selbst. So zum Prinzip des Handelns gemacht, wird die Wachstumsrate zu einer die ganze Gesellschaft umfassenden Norm. Alle Gesellschaftsbereiche werden auf diese Beziehung festgelegt. Das Wirtschaftssystem hat dadurch nicht nur eine Stabilisierung bekommen, sondern ebenso einen Motor, der die dauernde Bewegung in Gang hält. Die Wachstumsrate als Prinzip, begründet durch das Kommunismusbild, wird so zur alles beherrschenden Erscheinung.

Allerdings ist diese Verknüpfung von Wachstumsrate und Kommunismusbild erst in letzter Zeit so eng geworden, wie sie heute ist. Vorher gab es andere Begründungen für die Wachstumsmaximierung, wie die Notwendigkeit der Industrialisierung und der Verteidigung. Sobald diese Aufgaben aber annähernd gelöst waren, bot sich <sup>mit</sup> eine neue Interpretation an und wurde von den sowjetischen Politikern aufgegriffen.

Die Begründung hierfür wird durch den historischen Materialismus gegeben, so wie er in der Sowjetunion verstanden wird. Wir müssen uns dabei auf eine Darstellung dieses Verständnisses beschränken, ohne auf die Beziehungen der sowjetischen Auffassung des historischen Materialismus zur Marxschen Auffassung eingehen zu können.

Der historische Materialismus erklärt einen bestimmten Teil der Gesellschaft, nämlich die Produktivkräfte, für die eigentliche Ursache der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Produktivkräfte werden ganz mechanisch gefaßt als die Summe der Produktionsinstrumente und der Menschen (Arbeitskräfte) als Grundlage der wirtschaftlichen Bewegung überhaupt.

"Die Produktionsinstrumente, die Arbeitsmittel, mit deren Hilfe die materiellen Güter geschaffen werden und die Menschen, die den Produktionsprozeß auf der Grundlage einer gewissen Produktionserfahrung vollziehen, bilden die Produktivkräfte der Gesellschaft"<sup>13</sup>

Aber die Produktivkräfte allein können den Wirtschaftsablauf nicht begründen.

"Sie (die Produktion) trägt immer gesellschaftlichen Charakter. In der Produktion der materiellen Güter sind die Menschen, ob sie es wollen oder nicht, auf die eine oder andere Weise miteinander verbunden und die Arbeit eines jeden Produzenten wird zu einem Teil der gesellschaftlichen Arbeit"<sup>14</sup>



243

So entstehen über den Produktivkräften als nächsthohere Stufe die Produktionsverhältnisse.

"Die Verhältnisse, in die die Menschen im Verlauf der Produktion der materiellen Güter treten, nannten Marx und Engels Produktionsverhältnisse. Sie werden auch als ökonomische Verhältnisse oder Eigentumsverhältnisse bezeichnet, da ihr Charakter davon abhängt, in wessen Eigentum sich die Produktionsmittel befinden". 445

Beide zusammen, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, ergeben die Produktionsweise. Die Produktionsweise bestimmt die Geschichte.

"Wenn die Produktionsweise die materielle Grundlage des Lebens der Gesellschaft darstellt, so ist die Geschichte der Gesellschaft vor allem die Geschichte der Produktion, die Geschichte der Produktionsweisen, die - durch das Wachstum der Produktivkräfte bedingt - einander ablösen" 446

Eigentliche Kraft hierbei sind die Produktivkräfte.

"In dem Maße, wie die Produktivkräfte wachsen, bildet sich zwischen ihnen und den Produktionsverhältnissen unvermeidlich ein Mißverhältnis heraus, sie stimmen nicht mehr überein und geraten schließlich in Konflikt miteinander, da die überlebten Produktionsverhältnisse die weitere Entwicklung der Produktivkräfte behindern" 447

Insofern sind die Produktivkräfte eine selbständige, eigene Kraft, die die Produktionsverhältnisse andauernd revolutioniert. Sie sind seit Beginn der Geschichte in dauernder Bewegung, einer Bewegung, die letztlich autonom verläuft und die übrige Gesellschaft in Abhängigkeit bringt. Sie bestimmen daher letztlich nicht nur die Produktionsverhältnisse, sondern die Gesellschaft insgesamt.

"Wie wir dargelegt haben, bestimmt der Stand der Produktivkräfte den Charakter der Produktionsverhältnisse der Menschen, das heißt, die ökonomische Struktur der Gesellschaft. Die ökonomische Struktur stellt ihrerseits die Basis (das Fundament, die Grundlage) dar, auf der vielfältige gesellschaftliche Verhältnisse, Ideen und Einrichtungen entstehen. Die gesellschaftlichen Ideen (die politischen, juristischen, philosophischen, religiösen usw.) die Einrichtungen und Organisationen (Staat, Kirche, politische Parteien usw.), die auf der gegebenen Basis entstehen, bilden den Überbau der Gesellschaft. Die Theorie von Basis und Überbau erklärt wie, auf welche Weise die Produktionsweise letztlich alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens bestimmt und zeigt den Zusammenhang zwischen den ökonomischen gesellschaftlichen Verhältnissen und allen anderen Verhältnissen einer bestimmten Gesellschaft". 448

Für uns ist nicht interessant, ob solch eine Ursachenklärung richtig ist. Viel wichtiger ist hier, wozu sie dient.

Sobald der Entwicklungsstand der Produktivkräfte der Maßstab des Fortschritts der Menschheit und die letzte Ursache dieses Fortschritts wird, wird die Ankerbelung der Produktivkräfte zu einem Dienst am menschlichen Fortschritt selbst. Zugleich ist hiermit ein Mittel gefunden, mit dem man rechenhaft und zuverlässig die Menschheit ständig zu immer höheren Stufen von Zivilisation und Kultur führen kann. Je mechanischer die Produktivkräfte hierbei verstanden werden und je ausschließlicher ihr Inhalt durch den Stand der Technik und die Arbeitsproduktivität ausgedrückt werden kann, um so zuverlässiger scheint das Mittel. Historischer Materialismus wird damit in immer geringerem Maße zu einer Interpretation wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge als zu einer Anleitung zum wirtschaftspolitischen Handeln. Historischer Materialismus ist jetzt ein Programm, nicht mehr eine Erklärung.

Die Untersuchung braucht daher nicht zu fragen, ob tatsächlich die Produktivkräfte die eigentliche Ursache der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Es fragt sich vielmehr, was mit einer Gesellschaft geschieht, in der man die Produktivkräfte als die eigentliche Basis der Gesellschaft behandelt und folglich alle anderen Gesellschaftsbereiche in Abhängigkeit von den Produktivkräften bringt und sie nach dem Dienst bewertet, den sie bei der Entwicklung der Produktivkräfte leisten. Wir kommen damit an das wirtschaftspolitische Grundkonzept der Sowjetwirtschaft heran.

Eine solche Einstellung zur Wirtschaft ist natürlich möglich. Man kann jede politische Maßnahme im Hinblick auf ihre Wirkung auf das wirtschaftliche Wachstum prinzipiell eindeutig festlegen, und dabei alle Maßnahmen in solcher Weise unter sich verbinden, daß die Wachstumsrate möglichst groß wird. Unter solchen Gesichtspunkten kann die Verteilung des Produkts zwischen Investition und Konsumtion, zwischen gesellschaftlichen und privatem Konsum festgelegt werden. Dabei ist eine dauernde Wahl nötig. Es ist keineswegs so, daß das wirtschaftliche Wachstum um so größer ist, je größer die Investition. Um die Arbeitskraft leistungsfähig zu

erhalten und zu neuen Leistungen zu veranlassen, muß auch der Konsum eine bestimmte Höhe haben und mit der allgemeinen Steigerung des gesamten Produkts mitsteigen. Es ergeben sich hier jeweils Proportionen, die der Politiker so bestimmen muß, daß das Wachstum maximal wird.

Alle Gesellschaftsbereiche sind damit auf das Ziel, die Entwicklung der Produktivkräfte zu maximieren, festgelegt. Das Wachstum der Produktivkräfte ist der positive, der letztlich immer richtige Ausdruck für die Tätigkeit aller Gesellschaftsbereiche. Ein eindeutiges Abhängigkeitsverhältnis besteht, das sämtliche Institutionen, die Wissenschaft, das Bildungswesen, das Rechts- und Verwaltungssystem, auf die Anforderungen der Produktivkräfte hin orientiert. Diese Ausrichtung wird in der Sowjetgesellschaft unmittelbar spürbar. Die Erfüllung der Perspektivpläne ist oberstes Anliegen. So gibt es kaum eine Veröffentlichung, ganz gleich, aus welchem Bereich der Wissenschaft, die nicht beitragen will zur Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, so wie heute das Ziel lautet. Soll irgendwo die Wichtigkeit eines Gesellschaftsbereiches herausgestellt werden, so geschieht dies ebenso immer unter Hinweis darauf, daß gerade hier ein ganz wichtiger Beitrag zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe oder im Zusammenhang damit zu leisten ist. In der Sowjetgesellschaft ist der Beitrag zur Entwicklung der Produktivkräfte die Form, unter der die einzelnen Gesellschaftsbereiche ihre Berechtigung nachweisen.

Entscheidend für den Unterschied zur Marktwirtschaft ist gerade der Gesichtspunkt, daß die Wachstumsmaximierung unmittelbar der Maßstab für die Tätigkeit ist. Dabei ist nicht wesentlich, ob eine höhere Wachstumsrate tatsächlich erreicht wird. Die Behauptung also, daß die Marktwirtschaft nicht an der Wachstumsmaximierung orientiert sei, berechtigt nicht zu dem Schluß, daß das Marktsystem zu einer geringeren Entwicklung der Produktivkräfte fähig sei. Damit hat dies nichts zu tun. Es geht hier einzig und allein darum, zu zeigen, daß in den Koordinationssystemen bestimmte Verhaltensnormen institutionalisiert sind, bestimmte Maßstäbe zur Beurteilung des Handelns. Solche Maßstäbe können durch das Profitkriterium, aber auch durch das Kriterium der Wachstumsrate gegeben werden. Sie sind einfache Formen, unter denen die Wirtschaftstätigkeit vor sich zu gehen hat.

In diesem Sinne, als Maxime für das politische Handeln, be-  
streitet der historische Materialismus den übrigen Gesellschafts-  
bereichen ihre selbständige Eigenexistenz. Dies tut er also nicht  
 nur theoretisch, sondern auch praktisch. Er handelt so, daß diese  
 Gesellschaftsbereiche tatsächlich keine Eigenexistenz haben. Er  
 darf aber in dieser Form nicht ohne weiteres mit dem Marxschen  
 Begriff des historischen Materialismus gleichgesetzt werden, ob-  
 wohl er gerade die Ausdrücke und Instrumente der Marxschen Ana-  
 lyse benutzt <sup>319</sup>

Marx hatte zwar schon die Eigenständigkeit der einzelnen Ge-  
 sellschaftsbereiche geleugnet und ihre gegenseitigen Abhängigkei-  
 ten betont. Dabei ist auch bei Marx ei entliche Grundlage des ge-  
 gesellschaftlichen Lebens die materielle Produktion, letzten Endes  
 also die Produktivkräfte. Aber für Marx war der Übergang zur ge-  
 gesellschaftlichen Produktion das gleiche wie die Überwindung der  
 ökonomischen Gesetzmäßigkeiten durch die kommunistische Durch-  
 führung der Produktion. Insofern ist Kommunismus für ihn eine  
 völlig andere Welt, die unter ganz anderen Voraussetzungen wirt-  
 schaftet als die kapitalistische Ordnung. Die ökonomischen Ge-  
 setzmäßigkeiten haben ihren vollen Ausdruck in der kapitalistischen  
 Ordnung gefunden, durch den Übergang zum Kommunismus verlieren  
 sie ihren Zwangscharakter und sind damit als Gesetze aufgehoben.  
 Die Wirtschaft wird überschaubar, die Arbeitsteilung verschwin-  
 det, die Arbeit wird zum ersten Lebensbedürfnis, die Verteilung  
 erfolgt nicht nach Leistung, sondern nach Bedürfnissen. Die Ent-  
 wicklung der Produktivkräfte ist die Grundlage, die eine solche  
 Ordnung der Wirtschaft schließlich zu einer absoluten Notwendig-  
 keit der Produktion selbst macht. Der Umschlag tritt mit Not-  
 wendigkeit ein.

Fallen aber diese ökonomischen Gesetzmäßigkeiten weg, so  
 auch die gesellschaftlichen Institutionen. Staat, Religion, He-  
 rat und das Recht werden überflüssig und fallen fort. Die Vor-  
 stellung, daß sie eine notwendige Funktion in der Gesellschaft  
 selbst haben könnten, hat in der Marxschen Ansicht keinen Platz,  
 sie brauchen folglich auch nicht zu Dienern der Produktivkräfte  
 gemacht zu werden. Der Übergang zur gesellschaftlichen Produk-

tion geht daher Hand in Hand mit der Abschaffung dieser gesellschaftlichen Institutionen. Die veränderte Welt ist eine Welt, in der man ohne Vermittlung des Geldes, <sup>ohne</sup> von Staat und Recht unmittelbar als Menschen miteinander verkehrt. 920

In sowjetischer Sicht bekommt hingegen die Veränderung der Welt einen völlig anderen Inhalt. Die gesellschaftlichen Institutionen, der Zwangscharakter der ökonomischen Gesetze, das alles erweist sich als absolut notwendiges Mittel gesellschaftlichen Handelns. Veränderung der Welt kann nicht mehr daraufhin zielen, diese Notwendigkeiten zu beseitigen. Sofern man an dem Ziel festhält, wird seine Verwirklichung in eine unverbindliche Zukunft verlegt. Gesellschaftliches Handeln wird folglich zum Dienst an den ökonomischen Gesetzen. Diese Gesetze zu verwirklichen, ist dann der Auftrag, die Veränderung der Welt wird damit verwandelt in eine bloße fortlaufende und geordnete Entwicklung der Produktivkräfte. Die Bewegung der Geschichte, die bei Marx als Bewegung zu größter Vollkommenheit der Gesellschaft und des Menschen verstanden wurde, wird zu einer mechanischen, quantitativen Bewegung, wobei jetzt die Vervollkommnung der Gesellschaft nicht mehr verwirklicht, sondern in die mechanische Aufwärtsbewegung der Produktion hineininterpretiert wird. 7121

Da die Veränderung der Welt nicht mehr in der unmittelbaren Schaffung einer Wirtschaft ohne Geld und einer Gesellschaft ohne Staat, Recht, Moral usw. gesehen wird, sondern in einem Wachstum der Produktivkräfte, werden Staat, Recht und Moral gerade in den Dienst dieser Produktivkräfte gestellt. Marx hatte diesen "Überbau" für überflüssig erklärt, für ebenso überflüssig wie das Geld. Er hatte ihm keine Eigenständigkeit zugestanden. Die Sowjets übernahmen von Marx zwar die Annahme, daß dieser Überbau lediglich aus seiner Funktion verständlich sei und nur im Rahmen der ganzen Gesellschaft verstanden werden könne. Sie schafften ihn aber nicht ab und konnten dies auch nicht tun. Damit wurde die Marxsche Analyse aber zum Ausgangspunkt für eine wirtschaftspolitische Praxis, die nicht in ihrer Intention gelegen hatte. Sie wurde zur Grundlage eines Handelns, das diesen Überbau zwar erhielt, ihn aber in totale Abhängigkeit von der Entwicklung der Produktivkräfte brachte. Hatte die Analyse die funktionale Abhängigkeit

des Überbaus von der Entwicklung der Produktivkräfte behauptet, so merzte hinterher die Praxis alles aus, was dieser unmittelbaren Abhängigkeit im Wege stand. Damit blieb der Überbau nicht etwas, was zu beseitigen war, sondern etwas, das man benutzen mußte. Recht, Staat, Geld sind bloße Mittel. Sie werden deshalb auch nur soweit benutzt und nur soweit anerkannt, als sie ihre Notwendigkeit als Mittel beweisen. Sie haben sich daher auch immer so zu wandeln, daß sie ihre Funktion, die Produktivkräfte zu entwickeln, am besten erfüllen. Das Ergebnis der Umwandlung des historischen Materialismus ist es daher, Geld, Staat und Rechtssystem nicht mehr als zu beseitigende Größen aufzufassen, sondern als Größen, die jede Anpassung zu vollziehen haben, die sich im Interesse der Produktivkräfte als notwendig oder vorteilhaft erweist.<sup>122</sup>

Ursprünglich war das Verhältnis von Theorie und Praxis bei Marx bezogen gewesen auf die revolutionäre Praxis des Proletariats, die durch die Revolution eine neue Gesellschaft herauführt. Lenin deutet das Verhältnis jetzt anders. Diese Leninsche Auffassung des Theorie-Praxis-Verhältnisses blieb bis heute für die sowjetische Theorie gültig. Sie zog die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß eine sozialistische Gesellschaft die objektiven Gesetze der Wirklichkeit nicht überwinden kann, sondern sich ihnen anpassen muß. Theorie-Praxis-Verhältnis im Sinne Lenins beschreibt daher den Vorgang, in dem objektive Gesetze der Wirklichkeit erkannt und durchgesetzt werden, wobei sie im Zuge der Verwirklichung wieder die Theorie zu neuen Korrekturen zwingen. Praxis heißt daher nicht mehr wie bei Marx, eine falsche Wirklichkeit durch die revolutionäre Tat in eine richtige Wirklichkeit zu verwandeln, sondern Praxis ist jetzt eine Tätigkeit, die objektive Gesetze der Wirklichkeit ausnutzt, während die Theorie ihr die Erkenntnisse zur Verfügung stellt, um diese Gesetze ausnutzen zu können. In bezug auf die gesellschaftlichen Institutionen heißt dies, daß der Staat, das Rechtssystem, aber auch das Geldsystem, für die Ziele der Praxis einzusetzen sind und ihnen untergeordnet sind.

Bezogen auf die Wirtschaft ergibt sich ein Verhältnis, nach dem die Theorie die Gesetze der Wirtschaftswirklichkeit zu untersuchen hat, während die Praxis, nämlich Industrie und Produktion, diese Erkenntnisse ausnutzt, ihre Richtigkeit nachweist, und ihre

Mangel zu erneuter theoretischer Weiterführung bekanntmacht. Implizite ist die Voraussetzung des gesellschaftlichen Eigentums und eines Systems der Plankoordination ganz selbstverständlich gemacht. Die Marxsche Form des Theorie-Praxis-Kriteriums hat damit ihren revolutionierenden Charakter verloren. Das Theorie-Praxis-Kriterium ist nicht mehr das Mittel, eine vermeintlich objektive Wirklichkeit als änderbar und in Änderungen begriffen darzustellen, es wird vielmehr zu einem wesentlichen Moment der Stabilisierung eines Wirtschaftssystems. 4327

Die Möglichkeit, Kommunismusbild und Wachstumsrate in Beziehung zu setzen, ist in dieser Form im historischen Materialismus sowjetischer Auffassung enthalten. Das Kommunismusbild mußte aber, wenn es den heutigen Entwicklungen der sowjetischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis nicht widersprechen sollte, dieser Aufgabe angeglichen werden. Da es als Harmonieideal im Zusammenhang mit der Wirtschaftstheorie entsteht, ist es mit Hilfe der Wirtschaftstheorie auch kritisierbar. Wir hatten oben schon darauf hingewiesen. Das Kommunismusbild ist ja eine bestimmte Interpretation des Optimumbegriffes. Dieser wird von der Theorie rein nominalistisch verwendet. Die Ideologie in der jetzt untersuchten Form aber interpretiert es realistisch, als verwirklicht. Die Analyse der Voraussetzungen des theoretischen Optimumbegriffes aber zeigt die Unmöglichkeit seiner Verwirklichung.

Hier setzt die Neuinterpretation an, die das Kommunismusbild theoretisch unangreifbar macht.

Ausgangspunkt ist, wie gezeigt, die Wachstumsrate.

Wachstum ist aber eine Anstrengung und eine Anstrengung nimmt man nur auf sich, wenn man in ihr einen Sinn sieht. Sinnvoll aber ist wirtschaftliches Wachstum nur, wenn der Zustand mit dem höheren wirtschaftlichen Produkt ein besserer Zustand ist als derjenige mit dem niedrigeren wirtschaftlichen Produkt. Anderenfalls wäre wirtschaftliches Wachstum ja ein sinnloses Handeln. Ein schlechthin größeres Produkt reicht nicht dafür aus, die Wachstumsanstrengung zu rechtfertigen. Das größere Produkt hat ja nur darin seinen Sinn, daß es ein besseres Leben erlaubt. Wachstumsmaximierung als Verhaltensnorm setzt daher schlechthin

voraus, daß es für die Gesellschaft besser ist, ein höheres als ein niedrigeres Produkt zu produzieren. Es ist von diesem Urteil aus nur noch ein kleiner Schritt bis zu der Behauptung, daß die Gesellschaft um so vollkommener ist, je höher das Produkt der Wirtschaft ist. Die höchste Vollkommenheit der Wirtschaft aber wird durch den Zustand des Optimums beschrieben. Folglich muß die Gesellschaft sich dem Zustand des Optimums und damit dem kommunistischen Endzustand annähern, je stärker die Arbeitsproduktivität wächst.

Dies ist der Gedankengang, der hinter der Annahme des Kommunismusbildes stehen muß. Soll das Handeln in der auf Wachstum orientierten Wirtschaft als sinnvoll verstanden werden, so muß es sich vom Kommunismusziel her verstehen. Würde dieses Kommunismusbild falsch sein, so hat ja die Wachstumsmaximierung als Verhaltensnorm einer Wirtschaft überhaupt keinen Sinn. Das Kommunismusbild ist daher eine Notwendigkeit des Handelns in einer Wirtschaft mit Plankoordination. Es zeigt, daß die Anstrengung für eine bessere Welt geschehen und nur auf diese Weise kann das wirtschaftliche Handeln sich verstehen.

Die Sowjetwirtschaft versteht sich daher mit einer gewissen Notwendigkeit vom Kommunismus als Endziel wirtschaftlichen Handelns her. Wirtschaftliches Wachstum kann, wenn es gesellschaftlich verstanden werden soll, nur von einem Zustand der Vollkommenheit her verstanden werden oder überhaupt nicht. Zeigt man daher die Unmöglichkeit der Verwirklichung des Kommunismus, so zeigt man nicht nur einen Widerspruch in der Marxschen Argumentation, sondern ebenso einen Widerspruch der Wirklichkeit selbst. Und die theoretische Kritik des Kommunismusbildes kann gar nichts anderes tun als zu zeigen, daß ein solcher Zustand nicht verwirklicht werden kann und folglich für ein menschliches Handeln kein adäquates Ziel darstellt. Während das Handeln sich nur als sinnvoll in bezug auf den vollkommenen Zustand der Gesellschaft verstehen kann (wenn Wachstumsmaximierung eine institutionalisierte Verhaltensnorm ist), zeigt die theoretische Kritik des Kommunismusbildes, daß die Wirtschaft mit der höheren Arbeitsproduktivität dem vollkommenen Zustand keineswegs näher ist als jede andere.



Nur auf der Grundlage dieses Widerspruchs in der Wirklichkeit selbst wird die Bedeutung des Kommunismusbildes für die Sowjetgesellschaft verständlich. Es rechtfertigt ein prinzipiell unendliches Wachstum, indem es zeigt, daß jede Stufe einen Fortschritt bedeutet und keine das Ende des Fortschreitens darstellt. Es versucht den Widerspruch zu versöhnen, indem es endlich Schritt auf ein unendlich entferntes Ziel hin für sinnvoll erklärt. Die sowjetische Wirtschaft schreitet danach von Erfolg zu Erfolg dem unerreichtbaren Ziel zu.

Was hier zum Ausdruck kommt, ist eine besondere Irrationalität der wachsenden Wirtschaft. Diese Irrationalität wurde ursprünglich analysiert am Beispiel des kapitalistischen Erwerbstrebens. Dieses ist irrational, weil es den Gewinn rein um seiner selbst willen anstrebt, das Profitinteresse nur die Rolle eines Motors hat und das Erworbene nie zu einem Gebrauchtwert für den Kapitalisten selbst wird. Max Weber spricht von einer Irrationalität des Rationalisierten.<sup>25</sup>

In dieser Auffassung steht der Profitmaximierung die Bedürfnisbefriedigung gegenüber und es wird überhaupt nicht gefragt, ob dieses irrationale Moment tatsächlich ein Ergebnis eines bestimmten Wirtschaftssystems - des kapitalistischen - oder ein Spezifikum der wachsenden Wirtschaft überhaupt ist. Das Beispiel der Sowjetwirtschaft aber kann dazu dienen, zu zeigen, daß sich kapitalistische und sozialistische Wirtschaft nicht nach den Grundsätzen von Profit- und Bedürfnisinteresse trennen lassen. Es stehen sich vielmehr die Prinzipien von Profit- und Wachstumsmaximierung gegenüber. Der Profitrate entspricht die Wachstumsrate. Die Wachstumsrate aber schafft die irrationalen Momente, die im Kapitalismus das private Handeln beherrschen, als Momente des gesellschaftlichen Handelns aufs neue. Die Irrationalität der Wachstumsmaximierung tritt an die Stelle der Irrationalität der Profitmaximierung und die Mystifikation der Wachstumsrate löst die Mystifikation der Ware ab.

Das Kommunismusbild ist das Argument, mit dem man auf den inneren Widerspruch der wachsenden Wirtschaft antwortet. Da es von Marx ursprünglich als Beschreibung einer Realität, in der alle

852

Widersprüche gelöst sind, gedacht war, mußte es wichtige Umformungen erfahren. Das Kommunismusbild wurde aus der Beschreibung eines Zustandes, in dem es keine Verbesserung mehr geben kann, zur Darstellung eines Prozesses, in dem die Gesellschaft von Stufe zu Stufe vollkommener wird. Versteht man den Kommunismus als die Auflösung sämtlicher gesellschaftlicher Gegensätze, so ist mit solch einem Zustand zwar auch noch eine dauernde Veränderung der Produktivkräfte und der Umwelt vereinbar, nicht jedoch eine dauernde Vervollkommnung. Es kann sich, von einem solchen Zustand aus betrachtet, immer nur um Wandlungen rein quantitativer Art handeln, wobei sich innerhalb einer sich wandelnden Umwelt immer die gleiche Harmonie und Vollkommenheit des Lebens durchsetzt. Die Verwandlung des Kommunusbildes, wie sie im Sowjetsystem sich darstellt, aber muß die Betonung gerade darauf legen, daß jeweils eine Stufe des gesellschaftlichen Fortschritts durch neue Fortschritte überhöht wird. Der Grad der Vollkommenheit muß ständig zunehmen, ohne daß jemals die im Kommunusbild selbst beschriebene Vollkommenheit erreicht werden könnte.

"Man muß natürlich beachten, daß der Sieg des Kommunismus keinen Stillstand in der historischen Entwicklung bedeutet und daß die kommunistische Gesellschaft sich ununterbrochen wandeln und vervollkommen wird. Deshalb kann man nicht genau voraussagen, wie sie aussehen wird, wenn Jahrhunderte oder gar Jahrtausende vergangen sein werden. Die Frage jedoch, wie der Kommunismus aussehen wird, den viele unserer Zeitgenossen miterleben werden, wie die kommunistische Ordnung in ihrer ersten Entwicklungsetappe beschaffen sein wird—diese Frage kann schon heute völlig beantwortet werden." 26

"Aber auch wenn die Menschen diese Höhe erklimmen haben, werden sie nicht stehenbleiben, sich nicht zufriedengeben, nicht in passive Beschaulichkeit verfallen. Im Gegenteil, ihre Energie wird sich steigern. An die Stelle gelöster Aufgaben werden neue treten, die erreichten Ziele werden durch neue, noch verlockendere ersetzt. Das Rad der Geschichte wird sich weiter drehen" 27

"Ebenso wenig hört jemals die Tätigkeit der Menschen auf, die darauf gerichtet ist, die Ordnung der Gesellschaft, in der sie leben, zu vervollkommen: die Formen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung, die Lebensweise der Menschen, die Normen des menschlichen Gemeinschaftslebens und Umgangs". 28

Allerdings wird die ursprüngliche Beschreibung des Kommunismus in wesentlichen Punkten beibehalten.

453

Wir bringen zuerst die Definition des Kommunismus nach dem neuen Parteiprogramm der KPdSU:

"Kommunismus ist eine klassenlose Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden, in der mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Wissenschaft und Technik auch die Produktivkräfte wachsen und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voller fließen werden und wo das große Prinzip herrschen wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Der Kommunismus ist eine hochorganisierte Gesellschaft freier arbeitender Menschen von hohem Bewußtsein, in der gesellschaftliche Selbstverwaltung bestehen wird, in der die Arbeit zum Wohle der "Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis für alle zur bewußt gewordenen Notwendigkeit werden und jeder seine Fähigkeiten mit dem größten Nutzen für das Volk anwenden wird."<sup>29</sup>

Auch die einzelnen Aspekte des Kommunismusbildes bleiben erhalten.

So soll weiterhin das Geld abgeschafft werden.

"Die Notwendigkeit einer Kontrolle über das Maß der Arbeit und das Maß des Verbrauchs entfällt, das Geld wird abgeschafft, die Ware-Geld-Beziehungen verschwinden und damit verändert sich auch von Grund auf der Charakter der Beziehungen zwischen Mensch und Gesellschaft. Die Beziehungen werden endgültig frei von eigensüchtigen Erwägungen, von allem, was die Jagd nach dem Verdienst, nach materiellem Vorteil in sie hineintrag."<sup>30</sup>

Die Verteilung wird sich nur nach den Bedürfnissen richten.

"Im Kommunismus gilt bei der Verteilung der materiellen Güter und geistigen Güter das Prinzip: Jedem nach seinen Bedürfnissen. Mit anderen Worten, die Gesellschaft gibt jedem Menschen, unabhängig von seiner Stellung, von der Quantität und Qualität der Arbeit, die er ihr zu geben vermag, unentgeltlich alles, was er braucht."<sup>31</sup>

"Die Menschen werden sich um so leichter an die kommunistischen Formen der Verteilung gewöhnen können, als dies von ihnen keine künstliche Selbstbeschränkung und kein asketisches, kein entbehrungsreiches Leben verlangt."<sup>32</sup>

Die Arbeit ist freiwillig.

154

"Im Kommunismus werden sich alle Mitglieder der Gesellschaft in der Arbeit ausschließlich von moralischen Impulsen, von ihrem hohen Bewußtsein leiten lassen. Das wird, mit anderen Worten, unentgeltliche Arbeit bei gleichfalls unentgeltlicher Befriedigung aller Bedürfnisse der Schaffenden sein." 33

Zwischen den Menschen herrscht allgemeine Gleichheit.

"Die Gleichheit im Kommunismus ist nicht so zu verstehen, als würden alle Unterschiede zwischen den Menschen beseitigt werden; es verschwinden nur solche Unterschiede und Bedingungen, die einen Unterschied in der sozialen Stellung des Menschen hervorbringen können." 34

"Unlösbare Widersprüche entstehen, wie die Erfahrungen beweisen, infolge von gegensätzlichen Interessen und Ignoranz. Diese Ursachen werden im Kommunismus ausgeschaltet; es bleiben also nur Unterschiede in den Erfahrungen, im Grad der Informiertheit, in der Art der Behandlung einzelner Fragen bestehen. Aber bei der tiefwurzelnden Gemeinsamkeit der Interessen, der Ziele und der Weltanschauung wird es nicht schwer sein, solche Meinungsverschiedenheiten zu überwinden." 35

Die kommunistische Gesellschaft zeichnet sich danach durch die Identität von Einzel- und Gemeininteresse aus.

"Der Kommunismus, der die Produktion, die Verteilung und die Arbeit umgestaltet, gewährleistet gleichzeitig die völlige Verschmelzung der sozialökonomischen Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft." 36

Hierzu gehört auch die Identität von Planungsapparat und Wirtschaftssubjekten.

"Die gesellschaftliche Selbstverwaltung im Kommunismus ist ein Organisationssystem, das die gesamte Bevölkerung umfaßt, die mit Hilfe dieses Systems die unmittelbare Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten verwirklichen wird ... Auf dem Gebiet der Ökonomik - dem wichtigsten Wirkungsfeld der gesellschaftlichen Selbstverwaltung - werden diese Methoden der wissenschaftlichen Planung, der Organisierung freiwilliger Verbindungen und der Zusammenarbeit zwischen Produktionskollektiven und Wirtschaftsbereichen sein." 37

Jeder Zwang fällt dann fort.

"Wenn jeder Zwang aus dem gesellschaftlichen Leben verschwindet, dann werden sich nicht nur die sozialen Bedingungen der künftigen Gesellschaft wandeln, sondern auch der Mensch selbst wird sich wandeln und sich in allem einzig von seinen Überzeugungen und der Erkenntnis seiner moralischen Pflicht leiten lassen." 38

455

**Das Leben ist wieder völlig vermenschlicht.**

"Statt Luxus werden Bequemlichkeiten und wahre Schönheit zu Hauptkriterien für den Wert der Dinge werden; die Menschen werden in den Dingen nicht länger Objekte der Mittelkeit und das Maß für den Lebenserfolg sehen, sie werden nicht länger für den Erwerb von Dingen leben, sondern diese wieder ihrer wahren Bestimmung zuführen, die darin besteht, das Leben des Menschen zu erleichtern und zu verschönern."<sup>39</sup>

Dies ist, kurz zusammengefaßt, das Idealbild, wie es in der sowjetischen Kommunismusvorstellung besteht. Seine wesentlichen Züge stammen unverkennbar von Marx. In diesem Sinne ist auch das sowjetische Kommunismusbild eine Zustandsbeschreibung und zwar eines Zustandes, der in keiner Richtung mehr verbessert gedacht werden kann. Dies bedeutet gegenüber der vorher angeführten Prozessbeschreibung allerdings einen Widerspruch. Eine vollkommene Gesellschaft kann man schlecht noch vollkommener machen.

Die Entstehung dieses Widerspruchs kann man historisch verständlich machen.

Ursprünglich war das Kommunismusbild nur als Beschreibung einer bestimmten Epoche konzipiert, die zu einem festen Zeitpunkt zu erwarten war. Das Reich des Kommunismus sollte jenseits der Revolution beginnen. Je mehr man dann allerdings das Kommunismusbild selbst zu reflektieren begann, um so mehr traten die Fragen nach den Stufen der Entwicklung nach der Revolution auf. Schon Marx nahm hierzu Stellung und begründete in seiner Kritik des Gothaer Programms eine Zweiteilung der Zeit nach der Revolution. Zuerst sei eine Epoche zu erwarten, in der das kommunistische Ziel noch nicht völlig erreicht sei. Dies ist die Epoche, in der die wirtschaftliche Leistung und Verteilung nach dem Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen vor sich geht. Erst im weiteren Verlauf der Entwicklung sei dann der Übergang zum eigentlich kommunistischen Verteilungs- und Leistungsprinzip möglich: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.<sup>40</sup> Schon hiernach war der kommunistische Endzustand nur allmählich und nicht plötzlich zu erwarten.

156

Diese Zweiteilung wurde in den marxistischen Lehrmeinungen beibehalten. Seit 1919 wurden den beiden Perioden besondere Namen gegeben. Die erste Periode nach der Revolution, in der das Prinzip: Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen gilt, hieß fortan Sozialismus, die zweite Periode, in der das Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen gilt, wurde Kommunismus genannt. Diese Namen haben sich bis heute erhalten.<sup>41</sup>

Wenn auch Marx diese Zweiteilung schon andeutet, so hatte er doch noch keine Vorstellung davon, wie sie sich auswirken könne. Im Sowjetsystem aber mußten diese Prinzipien verwirklicht werden. So trat man als erstes in den Aufbau des Sozialismus ein. Als diese vollendet war, verlor der Sozialismus seinen Charakter als Zukunftsbild. Es ist sehr verständlich, daß darauf der eigentliche kommunistische Zustand als unmittelbar bevorstehend erklärt wurde. 1953 wurde beschlossen, daß der Aufbau des Kommunismus selbst zu beginnen hätte und die heutige Phase der Sowjetwirtschaft versteht sich als Phase der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus. Jenseits dieser Phase beginnt der eigentliche Kommunismus.

Für die Sowjets sieht daher die Zwei-Phasen-Einteilung ganz anders aus als für Marx. Sie befinden sich in der sozialistischen Phase und erwarten den Kommunismus für die Zukunft, während Marx noch innerhalb einer kapitalistischen Umwelt das neue System entwarf. Von Marx aus gesehen war es die Aufgabe des Tages, ein Wirtschaftssystem mit Plankoordination zu begründen, von dem aus der Übergang zum Kommunismus eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Die Sowjets hingegen leben in einem System der Plankoordination und müssen sich über das Endziel verständigen.

Von Marx aus gesehen war es die revolutionäre Tätigkeit, die dem Endziel näher brachte. Vom Standpunkt der Sowjets hingegen ist es die wirtschaftliche Tätigkeit, die den Weg zum Kommunismus ebnet. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß die revolutionäre Tätigkeit rein instrumental auf die Umwälzung der Gesellschaft hingelenkt werden konnte, während die für die wirtschaftliche Tätigkeit zur Herbeiführung des Kommunismus nicht gilt. Den

Sozialismus baut man dadurch, daß man das Privateigentum enteignet und ein System der Flankoordination schafft. Man hat hier ein konkretes Ziel, auf das hin gehandelt werden kann. Wenn es auch sicher richtig ist, daß Marx den Aufbau des Sozialismus keineswegs instrumental in dem Sinne aufgefaßt hat, wie er dann später durchgeführt wurde, so bleibt doch die Tatsache, daß man ihn so auffassen konnte.<sup>42</sup> Der Kommunismus aber ist ein Zustand, den man instrumental überhaupt nicht mehr verwirklichen kann. Man kann eine Wirtschaft herstellen, die zentral geplant ist und dabei leidlich funktioniert. Eine Wirtschaft ohne Geld, eine Gesellschaft ohne Staat sind instrumental nicht herzustellen. Privateigentum zu enteignen ist ein mögliches Ziel für das Handeln, kommunistische Lebensverhältnisse aber nicht. Den Sozialismus kann man aufbauen, wie der Architekt sein Haus aufbaut, den Kommunismus aber nicht. Freiwilliges Arbeiten kann man nicht herstellen, wohl aber ein Planungssystem.

Es zeigt sich dann, daß im sowjetischen Sinne der Unterschied von Sozialismus und Kommunismus auch anders beschrieben werden kann. Sozialismus beschreibt diejenigen Elemente der neuen Gesellschaft, die instrumental hergestellt werden können, und Kommunismus als Endzustand die übrigen erwarteten Inhalte. Der Übergang zum Kommunismus ist dann etwas, auf das man warten muß, das zwar mit Notwendigkeit kommt, aber nicht mit Gewalt erzwungen werden kann.

Da es aber mit Notwendigkeit kommt, kann man Kommunismus jetzt auch so definieren: Kommunismus ist derjenige Zustand, der sich bei Weiterführung der sozialistischen Elemente der Wirtschaft mit Notwendigkeit ergibt. Diese Beschreibung ist anders als die reine Beschreibung des Endzustandes. Hier wird einfach gesagt, daß der Kommunismus mit Notwendigkeit kommt, folglich alles, was mit Notwendigkeit kommt, ein Schritt zum Kommunismus ist.

"Die Elemente, die Keime des Kommunismus entstehen nicht nur im Schoße des Sozialismus, werden nicht nur vom Sozialismus geboren, sondern stellen auch eine logische Entwicklung und Vollendung der sozialistischen Verhältnisse, Gesetze und Prinzipien dar. Das ist der Grund, weshalb für den Übergang zum vollentfalteten Kommunismus die sozialistischen Verhältnisse nicht zerstört, sondern vielmehr auf jede Weise gefestigt werden müssen; man braucht für diesen Übergang die Prinzipien des Sozialismus nicht zu bekämpfen, sondern man muß ihnen vielmehr die volle Aktionsfreiheit sichern."<sup>43</sup>

187

Da sich die sowjetische Wirtschaftspolitik an der Maximierung der Wachstumsraten orientiert, bedeutet dies, daß die Maximierung der Wachstumsrate als das geeignete Mittel gilt, um zum Kommunismus zu kommen. Man glaubt jetzt daran, daß eines Tages die wirtschaftliche Situation so sein werde, daß man die Produktivkräfte überhaupt nur noch in kommunistischen Formen weiterentwickeln kann.

Damit bekommt der Weg vom Sozialismus zum Kommunismus zwei Seiten. Der Endzustand gilt als bekannt und ist im Kommunismusbild niedergelegt. Ebenfalls ist das Mittel bekannt, das diesen Endzustand schafft, nämlich die Maximierung der Entwicklung der Produktivkräfte. In der Beschreibung des Weges zum Kommunismus müssen daher Mittel und Ziel nebeneinandergestellt werden.

Die sowjetischen Diskussionsbeiträge widmen sich dieser Aufgabe. Sowohl am Endziel als auch am Weg dazu wird nicht gezweifelt. Sie werden übernommen. Das Problem ist für die sowjetischen Autoren einzig und allein, die Formen des Übergangs zu erklären.

Die Argumentation geht aus von den zwei Phasen des Sozialismus und des Kommunismus. Die Phasen gelten nicht als völlig getrennt, sondern als Phasen einer sich gleich bleibenden kommunistischen Formation. Nach dieser Bezeichnung ist also auch die sozialistische Phase ein Teil der kommunistischen Formation. Die kommunistische Phase bekommt folglich den Namen "höchste Phase des Kommunismus". Die beiden Phasen sind also verschiedene Perioden der gemeinsamen kommunistischen Formation.<sup>44</sup>

Beide Phasen haben sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede. Die Gemeinsamkeit<sup>om</sup> beider Phasen, die zugleich die Berechtigung dafür geben, sie als Phasen der kommunistischen Formation zu bezeichnen, besteht in der Eigentumsordnung.<sup>45</sup> Es herrscht beidemal gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln. Damit hängt zusammen, daß die Produktion auf die ständig wachsenden Bedürfnisse der Menschen gerichtet ist. Die Gesellschaftsstruktur selbst wird also durch den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus nicht verändert, vielmehr verändern sich nur Modalitäten.<sup>46</sup> Als wichtiger Unterschied von Sozialismus und Kommunismus gilt der Unterschied in



der Höhe der Produktivkräfte. Daraus folgen dann andere Unterschiede. So werden die verschiedenen Eigentumsformen in ein gemeinsames gesellschaftliches Eigentum hinüberwachsen. Schließlich fällt im Kommunismus das Geld und der Handel fort.

Aus der engen Zusammengehörigkeit beider Phasen ergibt sich die konservative Wirkung des Kommunismusbildes. Es ist ein Versprechen, das nur gehalten wird, wenn das unter sozialistischen Vorzeichen begründete Wirtschaftssystem erhalten bleibt. Es ist letztlich nichts weiter als die Beschreibung der Möglichkeiten, die in dem sozialistischen Wirtschaftssystem bereits angelegt sind.

"Anders gesprochen, geht die Rede hier nicht über die Ersetzung einer gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formation durch eine andere, sondern über die Entwicklung innerhalb einer Formation, die auf dem Wege über allmähliche quantitative und qualitative Änderungen vor sich gehen kann."<sup>47</sup>

"Beide, Sozialismus und Kommunismus stellen zwei Phasen einer und derselben gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formation dar und deshalb kann der Übergang von der ersten zur zweiten Phase stattfinden über eine maximale Stärkung des Sozialismus, über die Ausnützung der in ihm herrschen Gesetze."<sup>48</sup>

Die beiden Phasen stellen hiernach lediglich unterschiedliche Reifegrade ein und derselben Formation dar. Daher läßt sich auch in keinem Land der Welt die Phase des Sozialismus überspringen, so daß man direkt den Kommunismus verwirklichen könnte. Während Völker durchaus solche gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formationen wie die Sklavenwirtschaft oder auch den Kapitalismus überspringen können, ist dies beim Sozialismus unmöglich. Sozialismus ist daher offensichtlich als die Periode der Begründung des Wirtschaftsystems verstanden, während der Kommunismus die Periode der Reife der kommunistischen Formation darstellt.<sup>49</sup>

Es fragt sich dann natürlich, welchen Sinn die Unterscheidung, die sich so gewichtig gibt, überhaupt noch haben soll.

Der Unterschied beider Phasen wird zunehmend ausgehöhlt.<sup>50</sup> Dies geschieht dadurch, daß man den Eintritt der höchsten Phase des Kommunismus nicht mehr identisch definiert mit dem Erreichen des

kommunistischen Endzustandes. Der Übergang zum Kommunismus als Phase ist danach bereits möglich, wenn dieser Endzustand noch nicht verwirklicht ist, d.h. wenn das Geld und der Staat noch nicht abgeschafft sind. So fragt Stepanjan danach, welche Bedingungen gesellschaftlich-wirtschaftlicher Art zumindest erfüllt sein müssen, damit man davon sprechen kann, daß die Gesellschaft in ihre kommunistische Phase getreten sei. Als Antwort weist er darauf hin, daß der Kommunismus eintreten könne, wenn die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus vollendet sei.<sup>51</sup> Das ist selbstverständlich. Aber das Zeichen dafür, daß dies tatsächlich soweit sei, sieht man nach Stepanjan im gigantischen Maßstab der angewendeten Technik.<sup>52</sup> Der wahrscheinlichste Zeitpunkt für die Deklamation des Kommunismus ist deshalb wohl die Überholung des Standes der Arbeitsproduktivität der USA.

Aber dies ist nicht der Vollkommunismus, nicht der vollkommene Endzustand. Es ist lediglich der Beginn der kommunistischen Phase der Geschichte.

"Es versteht sich, daß auch die materiell-technische Basis des Kommunismus nicht als stagnierend betrachtet werden darf: sie wird sich unablässig vervollkommen, sich verändern und dabei den Reifegrad des Kommunismus, seine Entwicklungsetappe, bestimmen."<sup>53</sup>

Stepanjan stellt noch ausdrücklich klar, daß man nicht den vollen Kommunismus erwarten darf:

"Hieraus folgt, daß man die Geburt des Kommunismus nicht metaphysisch, sondern dialektisch betrachten muß. Man muß bei der Begründung der kommunistischen Gesellschaft bestimmte Stufen sehen, man darf nicht vergessen, daß der Kommunismus, der in naher Zukunft verwirklicht werden wird, sich in bezug auf seine Reife äußerst stark unterscheiden wird von jener kommunistischen Gesellschaft, welche nach 100-200 Jahren bestehen wird."<sup>54</sup>

An einer anderen Stelle spricht Stepanjan von der höchsten Phase des Kommunismus, die es zu erreichen gelte, während er den Zustand, in dem es kein Geld und keinen Handel mehr gibt, Vollkommunismus nennt.<sup>55</sup>

468

"Als Ergebnis erweitert sich das Geltungsgebiet der wirtschaftlichen Gesetze der neuen Formation, sie erfassen immer tiefer und voller den gesamten Prozeß der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung und schließlich findet das wirtschaftliche Grundgesetz seinen vollsten, adäquaten Ausdruck im kommunistischen Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen." 56

Dieser letztlich anzustrebende Zustand liegt dann aber jenseits des Übergangs zur sogenannten kommunistischen Phase. Die Verwirklichung des kommunistischen Verteilungsprinzips wird also in der höchsten Phase des Kommunismus zunehmend immer vollkommener werden. Wenn man bedenkt, daß dieser Vervollkommnungsprozeß nach Stepanjans eigenen Worten <sup>57</sup> Jahrhunderte dauern wird und sich dann immer noch weiter vervollkommet, heißt dies genau dasselbe, wie dass er nie verwirklicht wird. Seine Verwirklichung ist eben ein unendlicher Prozeß.

Die Bezeichnungen dialektisch und metaphysisch bekommen damit eine eigenartige Ausprägung. In diesem Sinne würde man den gleichen Prozeß von zwei Seiten sehen können. "Metaphysisch" gesehen erreicht er sein Ziel nie, weil es ja ein unendlicher Prozeß ist. Sieht man ihn hingegen "dialektisch", so denkt man sich diesen unendlichen Prozeß in einen Zustand zusammengezogen, so daß das Ziel als realisierbar gilt.

"Die praktische Verwirklichung des Prinzips 'Jeder nach seinen Leistungen, jedem nach seinen Bedürfnissen' wird das Kriterium sein, an dem sich die Vollendung des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft mißt, welche einem neuen Zeitalter seine weitere grenzenlose Entwicklung sichert." 58

"In der gegenwärtigen Etappe geht die Verteilung der produzierten Güter prinzipiell (aber nicht insgesamt!) nach sozialistischem Prinzip vor sich, wobei der individuelle Kanal zur Bedürfnisbefriedigung vorherrschende Bedeutung hat. In den folgenden Stappen des kommunistischen Aufbaus wird die Verteilung, nach Maßgabe des Wachstums der gesellschaftlichen Produktion, des kommunistischen Bewußtseins der Massen und der Vorbereitung entsprechender organisatorischer Voraussetzungen, zur Hauptsache gemäß dem Prinzip des Kommunismus verwirklicht werden, mit einem Vorherrschen des gesellschaftlichen Kanals der Bedürfnisbefriedigung." 59

Dieses Vorherrschen des gesellschaftlichen Kanals der Bedürfnisbefriedigung kann sich dann durch die Jahrtausende hindurch ständig und ununterbrochen verstärken.

168

Diese Klarstellung, daß man vom Übergang zum Kommunismus nicht die Verwirklichung des Endziels erwarten darf, findet sich noch an vielen anderen Stellen. Dies geht z.T. soweit, daß expressis verbis betont wird, daß die Ware-Geld-Beziehung auch in der höchsten Phase des Kommunismus noch beizubehalten sei. In dieser Richtung argumentiert Ostrovitjanov. Er erklärt dies natürlich nicht aus der Notwendigkeit des Geldes überhaupt, sondern aus dem Nebeneinanderbestehen von kapitalistischen und sozialistischen Eigentumsordnungen. Die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen sollen die Notwendigkeit des Geldes weiterhin begründen.<sup>60</sup> Dies ähnelt sehr der Begründung, die ursprünglich Stalin für das Geld im Sozialismus gab. Stalin hielt ja das Geld im Sozialismus deshalb für notwendig, weil es in der Sowjetunion zwei verschiedene Formen des gesellschaftlichen Eigentums gebe. Es ist allerdings ebenso wahrscheinlich, daß diese Gelderklärung im Kommunismus ein ähnliches Schicksal erleiden wird wie die Stalinsche Gelderklärung im Sozialismus erfuhr.

Die häufigste Art jedoch, in der sowjetische Autoren klarstellen, daß unter Übergang zum Kommunismus nicht die Verwirklichung des Endziels zu betrachten sei, ist anders. Sie weisen darauf hin, daß auch im Sozialismus schon Elemente des Kommunismus enthalten seien, wobei aber die sozialistischen Elemente überwiegen. Die höchste Phase des Kommunismus aber gilt als erreicht, wenn die kommunistischen Elemente den Wirtschaftsprozess hauptsächlich bestimmen. Der Endzustand selbst ist dann selbstverständlich noch nicht erreicht.

Die Ziele des Kommunismus lesen sich dann völlig anders. So wird der Übergang zu einem Zustand mit Arbeit als erstem Lebensbedürfnis folgendermaßen beschrieben.

"Doch beim Übergang zum Kommunismus muß sie (die materielle Interessiertheit) immer mehr durch moralische Impulse ergänzt werden, bis diese schließlich die beherrschende Rolle spielen."<sup>61</sup>

oder

"Kommunistische Einstellung zur Arbeit ist in erster Linie die Bereitschaft und der Wunsch, gut zu arbeiten und zwar nicht deswegen, weil jemand dazu treibt und nicht nur, weil davon der Verdienst abhängt, sondern auch aus tiefer Einsicht und dem Bewußtsein moralischer Verpflichtung."<sup>62</sup>

Arbeit als erstes Lebensbedürfnis bekommt damit ein völlig neues Aussehen.

"Für Millionen sowjetischer Menschen wird die Arbeit immer mehr zum ersten Lebensbedürfnis. Sie liefert ihnen nicht bloß die Mittel für den Lebensunterhalt, sondern bereitet ihnen auch Freude und ruft das Gefühl tiefer Befriedigung hervor ... Im Sozialismus ist es jedoch noch nicht zur Norm, zum natürlichen Bedürfnis aller Menschen geworden, für das Gemeinwohl zu arbeiten." 63

"Wir können heute bereits sagen, daß für viele sowjetische Menschen die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis geworden ist. Neben der Erhöhung der Rolle der materiellen Interessiertheit gewinnen die gesellschaftlichen, moralischen Impulse ständig wachsende Bedeutung." 64

Damit sind moralische Impulse zur Arbeit und materielle Interessiertheit als vereinbar erklärt und Arbeit kann erstes Lebensbedürfnis sein, auch wenn sie in Geldeinkommen bezahlt wird. Ljapin dreht den alten Begriff sogar völlig um, wenn er das Einkommensmotiv als Mittel zur Erzielung eines neuen Arbeitsethos nennt.

"Gleichzeitig fördert die Verteilung nach der Arbeitsleistung die gesellschaftlichen, moralischen Impulse zur Arbeit, erzieht die Menschen zur sozialistischen Disziplin und macht die Arbeit zur Pflicht für alle." 65

Die Ausschließlichkeit, mit der Marx Einkommensinteresse und Arbeit als erstes Lebensbedürfnis getrennt hatte, wird damit aufgehoben.

"So entwickelt sich, gleichzeitig mit dem Leistungsprinzip und neben diesem auch bereits das kommunistische Prinzip der Verteilung. Jedoch wird in der sozialistischen Periode immer das Leistungsprinzip das entscheidende bleiben, das es den Erfordernissen der Entwicklung in dieser Etappe entspricht. Erst im weiteren, direkten Übergang zum Kommunismus wird sich dann das Schwergewicht immer mehr auf die Verteilung nach Bedürfnissen verschieben." 66

Der Zustand überwiegend gesellschaftlichen Verbrauchs wird dann folgendermaßen beschrieben:

"Charakteristisch ist, daß der unabhängig von der Leistung ermöglichte Verbrauch in sehr hohem Maße ein kollektiver Verbrauch ist, für den auch immer zahlreichere Gebäude und Anlagen, kulturelle und soziale kollektive Einrichtungen geschaffen werden: Kindergärten und Sanatorien, Bildungseinrichtungen und Wohnheime, Großküchen, Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe usw." 67

Ähnlich in bezug auf den Planungsapparat. Nach Marx handelt es sich dabei um eine Assoziation von freien Produzenten. Es wird daraus die Erwartung eines Fortdauerns des heutigen Planapparates, der mit einem Maximum an örtlicher Initiative zu verbinden sei.

"Es unterliegt keinem Zweifel, daß die wirtschaftlich-organisatorische Funktion als Funktion einer zentralen Leitung der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Wirtschaft, in irgendeiner Form und durch irgendein gesellschaftliches Organ wahrgenommen, weiterbestehen wird ... Unbestreitbar jedoch ist, daß sie, nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, die streifte zentrale Leitung mit einem Maximum an örtlicher Initiative vereinigen wird. Die wachsende Mitarbeit und direkte Beteiligung der Massen an der Leitung von Staat und Wirtschaft, solche Organisationsformen wie die ständigen Produktionsberatungen der Betriebe, die ständig wachsende Beteiligung an den Kommissionen der Sowjets usw. sind Elemente einer solchen Entwicklung." 68

Auch hier ist wieder dieselbe Art des Ausdrucks wie oben. Die Masseninitiative wächst eben dauernd und sie wird ewig weiterwachsen. In der Sowjetunion wächst sie bereits seit der Oktoberrevolution ununterbrochen. In ähnlicher Weise wird das Problem des Absterbens des Staates behandelt:

"Jedoch tritt in diesem Kampf, wie in der gesamten Tätigkeit des Sowjetstaates, das Element des Zwanges immer weiter zurück zugunsten von Methoden der Erziehung, der Überzeugung, der Einwirkung des Kollektivs und der Öffentlichkeit." 69

Entscheidend sind hierbei die Worte "immer weiter", durch die jeweils der volle Anspruch zurückgenommen wird. Übrig bleibt dann eine bestimmte Art, die Wirklichkeit zu sehen. Jede Einzelheit in der Gegenwart muß als Moment eines endlosen Prozesses gesehen werden. Das Wachstum der örtlichen Masseninitiative ist Teil eines durch Jahrhunderte sich verstärkenden Prozesses, so auch das Absterben des Staates, die Herausbildung der Arbeit als erstes Lebensbedürfnis. Das Endziel ist lediglich der auf einen Punkt zusammengezogen gedachte Prozeß. In dieser Art sehen zu können, heißt dialektisch sehen.

Auch Chrusčev muß daher den Übergang zur höchsten Phase des Kommunismus vom Erreichen des Vollkommunismus trennen. Er geht dabei von der Vorstellung voller Bedürfnisbefriedigung im Kommunismus aus. Seine Definition des Zustandes ist Überraschend.

"Die volle Befriedigung des Bedarfs aller Sowjetmenschen an Nahrung, Wohnung und Kleidung in notwendigen und vernünftigen Grenzen wird man sicherlich in nicht ferner Zukunft verwirklichen können. Man braucht nicht viel Zeit, um - sagen wir - die Schüler mit kostenlosem Frühstück und Mittagessen zu versorgen, um alle Kinder in Kindergärten und -krippen in Internatsschulen mit vollem Unterhalt auf Kosten der Gesellschaft zu erfassen. Was die erwachsene Bevölkerung betrifft, so muß man bedenken, daß der Bedarf an Existenzmitteln nicht grenzenlos ist. Ein Mensch kann beispielsweise an Brot und anderen Nahrungsmitteln nicht mehr verbrauchen, als für seinen Organismus notwendig ist. Es gibt auch gewisse Grenzen bei der Kleidung und bei der Wohnung. Gewiss, wenn von der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen die Rede ist, sind nicht die Launen und nicht die Ansprüche auf Luxusbedürfnisse gemeint, sondern die gesunden Bedürfnisse eines kulturell entwickelten Menschen." 70

Während diese "volle Bedürfnisbefriedigung" bereits in absehbarer Zeit mit dem Beginn der kommunistischen Phase gegeben sein soll, braucht es eine längere Zeit, bis der volle Kommunismus da ist. Dies einmal von der Seite der Arbeit aus betrachtet:

"Eine längere Frist ist notwendig, damit sich bei den Menschen das innere Bedürfnis herausbildet, nach Fähigkeiten zu arbeiten. Solange das nicht der Fall ist, kann die Gesellschaft nicht ohne eine bestimmte Normung der Arbeitszeit auskommen, in der jeder Arbeitsfähige eine bestimmte Menge Arbeit zur Schaffung der von der Gesellschaft benötigten Werte leisten muß." 71

Ähnlich verhält es sich auf der Konsumseite:

"Die Notwendigkeit, die Verteilung der Produkte unter den Mitgliedern der Gesellschaft zu regulieren, entfällt erst im Kommunismus, wenn die Produktivkräfte soweit entwickelt sind, daß ein Überfluß an allen notwendigen Konsumgütern erreicht wird, und wenn alle Menschen freiwillig und unabhängig von der Menge der erhaltenen materiellen Güter unter vollem Einsatz ihrer Fähigkeiten arbeiten werden, wenn sie sich dessen bewußt sind, daß dies für die Gesellschaft notwendig ist." 72

Im Gegensatz zu oben, wo er von "voller Befriedigung des Bedarfs" spricht, spricht Chrusčev hier von einem Überfluß. Aber selbst hier ist nur ein "Überfluss an notwendigen Konsumgütern" angesprochen, so daß die Verteilung von Luxusgütern weiter geregelt werden muß.

Dieses Bild vom Zustand der vollen Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse ist ganz anders als die Beschreibung des Endziels vermuten lassen würde. Man kann natürlich Kinder und Schüler umsonst versorgen, man kann sicher auch bestimmte Güter überhaupt umsonst verteilen. Wenn man mit dem Übergang zur höchsten Phase des Kommunismus nicht mehr meint, kann man diesen Übergang natürlich vollziehen.

Damit werden zunehmend in die zu erwartende "höchste Phase des Kommunismus" instrumental-herstellbare Kennzeichen interpretiert, um noch eine Annäherung an den Kommunismus behaupten zu können. Der Endzustand selbst wird damit als ein darüber hinaus gehendes Ziel gefaßt, das Vollkommunismus heißt und die instrumental nicht herstellbaren Elemente des Kommunismusbildes erfaßt.

Für unseren Zusammenhang ist wesentlich, daß durch diese Neuinterpretationen der Kommunismus zu einer Entwicklungsphase wird, in der das kommunistische Endziel weiterhin Motor der weiteren Entwicklung ist. Den Kommunismus erreicht zu haben und auf den Kommunismus zustreben, das sind vereinbare Sachverhalte geworden.

Der Kommunismus wird damit zu einem permanenten Versprechen auf die Zukunft, Der morgige Tag wird besser sein als der heutige und daher ist es wert, sich am heutigen Tage anzustrengen. Am morgigen Tag wiederum gilt dasselbe. Der Kommunismus wird zu einem "konkreten Ideal".<sup>13</sup>

"Das kommunistische Ideal ist nicht nur ein Traum, ein schönes Ziel, ein ideales Musterbild der Zukunft, sondern zugleich auch die praktische Bejahung alles Guten als allgemeiner Norm, als allgemeinen Vorbildes. Indem dieses Gute zur Norm wird, wird es im Laufe der weiteren Entwicklung durch ein noch höheres Tun ersetzt."<sup>14</sup>

Das Endziel als vollendeter, erreichter Zustand der Vollkommenheit der Lösung aller Widersprüche wird als Gegenstand der Spekulation abgelehnt. Ein Prozeß soll durch das Kommunismusbild begründet werden und kein Zustand.



118

"Spekulationen über fernste Zukunft zum Schwerpunkt philosophischer Überlegungen zu machen, ist unfruchtbar, lenkt ab vom Leben und der aktiven Teilnahme an der Gestaltung unserer Gegenwart und nächsten Zukunft." 75

"Die Kenntnis der Gegenwart, ihrer Entwicklungsbedingungen, der wesentlichen Entwicklungsgesetze ermöglicht die wissenschaftliche Voraussicht nur der nächsten Etappe, wohin sich die Gesellschaft bewegt. Spekulationen über das Endziel sind dem Marxismus fremd." 76

"Nicht Endzweck und Endziel, sondern unendlicher Prozeß in endlichen Erscheinungsformen der Materie - das ist der Standpunkt des dialektischen und historischen Materialismus." 77

Dies entspricht der oben angeführten Beschreibung des Ideals. Sinnvoll handelt der Mensch daher nur, wenn er sein Tun auf Ziele lenkt, die in seiner Epoche erreichbar sind. Die nächste Epoche wird sich wieder erreichbare Ziele stellen, so daß ein endloser Prozeß zustande kommt. Das Kommunismusbild unterliegt diesem Prozeß zwar als treibende Kraft, es ist aber als vollkommener Zustand, über den man nicht mehr hinaus könnte, niemals gegeben.

Daraus folgt eine Zweiteilung des Zukunftsbildes. Es gibt die Rechtfertigung eines dauernden Prozesses und zugleich die Vorstellung einer bestimmten zu erreichenden Stufe, die jeweils die nächste Etappe des gesellschaftlichen Fortschritts darstellt. Beides greift natürlich ineinander. Der Prozeß, der zu rechtfertigen ist, ist ein Prozeß zu immer größerer Vervollkommnung, zu einer Vervollkommnung, die nie als erreicht betrachtet werden kann, der man aber immer näher kommt. Die einzelne Etappe hingegen spiegelt jeweils einen bestimmten Grad von Vollkommenheit wieder. Diese Etappe kann so kurz bemessen sein, daß sie bereits Gegenstand des Wirtschaftsplans wird. Die längste hier bekannte Periode ist die von 20 Jahren. Darunter stehen die durch 5 oder 7-Jahrespläne angegebenen Stufen. Hier sind der Phantasie natürlich ziemliche Grenzen gesetzt. Je länger aber die Etappe gewählt wird, über die zu sprechen ist, um so weniger Zwang braucht sich die Phantasie aufzuerlegen. Nur muß sie immer beachten, daß sie als Phantasie immer noch zu arm ist, um die Fülle des in noch längeren Zeiträumen zu

161

Erreichenden zu umfassen. Dies ist wichtig, damit der Prozeß selbst sich als unendlich darstellen kann.

Diese Zweiteilung ist entscheidend wichtig. Das Etappenziel selbst ist realistisch, es erlaubt, die Großartigkeit des demnächst zu erreichenden Zustandes zu beschreiben, den die heute "zwanzig-jährigen noch erleben werden". Das Etappenziel ist immer konkret, enthält verwirklichtbare Größen. Dabei braucht es natürlich nicht so zu sein, daß dieses Etappenziel auch wirklich erreicht wird. Solch ein Ziel etwa, wie die Überholung der USA in der pro-Kopf-Produktion in 10 Jahren ist vielleicht unrealistisch in bezug auf die gesetzte Zeit. Aber es ist im Prinzip realistisch, Es setzt ein Ziel, das vielleicht nicht in 10 Jahren, aber doch überhaupt erreichbar ist. Nur solche Ziele aber gehen in die Etappenpläne ein. Eine prinzipielle Kritik an den Etappenzielen ist daher nicht möglich.

Der Kommunismus hat, wenn man diese Etappenziele aneinanderreihet, den Charakter einer technischen Utopie. Dies liest sich dann folgendermaßen:

"Erforderlich ist: das Leben der Menschen im Durchschnitt bis auf 150 bis 200 Jahre zu verlängern, Infektionskrankheiten auszumerzen, nichtinfektiöse Krankheiten auf ein Minimum zu reduzieren. Alter und Ermüdung zu besiegen und zu lernen, dem Menschen bei frühzeitigem oder zufälligem Tod das Leben wiederzugeben; ..... alle auf der Erde bekannten Stoffe bis zu den kompliziertesten - den Eiweißen - sowie auch in der Natur unbekannte Stoffe industrielle zu erzeugen, Stoffe, die härter sind als Diamant, hitzebeständiger als Schamotte, Stoffe mit höherem Schmelzpunkt als Wolfram und Osmium, schmiegsamer als Seide, elastischer als Gummi; neue Tierrassen und Pflanzensorten zu züchten, die schneller wachsen, mehr Fleisch, Milch, Wolle, Getreide, Obst, Fasern, Holz für den Bedarf der Volkswirtschaft liefern; ..... zu lernen, das Wetter zu beherrschen, den Wind und die Wärme so zu regulieren, wie heute Flüsse reguliert werden, Wolken zu vertreiben und nach Belieben Regen und Schönwetter, Schnee und Hitze hervorrufen." H

Dies sind Ziele, die - so phantastisch sie klingen - im Rahmen des vielleicht einmal technisch möglichen bleiben. Aber man muß daneben unbedingt die andere Seite des Kommunismusbildes sehen, die eine vollkommene Gesellschaft verspricht und damit der technischen Entwicklung erst ihre Motive vermittelt.

Als Rechtfertigung eines dauernden Prozesses hingegen muß das Kommunismusbild einen zukünftigen Zustand vorstellen, der prinzipiell nicht erreichbar ist. Es ist dies der Zustand der vollkomme-

nen Gesellschaft.

Diese Rechtfertigung des endlosen Prozesses hat einmal eine rein ökonomische Funktion. Der Anstieg des Produkts kann nur an der Wachstumsrate, nicht an der Erreichung konkreter Ziele gemessen werden. Hat man etwa das prinzipiell realistische Ziel, in absehbarer Zukunft alle Menschen in den von Strumilin beschriebenen Kulturpalästen wohnen zu lassen, so ist dies kein Grund, heute konkret dieses Ziel anzugeben. Man würde ja sonst beginnen, einen Kulturpalast nach dem anderen zu bauen, und bei dem heutigen Stand der Arbeitsproduktivität wären die ersten schon wieder verfallen, bis die letzten fertig sind. Nicht das konkrete Ziel darf angesteuert werden, sondern die Wachstumsrate muß im Mittelpunkt stehen. Ist diese gesichert, so kommt auch der Tag, an dem man diese Kulturpaläste bauen kann. Das Kommunismusbild rechtfertigt diese Ausrichtung auf die Wachstumsrate als endlosen Prozeß.

Aber das Kommunismusbild hat noch eine andere Funktion. Es orientiert das Handeln auf die Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft im Namen des Weges zu immer vollkommeneren Stufen der Gesellschaft. Es wird damit zur Legitimierung der heute zu erbringenden wirtschaftlichen Leistungen. Es wird zur Grundlage für Ansprüche von seiten der Gesellschaft an den Einzelnen. Es wird zur in die Zukunft verlegten materiellen Basis für gegenwärtige Moralpredigt. Im Namen des besseren Zustandes, der morgen erreicht wird, kann vom Individuum heute verlangt werden, daß es sich in die Gesellschaft einordnet, daß es seine Interessen unter das Gesamtinteresse stellt. Man benutzt dabei die Beschreibung des kommunistischen Endzustandes als Mittel zur Freisetzung moralischer Impulse, wobei die Frage, ob dieser Zustand tatsächlich erreicht wird, unerheblich wird. Dieser Endzustand wird weiterhin als ein Identitätssystem aufgefaßt, dessen sich jetzt der einzelne würdig erzeigen muß. Aber, und dies ist ein völliges Abgehen von der Marxschen Vorstellung, die Identität von Einzel- und Gemeininteresse setzt sich nicht mehr unmittelbar durch. Das Individuum muß sich vielmehr dem Gemeininteresse unterordnen. Der Mensch muß daher dazu erzogen werden. Die Identität von Individuum und Gesellschaft ist nicht von vornherein gegeben, sondern das Individuum muß zur Anerkennung dieser Interessengemeinsamkeit gebracht werden.

Der Marxsche Ausgangspunkt wird damit völlig umgedreht. Es ist nicht mehr eine materielle Basis, die die Identität von Individuum und Gesellschaft unmittelbar einsichtig macht, sondern umgekehrt soll der Mensch zur Unterordnung unter das Gesamtinteresse erzogen werden, damit der Kommunismus verwirklicht werden kann.

So ist nach Strukow in einer automatischen Dreherei die technische Kontrolle dadurch verbessert worden, daß sie in Zukunft durch das Gewissen vorgenommen wird.

"Die Arbeiter der automatischen Dreherei sind dem eigenen Gewissen gegenübergestellt." 81

Seltsam ist, daß trotzdem die Behauptung aufrechterhalten wird, es gebe im Sozialismus eine unmittelbare Identität von Einzel- und Gemeininteresse.

"Unter den Bedingungen des Sozialismus verliert der uralte Zwist zwischen Persönlichkeit und Gesellschaft seinen Boden; das Glück jedes einzelnen Bürgers steht in direktem, unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wohl der Gesellschaft als Ganzem." 82

Gromow ist sich über die Ungeheuerlichkeit einer solchen Behauptung offensichtlich gar nicht im klaren. Ein Satz, wie der folgende von Arbatow kann erläutern, wie auch hier die ursprünglichen Begriffe völlig verwandelt werden.

"Die Erkenntnis zum Beispiel, daß die persönlichen und die gesellschaftlichen Interessen zusammenfallen, muß natürlich bei jedem einzelnen Menschen im Kommunismus auf einer viel höheren Stufe stehen, als es selbst bei denjenigen Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft mit einem hochentwickelten Bewußtsein der Fall ist." 83

Man braucht danach ein hochentwickeltes Bewußtsein, um diese Identität einsehen zu können. Dies kann ja nichts anderes heißen, als daß die Interessen von Individuum und Gesellschaft eben nur indirekt verknüpft sind. So sagt auch Kostin:

"... doch darf man nicht vergessen, daß im Kommunismus jeder Werktätige den gesellschaftlichen Interessen den Vorrang geben wird, auch wenn sie nicht immer mit seinen Wünschen übereinstimmen." 84

171

Schließlich behauptet Arbatow, bereits heute sei dieses hohe Bewußtsein schon weit entwickelt.

"Nicht Gewinnsucht trieb die Sowjetmenschen, zum Beispiel auf die Baustellen der ersten Planjahrhünfte, nicht die Gewinnsucht veranlaßte sie, bei Magnitogorsk und am Dnepr, in Komсомolsk und an der Turkestan-Sibirischen Bahn so heroische Leistungen zu vollbringen, sondern die Sorge um das Allgemeinwohl und ihr hochentwickeltes Bewußtsein." 85

Verwirklichung des Kommunismus wird damit als eine Sache des Bewußtseins aufgefaßt. Zwar müssen die Produktivkräfte hoch entwickelt sein, damit ein solches Bewußtsein entstehen kann, aber die Verhältnisse der kommunistischen Gesellschaft entstehen doch dadurch, daß sich dies Bewußtsein als eigener selbständiger Faktor herausstellt.

"Bei allen Mitgliedern der Gesellschaft wird sich infolge des veränderten Charakters der Arbeit und ihrer zunehmenden Technisierung sowie dank dem hohen Bewußtsein das innere Bedürfnis entwickeln, freiwillig und gemäß ihren Neigungen für das Gemeinwohl zu arbeiten." 86

"Die kommunistische Produktion erfordert einen hohen Grad der Organisiertheit, Exaktheit und Disziplin, der nicht durch Zwang gesichert wird, sondern durch gesellschaftliches Pflichtbewußtsein, durch die gesamte Lebensweise der kommunistischen Gesellschaft." 87

Im neuen Programm der KPdSU steht die Entwicklung dieses Bewußtseins im Mittelpunkt der Kommunismusbeschreibung. Der Verweis auf den Kommunismus als Zustand wird hier ganz offensichtlich dazu benutzt, ein Bewußtsein zu erzeugen, das den gesellschaftlichen Zielen gemäß ist. \

"Beim Übergang zum Kommunismus spielen die ethischen Prinzipien im Leben der Gesellschaft eine immer größere Rolle, die Wirkungssphäre des moralischen Faktors erweitert sich und dementsprechend schrumpft die Sphäre, in der die Beziehungen zwischen den Menschen administrativ geregelt werden." 88

Die Zustandsbeschreibung des Kommunismus, die oben bereits angeführt wurde, wird daher jetzt von der Entwicklung des notwendigen Bewußtseins her gesehen. Die Produktivkraft und ihre Vergrößerung

gilt immer noch als Bedingung für weitere Vervollkommnung der Gesellschaft, aber daneben soll jetzt das Bewußtsein als eine eigene Kraft tätig werden. Die sowjetische Auffassung geht dabei soweit, die Erfüllung der Normen der kommunistischen Moral, die Entwicklung eines hohen Bewußtseins usw. als diejenigen Momente herauszustellen, die bei gestiegenen Produktivkräften die schließliche Verwirklichung des Kommunismus als Zustand bewirken werden.

Aber aus der Kritik der Kommunismusvorstellung im ersten Abschnitt der Arbeit ergibt sich schon, daß dies eine völlige verfehlte Erwartung ist.

Wir hatten dort das Geldproblem in den Mittelpunkt der Analyse gestellt. Gerade am Geldproblem läßt sich auch am leichtesten zeigen, daß die Verwirklichung des Kommunismus mit Hilfe der Entwicklung einer kommunistischen Moral nicht möglich ist. Die Notwendigkeit, eine kommunistische Moral entwickeln zu müssen, beweist vielmehr, daß man den Kommunismus nicht verwirklichen kann.

Gerade dies zentrale Element des Kommunismusbildes - das Verschwinden des Geldes - hängt vom Bewußtsein, von der Höhe der Moral nicht ab. Als wesentliche Bedingungen werden von kommunistischer Seite immer genannt, daß die Arbeit erstes Lebensbedürfnis sein müsse und der Mensch als Konsument die vernünftigen Bedürfnisse beschränkt. Aber die Notwendigkeit des Geldes hat mit der Bereitschaft des Individuums, freiwillig zu arbeiten oder sich als Konsument freiwillig zu beschränken, gar nichts zu tun. Er muß ja erfahren, welche Arbeit freiwillig zu tun ist und welche Richtung die Konsumtion freiwillig einschlagen soll. Diese Funktion des Geldes aber, solche Richtungen anzuzeigen, kann nicht einmal dadurch aufgehoben werden, daß die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis wird und daß der Konsum sich auf die faktisch gegebenen Möglichkeiten beschränkt. Er muß die faktisch gegebenen Möglichkeiten eben wissen. Die sich dabei als notwendig ergebenden Indices sind Geld. Sie können gar nicht anders genannt werden. Geld ist das Mittel, um diese notwendigen Funktionen in der wachsenden Wirtschaft zu erfüllen.

Soweit das einzelne Wirtschaftssubjekt nun Wünsche hat, die den durch das Geld abgesteckten Rahmen überschreiten, sieht es sich objektiven Gesetzen gegenüber. So, wenn es Konsumwünsche hat, die über die Gesamtgröße seines Anteils am Konsumfonds hinausgehen und oder als Arbeiter einen Beruf ausüben möchte, der nicht mehr gebraucht wird, so daß es sich umstellen muß. Man kann nun annehmen, eines Tages würden die Menschen solche Zwänge einfach nicht mehr als Zwang empfinden. Die Erziehungstätigkeit der Partei usw., auch die allgemeine Höhe des Lebensstandards, werden in diesem Zustand den Menschen mit den gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten völlig versöhnen. Das Geld hätte dann keinen Zwangscharakter mehr, sondern wäre nur noch ein Mittel, dem einzelnen die Richtungen seines Verhaltens zu bestimmen.

Eine ähnliche Lösung sieht die sowjetische Auffassung des Kommunismus im Bereiche des Rechtssystems vor. Hier soll der Zwangscharakter des Rechtes dadurch fortfallen, daß die Menschen zwar immer noch Gesetzen konfrontiert werden, sich aber eines Tages freiwillig unterwerfen.

"Doch bedeutet das Absterben des Rechts keineswegs, daß die Normen des gesellschaftlichen Verhaltens, die persönlichen Freiheiten und gesellschaftlichen Pflichten der Menschen verschwinden ..... Diese Regeln bleiben auch im Kommunismus bestehen, doch haben sie ihren politischen und juristischen Charakter verloren, denn die Gesellschaft selbst wird sie garantieren. In gleicher Weise verhält es sich auch mit den Pflichten der Bürger in der kommunistischen Gesellschaft. Ebenso wie die persönlichen Rechte und Freiheiten, werden diese Pflichten keinen politischen und juristischen Charakter tragen, denn sie sind dann zu einer Gewohnheit geworden und werden ohne jeden Zwang befolgt." 89

"Wie es im Programm der KPdSU heißt, verfolgt der Sowjetstaat letztlich das Ziel, an die Stelle von Zwangsmaßnahmen ausschließlich Erziehungsmaßnahmen zu setzen." 90

So unwahrscheinlich die Annahme sein mag, daß der Mensch jemals die Gesetze freiwillig erfüllt, freiwillig arbeitet und sich freiwillig in seinen materiellen Ansprüchen an das gesellschaftliche Produkt beschränkt, so ist es doch sinnvoll, einen solchen Zustand einmal zu durchdenken. Der Zwangscharakter der Gesetze würde jetzt offensichtlich fortfallen. Der Staat braucht nur noch Gesetze zu erlassen, zu ihrer Beachtung aber ist keine Zwangsgewalt mehr erforderlich. Versteht man den Staat rein von seiner Zwangsfunktion, so stirbt er unter diesen Voraussetzungen ab.

184

Aber unter diesen Annahmen stirbt das Geld nicht ab. Will man einen Vergleich zum Rechtssystem durchführen, so wäre das Geld mit den Rechtsnormen zu vergleichen. In der gleichen Art, wie für das gesellschaftliche Zusammenleben Rechtsnormen geschaffen werden müssen, braucht man für das wirtschaftliche Zusammenleben ein Geldsystem. Und ebenso wenig, wie durch Freiwilligkeit der Erbringung von Leistungen oder Gehorsam das Rechtssystem wegfällt, sondern nur der Zwang, den es ausübt, so wenig fällt dadurch das Geldsystem weg. Die Gesetze der Wirtschaft sind in Geld geschrieben. Sie stellen etwas vergleichbares zu den Rechtsnormen dar. In bezug auf die Rechtsnormen aber ist sich auch die Sowjettheorie völlig darüber im klaren, daß sie im Kommunismus in jedem Fall erhalten bleiben müssen. Der einzig logische Schluß ist es dann, auch das Geld zu erhalten.

Obwohl Ansätze dazu vorhanden sind, auch die Beibehaltung des Geldes für den Kommunismus anzuerkennen, gibt es bisher keine eindeutigen Stellungnahmen. Gerade die Funktion des Kommunismusbildes, moralische Antriebe durch die Beschwörung eines vollkommenen Zustandes der Gesellschaft zu wecken, müßte ja dadurch leiden, Aber hier ist sicher die Stelle, an der die Kommunismusdiskussion weitergehen müßte. Bei Strumilin selbst sind auch ohne Zweifel schon Ansätze dazu da, das Geld für ein notwendiges Mittel auch der kommunistischen Gesellschaft zu erklären. Er spricht nämlich davon, daß das Geld nur ganz allmählich abgeschafft werden könne, weil es viele neue Produkte gibt, die nicht sofort in der Menge produziert werden können, in der sie überhaupt verwendbar sind. Jede Produktion läuft langsam an und erreicht erst nach einer gewissen Zeit ihren vollen Umfang. Konsequenz zu Ende gedacht, müßte dies heißen, daß für neue Produkte das Geld nie verschwinden kann. Eine solche Begründung des Geldes aus der Knappheit von Produkten ist von der absoluten Höhe der Arbeitsproduktivität völlig unabhängig. Diese Art der Knappheit ist ebenfalls nicht das Ergebnis einer subjektiven Haltung, sondern eine objektive Gegebenheit des technischen Fortschritts. Wirtschaftliches Wachstum, das ja im Kommunismus weitergehen soll, kann nicht anders vor sich gehen als unter Schaffung neuer Produkte. Solange aber neue Produkte auf den Markt kommen, ist das Geld prinzipiell unentbehrlich.



Moralität und Bewußtheit haben, also mit der Verwirklichung der grundlegenden Kommunismusbedingungen nichts zu tun. Wir hatten schon einmal darauf hingewiesen, daß der Kommunismus eben nur dann verwirklicht werden kann, wenn die Voraussetzungen des Optimumsbegriffes gegeben sind. Diese stellen die materielle Basis des Kommunismus dar, wenn man sich der Marxschen Worte einmal bedienen will. Wenn man den Kommunismus verwirklichen will, muß man diese materielle Basis schaffen, und weil man sie nicht schaffen kann, kann man den Kommunismus nicht verwirklichen. Die Sowjets hingegen bezeichnen die Entwicklung der Produktivkräfte, die im 7-Jahresplan stattfinden soll, als die Entwicklung der materiellen Basis des Kommunismus. Sie stellen damit die rein quantitative Entwicklung der Produktivkräfte, die gerade die unwesentliche Größe ist, an die Stelle der wesentlichen und eigentlichen Forderung und sie müssen dies tun, weil die wesentliche Forderung unerfüllbar ist. Das Bewußtsein als eigener Faktor tritt damit auf, gerade dasjenige, was Marx den utopischen Sozialistischen vorgeworfen hatte und was Engels gegen Dühring entwickelte, wenn er diesem vorwarf, die gegenwärtige Gesellschaft ohne ihre Mißstände zu wollen.

Den Sowjets soll jedoch hier nicht vorgeworfen werden, daß sie überhaupt Moral und Bewußtsein aktivieren. Dies ist einfach notwendig, weil keine Gesellschaft ohne das existieren kann. Der Vorwurf lautet nur, diese Bewußtheit völlig falsch zu verstehen und folglich auch die eigentliche Qualität moralischen Handelns zu übersehen, das sich nicht einfach als Dienst an einem Phantom auffassen läßt.

Es ist jedoch anzunehmen, daß die Sowjetideologie weiterhin diese Widersprüche erträgt. Allerdings sind bestimmte neue Anpassungen wohl kaum zu vermeiden. Da das Kommunismusbild einen endlosen Prozeß rechtfertigen soll, wird es sich mit der Beibehaltung des Geldes abfinden müssen. Das Kommunismusbild verliert damit aber etwas von seiner makellosen Reinheit. Es kann nicht mehr die völlige Befreiung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit versprechen und eigentlich ist ja die Kommunismusvorstellung so, daß man sie entweder ganz oder gar nicht verwirklichen kann.

Die Ausdeutung, die das Kommunismusbild dabei finden könnte, ist beim späten Marx bereits kurz umrissen. Sie müßte dahin gehen, das Reich der Notwendigkeit für etwas zu erklären, das nie völlig überwindbar ist.

"Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und es zu reproduzieren, so muß es der Ziviilierte und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dieses Reich der Naturnotwendigkeit, weil der Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die es befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung." 92

Wird so das Reich der Notwendigkeit als notwendiger und dauernder Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens anerkannt, so kann vom Kommunismus als geschichtlichem Zustand nicht mehr die Erfüllung der im Kommunismusbild gegebenen Vorstellung der vollkommenen Gesellschaft erwartet werden. Würde das sowjetische Kommunismusverständnis diesen letzten Schritt noch tun, so wäre der Kommunismus völlig in eine Begründung des endlosen Wachstumsprozesses verwandelt. Ob dieses expressis verbis demnächst geschehen wird, kann man natürlich nicht wissen. Es läge aber in der Logik der Sache. Das Kommunismusbild wäre dann völlig in der Behauptung aufgelöst, daß wirtschaftliches Wachstum schlechthin ein Wert sei und daß es das Recht der Gesellschaft sei, die Unterordnung des Einzelinteresses unter das Gesamtinteresse im Namen der besseren Zukunft zu fordern. 93

Es wäre nichts weiter mehr als ein pseudo-rationaler Ausdruck für ein irrationales Wachstumsstreben. Aber es hätte dann eine Form, in der es durch die Wirklichkeit nicht mehr widerlegt werden kann, ein Versprechen, das jetzt der Wirklichkeit entspricht. Obwohl es notwendiges Moment der Wirtschaft mit Plankoordination ist, ist es in dieser Form doch ein "falsches Bewußtsein" der Wirklichkeit. Es muß immer wieder mit dem Bild einer vollkommenen Gesellschaft operieren und gibt doch selbst zu, daß diese Vorstellung rein fiktiv ist.

In diesem Sinne könnte man das sowjetische Kommunismusbild als Mythos bezeichnen. Es ist die bewegende Kraft des Handelns, ohne doch selbst adäquates Ziel für das Handeln zu sein. Es ist das Bild, unter dem die Massen für die Entwicklung der Produktivkräfte mobilisiert werden, ein Bild, das so ausgestattet ist, daß an keinem Punkt des Handlungsablaufs gesagt werden könnte, es sei jetzt verwirklicht. Es verheißt eine neue Welt und es genügt, wenn dadurch die Massen in Bewegung gebracht werden können. Beliebige Richtungen, die das Handeln einschlägt, können nicht als zwingendes Argument gegen die Wahrheit des Kommunusbildes gebracht werden. Es ist ein Mythos, denn es steht völlig jenseits eindeutiger Beweise. Am Kommunusbild kann man nichts verifizieren und die theoretische Kritik prallt völlig ohnmächtig ab.<sup>94</sup>

## Anmerkungen

### Einleitung:

1. s. Albert, Hans: Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Göttingen 1954
2. s. Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie. Frankfurt/Main 1952. S. 228
3. s. Geiger, Theodor: Ideologie und Wahrheit. Eine soziologische Kritik des Denkens. Wien-Stuttgart 1953.
4. s. Geiger...a.a.O. S.68
5. s. Geiger...a.a.O. S.56
6. s. Geiger...a.a.O. S.81
7. s. Kosiol, Erich: Erkenntnisgegenstand und methodologischer Standort der Betriebswirtschaftslehre. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 1961 Nr. 3, S. 129-136  
"Zum Erfahrungsobjekt der Wirtschaftswissenschaft gehört ohne Zweifel die Gesamtheit allen Wirtschaftsgeschehens in der realen Wirklichkeit.....Die volle Erfahrungswelt und empirische Grundlage der Wirtschaftswissenschaften umgreift daher die gesamte Wirklichkeit menschlichen Handelns und Verhaltens mit all seinen Auswirkungen und Gestaltungen in der Realität" S. 130
8. s. Mannheim...a.a.O. S. 228
9. s. Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Hamburg 1959. S. 124
10. s. Mannheim...a.a.O. S. 109

## I. Die Marxschen Zielvorstellungen

1. Zum Begriff des Doppelcharakters der Ware s. Marx, Karl:  
Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin 1951. S.19f
- 2.s.Marx, a.a.O. S.19
- 3.s.Marx, a.a.O. S.20
- 4.s.Marx, a.a.O. S.25
- 5.s.Marx, a.a.O. S.31
- 6.s.Marx, a.a.O. S.38
- 7.s.Marx, Karl: Das Kapital. Berlin-Ost 1955 I.Bd. S.46
- 8.s.Marx, Kritik...a.a.O. S. 26
- 9.s.Marx, Kritik...a.a.O. S. 48/49
10. Der Begriff der traditionellen Wirtschaft versteht sich  
in Anschluss an den Begriff des traditionellen Handelns  
bei Max Weber. s. Weber, Max: Soziologische Grundkate-  
gorien des Wirtschaftens. Aus: Wirtschaft und Gesellschaft.  
Grundriss der Sozialökonomik. Tübingen 1925. S. 12  
S.hierzu ebenfalls bei Mannheim. s. Mannheim, Karl: Mensch  
und Gesellschaft. Darmstadt 1958, S. 61f
- 11.s.Marx, Kritik. a.a.O. S. 27
12. Diese Verwandtschaft von traditionaler Wirtschaft und  
Kommunismusvorstellung ist bei Thier untersucht.  
s.Thier, Erich: Über den Klassenbegriff bei Marx. Aus:  
Marxismusstudien. Schriften der Studiengemeinschaft der  
Evangelischen Akademien. Tübingen 1954, S. 170 ff  
Thier unterscheidet bei Marx 2 Klassenbegriffe. Der aus-  
geweitete Klassenbegriff setzt Klasse und Selbstentfrem-  
dung gleich. Er trifft daher für die ganze Geschichte zu.  
Daneben steht aber ein engerer Klassenbegriff, die die mo-  
derne kapitalistische Industriegesellschaft kennzeichnet,  
in der die Selbstentfremdung und Verdinglichung vollstän-  
dig geworden sei.  
Thier zitiert zum Beleg folgende Stelle von Marx:  
"Heute ist die Persönlichkeit durch ganz bestimmte Klassen-  
verhältnisse bedingt und bestimmt und der Unterschied  
tritt erst im Gegensatz zu einer anderen Klasse... her-  
vor. Im Stand ist dies noch verdeckt, z.B. ein Adliger  
bleibt stets ein Adliger, ein Roturier stets ein Rotu-  
rier, abgesehen von seinen sonstigen Verhältnissen, ei-  
ne von seiner Individualität unzertrennliche Qualität.  
Der Unterschied des persönlichen Individuums gegenüber dem  
Klassenindividuum, die Zufälligkeit der Lebensbedingungen  
für das Individuum tritt erst mit dem Auftreten der der

Klasse ein, die ein Produkt der Bourgeoisie ist. Die Konkurrenz und der Kampf der Individuen entwickelt erst die Zufälligkeit als solche. In der Vorstellung sind dabei die Individuen unter der Bourgeoisieherrschafft freier als früher, weil ihnen die Lebensbedingungen zufälliger sind, in Wirklichkeit sind sie natürlich unfreier, vielmehr unter sachliche Gewalt subsumiert. Der Unterschied vom Stand tritt namentlich heraus im Gegensatz der Bourgeoisie zum Proletariat"

s. Marx, Karl: Deutsche Ideologie Berlin-Ost 1955, S.76/77

Danach ist die traditionelle Wirtschaft in ihren Arbeitsverhältnissen durchsichtiger als die kapitalistische, denn ihr sind die Lebensbedingungen weniger zufällig. Sie tritt daher in eine bestimmte Nähe zur klassenlosen Gesellschaft, die ja gerade diese für das Individuum zufälligen Lebensbedingungen aufheben und durchsichtig machen soll. In ihr ist "die gesellschaftliche Beziehung der Menschen zu ihrer Arbeit und ihren Arbeitsprodukten.... durchsichtig einfach in der Produktion als in der Distribution" zitiert bei Thier, a.a.O. S. 173

13. Dies entspricht dem Begriff des wirtschaftlichen Kreislaufs im Gegensatz zur dynamischen Wirtschaft bei Schumpeter. Es ist aber nicht ohne weiteres mit dem Unterschied von Statik und Dynamik in der reinen Theorie identisch. s. Schumpeter, Josef: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Berlin 1952, S. 47.

Hierher gehört auch der Marxsche Unterschied von einfacher und erweiterter Reproduktion.

s. Marx, Karl: Das Kapital. Berlin 1956. Bd.II

Eine ähnliche Unterscheidung benutzt auch Sombart. Sie drückt sich in den von ihm zur Unterscheidung von Wirtschaftssystemen benutzten Gegensatzpaaren aus. Solche Gegensätze sind: Bedarfsdeckungs- und Erwerbprinzip; traditionalistisch und rationalistisch; empirisch und wissenschaftlich; organisch und nichtorganisch usw. s. Sombart, Werner: Die Ordnung des Wirtschaftslebens S.14 ff Berlin 1927.

Der in der reinen Wirtschaftstheorie gebräuchliche Begriff der Statik umfaßt auch die Verhältnisse der dynamischen Wirtschaft, aber unter statischem Aspekt. Sie ist die Theorie einer wirtschaftlichen Auswahl. Traditionale Wirtschaft im im hier gemeinten Sinne ist in der statischen Theorie nur als Grenzfall enthalten.

s. Jähr, Walter Adolf: Das Modell der vollkommenen Konkurrenz. Aus: Konkurrenz und Planwirtschaft Bern 1946

14. s. Strukow, E.W.: Die Persönlichkeit im Kommunismus. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1961, Nr. 3, S.295
15. s. Ljapin, A.: Von der sozialistischen zur kommunistischen Arbeit. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1961, Nr.3 S. 281

16. s. Nobel, Genia: Die Entwicklung der Sowjetunion auf dem Wege zum Kommunismus. Einheit, 1960, Nr. 7, S. 1108
17. s. Strukow, a.a.O. S. 297
18. s. Strukow, a.a.O., S. 298
19. s. Strukow.....a.a.O., S. 298/299  
Strukow verwendet den Ausdruck "Universalspezialist". Der Ausdruck ist ein Widerspruch in sich selbst und kann als Zeichen dafür gelten, welche Schwierigkeiten es macht, eine sich dauernd verstärkende Spezialisierung als Aufhebung der Arbeitsteilung zu interpretieren
20. s. Kostin, N.P.: Über die Freizeit im Kommunismus. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1960, Nr. 9.
21. s. die Beschreibung, die Schumpeter gibt: "Wir sprechen nicht von der Einführung von neuen Prozessen, sondern vom Kreislauf einer Volkswirtschaft, die mit gegebenen, im Gange befindlichen Prozessen arbeitet... Wenn die nötigen Mengen an Produktionsmitteln einmal vorhanden sind, wird ohne jedes Wählen diese Methode immer wieder durchgeführt werden"  
Schumpeter, Theorie... a.a.O., S. 47
22. s. Baudin, Louis: Der sozialistische Staat der Inka. Hamburg, 1956.  
Gerade die "aturalwirtschaft der Inka zeigt, in welchem Grade das Fehlen des Geldes mit einer völligen Erstarrung in einmal gegebenen traditionellen Wirtschaftsformen verknüpft ist. Man wird schwerlich eine traditionale Gesellschaft finden, die sich derart mumienhaft durch die Jahrhunderte erhält, wie dies bei dem Inka-Staat der Fall ist. Sofern aber diese Erstarrung in Kauf genommen wird, ist natürlich eine Naturalwirtschaft möglich, aber solch ein Nachweis hat nicht mehr als historische Bedeutung
23. Für die traditionale Wirtschaft kann man daher die Arbeitswertlehre durchaus als gültig unterstellen. So sagt Schumpeter über Ricardo: "Wenn überhaupt, so kann die in den Gütern enthaltene Arbeitsmenge ihren Tauschwert nur im Gleichgewichtszustand der Konkurrenzwirtschaft bestimmen und auf die Erfassung dieses Zustands ist seine ganze Betrachtungsweise eingestellt"  
s. Schumpeter, Theorie...a.a.O., S. 82  
s. hierzu auch Schumpeter, Josef: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München 1950, S. 47 ff  
Voraussetzung der Geltung der Arbeitswertlehre wäre in diesem Sinne immer das Vorliegen einer traditionellen Wirtschaft, gleich ob diese eine Gold- oder eine Naturalwirtschaft ist. Ist sie eine Goldwirtschaft, so ist die Erklärung des Geldes aus den Notwendigkeiten des Austausches zwischen Privatwirtschaften hinreichend. Aber eine solche Gelderklärung genügt nicht, wenn eine dynamische Wirtschaft vorliegt.

24. s. Marx, Kapital...a.a.O., Bd.I, S. 411  
"Ausschließlich als Mittel der Verwohlfeilerung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigene Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Für das Kapital jedoch drückt sich diese Grenze enger aus. Da es nicht die angewandte Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft"  
Ebenfalls Bd. III, S. 291/292  
"Für das Kapital also gilt das Gesetz der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit nicht unbedingt. Für das Kapital wird diese Produktivkraft gesteigert, wenn überhaupt an dem bezahlten Teil der lebendigen Arbeit mehr erspart als an vorgangener zugesetzt wird.. Hier fällt die kapitalistische Produktionsweise in einen neuen Widerspruch. Ihr historischer Beruf ist die rücksichtslose, in geometrischer Progression vorangetriebene Entfaltung der Produktivität der Arbeit. Diesem Beruf wird die untreu, sobald sie, wie hier, der Entfaltung der Produktivität hemmend entgegen tritt"
25. Wir haben damit die Notwendigkeit des Geldes aus der gleichen Ursache erklärt, aus der Schumpeter die Notwendigkeit des Zinses im Kapitalismus behauptet. S. Schumpeter, Theorie... S. 241 f Wir würden allerdings gegen Schumpeter behaupten, daß die von ihm gegebenen Bedingungen für die Existenz eines Zinses nicht auf die kapitalistische Wirtschaft beschränkt sind, sondern für jede dynamische Wirtschaft gelten. "Ohne Entwicklung gäbe es unter den erwähnten Einschränkungen (hiermit ist der Konsumtivzins gemeint. Der Verf.) keinen Zins", S. 260. Dieser Satz ist auch umkehrbar. Jede wirtschaftliche Entwicklung bringt mit Notwendigkeit den Zins als einer wirtschaftlichen Kategorie hervor. Gleichzeitig damit aber das Geld. Dies soll nicht heißen, daß Geld nicht auch aus anderen Ursachen entstehen kann. Eine solche mögliche Ursache wäre, daß die Produktion bei traditionaler Wirtschaft auf Basis des Privateigentums erfolgt. Das Geld hat dann, so wie Marx es sah, nur Äquivalenz- also Austauschfunktion. Aber für alle Geldursachen außer der Verursachung des Geldes durch die wirtschaftliche Dynamik gilt, daß sie durch den Übergang zum Planesystem beseitigt werden können. Der Verweis auf solche Naturalwirtschaften wie z.B. die Wirtschaft der Inka ist dann schlüssig. Einzig durch die wirtschaftliche Dynamik wird das Geld zu einer Notwendigkeit.
26. s. Engels, Friedrich: Zwei Reden über Kommunismus. Aus: Marx/Engels: Aline Ökonomische Schriften. Berlin-Ost 1955, S. 355
27. s. Engels, Zwei Reden... a.a.O., S. 357



- 28.s. Engels, Herrn Eugen Dührings...a.a.O. S. 375/376
- 29.s. Engels, Herrn Eugen Dührings...a.a.O. S. 385
30. Die Zusammenstellung dieser einzelnen bei Marx und Engels aufgeführten Kommunismusbedingungen findet sich bei Wiles, Peter: Vollkommunismus - das Endziel der Kommunisten in Theorie und Praxis. Osteuropa, 1960, Nr. 2/3 120f
31. Zur Ausgestaltung des Kommunismusbildes in der heutigen Sowjetwirtschaft s. weiter unter 3.
- 32.s. Engels, Herrn Eugen Dührings...a.a.O. S.346. "ach Engels sollen die Produktivkräfte aus dämonischen Herrschern zu willigen Dienern gemacht werden. "Die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel beseitigt nicht nur die jetzt bestehende künstliche Hemmung der Produktion, sondern auch die positive Vergeudung und Verheerung von Produktivkräften und Produkten, die gegenwärtig die unvermeidliche Begleiterin der Produktion ist und ihren Höhepunkt in den Krisen erreicht" S. 350. Diese Meinung findet sich ähnlich bei Marx, besonders auch die Vorstellung, dass der Anwendungsbereich der Produktionsmittel im Kommunismus grösser sein wird als im Kapitalismus.s.s. Ann. 24
33. So nennt Engels die Warenproduktion als dasjenige Moment, das die zu beseitigenden Misstände überhaupt erst erzeugt hat.s. Engels, Herrn Eugen Dührings...a.a.O. S. 390
34. Zum Unterschied von Formalziel und Materialziel der Wirtschaft s. Asciol, Erkenntnisgegenstand...a.a.O.S.130. Dieser Unterschied entspricht dem Marxschen Unterschied von Tauschwert und Gebrauchwert. Marx geht bei der Bestimmung des Erkenntnisziels der Wirtschaftswissenschaften ebenfalls vom Formalziel der Wirtschaft (Tauschwert) aus, nicht vom Materialziel. Der Optimumbegriff ist die umfassendste Darstellung des Formalziels der Wirtschaft, die denkbar ist. Der hierbei verwendete Optimumbegriff ist ein absoluter. Perroux unterscheidet erreichbares und absolutes Optimum. Ausgangspunkt der Wirtschaftstheorie kann nur das absolute Optimum sein. s. Perroux, Francois: Feindliche Koexistenz? Stuttgart 1960.S. 188/189. Zum Optimummodell s. Jühr. Das Modell...a.a.O. S. 42f
35. Der Charakter des Optimummodells als Fiktion des Zustandes perfekten Funktionierens war nicht immer bewusst. Er ist bei Jühr völlig klargestellt.  
"Ich beschränke mich deshalb darauf, ein bestimmtes 'set' von Voraussetzungen zu entwickeln, die so gewählt sind, daß die daraus folgenden Ergebnisse einen geeigneten Maßstab zur Beurteilung wirklichkeitsnäherer Modelle darstellen..... aber die Ablehnung bestimmter Prämissen darf nicht mit ihrem wirklichkeitsfremden Charakter motiviert werden....." s. Jühr, Das Modell...a.a.O. S.44.  
Vergl. Vaihinger, Hans: Die Philosophie des Als Ob. System

der theoretischen, praktischen und religiösen Fiktionen der Menschheit. Leipzig 1927.

Fey, Alfred: Der homo oeconomicus in der klassischen Nationalökonomie und seine Kritik durch den Historismus. Limburg 1936

Der Optimumbegriff ist ein Idealtyp im Sinne Max Webers.

"Er (der Idealtyp) wird gewonnen durch einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluss von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht, vorhandenen Einzelercheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedankenbild. In seiner begrifflichen Einheit ist dieses Gedankenbild nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar, es ist eine Utopie, und für die historische Arbeit erwächst die Aufgabe, in jedem einzelnen Fall festzustellen, wie nahe oder wie fern die Wirklichkeit jenem Idealbilde steht.."

S. Weber, Max: Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher Erkenntnis" Aus: Soziologie-Weltgeschichtliche Analysen-Politik. Stuttgart 1956. S. 186 ff.

36.s. Jähr, Das Modell... a.a.O. S. 53

37. Engels braucht eine solche Wendung für das Absterben des Staates. s. Engels, Herrn Eugen Dührings...a.a.O. S. 348.

38.s. Hayek, F.A.: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Erlenbach-Zürich, 1952, S. 64 Anm. 1.

39.s. Hayek, a.a.O., S. 120

40.s. Hayek, a.a.O., S. 120

41.s. Hayek, a.a.O., S. 122/23

42.s. Hayek, a.a.O., S. 127

43.s. Hayek, a.a.O., S. 128

44. Die hier gegebene Analyse des Geldes fusst wesentlich auf den Ausführungen von Hayek über die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus. Hayek, a.a.O. Dort: Sozialistische Wirtschaftsrechnung, S. 156 ff. Hayek betont die Bedeutung der Tatsache dass menschliches Wissen notwendig partikulär ist und sieht darin die Notwendigkeit des Geldes begründet. S. 199. Hierin besteht eine wichtige Parallele zur Ideologieauffassung von Mannheim, die ebenfalls die Partikularität des Wissens zur Grundlage hat. s. Mannheim, Ideologie...a.a.O. S. 249 Wir gehen bei der Geldanalyse über Hayek hinaus, indem wir gerade die Unterschiede zwischen theoretischem Modell und faktischer Verwirklichung betonen. Hayek weist selbst auch auf die Kluft hin, die zwischen beiden liegt, macht sie aber ausdrücklich nicht (S. 202) zum Gegenstand der Untersuchung.

44. Dass der optimale Punkt unabhängig vom Wirtschaftssystem ist, zeigte zuerst Barone. s. Barone, Enrico: Ministry of Production in the Collectivist State. Aus: Collective Economic Planning. London 1935, Anhang. Danach ist die Mittelverteilung die bei vollkommener Konkurrenz erreicht wird, immer die gleiche, die auch bei Naturalrechnung angestrebt werden muss, wenn ein Optimum angezielt wird. Dickinson zeigte 1933, dass bei völliger Datenkenntnis eine Planungsbehörde Werte und Mengen unmittelbar und simultan bestimmen kann. s. Dickinson, H.D.: Price formation in a Socialist Community. Economic Journal. Juni 1933. Es ist von hier aus nur noch ein kleiner Schritt zu der Behauptung, dass die Geldbeziehungen überhaupt nur deshalb entstehen, weil die Modellvoraussetzungen des Optimummodells in der Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Es wird aus den angeführten Untersuchungen klar, dass die Notwendigkeit des Geldes nicht aus den formalen Beziehungen, die im Optimummodell niedergelegt sind, deduziert werden kann. Vielmehr muss die Notwendigkeit des Geldes aus den Voraussetzungen der Wirklichkeit abgeleitet werden, unter denen Optimumbeziehungen überhaupt angezielt werden. Dies getan zu haben, scheint uns das Verdienst von Hayek zu sein, der Geld als eine praktische und nicht als eine theoretische Notwendigkeit in den Mittelpunkt seiner Analysen stellt. Übrigens finden sich auch bei marxistischen Ökonomen Hinweise darauf, dass die Modellvoraussetzungen der Wirtschaftstheorie Bedingungen für die Verwirklichung des Kommunismus als einer Wirtschaft ohne Geldbeziehungen sind, z.B. bei Rosa Luxemburg. "In der kapitalistischen Wirtschaft fehlt jede planmäßige Organisation des Gesamtprozesses. Deshalb geht in ihr auch nichts so glatt nach der mathematischen Formel, wie es im Schema aussieht" s. Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals. Leipzig/Berlin 1921. S. 76 "Für eine planmäßig geleitete Produktion gibt das Schema in seinen Verhältnissen eine genaue Grundlage der Einteilung der gesellschaftlichen Arbeit...." S. 76. Dies sind Aussagen, die sich auf die Marx'schen Reproduktionsschemata beziehen, und die völlig die notwendige Partikularität des Wissens eines Planungsapparates übersehen.

45. Mannheim übersieht, dass die theoretischen Gesetze, unter denen man die Ergebnisse des partikulären Handelns erst verstehen kann, unter Voraussetzungen entwickelt werden, die von der Partikularität des individuellen Handelns abstrahieren. An einer der wenigen Stellen, in denen er auf wirtschaftliche Fragen eingeht, gibt er folgende Darstellung: "Die individualistische Konzeption des Wissensproblems gibt ein ebenso falsches Bild vom kollektiven Denken, als wenn Technik, Arbeitsweise und Produktivität eines in sich höchst spezialisierten Betriebes von 2000 Arbeitern so gedacht würde, dass jeder dieser 2000 Arbeiter in einer separaten Kammer arbeitete, die gleichen Operationen für sich selbst zu gleicher Zeit und jedes einzelne Produkt von Anfang bis zu Ende selber ausführte"....."Erstens ist einfach das Gefüge übersehen worden,

das bei wirklicher Arbeitsteilung den Charakter der Arbeit eines jeden Individuums vom Generaldirektor bis zum jüngsten Lehrling bestimmt und die Natur eines jeden Teilprodukts, das vom einzelnen Arbeiter hergestellt wird, integriert" s. Mannheim, Ideologie...a.a.O.S. 27 Was Mannheim an Hand der Vorstellung von Arbeitern beschreibt, die jeder in einer separaten Kammer ihr Produkt herstellen, sind erste methodische Ansätze zur Modellanalyse in der Wirtschaftstheorie und nicht einfach eine individualistische Konzeption der Sache. Eine solche Abstraktion ist die Basis, auf der überhaupt die Theorie ansetzt, und ohne die das Gefüge, das bei wirklicher Arbeitsteilung den Charakter der Arbeit beherrscht, nicht erkannt werden kann. Das erste für die Wirklichkeit zu halten, ist sicher falsch, und dies zu zeigen, ist gerade unsere Absicht. Aber es bleibt der Ausgangspunkt.

- 46.s. Weber, Die 'Objektivität'...a.a.O. "Dieses Gedankenbild vereinigt bestimmte Beziehungen und Vorgänge des historischen Lebens zu einem in sich widerspruchlosen Kosmos gedachter Zusammenhänge. Inhaltlich trägt diese Konstruktion den Charakter einer Utopie an sich, die durch gedankliche Steigerung bestimmter Elemente der Wirklichkeit gewonnen ist"... "Für die Forschung will der idealtypische Begriff das Zurechnungsurteil schulen: er ist keine 'Hypothese', aber er will der Hypothesenbildung die Richtung weisen. Er ist nicht eine Darstellung des Wirklichen, aber er will der Darstellung eindeutige Ausdrucksmittel verleihen" S. 234
- 47 Zitiert bei Engels, Herrn Eugen Dührings...a.a.O., S.367/368
- 48.s. Engels, a.a.O., S. 370
49. In den Frühschriften von Marx allerdings spielt die Aufhebung der Arbeitsteilung eine solche Rolle, dass man sie nur im vollständigsten Sinne des Wortes auffassen kann. (Besonders in der Deutschen Ideologie) S.Z.B. Marx, Deutsche Ideologie, a.a.O., S. 75. Die Äusserungen innerhalb seiner Schriften zur Nationalökonomie müssen sich stärker an die Wirklichkeit orientieren und sind im allgemeinen vorsichtiger, wie wir bereits gezeigt haben, obwohl auch hier Stellen sind, die eine Auslegung im totalen Sinne fordern. Vor allem für den jungen Marx hat die Aufhebung der Arbeitsteilung den Sinn einer Erlösung und bedeutet die totale Wiederherstellung des Menschen.s. Barth, Ideologie...a.a.O., S. 129
- 50.s. Weber, Die 'Objektivität'...a.a.O."... Die Kausalfrage ist, wo es sich um die Individualität einer Erscheinung handelt, nicht einer Frage nach Gesetzen, sondern nach konkreten kausalen Zusammenhängen, nicht eine Frage, welcher Formel die Erscheinung als Exemplar unterzuordnen, sondern die Frage, welcher individuellen Konstellation sie als Ergebnis zuzurechnen ist: sie ist Zurechnungsfrage" S. 220. Im Unterschied

dazu sind die Voraussetzungen des Optimummodells, mit Hilfe dessen die theoretischen Gesetze abgeleitet werden, dergestalt, dass jede konkrete Einzelercheinung deduziert werden kann.

51. Hier zeigt sich noch einmal, dass Marx im Kommunismusbild eine Wirklichkeit erwartet, wie sie im Optimummodell unterstellt wird. "Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus, er ist die wahrhaftige Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streites zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbetätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Freiheit. Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weist sich als diese Lösung" s. Marx, Karl: Frühschriften I. Darmstadt 1962. S. 593/594. Es handelt sich hier um Aussagen, die nur für die im Optimummodell fiktiv unterstellte Wirklichkeit gelten.
52. Dass eine solche Wirklichkeit möglich sei, in der das Konkrete unmittelbar deduzierbar ist, ist ein Irrtum, der auch außerhalb des marxistischen Denkreises aufgetaucht ist, und gegen den sich Max Weber besonders wendet. "...die Sinnlosigkeit des...Gedankens, dass es das, wenn auch noch so ferne, Ziel der Kulturwissenschaften sein könne, ein geschlossenes System von Begriffen zu bilden, in dem die Wirklichkeit in einer in irgendeinem Sinne entgeltigen Gliederung zusammengefasst und aus dem heraus sie dann wieder deduziert werden kann" s. Weber, Die 'Objektivität'... S. 227. Gerade diese Deduzierbarkeit der Wirklichkeit ist im Marxschen Kommunismusbild impliziert.
- 53.s. Hayek, a.a.O., S. 202/203 "Es ist klar, dass wir dem durch die Lösung eines solchen Gleichgewichtssystems beschriebenen Gleichgewichtszustand niemals nahe kommen können...Wir können die Erreichung eines Gleichgewichts nicht erwarten, solange nicht jede unsere Veränderung aufgehört hat." S. 202/203.
54. Obwohl Hayek immer wieder betont, dass Geld aus der partikulären Ausgangsposition menschlichen Handelns entsteht, übersieht er unseres Erachtens, dass es dann nur als Ausdruck einer Mangellage begriffen werden kann. Der Entfremdungsgedanke, wie Marx ihn verstand, ist ein konsequenter Ausdruck dieses Sachverhalts. Nach Hayek hingegen kann das Geld den Mangel der Partikularität völlig kompensieren. s. Hayek, a.a.O., S. 16f. Bei Hayek scheint es also so, als ob sich ein Handeln, das sich unter den fiktiven Bedingungen des Optimummodells abspielt, nur äußerlich und durch die Notwendigkeit bestimmter Institutionen, die er "Wettbewerb" nennt, von der optimalen Wirklichkeit unterscheidet. Der Geldmechanismus erscheint daher bei Hayek als ein Mittel, menschliches Handeln ganz im Marxschen Sinn zu einem 'richtigen' Handeln zu machen. Dabei wird

Übersehen, dass eine Wirklichkeit, die des Geldmechanismus bedarf, tatsächlich einen Mangel ausdrückt. Die besondere Kraft der Marxschen "Erlösungslehre" aber kann man nur wirklich erklären, wenn man dieses Geldsystem tatsächlich als ein Phänomen einer - wenn auch unaufhebbaren - Selbstentfremdung begreift. Dies scheint uns notwendige Voraussetzung einer umfassenden Marxkritik zu sein.

55. Die ist der Gesetzesbegriff, der auch bei Marx zugrundeliegt, wenn er von der Möglichkeit der Aufhebung objektiver Gesetze spricht.

"In der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in einem beliebigen Zweige ausbilden kann, regelt die Gesellschaft die allgemeine Produktion und macht es uns eben dadurch möglich, heute dies und morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, auch das Essen zu kritisieren, ohne Jäger, Fischer oder Hirt oder Kritiker zu werden, wie ich gerade Lust habe. Dies Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unserer eigenen Produkte zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entwächst, unsere Erwartungen durchkreuzt, unsere Berechnungen zunichte macht, ist einer der Hauptmomente in der bisherigen menschlichen Entwicklung."

s. Marx, Karl: Deutsche Ideologie. Berlin 1953, S. 30.

Darstellungen dieser Art finden sich vor allem in den Frühschriften von Marx immer wieder. "Die Verwandlung der persönlichen Mächte (Verhältnisse) in sachliche durch die Teilung der Arbeit kann nicht dadurch wieder aufgehoben werden, dass man sich die allgemeine Vorstellung davon aus dem Kopf schlägt, sondern nur dadurch, dass die Individuen diese sachlichen Mächte wieder unter sich subsumieren und die Teilung der Arbeit aufheben". s. Marx, a.a.O. S. 74.

Zur Auffassung der objektiven Gesetze und ihrer Aufhebung bei Marx s. Barth, Ideologie...a.a.O., S. 129

56. Die Darstellung dieses im Optimumbegriff implizierten Wertes ergibt sich aus den Annahmen, dass das Individuelle unter Optimumvoraussetzungen deduzierbar ist. Wenn wir hierbei von Wert sprechen, so eben nicht im Sinne eines einzelnen Werturteils, das im Optimumbegriff tatsächlich nicht impliziert ist. Worum es sich handelt, kann aus einer Darstellung bei Max Weber verständlich gemacht werden. Die Deduzierbarkeit der Wirklichkeit in ihren Einzelheiten lehnt Weber mit folgenden Worten ab: "Immer wieder taucht demgemäß... die Vorstellung auf, das Ideal, dem auch die Kulturerkenntnis zustrebe, und wenn auch für eine ferne Zukunft, zustreben könne sei ein System von Lehrsätzen, aus dem die Wirklichkeit 'deduziert' werden könne. Ein Führer der Naturwissenschaften hat bekanntlich geglaubt, als das (faktisch unerreichbare) ideale Ziel einer solchen Verarbeitung der Kulturwirklichkeit eine 'astronomische' Erkenntnis der Lebensvorgänge bezeichnen zu können" s. Weber, Die 'Objektivität'...a.a.O., S. 213.

Er kommt dann auf die Sätze der Wirtschaftstheorie zu sprechen. Dort "wurde demgemäss hie und da phantastischerweise in Anspruch genommen, sie könnten, nach - angeblicher - Analogie physikalischer Lehrsätze, dazu verwendet werden, aus gegebenen rationalen Prämissen quantitativ bestimmte Resultate - also Gesetze in strengstem Sinne - mit Gültigkeit für die Wirklichkeit des Lebens deduzieren, da die Wirtschaft des Menschen bei gegebenem Zweck in bezug auf die Mittel eindeutig 'determiniert' sei. Es wurde nicht beachtet, dass, um dies Resultat in irgend einem noch so einfachen Falle erzielen zu können, die Gesamtheit der jeweiligen historischen Wirklichkeit einschliesslich aller ihrer kausalen Zusammenhänge als 'gegeben' gesetzt und als bekannt vorausgesetzt werden müsste, und das, wenn dem endlichen Geist diese Kenntnis zugänglich würde, irgendein Erkenntniswert einer abstrakten Theorie nicht vorstellbar wäre" S. 232. Dies ist die Darstellung des Optimummodells, die wir ebenfalls zum Ausgangspunkt genommen haben. Weber zieht die gleichen Schlüsse daraus wie wir sie gezogen haben. Dabei ist vor allem zu beachten, dass für die Wirtschaftstheorie ein solcher Ausgangspunkt absolut notwendig ist. Dass sie dabei zu einer tatsächlichen Wertdarstellung kommt, die aber für das Handeln keine Bedeutung hat, zeigt Weber ebenfalls, wenn er zu den in seiner Zeit vertretenen Gesellschaftsvorstellungen Stellung nimmt "aber spukt nicht ein Rest ähnlicher Vorstellungen auf unserem Gebiet in jenen bald naturrechtlich erschlossenen, bald durch Beobachtung an 'Naturvölkern' verifizierten Annahmen ökonomisch-sozialer 'Urzustände' ohne historische 'Zufälligkeiten' usw. aus denen heraus alsdann durch eine Art von Sündenfall ins Konkrete die individuelle historische Entwicklung entsteht?" S. 214. Diese Überwindung historischer Zufälligkeiten, die im theoretischen Optimumbegriff impliziert ist, zeigt sich hier als Wertbegriff. In diesem Sinne ist Wert hier gemeint, als Wiedergutmachung dieses "Sündenfalls ins Konkrete". Das im Kommunismusbild enthaltene Harmonieideal würden wir daher in diesem totalen Sinne interpretieren. Es verspricht eine totale Aufhebung menschlicher Selbstentfremdung, ist zugleich die realistische ( d.h. metaphysische ) Interpretation eines Begriffes, den die Wirtschaftstheorie entwickelt und nur nominalistisch verwendet. S. auch 250/251, hier zitiert in Anm. 43.

57.s. Hayek, a.a.O., S. 16, Anm. 8. Hayek selbst, der gerade die Partikularität des Wissens betont, unterscheidet diesen Punkt nicht genau. Das Geld im Zusammenhang mit dem Markt ist für ihn Mittel des Interessenausgleichs, aber er stellt nicht unmissverständlich klar, dass es unmöglich eine Identität der Interessen begründen kann. Eindeutige Interessenidentität ist eine Vorstellung des Optimummodells, keine Wirklichkeit. In der Wirklichkeit müssen die Interessen zusammenstossen und durch das Geld als Zwangsmechanismus ausgeglichen werden. Eine Orientierung der Vorstellung am Modell vollkommener Konkurrenz führt dabei völlig in die Irre.

s. hierzu auch Weber, Die Objektivität...a.a.O. "Ein Idealtypus bestimmter gesellschaftlicher Zustände, welcher sich aus gewissen charakteristischen sozialen Erscheinungen einer Epoche abstrahieren lässt, kann - und dies ist sogar recht häufig der Fall - den Zeitgenossen selbst als praktisch zu erstrebendes Ideal oder doch als Maxime für die Regelung bestimmter sozialer Beziehungen vorgeschwebt haben" S. 240/241 Hier weist Max Weber noch ausdrücklich auf den Begriff des wirtschaftlichen Werts hin" Von der Scholastik an bis in die Marxsche Theorie hinein verquickt sich hier der Gedanke von etwas 'objektiv' Geltendem, d.h. also: Seinsollendem, mit einer Abstraktion aus dem empirischen Verlauf der Preisbildung.....Was aber unter jenem theoretischen Begriff gedacht wird und gedacht werden kann, das ist nur durch scharfe, dass heisst idealtypische Begriffsbildung wirklich eindeutig zu machen - das sollte der Spott über die 'Robinsonaden' der abstrakten Theorie jedenfalls so lange bedenken, als er nichts Besseres, d.h. Hier: Klareres an die Stelle zu setzen vermag" S. 241 "Daher sei hier nur konstatiert, dass natürlich alle spezifisch-marxistischen 'Gesetze' und Entwicklungskonstruktionen - soweit sie fehlerfrei sind - idealtypischen Charakter haben. Die eminente, ja einzigartige heuristische Bedeutung dieser Idealtypen, wenn man sie zur Vergleichung der Wirklichkeit mit ihnen benutzt, und ebenso ihre Gefährlichkeit, sobald sie als empirisch geltend oder gar als reale (d.h. in Wahrheit metaphysische) 'wirkende Kräfte', 'Tendenzen' usw. vorgestellt werden, kennt jeder, der je mit marxistischen Begriffen gearbeitet hat" S. 250/251 Als einen Idealtyp, der als real ausgegeben wird, hatten wir hier ganz im Anschluss an diese Analyse von Weber das Kommunismusbild bezeichnet.

58. Marx und Engels glauben daher, die 'richtige' Vorstellung dieser Interessensharmonie zu haben. Vergl. hierzu Engels, Friederich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Aus: Marx/Engels: Ausgewählte Werke. Berlin-Ost 1960. 2.Bd. S. 108
59. Vergl. hierzu Lukacs, Georg: Der junge Hegel. Berlin-Ost 1954. S. 628. Ebenfalls Bloch, Ernst: Subjekt-Objekt. Berlin-Ost 1952. S. 99
- 60.s. Lukacs,...a.a.O. S. 627
61. s. die Ausführungen bei Mannheim, Ideologie... a.a.O. S. 238
62. Dies ist nur eine Seite des Ideologieproblems, wie es hier verstanden werden soll. Die Ausweitung des Ideologiebegriffs soll in den folgenden Kapiteln entwickelt werden. Sie entspricht dem Ideologiebegriff bei Mannheim: "Ideologien nennen wir jene seinstranszendenten Vorstellungen, die de facto niemals zur Verwirklichung des in ihnen vorgestellten Gehalts gelangen" Mannheim, a.a.O.S. 171 s. auch Barth, Masse...a.a.O.S. 84. Barth beschreibt solche Bilder im Anschluss



an Sorel als Mythen. Von der Harmonievorstellung, die nicht verwirklicht ist, ist abzugrenzen die Utopie. Das Kriterium der Verwirklichung benutzt Mannheim zur Unterscheidung von Utopien und Ideologien. Utopien von heute können danach die Wirklichkeit von morgen werden, Ideologien aber können ihren Gehalt überhaupt nicht verwirklichen. Mannheim, a.a.O. S.177. Diese Unterscheidung lehnt sich an Sorel an.s. Barth, a.a.O.S. 84.

63.s. Marx, Kritik...a.a.O.S. 14

64.s. Stalin, Josef: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin-Ost 1955. "Die Gesetze der politischen Ökonomie im Sozialismus sind somit objektive Gesetze, die die Gesetzmässigkeit der sich unabhängig von unserem Willen vollziehenden Prozesse des ökonomischen Lebens widerspiegeln. Wer diesen Leitsatz verneint, verneint im Grunde genommen die Wissenschaft, wer aber die Wissenschaft verneint, verneint damit auch die Möglichkeit jeglicher Voraussicht - verneint folglich die Möglichkeit, das wirtschaftliche Handeln zu leiten" S.10.

## II. Koordinationsystem und Wirtschaftstheorie.

1. s. z.B. Perroux, a.a.O. "Der Markt funktioniert umso besser, je mehr und je wirksamer er durch einen Rahmen von Plänen und Programmen bestimmt wird und je besser und geschmeidiger diese letzteren gehandhabt werden". S. 189. Pläne hingegen, die nicht die Aufgabe haben, das Funktionieren des Marktes zu sichern und zu verbessern, gelten nach unserer Definition als Plankoordination.
2. s. Nentschinow, W.S.: Der soziologische Aspekt der Planung. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 1960, Nr.3, S. 305 ff. Nemcinov legt besonderen Wert darauf, nur dort von Planwirtschaft zu sprechen, wo tatsächlich der Gesamtprozeß durch einen Plan koordiniert wird. Er schließt ebenfalls die Geldbeziehungen in seine Definition der Planwirtschaft ein. "Die Vorstellung, daß es bei einer planmäßigen Organisation der Volkswirtschaft keinen Markt, keine Waren- und Geldzirkulation und keine Preise gibt, ist falsch." S.313. Die Definition der Planwirtschaft bei Nemcinov stimmt also mit unserer Definition der Plankoordination überein.
3. s. Petry, Franz: Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie. Jena 1916, S.11. Eigentum ist danach nur ein bestimmter Aspekt der Produktionsverhältnisse. Die formal-rechtlichen Beziehungen aber sind nach Marx von den Produktionsverhältnissen her zu begreifen, die die reale Eigentumsordnung bereits in sich enthalten.
4. s. Klinkmüller, Erich/Ruban, Maria Elisabeth: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten. Berlin 1960, S.41.
5. s. Marx, Kritik ... a.a.O., S. 241.
6. s. Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin-Ost 1960, S. 501.
7. s. Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Lehrbuch. Berlin-Ost 1960, S. 659.
8. s. Grundlage ..., a.a.O., S. 660.
9. s. hierzu Fred M. Taylor: The Guidance of Production in a Socialist State. American Economic Review. März 1929. Ebenfalls Lange, Oskar: On the Economic Theory of Socialism. Review of Economic Studies, 1936/1937.
10. s. Politische Ökonomie, a.a.O., S. 501. "Das staatliche sozialistische Eigentum unterscheidet sich grundlegend vom staatlichen kapitalistischen Eigentum. Wenn bestimmte Betriebe oder sogar ganze Wirtschaftszweige in das Eigentum des bürgerlichen Staates übergehen, verändert sich der Charakter der Produktionsverhältnisse in diesen Betrieben nicht." S.501. An dieser Frage, ob Verstaatlichungen in kapitalistischen Ländern gesellschaftliches Eigentum schafft, wird am klarsten deutlich, daß

die in der Sowjetwirtschaft das Eigentum nicht rein formal-juristisch aufgefaßt wird. Daran ändert sich unseres Erachtens nichts, wenn bei Eigentumsdefinitionen, die sich in ihrem Gültigkeitsanspruch auf den Bereich der Sowjetwirtschaft beschränken, formal-juristische Gesichtspunkte in den Mittelpunkt treten. Sobald sowjetische Autoren über den Unterschied der Eigentumsordnungen zwischen verschiedenen Wirtschaftssystemen sprechen, schliessen sie die Aussage über das Koordinationsystem in die Bestimmung des Eigentums ein. s. Klinkmüller, a.a.O., S. 43

11. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 656.

12. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 658.

13. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 631.

14. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 658.

15. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 661.

16. s. Stalin, Ökonomische Probleme ..., a.a.O., S. 17. Neben diese Begründung des Geldes sind inzwischen noch andere Ursachen genannt. Aber der Hinweis auf die 2 Eigentumsformen als Ursache für die Beibehaltung des Geldes ist geblieben. s. Darstellung bei Kosodojew, I.I.: Die Notwendigkeit der Warenproduktion und des Wertgesetzes in der sozialistischen Wirtschaft. Aus: Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus. Berlin-Ost 1960, S. 23. Kosodojew weist dort auch auf andere Autoren hin, die die Ursachen des Geldes im Sozialismus aufgezählt haben. So gibt es nach Ostrowitjanow 4 Ursachen: 1. Die zwei Eigentumsformen im Sozialismus, 2. das persönliche Eigentum, 3. die materielle Interessiertheit, 4. der äquivalente Ersatz des Arbeitsaufwandes eines jeden Betriebes. Batsurin führt 2 Gründe an: 1. Die zwei Eigentumsformen im Sozialismus, 2. Arbeit als Mittel zum Leben. Koslov kennt 6 Ursachen des Geldes: 1. Die zwei Eigentumsformen im Sozialismus, 2. die materielle Interessiertheit, 3. der Charakter der Arbeit, 4. das persönliche Eigentum, 5. die Verteilung nach der Arbeitsleistung, 6. das Fehlen eines idealen Handels. s. Kosodojew, S. 23. Interessant ist, daß die Arbeitsteilung nicht genannt wird. Außerdem treten Ursachen auf, die nach heutiger sowjetischer Meinung auch im Kommunismus bleiben werden, so daß die Annahme, Geld könnte jemals verschwinden, eigenartig und hierzu widersprüchlich ist. Dies gilt von solchen Ursachen wie, daß die Arbeit Mittel zum Leben sei, oder daß ein idealer Handel fehle.

17. Hierzu sagt Zagolow: "Falls Wesen und Erscheinung, Schein und Wesen sich decken, bedarf es keiner Wissenschaft. Seinerzeit sprachen viele Ökonomen davon, daß die Politische Ökonomie nur die kapitalistischen Warenbeziehungen erforscht. Sie meinten damals, daß sich im Sozialismus Schein und Wesen der Erscheinungen decken. Seitdem ist aber viel Wasser die Wolga hinabgeflossen und unsere Wissenschaft begann, die Gesetze des Sozialismus gebührend zu untersuchen ... Auch sie sind mit bloßem Auge nicht sichtbar. Auch hier gibt es einen Unterschied zwischen Schein und Wesen."  
"Der Leitsatz des Marxismus, daß sich Wesen und Erscheinung

nicht decken, ist eine Wahrheit, die nicht nur für die vorsozialistischen Formationen gilt, sondern auch auf die sozialistische Wirtschaft anwendbar ist."

s. Zagolow, H.A.: Wege zur Untersuchung der Warenproduktion und der Rolle des Wertgesetzes im Sozialismus. Aus: Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus. Berlin 1960, S. 148+140. Diese Darstellung der Auffassung von der Bedeutung der Theorie im Sozialismus bestätigt die Behauptung, daß Kommunismusbild und Optimumbegriff identisch sind. s. auch den Hinweis Max Webers, der zeigt, daß im Zustand des verwirklichten Optimums tatsächlich eine Theorie des wirtschaftlichen Handelns überflüssig wird." ... daß, wenn dem endlichen Geist diese Kenntnis (die totale Faktenkenntnis! Verf.) zugänglich würde, irgendein Erkenntniswert einer abstrakten Theorie nicht vorstellbar wäre. s. Weber, Die 'Objektivität' ..., a.a.O., S. 232.

18. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 665.

19. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 665.

20. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 673. In der sowjetischen Definition des Wertgesetzes spielt demgemäß die Gleichgewichtsfunktion des Preises gar keine Rolle. Einzig die Anreizfunktion und die Aufgabe des Preises, Kosten zu messen, ist gesehen.

21. Theoretische Gesetze im hier gemeinten Sinne sind also nicht das gleiche wie objektive Gesetze, die an anderer Stelle dargestellt wurden. Theoretische Gesetzmäßigkeiten sind hier aufgefaßt als die notwendigen Beziehungen zwischen Zwecken und Mitteln, die erfüllt sein müssen, wenn das Handeln optimal sein soll. Der Terminus objektive Gesetze hingegen bezieht sich auf die institutionelle Form, unter der diese Optimumbeziehungen angezielt werden. s. S. 44 dieser Arbeit.

22. s. Voprosy Ekonomiki, 1954, Nr. 3. In deutscher Sprache: Ergebnis der Diskussion über die Messung des ökonomischen Nutzeffekts von Industrieinvestitionen in der UdSSR. In: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Abteilung, 1954, Nr. 5, S. 737 ff.

23. Hierauf wird hingewiesen in: Planovoe Chozjajstvo, 1956, Nr. 5, S. 89.

24. s. Social'no-ekonomičeskie problemy tehničeskogo progressa. Moskau 1961. s. den Diskussionsbeitrag von Chornov, P.A., S. 410.

25. s. Konferenzbericht in: Voprosy Ekonomiki, 1958, Nr. 9, S. 119 ff. Im Anschluß an diesen Konferenzbericht findet sich eine Empfehlung, die der Bestimmung von Investitionskriterien zugrunde gelegt werden sollte. s. S. 154 - 162.

26. s. Ob opredelenii ekonomičeskoj effektivnosti kapital'nych vložnij i novej tehniki (Über die Bestimmung des wirtschaftlichen Nutzeffekts der Investitionen und der neuen Technik) In: Kommunist, Nr. 4, S. 130 ff.

27. s. Tipovaja metodika opredelenija ekonomičeskoj effektivnosti kapital'nych vloženíj i novej tehniki v narodnom chozjajstve SSSR. In: Planovoe Chozjajstvo, 1960, Nr. 3, S.56ff.

28. s. Ob opredelenii ..., a.a.O., S. 134.

29. s. Social'no-ekonomičeskie problemy ..., a.a.O., Diskussionsbeitrag von Waag, S. 353. Den Standpunkt der Methodik verteidigt Efimov, A.: Metody opredelenija effektivnosti kompleksnoj mehanizacii i avtomatizacii (Methoden der Bestimmung des Nutzeffekts der komplexen Mechanisierung und der Automatisierung) In: Voprosy Ekonomiki 1960, Nr. 6, S. 40 ff.

30. s. Tipovaja metodika ..., a.a.O., S. 57/58.

31. Die Symbole haben folgende Bedeutung:  $L_1$  und  $L_2$  sind die laufenden Kosten der 1. und 2. Variante,  $K_1$  und  $K_2$  sind die Investitionsaufwendungen der 1. und 2. Variante.

32. a. Tipovaja metodika ..., a.a.O., S. 58.

33. s. Chačaturov, T.S.: Ekonomičeskaja effektivnost' kompleksnoj mehanizacii i avtomatizacii proizvodstva (Die wirtschaftliche Effizienz der komplexen Mechanisierung und Automatisierung der Produktion). In: Social'no-ekonomičeskie problemy ..., a.a.O., S. 79.

34. s. den Hinweis bei Chačaturov, a.a.O., S. 78.

35. s. Social'no-ekonomičeskie problemy ..., a.a.O. Dort Diskussionsbeitrag von Kurakov, I.G., S. 390.

36. Zum heutigen Stand der Wertdebatte. s. Das Wertgesetz im Sozialismus, a.a.O.

37. s. Kantorovič, L.B.: Ekonomičeskij rasčet nailučšego ispol'zovanija resursov. Moskau 1960.

38. Novožilov, W.W.: Metody nachoždenija minimuma zatrat v socialističeskom chozjajstve. In: Leningradskij politechničeskij institut imeni M.I. Kalinina, Trudy, 1946, Nr. 1, S. 322ff.

39. s. Social'no-ekonomičeskie problemy ..., a.a.O., dort Diskussionsbeitrag von Waag, S. 355/356.

40. s. Nemčinov, W.: Planung und Kybernetik. In: Wirtschaftswissenschaft, 1961, Nr. 12, S. 1802.

41. s. Nemčinov, W. Planung und Kybernetik, a.a.O., S.1794/1795

42. s. hierzu Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1958. Gutenberg unterscheidet dispositive und objektbezogene Leistungen, S.7.

43. s. Schumpeter, Theorie ..., a.a.O., S. 137.

44. s. Sombart, Werner: Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1927, S. 14.

45. Dies Moment, daß der Planer sich unmittelbar an der Größe des Gesamtprodukts ausrichten muß, und nicht auf eine partielle Gewinngröße zurückgreifen kann, ist untersucht bei Klinkmüller, ..., a.a.O., S. 47/48.

46. Die Erfahrungen des Kriegskommunismus werden auch in der Sowjetunion als Beweis für die Notwendigkeit von Geldbeziehungen angesehen, s. Ostrowitjanow, K.: Der Aufbau des Kommunismus und die Warenproduktion. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1962, Nr. 2, S. 130.

47. Dies tut auch Boettcher. s. Boettcher, Erik: Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege. Tübingen 1959, S.182.

48. s. Stalin, Ökonomische Probleme ..., a.a.O., S. 41.

49. s. Stalin, Ökonomische Probleme ..., a.a.O., S. 41.

### III. Die wirtschaftliche Wirklichkeit.

1. Die Definitionen finden sich, jedenfalls ihrem Sinn nach, bei Marx. Sie wurden hier übernommen, weil sie die Entwicklung der Bedürfnisstruktur in der dynamischen Wirtschaft beschreiben, während jede statische Theorie das Problem der Bildung der Bedürfnisstruktur einfach dadurch ausschaltet, daß sie die Bedürfnisse als gegeben voraussetzt. So verweist Eucken sie in den sogenannten Datenkranz. s. Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959.

Die Definition bei Marx, auf die wir uns hier beziehen, lautet: "Die Produktion schafft das Material als äußerlichen Gegenstand für die Konsumtion, die Konsumtion schafft das Bedürfnis als inneren Gegenstand, als Zweck für die Produktion." s. Marx, Kritik ..., a.a.O., S. 247/248.

2. Dieses Moment findet sich bei Marx.

"Nicht nur der Gegenstand der Konsumtion, sondern auch die Weise der Konsumtion wird daher durch die Produktion produziert, nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv. Die Produktion schafft also den Konsumenten." s. Marx, Kritik ..., a.a.O., S. 246. Man darf dies allerdings nicht dahin mißverstehen, als ob jede beliebige Produktion einen Konsumenten findet. Es heißt nicht mehr als die Behauptung, daß die Konsumtion sich nur in Richtungen entwickeln kann, in denen eine Produktion möglich ist.

Dabei prägen unterschiedliche Koordinationsysteme der Konsumtion jeweils ihren eigenen Stempel auf. Ob es dann gelingt, den der Produktionsweise entsprechenden Konsumenten zu produzieren, ist für das Wirtschaftssystem eine Lebensfrage.

"Aber es ist nicht nur der Gegenstand, den die Produktion der Konsumtion schafft. Sie gibt auch der Konsumtion ihre Bestimmtheit, ihren Charakter, ihren finish." S. 246.

"Die Produktion produziert nicht nur einen Gegenstand für ein Subjekt, sondern auch ein Subjekt für den Gegenstand." S. 247. Diese Analyse verliert keinesfalls dadurch an Wert, daß der besondere 'finish', den die Plankoordination dem Konsum verleiht, von Marx nicht vorhergesehen wurde.

3. Dieses Moment der Einwirkung von Naturgegebenheiten auf die Art wirtschaftlicher Koordination wird besonders bei Raupach betont. s. Raupach, Hans: Atlantische und eurasische Wirtschaft. Politik und Bildung. Schriftenreihe der Hochschule für politische Wissenschaften München. München 1954, Heft 45, S. 83 ff.

4. Vgl. hierzu: Hofman, Werner: Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion. Berlin 1956. Ebenfalls s. Hinkelasmert, Franz-Josef: Der Wachstumsprozeß der Sowjetwirtschaft. Berlin 1961.

5. s. die Darstellung systemtypischen Differenzierungen bei Thalheim, Karl C.: Über die Beziehungen zwischen Wirtschaftssystem und wirtschaftlichem Wachstum. Aus: Festgabe für Friedrich Büllo, Berlin 1960, S. 375 ff. Dort besonders S. 385-389. Die Vorteile und Nachteile jedes Wirtschaftssystems in Beziehung gesetzt, ergibt sich ein objektiviertes Werturteil, daß die Vorteile des Wirtschaftssystems für größer als seine Nachteile erklärt.

#### IV. Die Wirtschaftsideologie

1. s. Fetscher, Von der Philosophie ..., a.a.O.  
"Es gibt jetzt keine isolierte und isolierbare 'Ideologie' mehr, sondern nur noch das selbstbewußte (tendenziell die Gesamtgesellschaft umfassende) Proletariat, das in eins auf Grund dieses Bewußtseins tätig ist." S. 37
  
2. s. Fetscher, Von der Philosophie ..., a.a.O.  
"Die bürgerliche Ideologie ist eine falsche Widerspiegelung einer falschen Wirklichkeit. Sie ist weder die richtige Widerspiegelung einer falschen, noch die falsche Widerspiegelung einer richtigen Welt. In ihrer doppelten Falschheit liegt jedoch keine dialektische Aufhebung der Falschheit als solcher, sondern die Aufforderung, jene falsche Wirklichkeit erst einmal zu einer "richtigen" zu machen, auf Grund derer dann eigentliche Wahrheit erst möglich ist." S. 33.
  
3. So spricht Chrusčev vom besonderen Charakter des "sozialistischen Geldes". s. Sein Hauptreferat auf dem XXI. Parteitag. Zitiert nach "Presse der Sowjetunion", Berlin-Ost, 1959, Nr. 13, S. 281.
  
4. Die Ausführung dieser Gedanken findet sich bei Lenin, W.I.: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. Berlin 1951.  
Lenin, W.I.: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Berlin 1951.
  
5. Ideologie ist hierbei immer auf die Wirtschaftsideologie beschränkt. Die Besonderheiten, die die ideologischen Einflüsse auf den Staat, das Recht und die Außenpolitik nehmen, sind hier natürlich ausgeschlossen. Die Beschränkung auf die Wirtschaftsideologie bedeutet also nicht, daß irgendein ideologischer Einfluß auf die Wirtschaft ausgeschlossen wird. Wirtschaft ist dabei nach ihrem Formalziel verstanden. s. Kosiol, a.a.O., S. So wie die Wirtschaftstheorie vom Formalziel der Wirtschaft her definiert wurde, so auch hier die Wirtschaftsideologie. Es gelten daher also nur solche Einflüsse auf die Wirtschaft als ideologisch bedingt, die das Formalziel der Wirtschaft betreffen. Die kann an einem Beispiel erläutert werden. Die Struktur des Endgüterfonds z.B. gilt hier jeweils als gegeben. Herrschen im Endgüterprodukt der Wirtschaft Rüstungsgüter vor, so liegt darin kein ideologischer Einfluß auf die Wirtschaft. Die Betonung der Rüstungsproduktion kann ihrerseits wieder aus einer ideologisch bestimmten Außenpolitik stammen, aber die Untersuchung dieses Gebietes fällt hier fort. Ähnliches gilt für Einflüsse auf die Standorte der Produktion, die eindeutig militärische Ursachen haben. Man wird eine Waffenfabrik immer in militärisch wenig bedrohte Gebiete verlegen, auch wenn die Produktion dort teurer ist. Dies sind alles rationale Entscheidungen vom Standpunkt der Wirtschaft aus. Sobald aber die Form, unter der die Produktionsfaktoren kombiniert werden, betroffen ist, sind die Ein-



flüsse hierauf ideologisch und fallen unter den hier gebrauchten Begriff der Wirtschafts-ideologie. Dies eben in erster Linie, wenn die Bestimmung des Koordinations-systems gemeint ist. Darunter fallen also etwa die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums, die Kollektivierung, die Begründung des Planungssystems. Dies sind alles ideologisch bestimmte und zu erklärende Maßnahmen. Sie werden gerechtfertigt durch das Ideensystem, das diese Wirklichkeit stabilisiert und ein objektiviertes Werturteil ausspricht. Eine besondere Erscheinung des Ideologischen ist es aber, wenn nicht nur das Koordinations-system gerechtfertigt wird, sondern die Bedingungen des rationalen Handelns innerhalb dieses Koordinations-systems nicht erkannt werden. Jetzt begründet die Ideologie ein Willkürhandeln, das ebenfalls aus dem Ideensystem erklärt werden muß, durch das das Wirtschaftssystem gerechtfertigt wird, und das nicht aus sachlichen Erwägungen abgeleitet werden kann. s. Thalheim, Karl C.: Ideologie und Wirtschaftspolitik im Sowjetbereich. Aus: moderne welt 1961/62, Nr. 1, S. 33 ff. Der Ideologiebegriff ist dort auf 3 Hauptkräfte gegründet: 1. Die Betrachtung der Wirtschaft als Machtinstrument des Staates, die der Gesamtentwicklung zugrunde liegt. 2. die ideenmäßigen Grundlagen der Ideologie, 3. die Anforderungen aus der ökonomischen ratio. s.S. 33. Die ideenmäßigen Grundlagen, die das Wirtschaftssystem selbst stabilisieren und durch die bestimmte Grunddogmen verteidigt werden (s.S.34), geraten mit den Anforderungen der ökonomischen ratio in Konflikt. Diese Konfliktsituation, die für die Sowjetwirtschaft bis heute typisch ist, führt allerdings zu Anpassungen, in denen sich die Führung des Wirtschaftsprozesses rationalisiert. Diese Anpassungen stellen selbst aber keine Aufhebung der ideologischen Einflüsse dar, die sich weiterhin in der Betonung der das Wirtschaftssystem begründenden Grunddogmen auswirken. Thalheim spricht deshalb auch von einer Reideologisierung (s.S.42).

6. 6. s. Thalheim, ..., a.a.O., S. 34. Die schematische Übertragung von Marktmodellen auf die Wirklichkeit ist dort als "dogmatischer Liberalismus" bezeichnet. (s.S.34)

7. Diese Dogmen sind "quasi religiöse Glaubenssätze, die einer intellektuellen Kritik nicht unterworfen werden dürfen" s. Thalheim ..., a.a.O., S. 34. Dogmen dieser Art gibt es sicher auch in den Bereichen anderer Gesellschaftsordnungen. Aber in der Sowjetgesellschaft werden sie zu einem Charakteristikum der Politik. Die Dogmatisierung schließt hier die Einzelentscheidungen der Politik mit ein. Man behauptet daher, eine wissenschaftliche Politik betreiben zu können.

s. folgendes Zitat aus dem Programmentwurf der KPdSU:  
 "Zum Unterschied von allen sozialökonomischen Formationen entsteht die kommunistische Gesellschaft nicht spontan, sondern wird durch die bewußte und zielgerichtete Tätigkeit der von der marxistisch-leninistischen Partei geführten Volksmassen geschaffen. Die kommunistische Partei ..., die beim Volk unbeschränkte Autorität genießt und die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft kennt, sichert die richtige Leitung des gesamten kommunistischen Aufbaus und ver-

leibt ihm einen organisierten, planmäßigen, wissenschaftlich fundierten Charakter" Sonderheft Einheit 1961, August, S. 87. Dieser organisierte, planmäßige und wissenschaftlich fundierte Charakter des kommunistischen Aufbaus schafft den dogmatischen Charakter der Politik. Die Partei muß eine dauernde Abschirmung gegen die Spontaneität sichern. Das Wort Dogmatismus taucht in sowjetischer Diktion mit einer anderen Bedeutung auf. Dogmatismus wird dann auch "Talmudismus" genannt und einer schöpferischen Interpretation des Marxismus gegenübergestellt.

8. s. Lieber, Hans-Joachim: Ideologienbildung und Ideologienkritik. moderne welt 1961/62, Nr. 1, S. 3 ff. Alle geistige Tätigkeit wird damit zu einem "herrschaftsorganisierenden und -stabilisierenden Instrument", was Lieber als Charakteristikum totalitärer Ideologien beschreibt. Die totale Interessenidentität, die dabei behauptet wird, gehört zu dem gleichen Phänomen. Sie stellt eine "Rechtfortführung totaler Diktatur als totale Demokratie dar." S. 14.

9. s. Minkelammert, a.a.O., S. 45 f.

10. s. Bericht über die Richtlinien des IX. Parteitagess der KPdSU für den 6. Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1956 bis 1960. Wortlaut des Referats von N.A. Bulganin. Die Presse der Sowjetunion, 1956, Nr. 24, S. 571.

11. s. Thalheim..., Ideologie ..., a.a.O., S. 41, wo darauf hingewiesen wird, daß sich als Folge dieser Entwicklungen zwar eine Modifizierung der Ideologie ergibt, aber kein Verschwinden des ideologischen Moments überhaupt. Man kann daher auch nicht von Liberalisierung sprechen. Wir würden ebenfalls einen Ideologiebegriff, der sich auf die Darstellung von Diskrepanzen zwischen den Zielen und den Mitteln der Partei beschränkt, für zu eng halten.

12. Gerade damit aber ist die gesamte Wirtschaft dem Machtinteresse der Partei unterstellt. Möglichst viel zu produzieren und das Produkt möglichst hoch zu treiben, bedeutet immer für die Partei die Möglichkeit, über neue und mehr Mittel zu ihrer Machtausübung zu verfügen. Um diesen Anspruch zu legitimieren, wird das Wachstum selbst glorifiziert und die Wachstumsrate zum Weg zu immer höheren Stufen der Vollkommenheit der Gesellschaft interpretiert. Die Ideologie, die wir bis hierher als Rechtfertigung einer Institution, nämlich der Plankoordination, angesprochen und analysiert haben, wird hier zu einer Rechtfertigung für eine totale Anspannung aller Kräfte im Dienste wirtschaftlicher Ziele. Beides widerspricht sich nicht. Die Ideologie hat damit zwei Richtungen: 1. Rechtfertigung des Planungssystems, wobei aus den Anforderungen der ökonomischen ratio Konfliktmöglichkeiten entstehen, 2. Rechtfertigung der Anspannung aller Kräfte innerhalb dieses Planungssystems, wodurch der gesamte Bereich der Wirtschaft unter das Macht-

Interesse der Partei kommt. In dieser zweiten Richtung würden wir vor allem die Bedeutung des Kommunismusbildes sehen. Auch dieses Machtinteresse ist hier nur als formales Ziel verstanden. Folglich bedeutet die Sicherung des Machtanspruchs der Partei gegenüber der Wirtschaft, daß man die totale Anspannung der Kräfte der gesamten Wirtschaft erreichen will. Wird dies erreicht, so ist dem Machtanspruch der Partei Genüge getan. Für welche Ziele die Partei ihrerseits diese Macht einsetzen will, fällt außerhalb unseres Themas. Diese Ziele können beliebig sein. Aber gleich, wie die Ziele sind, so ist die Macht der Partei immer dann maximiert, wenn die totale Anstrengung der Wirtschaft erreicht ist. Gerade um dies Moment aber geht es. Durch das Kommunismusbild wird die totale Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte gerechtfertigt und die Partei bezieht daraus die Legitimation für die Unterstellung der Wirtschaft unter ihren Machtanspruch. Das Kommunismusbild ist dabei immer so ausgestaltet, daß es die Anspannung für beliebige, von der Partei festgelegte Ziele rechtfertigt.

13. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 139.

14. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 139.

15. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 140.

16. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 141.

17. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 143.

18. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 144.

19. Das Wachstumsinteresse ist damit für den Planer die Form geworden, unter der nicht nur die Effizienz der Produktion im engeren Sinne gemessen wird, sondern auch die Leistung sämtlicher übrigen Wirtschaftsbereiche. Das wirtschaftliche Kalkül ist damit auf sämtliche Bereiche der Gesellschaft ausgedehnt. Ob sie zu fördern sind oder nicht, findet in der Beziehung zur Wachstumsrate seinen rechenhaften Ausdruck.

Bei Marktkoordination sind auch sämtliche Gesellschaftsbereiche unter einem Einfluß aus der Wirtschaft. Dies ergibt sich aus der notwendigen Interdependenz aller Lebensbereiche.

s. Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S. 124. Aber die einseitige Abhängigkeit, die die Unterstellung unter das Wachstumsinteresse bedingt, ist hier nicht gegeben. Dies deshalb nicht, weil die institutionelle Voraussetzung einer solchen Abhängigkeit - ein zentrales Plansystem - nicht gegeben ist. So verstanden, sind diese Gesellschaftsbereiche bei Marktkoordination institutionell autonom und verstehen sich auch so.

20. s. Petscher, Iring: Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung. Marxismusstudium. Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien. 2. Folge. Tübingen 1957, S. 37 ff.

21. s. Bollnow, Hermann: Engels Auffassung von Revolution und Entwicklung in seinen 'Grundsätzen des Kommunismus' 1847. Marxismusstudium. Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien. 1. Folge, Tübingen 1954, S. 77 ff. Bollnow weist darauf hin, daß bereits bei Engels der Umschlag beginnt. Er unterscheidet bei Engels zwei Entwicklungsbegriffe: (S.97)

1. Die Entwicklungsstufen der Gesellschaft. Die Gesellschaft entwickelt sich danach zu ständig neuen Stufen, wobei die Produktionsverhältnisse jeweils zu Fesseln der weiteren Entwicklung werden und daher durch die Bildung einer neuen Gesellschaftsformation abgelöst werden müssen. Die letzte mögliche gesellschaftliche Formation ist der Kommunismus, der der Entwicklung der Produktion unbeschränkte Möglichkeiten gibt.

2. Der unbegrenzte Fortschritt. Dieser Entwicklungsbegriff beschreibt das mögliche wirtschaftliche Wachstum auf Basis der Großindustrie. Die Entwicklung im ersten Sinne hört mit dem Kommunismus auf, in diesem zweiten Sinne hingegen gewinnt sie erst im Kommunismus ihre volle Möglichkeit. Es tritt damit ein prinzipiell unendliches Wachstum ein. Ein Zustand wirklicher Vollendung fällt damit fort und an seine Stelle tritt das endlose Wachstum.

s. auch Fetscher, Von der Philosophie ..., a.a.O.

"An Stelle dieses Zu-sich-kommens der Totalität tritt bei Engels der (schlecht) unendliche Progress der Evolution, dessen qualitative 'Sprünge' freilich dialektisch gedeutet werden. Die fortschreitende Elimination der unwälzenden Funktion des Bewußtseins und der Kategorie der Totalität kennzeichnet die Entwicklung des dialektischen Materialismus von seinen Anfängen bis hin zum späten Stalin". S. 40.

"Wenn aber die Philosophie - ganz im Stile der Zeit - nicht mehr durch die kollektive Befreiungstat verwirklicht, sondern durch die Wissenschaften ersetzt wird, tritt notwendig auch an die Stelle des einen und entscheidenden weltgeschichtlichen dialektischen Umschlags der unendliche Progress der naturwissenschaftlichen Erkenntnis und der materiellen Produktion". S. 43.

"Als eindeutiges und zulängliches Hauptkriterium des Fortschritts führen schließlich die Bloch-Kritiker den 'Stand der Produktion' an, der schon von Stalin in seinem Katechismus (über dialektischen und historischen Materialismus) zu einem Fetisch gemacht worden ist. Nicht mehr die Vermenschlichung des Menschen, sondern die maximale Steigerung der Produktion wird damit das Ziel. An die Stelle eines erreichbaren Endes tritt der schlecht unendliche Progress; an die Stelle eines möglichen Abschlusses der gleiche Zwang zur Expansion, der den kapitalistischen Wirtschaftsprozess kennzeichnet; an die Stelle einer Befreiung des Menschen von naturnotwendigen Zwang des Wirtschaftsprozesses die vollständige Unterwerfung der Werktätigen, deren Menschlichkeit sich darauf reduziert, daß sie 'die wertvollsten Produktionsmittel' sind". S. 53, Anm. 1.

22. Diese Verwandlung schlägt sich deutlich nieder in der unterschiedlichen Auffassung des Theorie-Praxis-Kriteriums bei Marx und in der sowjetischen Theorie.

s. Fetacher, Iring: Das Verhältnis des Marxismus zu Hegel. Marxismusstudium. Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien. 3. Folge, Tübingen 1957, S. 66 ff.

23. Dies Verhältnis ist dargestellt bei Lenin. Lenin, W.I.: Materialismus und Empirio-kritizismus. Berlin 1960. In der sowjetischen Auffassung ist dies beibehalten.

"In der Tat, der Mensch besitzt kein anderes Mittel, um die Wahrheit seines Wissens festzustellen als die Praxis. Gerade die praktische Tätigkeit, die Grundlage und das Ziel der Erkenntnis, entscheidet in letzter Instanz, welche von den gewonnenen Kenntnissen wahr oder falsch sind. Die Praxis ist das Kriterium der Wahrheit". s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 124.

"In der industriellen Produktion ist die verbreitetste Form der praktischen Überprüfung wissenschaftlich-technischer Ideen die Werkserprobung und Massenanzwendung von Maschinen, Geräten und technologischen Prozessen". S. 125.

"Das Kriterium der Wahrheit gesellschaftlicher Theorien kann nur die Produktion und die praktisch-revolutionäre Tätigkeit der Massen sein". S. 125.

"Somit bildet der Zusammenhang von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Produktion - unter Wahrung des Primats der Praxis - die notwendige Voraussetzung für den materiell-technischen Fortschritt der Gesellschaft". S. 105.

Auch hier ist der Übergang bereits bei Engels festzustellen. s. Engels, Friedrich: Dialektik der Natur. Berlin 1955.

"Es ist also die Geschichte der Natur wie der menschlichen Gesellschaft, aus der die Gesetze der Dialektik abgeleitet werden müssen. Sie sind aber nichts anderes als die allgemeinsten Gesetze dieser beiden Phasen der geschichtlichen Entwicklung des Denkens selbst". S. 285.

s. dazu Landgrebe, Ludwig: Das Problem der Dialektik. Marxismusstudien. Schriften der Studiengemeinschaft der evangelischen Akademien. Tübingen 1957, 3. Folge, S. 60.

Zum Marxschen Begriff des Verhältnisses von Theorie und Praxis s. Marx, Karl: Thesen über Feuerbach. Aus: Deutsche Ideologie, Berlin 1953, S. 593 ff.

24. Der Dienst am menschlichen Fortschritt hat damit einen rechenhaften Ausdruck gefunden.

"Allein es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß jeder Fortschritt primär gemessen werden muß an Vorwärtsschreiten der ökonomischen Basis, an der Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, weil diese alles weitere tragen, wenngleich sich nicht immer adäquat den Formen des Überbaus mitteilen"

s. Horn, Johannes Heinz: Kritische Bemerkungen zur Philosophie Ernst Blochs. Aus: Ernst Blochs Revision des Marxismus. Sammlung von Aufsätzen. Berlin 1957, S. 320.

"An der Basis also, in der Produktion, ist der Fortschritt zweifellos absolut zu messen". S. 323.

~~Produktionsverhältnisse~~

25. Dies Problem der Irrationalität des Rationalisierten existiert also in der Marktwirtschaft auch, bekommt hier aber keinen die Gesamtgesellschaft betreffenden Ausdruck. s. Löwith, Karl: Max Weber und Karl Marx. Aus: Gesammelte Abhandlungen. Stuttgart 1960, S. 27.
26. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 805/806.
27. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 824.
28. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 826.
29. s. Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Presse der Sowjetunion. 1961, Nr. 143, S.3242/3243.
30. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 812.
31. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 812.
32. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 814.
33. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 810.
34. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 816.
35. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 820.
36. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 817.
37. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 819.
38. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 817.
39. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 815.
40. s. Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms. Aus: Marx/Engels, Ausgewählte Werke ..., a.a.O., S. 16/17.
41. s. Wiles, Vollkommunismus ..., a.a.O., S. 120.
42. s. Fetscher, Iring: Das Verhältnis des Marxismus zu Hegel. Marxismusstudien. Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien. 3. Folge, Tübingen 1957, S. 66 ff.  
 Danach ist ursprünglich der Marxismus eine Geschichtstheorie, die "die geschichtliche Totalität in ihrem Entwicklungssinn begreifen und sowohl das proletarische Klassen- (selbst)bewußtsein wie die aus ihm (durch einen dialektischen Umschlag) hervorgehende Revolution verstehen kann, jedoch zu einer instrumental-mechanistischen Theorie und

Praxis keine Handhabe gibt". S. 68.

Es ist aber andererseits sicher auch richtig, daß die Marx'schen Begriffe durch Uminterpretation durchaus einem instrumentalsten Denken gefügig gemacht werden können. Dabei unterschob man dem Übergang zum Sozialismus einen anderen Sinn, wozu sich die Notwendigkeit aber gerade daraus ergab, daß die ursprüngliche Geschichtskonzeption sich als unhaltbar erwies. Es handelt sich also nicht um irgendeine beliebige Uminterpretation, sondern um eine Anpassung an das Mögliche.

43. s. Sobolew, a.a.O., S. 4.

Im Ergebnis kann daher jedes beliebige Ziel, das sich die Partei setzt, als Stufe zum Kommunismus interpretiert werden. Gleich, welches Hindernis zu überwinden ist, es ist immer ein Hindernis, das dem Kommunismus im Wege steht. Indem daher die Partei über darüber entscheidet, welche Stufe die nächste sein soll, kann sie immer die Arbeit auf dies Ziel hin im Namen des Kommunismus, den es zu erreichen gilt, befehlen. Kommunismus ist folglich ein Ziel par excellence, und indem die Partei den Weg dahin konkretisiert, kann sie jedes beliebige Einzelziel als Weg dahin beschreiben. Ob sie nun die Weltrevolution anzielt, oder eine Eroberung, oder auch eine innenpolitische Entwicklung, die Förderung des Lebensstandards betreiben will, usw., es geht immer um den nächsten Schritt zum Kommunismus. Deshalb gibt es auch keine Wahl darüber, ob man einen Schritt zum Kommunismus tun will oder stattdessen z.B. Weltraumfahrt betreibt. Weltraumfahrt ist nämlich ein Schritt zum Kommunismus, und so jedes andere Ziel auch. Der Kommunismus gibt die generelle Legitimation. Es kann daher auch nicht die Frage sein, ob die Partei tatsächlich den Kommunismus will oder doch etwas anderes. Es gibt für einen solchen Standpunkt nichts anderes. Die totale Macht der Partei ist der totale Aufbau des Kommunismus, und durch das Kommunismusbild hindurch wird die totale Macht der Partei beansprucht.

44. s. Stepanjan, Z.: O zakonomernostjach pererastanija socializma v kommunizm. Kommunist 1959, Nr. 14, S. 33.

45. s. Stepanjan, ..., a.a.O., S. 34.

Alle antagonistischen Widersprüche sollen dann beseitigt sein (Klassen- und nationale Widersprüche) und die Entwicklung vollzieht sich durch dauernde Lösungen nicht-antagonistischer Widersprüche. Dies verbindet danach Sozialismus und Kommunismus als Phasen.

46. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 34.

47. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 36.

48. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 37.

49. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 35.

50. s. auch Glazerman, G., zitiert nach "Beginn der kommunistischen Ära". Hinter dem eisernen Vorhang. 1960, Nr. 6.

"Ein gradueller Verlauf des Übergangs von Sozialismus zum Kommunismus bedeutet eben, daß dieser nicht mit einem Mal stattfindet. Er umfaßt einen vollständigen historischen Zeitabschnitt, in welchen unser Land vor mehr als zwei Jahrzehnten eingetreten ist." S. 9.

"Nachdem die Sowjetunion den Sozialismus in seinen Grundlinien aufgebaut hatte, trat sie in das Stadium der Vervollkommnung des Ausbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus ein, in die Entwicklung vom ersten Stadium des Kommunismus zum zweiten, in einen langen und stufenweise fortschreitenden Prozeß". S. 8.

51. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 38.

52. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 39.

53. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 39.

54. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 38. Metaphysisch betrachten heißt danach, den Kommunismus irgendwann als vollendeten Zustand erwarten.

55. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 34.

56. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 35.

57. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 38.

58. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 46.

59. s. Stepanjan ..., a.a.O., S. 44.

60. "In Hinblick auf die Perspektiven des Absterbens der Ware-Geld-Beziehungen in der höheren Phase des Kommunismus äußerte Ostrowitjanow den Gedanken, daß möglicherweise die Ware-Geld-Beziehungen während einer bestimmten Zeit auch noch in Ländern fortbestehen werden, die im wesentlichen den Übergang zum Kommunismus bereits vollzogen haben. Das kann sich infolge der Wechselbeziehungen der kommunistischen Eigentumsform mit den sozialistischen Eigentumsformen in den Ländern des sozialistischen Weltsystems wie auch wegen der ökonomischen Beziehungen zu Ländern des kapitalistischen Weltsystems als notwendig erweisen".

s. Ökonomische Probleme beim Aufbau des Kommunismus. Tagung der Gesellschaftswissenschaftlichen Abteilungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1959, Nr. 2, S. 173.



61. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 783.
62. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 782.
63. s. Ljapin, a.a.O., S. 270.
64. s. Ljapin, a.a.O., S. 283.
65. s. Ljapin, a.a.O., S. 271.
66. s. Nobel, a.a.O., S. 1102.
67. s. Nobel, a.a.O., S. 1102.
68. s. Nobel, a.a.O., S. 1110.
69. s. Nobel, a.a.O., S. 1111.
70. s. Chrusčev, Hauptreferat auf dem XXI. Parteitag, a.a.O., S. 279.
71. s. Chrusčev, a.a.O., S. 279.
72. s. Chrusčev, a.a.O., S. 281.
73. s. Gromow, J.S.: Das Problem des Ideals in der Philosophie. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 1961, Nr. 5, S. 540.
74. s. Gromow..., a.a.O., S. 543/544.
75. s. Schulz, Robert/ Blochs Philosophie der Hoffnung im Lichte des historischen Materialismus. Aus: Ernst Blochs Revision des Marxismus. Berlin 1957, S. 61.
76. s. Schulz ..., a.a.O., S. 63.
77. s. Schulz ..., a.a.O., S. 66.
78. s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 825/826. Dort zitiert nach: Wissenschaft und Jugend. Moskau 1958, S. 63.
79. Struwillins Kommunismusbeschreibungen haben im Westen übermäßiges Aufsehen erregt. Dabei handelt es sich gerade bei Struwillin um völlig unverbindliche Prognosen, die eher die Phantasie anregen als konkrete Ziele darstellen wollen. Es ist nicht mehr als die Beschreibung dessen, was sich in einer bestimmten Periode möglicherweise als Kommunismus darstellen wird.

s. ADN-Interview vom 16. Juni 1960. Ebenfalls in Novy Mir, Moskau 1960, Nr. 7. Übersetzt und danach hier zitiert in "Der sonnige Weg" Hinter dem Eisernen Vorhang. 1960, Nr. 11, S. 23.

80. Aus der institutionalisierten Verhaltensnorm, die als Wachstumsorientierung Maßstab der Rechenhaftigkeit des Handelns ist, wird dann ein subjektiver Sinn des Lebens gemacht. Sich für das Wachstum einzusetzen, ist höchster Lebenszweck. So sagt Strukow über den kommunistischen Menschen:

"Seine Freude am Leben und der Sinn seines Lebens aber besteht darin, daß es keinen Gegenstand und kein Produkt gibt, welches er nicht erzeugen könnte und nichts, was er nicht im Namen des Kommunismus vermöchte". s. Strukow, E.W.: Die Persönlichkeit im Kommunismus. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1961, Nr. 3, S. 314.

Von hier aus wird eine kommunistische Moral begründet.

"Die Treue der breiten Volksmassen zu den Ideen des Kommunismus ist eine der großartigsten Errungenschaften der sozialistischen Ordnung. Die Gesellschaft ist daran interessiert, daß das Bewußtsein der Menschen weiter wächst, weil es jedem Erfolg beim Aufbau des Kommunismus eine feste Grundlage gibt und in den Massen einen mächtigen Aufschwung ihrer Tatkraft auslöst." S. 780, Grundlagen, a.a.O.  
Kommunistisch leben heißt: "So zu leben, daß die Beziehungen im Leben, in der Familie, im täglichen Umgang mit den anderen Menschen den hohen Anforderungen der kommunistischen Moral entsprechen". s. Grundlagen, a.a.O., S. 784. Und die Eigenschaften: "die Treue zum Kommunismus und die Unversöhnlichkeit gegenüber seinen Feinden, auf das Bewußtsein der gesellschaftlichen Pflicht, die aktive Teilnahme an der Arbeit zum Wohle der Gesellschaft ... usw." s. Grundlagen ..., a.a.O., S. 784.

81. s. Strukow, a.a.O., S. 311.

82. s. Gromow, a.a.O., S. 544.

83. s. Arbatow, J.: Fragen der kommunistischen Erziehung. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1959, Nr. 6, S. 588.

84. s. Kostin, a.a.O., S. 990.

85. s. Arbatow, a.a.O., S. 556.

86. Das Programm der kommunistischen Partei ..., a.a.O., S. 3245.

87. Das Programm ..., a.a.O., S. 3243.

88. Das Programm ..., a.a.O., S. 3260.

89. s. Romaschkin, P.S.: Die Funktionen des Sowjetstaates beim Aufbau des Kommunismus. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1959, Nr. 3, S. 277.

90. s. Romaschkin, a.a.O., S. 275.

91. s. Strumilin, G.S.: Na putjach postroenija kommunizma. Moskau 1959, S. 37.

Allerdings erkennt Strumilin die Notwendigkeit des Geldes als Maßstab rationalen Handelns nicht an und sieht daher nur ein Erziehungsproblem.

Hingegen glaubt Achminow, die Sowjets würden, ohne Rücksicht auf die Folgen, eine Naturalrechnung erzwingen.

s. Achminow, H.: Das gegenwärtige Bild der kommunistischen Gesellschaft der Zukunft. Osteuropa 1957, Nr. 11, S. 779 ff.

s. dazu Schiller, Otto: Zum "Bild der kommunistischen Gesellschaft der Zukunft", Osteuropa, 1956, Nr. 9, S. 597 ff.

Daß sich die menschlichen Bedürfnisse dauernd wandeln und sich im wirtschaftlichen Wachstum neue Güter ergeben, ist für die Sowjettheorie ebenfalls ein Axiom, so daß Strumilins Begründung für die vorläufige Beibehaltung des Geldes zu einer Begründung für die dauernde Beibehaltung des Geldes wird.

92. s. Marx, Kapital ..., a.a.O., III. Bd., S. 873.

93. "Der Eintritt in den Kommunismus wird nicht nach durch irgendeinen Kalendertag bestimmt. Es wird keinen Augenblick geben, da wir die Tür zuschlagen und erklären:

'Der Aufbau des Sozialismus ist abgeschlossen' und dann eine andere Tür aufmachen und verkünden: 'Wir sind beim Kommunismus angelangt'. Der Übergang zum Kommunismus

vollzieht sich ununterbrochen ... Man darf nichts überstürzen und übereilt das Einführen, was noch nicht herangereift ist. Das würde zu Entstellungen unserer Sache führen und sie kompromittieren. Aber ebensowenig darf man sich bei dem Erreichten aufhalten, da das zum Stillstand führen würde". s. Chruschëv, Hauptreferat ..., a.a.O., S. 279.

Hier ist das Bewußtsein offenbar, daß der eines Tages sicher dekretierte Eintritt in den Kommunismus nicht den vollendeten kommunistischen Zustand bringen wird.

94. s. Barth, Hans: Masse und Mythos. Die Theorie der Gewalt: Georges Sorel. Hamburg 1959, S. 84.

Der dort ausgeführte Begriff des Mythos bei Sorel ist ursprünglich nur für das Handeln von organisierten Massen in Richtung auf die Revolution gemeint. Aber der Mythos hat sich nach der Revolution erhalten und wurde zu einem Bild, unter dem die Arbeit von organisierten Massen zur Entwicklung der Produktivkräfte interpretiert wird.

Gegenüber dem Mythos der Revolution ergeben sich einige Änderungen. Dieser bringt die Revolution und damit die Gefahr der Ernüchterung. Die Entwicklung der Produktivkräfte hingegen ist prinzipiell unendlich, so daß das Versprechen auf die Zukunft nie eingelöst zu werden braucht.